HEFT 1 JANUAR 1983 5,- DM C 4143 E

Konkret

Familie
Leistung
Ehe
Macht
Geld
Disziplin
Frauen

Die Moral des Helmut Kohl

KONKRET-EXTRA
Die Lüge vom billigen Atomstrom

in konkret Januar 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Alice, geb. Eichmann? von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Oetker-Beute in Bagdad von Jürgen Saupe
Nachrichten

Neues vom schönen Klaus von Friedrich Unruh
Nachrichten

Wenn der Kopf korrupt ist, ist das Kapital nicht weit von Manfred Bissinger
Über die doppelte Moral des Helmut Kohl

Giftmüllkippe Deutschland von Imre Kerner, Sabine Rosenbladt
In den Salzstollen der Deponie Herfa-Neurode ist die Infrastruktur für die größte Giftmüllhalde der Welt schon vorhanden. Im Wunderland der Chemiemultis BASF, Bayer und Hoechst ist auch ausländischer Sondermüll willkommen: Die Zeitbombe tickt

Der häßliche Deutsche: Wie isses nur möglich? von Otto Köhler
Weil Carl-Dieter Spranger seine Gesinnung auf dem rechten Fleck hat, avancierte er vom Zwischenrufer zum Staatssekretär.

Kollege Chip von Hermann Kohn
Industrie-Roboter und Mikrochips machen die Kollegen am Fließband arbeitslos. Computer und Textautomaten ersetzen die Menschen in den Schreibsälen von Büros und Banken. Mit den Mikrochips wollen die Multis die Arbeit vom Menschen befreien. Mit dem Wachstum der Computer-Industrie wächst auch die Arbeitslosigkeit

KONKRET-Interview von Mike Cooley, Boris Penth
Die Arbeiter des englischen Tornado-Herstellers Lucas Aerospace entwickelten Alternativen zur Rüstungsproduktion. KONKRET-Mitarbeiter Boris Penth sprach mit dem entlassenen Chefkonstrukteur und Gewerkschafter Mike Cooley

Fremde im eigenen Land von Karl-Heinz Raach
Die Arktis wird geplündert. Im Norden Kanadas bauten Öl- und Rohstoffkonzerne die Heimat des Eskimos rücksichtslos aus. Die Regierung versprach Arbeit und eine bessere Zukunft. Doch die Eskimos verloren ihre Jagdgebiete und wurden arbeitslos. Jetzt wehren sie sich

Blümerant von Uwe-Karsten Heye
Mit dumm-dreisten Sprüchen und flockigem Auftreten versucht der neue, Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm das Ende des Sozialstaats zu kaschieren. Mit seiner unternehmerfreundlichen Forderung nach einer Lohnpause hat sich der CDU-Alibi-Gewerkschafter jetzt entlarvt

Wie im Paradies von Jürgen Roth
Immer mehr Menschen geht es immer schlechter in »dieser unserer Republik«. Die Zwischenregierung Kohl/Genscher mit Arbeitsminister Blüm streicht weiter im

Sozialetat. KONKRET untersucht die Auswirkungen

Konkret-ExtraAusgebrütet: Die Lehre vom billigen Atomstrom von Werner Heine

Der bundesdeutsche Energiemarkt ist säuberlich aufgeteilt: Die Hersteller von Kernkraftwerken einigten sich schon 1957, wer welche Reaktortypen bauen durfte. Und auch die Stromlieferanten kommen sich nicht in die Quere. Das Nachsehen haben die Verbraucher: Sie müssen den teuren Strom abnehmen und obendrein mit ihren Steuergeldern die kostspieligen Experimente der Industrie mit Schnellen Brütern, Leichtwasser- und Hochtemperaturreaktoren finanzieren. KONKRET belegt, Atomkraftwerke sind nicht nur gefährlich, sie sind auch wirtschaftlich unsinnig. Aber die Steuermilliarden fließen immer weiter. Nach Antritt der christlich-liberalen Regierung Kohl/Genscher erst recht

Konkret-ExtraUnsicher und überflüssig

Der Zwischenbericht der Enquête-Kommission »Zukünftige Kernenergie-Politik« vom 27. September 1982 fiel gespalten aus. Die Kommissionsmehrheit empfahl, den Schnellen Brüter in Kalkar in Betrieb zu nehmen. Eine Minderheit, die Abgeordneten Kühler und H.B. Schäfer, die Professoren Altner, von Ehrenstein und Meyer-Abich empfahlen dem Bundestag, die Inbetriebnahme abzulehnen. KONKRET dokumentiert Auszüge aus dem Minderheiten-Votum

Konkret-ExtraGutachter sein dagegen sehr von Gabi Jaeger

Wie die Regierenden in Bonn und Hannover unliebsame Experten ausschalteten, um so den radioaktiven Müll aus den Kernkraftwerken doch in den untauglichen Salzstock von Gorleben einlagern zu können

Konkret-ExtraDie Erwartungen sind zerstoben von Klaus Traube

Notwendige Feststellungen zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kernenergie!

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer

»Wer will für Kohl Reden schreiben?« fragt Graf von Nayhauß um 6.12.1982 in der »Bild«. KONKRET hat den Mann gefunden. Horst Tomayer telefonierte als Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger mit Heinz G. Konsalik

Die Pillenandreher von Peter Sichrowski

Mit Millionenaufwand wirbt die Pharmaindustrie für Pillen und Pulver. Allein 1981 wurde den Patienten für 12 Milliarden Mark Arznei verkauft. Über 40 Prozent der Krankenhauskosten für Medikamente könnten gespart worden, wenn die Ärzte weniger und billigere Mittel verschreiben würden

Sonnenbrillen für die Seele von Erich Wulff

Eine deutsche Verlagsanstalt von Walter Boehlich

Ein »steinernes Zeughaus der Reaktion« nannte Alfred Andersch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. Daneben gibt es noch ein Zeughaus aus Elfenbein, die Deutsche Verlagsanstalt (DVA). Die Zusammenarbeit zwischen beiden funktioniert wie geschmiert

Kulturnotizen

Hermann, oh Hermann, mit graut... von Hermann Sülberg

Das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald ist in jdem Jahr das Ziel von rund zwei Millionen Besuchern. Kommen sie, um Hermanns stramme Waden zu bewundern, oder suchen sie das deutsche Wesen?, »Ich glaube an die Kraft der Persönlichkeit, an die Notwendigkeit des Kampfes und an mein deutsches Volk«(schrieb Adolf Hitler 1926 ins Gästebuch

»Ängst, immer habe ich Ängst« von Rainald Goetz

Es sollte eine Reportage über die Krimi-Autorin Patricia Highsmith werden. Aber dann wurde es eine Geschichte über die Schwierigkeiten, solche Reportagen zu veröffentlichen, eine Geschichte über den Kulturbetrieb

Welke Blätter von Hartmut Schulze

Auf mehr als 86 Millionen Exemplare ist die Gesamtauflage aller bundesdeutschen Publikumszeitschriften gestiegen. Aber die linken und alternativen Blätter kämpfen ums Überleben,- je notwendiger sie werden, desto weniger Käufer finden sie. »Pardon«, das »Kölner Volksblatt« und die »Neue« mußten bereits 1982 ihr Erscheinen einstellen

Bücher: Erzählende Bilder von Hans Platschek

Erst nach seinem Tode erschien ein Bildband, der den Schriftstelle Peter Weiss auch als Maler vorstellt

Phantatik Kulsie Politur von Holger Wriggers

Michael Ende, Erhard Eppler und Hanne Tächl reden zwei Tage miteinander und geben das Gespräch als Buch heraus - auch ein Beitrag zum Marx- und Lutherjahr 1983

Bücher: Tucholsky jetzt anders lesen? von Stefan Berkholz

Nachlaßverwalter Fritz J. Raddatz hat Kurt Tucholsky privateste Texte veröffentlicht: Brief an Mary

Bücher: Enttarnung von Jürgen Saupe

»Spitzel, Terror und Computer« ist der reißerische Untertitel einer Arbeit über Geschichte und Arbeitsweise von Geheimdiensten

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/83, S. 3

Manfred Bissinger

Vorwort

Meinungsfreiheit bedeutet mittlerweile, der Meinung der anderen zu sein und nicht anderer Meinung. Eine Kostprobe hat uns kürzlich der Sender Freies Berlin (SFB) geliefert. Wir hatten für 690 Mark 30 Sekunden Werbezeit bestellt, um auf das Dezember-KONKRET aufmerksam zu machen. Das ist nötig, weil wir im Gegensatz zu den Großverlagen wenig Gegenliebe am Kiosk finden. Während »stern«, »Spiegel« oder »Bild« vorn am Tresen liegen, werden wir häufig unterm Ladentisch oder zwischen den Rätselheften versteckt. Wer KONKRET nicht abonniert hat (siehe Karte Seite 85), muß selber daran denken, daß das neue Heft da ist - mit dieser Ausgabe schon zum 100. mal (im Oktober 1974 gründete Hermann L. Gremliza den Neuen KONKRET Verlag).

Im Werbefunk über den Inhalt von KONKRET zu berichten, hat der SFB verboten. Für Berliner Hörer ist es offenbar zu gefährlich, mit Themen wie:

»Ronald Reagans Bombengeschäfte«, »Fememord unter Rechtsradikalen« oder »Gewalt gegen Frauen« konfrontiert zu werden.

Begründung der öffentlich-rechtlichen Äther-Besitzer für die Ablehnung des KONKRET-Spots: Der Text sei »polemisch politisch«. Wer umweltschädliche Waschmittel oder Sprays, fragwürdige Versicherungen, gefährliche Medikamente oder Toilettenpapier im Kosmetik-Regal anbietet, ist im Werbefunk willkommen. Konsum-Versprechungen sind eben Bestandteil unserer (a)sozialen Marktwirtschaft.

Zensur dieser wendigen Art ist zum erstenmal ausgeübt worden. Es wird nicht des letztemal sein, denn der Staatssender (Intendant: SPD-Politiker Wolfgang Haus) braucht Folgen nicht zu fürchten. Geld fließt aus den Hörergebühren genug, und Kritik an der Zensur ist in der deutschen Presse nicht angesagt. Mit Ausnahme der»Frankfurter Rundschau« *(siehe Presseecho Seite* 5) und dem »Spandauer Volksblatt« blieb der Vorfall unerwähnt.

Kein Wunder: In der Bundesrepublik gibt es kaum noch eine kritische Presse. Das große Geld hält die Blätter klein. Selbst ein auflagen- und finanzstarkes Magazin wie der »stern« gibt sich bereitwillig den Wünschen der Industrie hin und interviewt beispielsweise wenige Seiten nach einer vierfarbigen Anzeigenstrecke des TV-Konzerns Grundig (Kosten: 250.000 Mark) im redaktionellen Teil den Topmanager der Firma. - Gefälligkeit heißt das Stichwort, schließlich verteidigen doch beide unsere freiheitlich-kapitalistische Grundordnung, Redakteur und Inserent.

Wen wundert es da, wenn die linke Presse nicht hochkommt. Wirklichen Einfluß jedenfalls wird sie in dieser Republik so schnell nicht bekommen *(Hartmut Schulze berichtet über » Welke Blätter« auf dem Markt der kritisch-alternativen Zeitschriften auf Seite 94).*

Wozu auch? Die Zahl der Skandale hat derart zugenommen, daß das Publikum sich verwundert die Augen reibt, wenn mal vier Wochen keiner bekannt wird. Die Diskussion wird denn auch mehr über die Frage geführt, wer die Beweisstücke geliefert hat und wieviel dafür gezahlt werden mußte - das war bei der Neuen Heimat so, bei Langemann und jetzt bei Flick. Mit den Betrügereien oder gar mit der Frage, ob sie verhindert werden könnten, hält sich niemand mehr auf. Dann müßte ja das System erörtert werden, und da sind sich alle einig, daß dies nun wirklich niemand will.

Konkret 01/83, S. 4

an Konkret

Dollars im Haar

KONKRET 12/82: »Stille Macht, heilige Macht« - Bericht über die Finanzgeschäfte des Vatikan

Die Steine in den Anzug-Taschen des toten Vatikan-Finanziers Roberto Calvi, wodurch die ausgerechnet unter der »Brücke der schwarzen Brüder« hängende Leiche in die Fluten der Themse in London gezogen wurde, sind symbolträchtig. Auf italienisch heißt Stein »pietro«, genauso wie San Pietro, der Petersdom.

GIORGIO DI BARTOLOMEO

Z. Zt. HAMBURG

Zu eurem Artikel über den Vatikan eine neue Strophe zum Singen unter dem Weihnachtsbaum:

Stille Macht, heilige Macht

alles schläft, einsam wacht

Woityla Papst, mit Dollars im Haar

Kein alter Greis, es ist leider wahr

Mammon, der Retter ist da

Schlaft in himmlischer Ruh

SUSANNE LORENZ

BERNHARD WEBER

BOCHUM

Frauenkampf und Widerstand

KONKRET 12/82: » Was hab' ich diesem Mann getan?« - Bericht über Frauenhäuser

KONKRET tut sich bekanntlich etwas schwer mit den Themen der neuen sozialen Bewegungen. Deshalb ein Lob für Eure letzte Ausgabe (Moorburg und Frauen); macht weiter so, und mehr.

Ich wünsche mir,(und Euch) regelmäßig(er) Beiträge zum Thema Frauen. Erst dann läßt sich zum Beispiel das Problem »Gewalt gegen Frauen« umfassender als in *einem* Artikel möglich darstellen. Noch immer steht die Schilderung Sensationsträchtiger Einzelschicksale im Vordergrund, die gesellschaftliche Dimension der Mißhandlung und Demütigung von Frauen bleibt unterbelichtet, wird erschlagen - im wahrsten Sinne des Wortes - durch eine so individualistische Herangehensweise. Der Blick für die strukturelle Gewalt im Mann-Frau-Verhältnis geht dabei allzu leicht (und nur zu gern) verloren: Spinner, Alkoholiker, Asoziale - Randgruppenprobleme.

Der Kampf der Frauenhäuser um ihre Finanzierung - Ablehnung der Einzelfallhilfe über das Bundes-Sozialhilfe-Gesetz, statt dessen Forderung nach direkter Finanzierung - wird mit keinem Wort erwähnt. Dabei ist diese Auseinandersetzung zentraler Bestandteil des Widerstandes gegen die herrschende Meinung und Staatspraxis, die Opfer von Mißhandlung - hier Frauen - als nicht »gemeinschaftsfähige« und damit bestenfalls armselige Sozialfälle abzustempeln.

Es wäre schon sehr wichtig, die Dimensionen des Frauenkampfes gegen den geballten Widerstand von »normalem« Menschenverstand, Bürokraten-und Patriarchatentum gründlicher zu beleuchten.

REGULA SCHMIDT-BOTT, GAL

MITGLIED DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT

Die geschilderten Schicksale sind erschütternd, aber leider nicht nur Einzelfälle. Das zeigen ihre Untersuchungen, das mußte auch ich bei meinen Besuchen in Frauenhäusern quer durch die Republik immer wieder erleben.

Unsere Gesellschaft ist mit Gewalt gegen Schwächere, gegen Minderheiten, durchsetzt. Es ist gut, daß das Thema Gewalt in Ehe und Familie stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit dringt. Denn hier muß geholfen werden, das gehört zu unserer politischen und menschlichen Pflicht. Ich bin froh, daß es immer mehr engagierte Frauen gibt, die den von ihren Männern

Mißhandelten helfen. Gemeinden und Kreise müssen mehr als bisher und auch in den tiefschwarzen Regionen unserer Republik Geld für Frauenhäuser zur Verfügung stellen - auch wenn Geld knapp ist. Dafür müssen wir - dafür müssen die weiblichen Gemeinderäte kämpfen, damit mißhandelte Frauen und Kinder Zuflucht finden und erst einmal in Ruhe zu sich selbst kommen können. Dazu ist die Unterstützung und Hilfe von erfahreneren und gut ausgebildeten Frauen notwendig.

Kommunalpolitiker/innen sollten deshalb erkennen, daß Zuwendungen für Frauenhäuser im Sinne der Frauen wirklich gut angelegte Steuergelder sind.

DR. HERTHA DÄUBLER-GMELIN, SPD

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, BONN

Bloß kein Aufsehen

KONKRET 12/82: »Zum Jahreswechsel« - ein Gedicht von Lutz Rathenow

Da wünscht sich einer: »Franz-Josef Strauß beim Frühstück erschießen/Frau Strauß zum Trost die Rosen gießen ... « Seltsam, daß sich der sonst so klagefreudige Bayer hierzu noch nicht geäußert hat. Skrupel von wegen Kunstvorbehalt und literarischer Phantasie werden ihn aber kaum daran gehindert haben (man denke nur an den Krach, den er wegen Schröters Weißwurstbömbchen-Zitat veranstaltet hat). Eher ist es wohl die Tatsache, daß er den Schriftsteller Lutz Rathenow nicht belangen kann, weil er in der DDR lebt. Noch wahrscheinlicher aber ist: Bloß kein Aufsehen - denn Rathenow hat gerade Geld vom BDI bekommen, einen Förderpreis vom Kulturkreis der Deutschen Industrie.

STEFAN GÖRKE

HILDESHEIM

Die Linken müssen zahlen

KONKRET 12/82: »Fememord« -Bericht aus der rechtsradikalen Szene von Stefan Aust

Leider haben Sie in Ihrem Mistblatt vergessen zu erwähnen, daß das Verräterschwein Frühauf inzwischen durch ein Feme-Gericht unwiderruflich zum Tode verurteilt wurde. An der Vollstreckung des Urteils bestehen nicht die geringsten Zweifel. Auch wenn Frühauf in 15 Jahren entlassen wird, wird man sich bestimmt seiner erinnern.'

MICHAEL SCHRÖDER

UNTERSUCHUNGSGEFÄNGNIS

HAMBURG

Natürlich war der KONKRET-Einhefter mit Stefan Austs sicherlich gründlich recherchiertem Bericht »Fememord« so nötig wie informativ. Da sind sie also wieder - die alten rechtsextremistischen Gesellen. Wie vor sechzig Jahren. Auch die alten Nazis fingen klein an...

Nur übersieht Reinhard Kühnl meiner Meinung nach in seinem sicherlich engagierten Kommentar eine zentrale Erkenntnis gerade des politischen Kampfes gegen die Rechten und Faschisten. Ernst Bloch drückte sie im April 1937, gut vier Jahre nach der schlimmsten Niederlage der deutschen Linken, so aus: »Die Nazis haben betrügend gesprochen, aber zu Menschen, die Sozialisten völlig wahr, aber von Sachen; es gilt, zu Menschen völlig wahr von ihren Sachen zu sprechen.«

W.R. GENSINGER

LUDWIGSHAFEN

Aust dokumentiert die Verbindungen zwischen den Fememorden und Michael Kühnen. Trotzdem wird Kühnen jetzt aus der Haft entlassen, obwohl er noch mehrere Monate hätte absitzen müssen. Das ist ungeheuerlich, weil sich durch Kühnen und seine ANS-Bande kein Demokrat, kein Ausländer seines Lebens sicher sein kann.

Aber so zimperlich bundesdeutsche Gerichte gegen Nazis vorgehen, so brutal gehen sie gegen jene vor, die die Nazis bekämpfen. Wegen der Teilnahme an einer Protestkundgebung gegen eine NDP-Veranstaltung mit deren Vorsitzendem - und Anwalt der Wehrsportgruppe Hoffmann - Martin Mußgnug wurde ich festgenommen und in einem infamen Prozeß zu 40 Tagessätzen verurteilt. In der Berufung wurde das Urteil auf 20 Tagessätze zurückgenommen. Alles in allem muß ich 1. 131,70 Mark zahlen. Im Gegensatz zum Nazi-Verbrecher Kühnen kriege ich meine »Untaten« immer noch jeden Monat mit einer 50-Mark-Rate zu spüren. Das ist für mich als Student viel Geld.

JÜRGEN M. BEECK

HAMBURG

Das Vergangene ist nicht tot. Es ist noch nicht einmal vergangen. Zum Beispiel schrieben die schleswig-holsteinischen »Jungen Nationaldemokraten« erst am 8. November an ihre »JN-Stützpunkte«, um die NPD-Landesversammlung in Lentföhrden vorzubereiten. Der Rundbrief von Ulrich Schwefasch, mit dem Gruß »Alles für Deutschland, nichts für uns« in deutscher Schrift unterzeichnet, endet mit der Einschätzung: »Ich rechne nicht mit Störaktionen der Roten, aber wir müssen uns auf jeden Fall einstellen, und gerade der JN kommt die Aufgabe zu, den Bundesvorsitzenden der NPD zu schützen.«

FERDINAND STORP

NEUMÜNSTER

Widerliches Deutschland

KONKRET 12/82: »Der häßliche Deutsche« und »Deutsche Gespräche«

Sie hätten in Heft 12 die Rubriken »Der häßliche Deutsche« und »Deutsche Gespräche« zusammenlegen und eine Rubrik »Widerliches Deutschland« einrichten sollen. Denn was die Beschreibung von Uwe Barschel und das Geschwätz von Haha E. Jünger an den Tag legt, verleitet zu dem Schluß, daß man in einem Land lebt, in dem Politik und Kultur nur von Menschen betrieben werden, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben oder nichts lernen wollen!

JÖRG PALITZSCH

INGERSHEIM

Druckfehler

KONKRET 12/82: »Ausradieren, aus Prinzip« - Randolph Braumann über das Buch »PLO und Palästina«

In dem Text hatte sich auf Seite 108 ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Statt »unbarbarische« Perfektion, Zielstrebigkeit und Solidarität muß es dort natürlich »unarabische« heißen. Wir bitten um Entschuldigung.

Konkret 01/83, S. 6

Hermann L. Gremliza

Alice, geb. Eichmann?

Alice Schwarzer ist ein Synonym für Feminismus. Der deutsche Mann, und nicht nur der bürgerliche, gibt ihr die Schuld daran, daß er zwar vielleicht noch so lebt wie zuvor, aber schon mit schlechtem Gewissen und gefährlich.

Dem Manne ist jetzt ein wenig geholfen worden: Alice Schwarzer wurde als Antisemitin entlarvt und der Sippenhaftung nach Art der Nürnberger Gesetze überführt. Das Verdienst gebührt dem Journalisten Henryk M. Broder und der Illustrierten »Stern«. Soll solch eine Frau einem Mann, und gar einem linken, noch Vorschriften machen dürfen?

Nun kennen alle, die Alice kennen, ihre antifaschistische Haltung. Keiner von ihnen kann für wahr halten, was ihr da vorgeworfen wird. Doch niemand widerspricht. Im Gegenteil - es stand in der »Titanic«:

Eine Frage, Alice Schwarzer, was haben Sie sich nur dabei gedacht, als Sie Ihrer Mitarbeiterin Hildegard Recher die Wieder- und Weiterbeschäftigung bei »Emma« mit der Begründung verweigerten, sie sei dafür »als die Geliebte eines militanten Juden« ungeeignet...

Die »Titanic« ist, neben und über allem anderen, ein Blatt aus dem Geist der 68er-Bewegung, Waechters Zeichnungen und Gernhardts Texte sind nur aus deren emanzipatorischem Witz zu verstehen. Was hat die Redaktion veranlaßt, auf den miesen Trick des »Stern« hereinzufallen? Denn der Eindruck, den der von Alice wegen seiner Arsch & Titten-Geschäfte denunzierte »Stern« erweckt hat, ist ein gewollt falscher. Alice hatte nicht geschrieben, Hildegard sei als »die Geliebte eines militanten Juden ungeeignet«. Das hätte schon deshalb keinen Sinn gemacht, weil weder Alice noch Hildegard in der Bezeichnung »militanter Jude« etwas Diffamierendes sehen. Alice hat in dem Brief an Hildegard, der als Faksimile im »Stern« nicht zu entziffern war, geschrieben:

Man kann doch nicht die Geliebte eines militanten Juden sein... und gleichzeitig bei einem Projekt mitarbeiten, das in seinen Augen eine »zweite Endlösung« vorantreibt ... ?!

Es geht also nicht um einen so oder so militanten Juden, sondern um einen ganz bestimmten, der dem Projekt, an dem seine Lebensgefährtin mitgearbeitet hat (und nun wieder mitarbeiten will), die Absicht unterstellt, eine »zweite Endlösung« zu wünschen, ein neues Auschwitz.

Broder hat dies - und mehr - getan. Er schrieb in der »Zeit«: »Für 'Emma' gibt es kein Israel mehr, die zweite Phase der Endlösung ist offenbar bereits beschlossene Sache und nur noch eine Frage der Zeit.« Und, gleichfalls auf Alice Schwarzer und »Emma« gemünzt: » ... engagiert Ihr Euch dafür, den Staat Israel aufzulösen und setzt damit, wenn auch mit anderen Mitteln, die Arbeit von Adolf Eichmann fort.« Alice und »Emma« dienten ihm zum Exempel für das, was er den »Antisemitismus der Linken« nennt: »Euer Jude von heute ist der Staat Israel.«

Henryk Broder, Sohn von Nazis verfolgter und gequälter Eltern, durfte das tun, so falsch, borniert und absurd es ist. Denn das ist diese im Hause Springer erfundene These, Kritik am Zionismus, Ablehnung der israelischen Politik und Solidarität mit den Palästinensern seien die Fortsetzung der nationalsozialistischen Judenverfolgung mit anderen Mitteln, ganz gewiß. Was für Broder ein subjektiv notwendiger Akt der Befreiung sein mag, bedeutet denen, die es ihm drucken, eine Chance zu reaktionärer Propaganda. Sie wollen darüber hinwegtäuschen, daß sich die besten deutschen Freunde der israelischen Politik aus dem Lager der dumpfsten NS-Mitläufer rekrutieren.

Was es von links gibt, sind Dummheiten, und es ist gewiß nicht auszuschließen, daß manche davon ihre Ursachen in Bereichen haben, wo Tiefenpsychologen zuständig sind. Aber die politische Abkehr der Linken von Israel war ein zu schmerzhafter Prozeß, als daß man sie mit Verdrängungszwängen und Kompensationswünschen erklären könnte. Die bundesdeutsche Linke ist, von ein paar Idioten abgesehen, antifaschistisch und steht an der Seite der Opfer von Auschwitz und Treblinka. Deshalb hat sie so lange gebraucht zu begreifen, daß der Staat Israel nicht nur ein Ort ist, an dem Juden endlich frei von der Angst vor Pogromen leben können, sondern leider zugleich ein Außenposten der westlichen, ausbeutenden Welt mitten in einem Teil der ausgebeuteten. Israel ist auch das staatsförmige Eingreifkommando der USA im Nahen Osten. Einen Staat, der diese Rolle mit aller Gewalt spielt, kann Carstens.(SA) verteidigen, nicht aber eine Linke, die sich ernst nimmt.

Allerdings - und das hat nichts mit linkem Antisemitismus, aber viel mit der Abwesenheit historischen Bewußtseins zu tun: Solange noch ein Jude lebt, der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war, solange sein Leid in ihm, seinen Kindern oder seinen Enkeln fortlebt, kann es keinem Staatsbürger der Bundesrepublik erlaubt sein, die Verbrechen israelischer Politiker und Militärs mit einem Vokabular zu bezeichnen, das die Untaten der Nazi-Deutschen an den Juden beschreibt (Beispiel: »Endlösung der Palästinenserfrage«). Auch das Argument, nach '45 geboren zu sein, hilft nur den Söhnen und Töchtern von Tätern. Die Söhne und Töchter der Opfer, die an den Schmerzen der Eltern leiden, dürfen nicht auch noch

mit der arroganten Unschuld jener gequält werden. Nebenbei: Welcher dieser Söhne, der auf sein rassistisches Erbe verzichtet hat, hat auch das materielle Erbe, das damals durch Arisierung erworben wurde, ausgeschlagen?

Bleibt die Frage nach der Sippenhaftung. Die Chance, in dieser Sache Verständnis für Alice Schwarzer zu schaffen, ist nicht sehr groß. Es aus Opportunismus nicht zu versuchen, bedeutet aber, auf ein Stück gemeinsamer linker Geschichte zu spucken. Es ist dieser alltägliche Verrat, der aus unserer politischen Kultur allmählich einen Emmentaler Käse macht.

Die Redaktion einer kleinen, kämpferischen Zeitschrift, die der Gewalt einer überwältigenden und jederzeit zur Überwältigung bereiten Mehrheit ausgesetzt ist, muß sich schützen. Zugleich verlangt die redaktionelle Arbeit ein Maximum an innerer Freiheit, ungeschützter Äußerung, in der Abwegiges, Chaotisches, Falsches, Gefährliches, ja Kriminelles muß ausgesprochen werden können, UM es zu wägen, zu verwerfen und über die Negation zum weiterführenden Gedanken, zum Einfall zu kommen. Wenn gedruckt erschiene, was im Laufe eines Jahres in der Redaktion von KONKRET so alles mal gesagt wurde, müßte in Santa Fu oder Ochsenzoll zusammengerückt werden.

Bei »Emma« kann es nicht anders sein, nur schlimmer. Denn es liegt in der Natur sowohl der Sache wie ihrer Protagonistin, daß Alice Schwarzer mit Haut und Haaren »dran« ist. Ihre Gegner machen vor keinem entstellenden Foto, keiner beleidigenden Qualifizierung der Person, keiner Fälschung und keinem absichtlichen Mißbrauch von Zitatfetzen halt.

Wer seine Arbeit unter solchen Umständen fortsetzen will, muß sicher sein, daß wenigstens in der engsten Umgebung, im Kreis der täglichen Mitstreiterinnen keine sich befindet, die den Gegnern »Material« zuträgt. Hildegard Recher ist die Lebensgefährtin von Henryk Broder, der sich selbst für einen »Chauvi« hält und mit der Linken nichts (mehr) zu tun haben will. Die Gefahr, daß Broder Hildegard Rechers Erzählungen aus der »Emma«Redaktion zu einem tollen Alice-Porträt für den »Stern« verwenden würde, war nicht auszuschließen. Hildegard Recher hätte das einsehen können. Sie hat es vorgezogen, ihrer früheren Freundin Alice, ausgerechnet im »Stern«, »Sippenhaft« (gemeint: Sippenhaftung) vorzuwerfen.

Henryk Broder hat mich aufgefordert, »daß KONKRET was machen sollte«: »Ich find's einfach seltsam, daß die Linke ... diesen Fall offenbar nicht so gravierend findet wie die Entlassung eines kommunistischen Arbeiters durch die Bundespost.« Auch wenn's schmerzt, Henryk: Da hätte die Linke mal recht.

Konkret 01/83, S. 8

Nachrichten

Lex Lambsdorff

Die Bonner Staatsanwaltschaft wird ihre Untersuchungen in der »Schmiergeld-Affäre« des Flick-Konzerns offenbar noch auf eine Reihe weiterer Straftatbestände ausdehnen müssen. Neben Steuerhinterziehung und Bestechung dürfen auch Vergehen gegen die §§ 246 (Unterschlagung), 263 (Betrug und Untreue) und 266 (Veruntreuung) StGB vermutet werden.

Genau diesen Katalog aus dem Umfeld der Weißen-Kragen-Kriminalität wollten die Autoren jenes Gesetzentwurfs der vier Bundestagsparteien vom Dezember 1981 unter rückwirkende Amnestie stellen, die dann allerdings an den Sozialdemokraten gescheitert war. Aufgrund des massiven Widerstands in der eigenen Fraktion hatte die SPD-Fraktionsführung den Gesetzentwurf, der von der Parteispitze schon abgesegnet worden war, gar nicht erst vorgelegt. Deshalb wissen viele SPD-Abgeordnete auch heute noch nicht, was sie da als eine Art »Lex Lambsdorff« alles hätten unter Straffreiheit stellen sollen.

Im Licht der neuesten Ermittlungsergebnisse erhält dieser Entwurf jetzt eine erhebliche Aktualität. Denn wenn die Autoren des Entwurfs die einschlägigen Straftatbestände so gut kannten, dann müßten sie auch von dem kriminellen Gehalt des Spendenskandals offenbar sehr genau gewußt haben. Zu denen, die sich führend für den Amnestiegedanken und den entsprechenden Gesetzesentwurf eingesetzt haben, gehörte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff. Auf seinen »massiven Einsatz« (so der ehemalige FDP-Staatssekretär Andreas von Schoeler) in der FDP-Fraktion wird vor allem zurückgeführt, daß die FDP-Abgeordneten schließlich mehrheitlich für eine Amnestie stimmen. Andreas von Schoeler, der zusammen mit Ingrid Matthäus und Helga Schuchardt den Gesetzesentwurf ablehnte, erinnert sich auch daran wie sehr es ihn gewundert habe, daß außer der Steuerhinterziehung in dem Entwurf auch Bestechung (Vorteilnahme) erwähnt wurde. Zu dem Zeitpunkt im Dezember 1981, so der Ex-Freidemokrat »hat ja noch niemand öffentlich an solchen Vorwurf gedacht«. Das stimmt: Daran denken konnten nur die Täter, ihre Mitwisser und die Autoren des Entwurfs.

Kultur, Kultur...

Noch nie hat ein SPD-Funktionär die Grundlagen sozialdemokratischer Kulturpolitik so deutlich formuliert: Sie muß den Tugenden eines CDU-Regierungschefs entsprechen. Seine Forderung, die TV-Serie »Dallas« abzusetzen, begründete der SPD-Abgeordnete Hans Wallow im Bundestag so: »*Egoismus*, *Käuflichkeit und zwischenmenschliche Niedertracht sind die zentralen Aussagen der Serie. Diese Tendenzen stimmen nicht mit der Regierungserklärung von Kanzler Kohl überein, der von Tugenden wie Liebe, Vertrauen und Toleranz gesprochen hat. «*

Zitat I

»Haben Sie im Fernsehen schon mal auf den kleinen schwarzen Koffer geachtet, der Herrn Reagan immer hinterhergetragen wird? Da sind die Auslösebefehle drin. Ich habe mir vorgestellt, daß man diese Papiere in eine Kapsel tut und diese Kapsel in ein Kind einpflanzt. Um einen Atomkrieg auszulösen, müßte man also erst das Kind töten. Wer wird das fertigbringen? Wie einfach ist es dagegen, nur den Knopf einer Mordmaschine zu drücken. Ob das Kind nicht die Lösung wäre?«

Petra Kelly in Cosmopolitan

Zitat II

»Wenn man sich bei der Verwaltung oder auch bei Zeitungen und Rundfunk mit 'Kantemir von der Fraktion der Alternativen Liste' meldet, so hat das schon mehr Wirkung, als wenn man nur sagen kann: 'Hier ist Müller von der Bürgerinitiative XY‘. Insoweit hat das Parlament tatsächlich noch eine gewisse Autorität.«

Die Berliner AL-Abgeordnete Rita Kantemir zur Süddeutschen Zeitung

Konkret 01/83, S. 8

Jürgen Saupe

Oetker-Beute in Bagdad

Nachrichten

Seit dem 26. Mai 1981 ist das Urteil rechtskräftig, mit dem der Münchner Dieter Zlof (40) als angeblicher Mittäter bei der Entführung von Richard Oetker zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde. An diesem Tag verwarf der Bundesgerichtshof eine Revision von Zlof. Durch den Menschenraub, bei dem Oetker schwer verletzt wurde, erbeuteten die Kidnapper die deutsche Rekord-Summe von 21 Millionen Mark von der westfälischen Pudding-Dynastie. Am 14. Dezember 1976 war Oetker entführt und zwei Tage später wieder freigelassen worden. Mehr als zwei Jahre später, am 30. Januar 1979 wurde Zlof verhaftet. Der Prozeß gegen ihn begann am 26. November 1979 und endete - nach 53 Verhandlungstagen - am 9. Juni 1980.

Diese langen Fristen für die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und für den Prozeß selbst scheinen Indizien für Gründlichkeit zu sein. Rund 5.000 Spuren-Akten ebenfalls. Trotzdem - oder gerade deshalb - haben die Zlof-Verteidiger, die Münchner Anwälte Dr. Gunter Widmaier und Martin Amelung für ihren einsitzenden Mandanten im Sommer 1981 eine Verfassungsbeschwerde eingelegt. Sie begründen sie damit, daß die Anklagebehörde eine unkontrollierte Auswahl des Prozeßmaterials getroffen habe, da sie zahlreiche Akten mit Spuren im Entführungsfall Oetker weder dem Gericht noch der Verteidigung zugänglich gemacht habe.

Das ist sicher zutreffend und bei 5.000 Spuren auch nicht verwunderlich. Aber auch die Münchner Staatsanwaltschaft hat nicht alle Informationen erhalten, die im Besitz bayerischer Behörden war. In Aktenvermerken für seinen Innenminister Dr. Alfred Seidl (CSU) hat Bayerns damaliger Staatsschutz-Chef Dr. Hans Langemann (CSU) Erkenntnisse seiner Behörde Ober den Verbleib des Lösegeldes und die Täter der Oetker-Entführung niedergelegt, die im Innenministerium als »geheim« qualifiziert wurden. Darin heißt es, »Kontaktperson Petrus« melde, daß ein PLO-Beobachter in Genf erzählte, »der Fall Oetker habe terroristischen Hintergrund«. Die inkriminierten 1000 DM-Scheine seien zunächst nach Libyen und dann in die Iraki-Bank nach Bagdad gebracht und dort umgetauscht worden. Das »heiße« Geld lagere dort noch. Eine handschriftliche Anmerkung des ehemaligen BND-Agenten Langemann lautet: »In dieser Sache hat mich am 23.12.77 der sachbearbeitende Oberstaatsanwalt Dr. Schmidt angerufen und, nach Neujahr, um eine Besprechung gebeten. Offenbar hatte ihn Präsident Dr. Trometer (Chef des bayerischen Landeskriminalamtes, ein Freund von Langemann, d. Red.), den ich formlos informiert hatte, einen entsprechenden Hinweis gegeben.«

Oberstaatsanwalt Schmidt hat gegenüber KONKRET bestätigt, in Begleitung bei Langemann gewesen zu sein. Dessen Ausführungen bezeichnet er heute als: »Alles Unsinn. Gar nichts dran.« Tatsächlich aber soll Langemann den Oberstaatsanwalt auch nicht umfassend informiert haben. Schmidt zu KONKRET: »Seinen Informanten oder Kontaktmann hat er uns nicht genannt.« Dem kann abgeholfen werden. Akten, die im Münchner Innenministerium am Odeonsplatz liegen, nennen den Klarnamen der von Langemann benannten »ausländischen Kontaktperson (Petrus)«: Es ist Simon Malley, französischer Sozialist und Herausgeber des Dritte-Welt-Magazins »afrique-asie«. Nach weiteren Unterlagen des bayerischen Innenministeriums ist Malley aus bayerischen Steuergeldern für Informationen bezahlt worden.

Malleys Hinweise und Langemanns Aufzeichnungen, welche die Anklagebehörde im Prozeß gegen Zlof heute abqualifiziert, sind so abwegig nicht. Von der registrierten Oetker-Beute sind erst 34 Tausender aufgetaucht. Das entlastet Zlof. In einem neuen Prozeß könnte sein Verteidiger Martin Amelung damit argumentieren. Und wenn er weitere Informationen in dieser Richtung einholen will, so kann er neben Simon Malley und dem CSU-Landtagsabgeordneten Dr. Seidl noch jemand fragen, den er besser kennt: den inzwischen zwangspensionierten bayerischen Staatsschutz-Chef Dr. Hans Langemann. Denn Langemann ist ebenfalls Mandant bei Rechtsanwalt Amelung.

Konkret 01/83, S. 9

Friedrich Unruh

Neues vom schönen Klaus

Nachrichten

Ein Mann sitzt allein in der Küche und arbeitet seine Vergangenheit auf. Er schreibt. Er hat was erlebt. Er kann was erzählen.

Der Mann heißt Klaus Bölling, Chefredakteur außer Diensten, Intendant außer Diensten, Regierungssprecher außer Diensten und Ständiger Vertreter außer Diensten. Als Stimme seines Herrn Schmidt war er stets im Bild und immer auf Sender, und als »Prinz Klaus« selbst bei den Regenbogen- und Boulevardpresse im Gespräch.

Doch als der alte Helmut dem neuen Helmut Platz machen mußte, ging auch für Klaus das Spotlight aus. Klappe. Bölling, der Letzte. Als er nichts mehr zu sagen hatte, schrieb er die Geschichte von der Schmidt-Genscher-Ehe. Seither wissen wir: der alte Helmut war der Beste und er, Klaus Bölling, war sein bester Herold. Neben der Staatspension verdiente er an seinem dienstlichen Wissen bei Spiegel und Rowohlt eine Viertelmillion.

Doch es reicht ihm nicht, noch gibt es viel zu tun. Nicht mehr im Bilde, ist er nun in »Bild«. Seinem Freund Mainhard Graf Nayhauß diktiert er in die Maschine: »Einsam! Bölling sitzt in der Küche und schreibt. Weil die Möbel noch nicht aus Bonn eingetroffen sind. Und zum erstenmal seit vielen Jahren ohne Sekretärin. Die Umstellung hat harte und komische Seiten. Früher schwamm er vor Dienstbeginn im Pool des Kanzleramtes. Heute zieht er seine Bahnen im Schwimmbad des Hotel Kempinski. Ein Schalterbeamter im Postamt Königin-Luise-Straße: »Is ja schrecklich, det se kenen Sekretär mehr hab'n.«

Schrecklich. Bölling muß selber schreiben. In der Küche. Die Küche gehört zu einer Zweizimmerwohnung in der Laubacher Straße 54 im Westberliner Stadtteil Schöneberg. Die Häuser gehören der GEHAG, der Gemeinnützigen Heimstätten-Aktiengesellschaft. Wer hier wohnen will, muß sich in lange Wartelisten eintragen und einen Wohnberechtigungsschein vorweisen. Klaus Bölling wohnt in einer Sozialwohnung für 363 Mark Miete (nicht zuviel bei ca. 10.000 Mark Staatspension im Monat).

Er schreibt ein neues Buch. Über die DDR. Über Land und Leute drüben. In aller Eile gilt es, dem verhaßten Günter Gaus zuvorzukommen. Auch Gaus schreibt ein Buch. Über die DDR. Gaus läßt sich Zeit. Gaus war sieben Jahre ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR. Bölling blieb nur ein Jahr. Dann mußte er zurück. Für ein Buch reicht das bei ihm allemal. Für einen zweiten Schnellschuß. Wenn schon nicht der erste Mann Bonns in Ostberlin, will er wenigstens der erste auf dem Markt sein, mit Vorabdruck im »Stern«: Ein Staatssekretär plaudert aus dem deutschen Nähkästchen, Begegnungen von Mensch zu Mensch - Klaus Bölling und Erich Honecker, Klaus Bölling und der Pfarrer, Klaus Bölling und der Arbeiter, Klaus Bölling bei behinderten Kindern, Klaus Bölling beim Brötchenholen auf dem Fahrrad, Klaus Bölling beim Gassigehen mit dem Bernhardiner Bolle, Klaus Bölling bei den Funktionären.

In einem Hofbericht meldete der »Stern«, in Ehrfurcht vor dem Herrn, wie der Preuße aus Potsdam die Genossen überall wegen ihrer schlechten Manieren schalt.

Wird der Indiskretin auch erzählen, wie das mit Ruth Mossner war? Als seine Frau Alexandra, Tochter des Arbeitgeber-Präsidenten Rolf Rodenstock, des Sozialismus mit fader Repräsentation überdrüssig, die Koffer packte und nach Westen heimkehrte? Wird man erfahren, wie sich Bölling auf dem SPD-Parteitag in München Helmut Schmidt anvertraute, wie dieser zustimmte, Frau Loki entzückt war und, drüben Erich Honecker seinen Segen gab?

Die Malerin Ruth Mossner bekam ein Visum und folgte dem Geliebten nach Bonn. Er nannte sie Lebensgefährtin, nahm sie mit zu Menuhins Konzert, zu Kanzlers Fest und Kanzlers Hochzeitstag, ließ sie ein Haus einrichten, machte mit ihr Reisepläne und wurde ihrer wieder überdrüssig. Sie müsse aus seiner Nähe. Ihn verlassen. Auf nach Berlin, Laubacher Straße 54. Dort wolle er sie gelegentlich besuchen. Ruth Mossner fuhr. Sie kehrte in die DDR zurück und malt wieder Kinderbücher für deutsche Verlage in Ost und West.

Dem feinen Klaus war die Sache peinlich. Über seine Freunde von »Bild« läßt er verbreiten, sie sei abgereist, verbittert über Spionageverdächtigungen und Verleumdungen von Politikern und Presseleuten. Nun sitzt er allein in der Küche und arbeitet seine Vergangenheit auf.

Konkret 01/83, S. 10

Manfred Bissinger

Wenn der Kopf korrupt ist, ist das Kapital nicht weit

Über die doppelte Moral des Helmut Kohl

Der Bundeskanzler ist normalerweise das Rückgrat der Republik. Da Helmut Kohl kein Rückgrat hat, hat die Bundesrepublik auch keinen Kanzler.

Das wäre so schlimm nicht. Schließlich hatten uns die Christdemokraten schon einmal einen gewissen Kurt-Georg Kiesinger als Regierungs-Chef beschert. Doch dessen Außenminister und Vizekanzler hieß immerhin Willy Brandt und nicht Hans-Dietrich Genscher. Und: Damals ging es nicht um Millionen Arbeitslose, nicht um Lohnabbau, nicht um die Auflösung des sozialen Netzes, nicht um die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen.

Helmut Kohl hat nie den Versuch gemacht, sich diesen Problemen zu stellen. Er läßt die Dinge geschehen. Der Stärkere wird sich schon durchsetzen. Das ist seine Vorstellung von der »geistig-moralischen Wende«. Einer, der ihn für sich arbeiten läßt, ist Franz Josef Strauß. Gemäß dem Motto, ausgegeben in der »Wienerwald«-Rede 1976, »man kann ... mit jedem regieren«, bestimmen Strauß und seine Konsorten aus der Industrie, was zu geschehen hat.

Von Beginn an haben die neuen alten Herren die Politik des CDU/CSU/FDP-Kabinetts auf doppelte Moral programmiert. Dem Bürger darf alles erzählt werden - nur nicht die Wahrheit. Anstand, Sitte und Moral werden als Maximen für's Volk gepredigt, nur gehandelt wird danach nicht.

Mit Taschenspieler-Tricks ging es los. Auf seiner ersten Presse-Konferenz verkündete der neue Bundeskanzler die schlagzeilenträchtige Nachricht, die Regierung werde ihre eigenen Gehälter um fünf Prozent kürzen. Sinn der Verlautbarung war, die Arbeitnehmer psychologisch unter Druck zu setzen. Schnelles Nachrechnen entlarvte die Tat als Propaganda-Gag: Denn Kohls Vorgänger hatte bereits 'für sich und seine Minister auf die Gehaltserhöhung für 1982 verzichtet. Unter dem Strich wurden pro Minister und Monat nochmal ganze 37,90 Mark eingespart. Macht nichts. »Bild« hatte seine positive Kohl-Meldung. Was der Kanzler außerdem verschwieg: Für zusätzliche Mitarbeiter genehmigte sich das neue Kabinett 1,4 Millionen.

Wir könnten dies als Schlitzohrigkeit abtun, wenn es nicht Methode hätte. Erst große Worte, dann finstre Taten. Das zweite Beispiel folgte sogleich: Daß der Staat nur unser Bestes will (Helmut Kohl), hat sein Postminister Christian Schwarz-Schilling am wörtlichsten genommen. Mit der hehren Begründung, die Bürger müßten frei wählen können, was sie sehen wollen, läßt er die Bundesrepublik verkabeln. Sein öffentliches Engagement bringt Schwarz-Schilling privat keine Nachteile. Seiner Frau gehört die Akkumulatoren-Fabrik Sonnenschein, und die wiederum macht Millionen-Geschäfte mit der Post. Darüber hinaus gab es eine Beteiligung an der »Projektgesellschaft für Kabelkommunikation«, und die wiederum kann von Schwarz-Schillings Kabel-Offensive nur profitieren. Da hilft auch nicht, daß die Anteile noch schnell vor der Minister-Vereidigung abgegeben wurden.

Wie sollte es anders sein: Nachdem die Verquickung von Amt und Einkommen aufgedeckt worden war, fanden sich schnell Fürsprecher für den Minister. Der Bundestags-Präsident, bei dem mögliche Interessen-Kollisionen gemeldet werden müssen, kann vernachlässigt werden: Er ist selber in dubiose Geschäfte verwickelt.

Aber auch Helmut Kohl und seine Hintermänner hat es nicht weiter aufgeregt. Vorgänge wie die um seinen Postminister hat er längst in seinem Einmaleins der Staatskunst untergebracht. Kohl: »Das Ökonomische ist die Folge des Geistig-Moralischen und nicht umgekehrt.« Mit anderen Worten: Wenn der Kopf korrupt ist, ist das Kapital nicht weit.

Der neue Bundeskanzler weiß, wovon er spricht. Es gibt Anfechtungen, denen auch er schon erlegen ist: FKF. Bei Friedrich Karl Flick haben sich viele gern eine Blöße gegeben. Denn wer nicht im schwarzen K(I)assenbuch von Flick steht, hat in diesem Staat nichts zu melden. Dem Gotha der gehobenen Polit-Stände kann man entnehmen, wer sich mit welchem Betrag an der Bundesrepublik Deutschland verdient machen kann. Auszug aus der Preisliste:

Bundestagsabgeordneter

bis zu 5.000 Mark;

Bundestagsabgeordneter im

Haushalts-, Umwelt- oder Verteidigungsausschuß:

bis zu 10.000 Mark;

Staatssekretär in

Bonn/Landesminister

bis zu 25.000 Mark;

Ministerpräsident:

bis zu 50.000;

(In Bayern bis 250.000 Mark);

Bundesminister/Oppositions-Chef:

bis zu 100.000 Mark;

Bundeskanzler/Bundespräsident:

nach freier Vereinbarung.

In Einzelfällen können Zulagen gezahlt werden. Mehrfachzahlungen sind möglich. Auf Wunsch wird Rechtshilfe gewährt.

Noch konnten nicht alle berücksichtigt werden. Wer sich also bei Friedrich Karl Flick in Erinnerung bringen möchte, kann bei ihm persönlich vorstellig werden. Ruf doch mal an: Konzernzentrale Düsseldorf 0211/5800.

Zu denjenigen, die bisher unterbezahlt waren, gehört zweifellos Helmut Kohl. Bei ihm seien es nur »einige Tausend Mark« gewesen, hat er erklären lassen. Wer so gut rechnen kann wie Flick, versteht sich eben darauf, die wirklichen Machtverhältnisse einzuschätzen. Im neuen Amt darf Kohl teurer werden. Franz Josef Strauß (Kategorie: Ministerpräsident, Bayern) ist da guter Hoffnung: Kohl sei entwicklungsfähig und könne lernen, meinte er jüngst.

Die Grundlage, sich größere Verdienste zu erwerben, hat Kohl bereits gelegt. Es nutze nichts, erklärte er öffentlich, über ein Arbeitslosenheer von 2,5 Millionen, das ins Haus stehe, zu schimpfen. Man müsse vielmehr die Investitionskraft der Wirtschaft stärken, »nicht aber von morgens bis abends auf die Reichen eindreschen«, weil man befürchten müsse, »daß die Reichen ihr Vermögen ins Ausland schaffen«. (Flick ist mit einem Teil seiner steuergesparten Millionen in die USA gegangen).

Als erster verinnerlichte Arbeitsminister Norbert Blüm Kohls Lektion und erfand die »Lohnpause«. Wenn es darum geht, den Unternehmern dienlich zu sein, ist es eben auch recht, Angst zu verbreiten.

Die vorläufig härtesten Disziplinierungs-Maßnahmen der neuen Bundesregierung treffen die Studenten; sie sind ja auch am aufmüpfigsten. In seinem Bemühen, »dem Vaterland Maß und Mitte zurückzugeben«, setzt Kohls Kabinett alles daran, Mittelmaß zu fördern. Die neuen Bafög-Bestimmungen sollen für Ruhe an den Universitäten sorgen. Wer als Student gezwungen wird, hohe Schulden zu machen, muß sich im Leben hinterher anpassen. Das Risiko, wegen der Teilnahme an einer Demonstration keine Stelle zu bekommen (und damit das Darlehen nicht zurückzahlen zu können), ist erheblich. Zwar redet Kohl immer davon, er wolle Zwang und Reglementierung in unserem Staat abbauen - die Taten beweisen das Gegenteil. Aber - gesagt werden darf eben alles, nur nicht die Wahrheit. Ob es um Zimmermanns Vorbereitungen zur klammheimlichen Wiedereinsetzung des § 218 geht oder um Wörners Unterlaufen des Nato-Doppelbeschlusses (Ein schnelles Ergebnis in Genf ist gar nicht nötig, verhandelt werden kann auch noch *nach* Aufstellung der neuen Pershings und Cruise Missiles).

Es wird eben immer anders geredet als gehandelt. Protagonist dieser Politik der doppelten Moral ist Helmut Kohl. Am deutlichsten wird das, wenn er über Ehe und Familie spricht. Originalzitate des neuen Kanzlers:

»Wir brauchen wieder eine Politik, die sorgsam mit der Familie umgeht.«

»Es gilt für uns der Satz, eine gesunde Familie ist die Voraussetzung eines gesunden Staates, und Staatspolitik muß täglich sich an diesen Satz erinnern, muß damit sorgsam umgehen, darf die Familie nicht unter sozialistischen Indoktrinationsdruck setzen, muß die Autorität von Eltern stabilisieren und ermuntern, muß wieder Lebensfreude in die Familien hineinbringen helfen.«

»Partnerschaft - gerade nach dem Mißerfolg mit dem Jahr der Frau - bedeutet doch für die Frauen mehr als bloße Emanzipation im herkömmlichen Sinne.«

»Oft sagen mir Freunde aus dem Ausland: 'Helmut, was habt ihr hier für tolle Frauen!' Wirklich - wenn ich mich in den Büros oder auf der Straße umschaue. Trotz aller Emanzipation sind unsere Frauen wunderbar weiblich geblieben!«

»Ich spreche so leidenschaftlich gerade zu diesem Thema, weil für mich ganz klar ist, daß die immer wieder notwendige geistig-moralische Erneuerung unseres Landes eben nur dann kommen kann, wenn sie aus der Familie kommt, wenn die Jungen ihr Beispiel zu Hause erfahren, wenn sie das Leben kennenlernen und eingeübt werden in die Tugenden unseres Landes, am Beispiel der eigenen Eltern in der Wärme und der Geborgenheit der eigenen Familie.«

»Sozialisten können mit der Familie nichts anfangen.«

So wie Helmut Kohl können es Sozialisten wirklich nicht. Als der nämlich von Mainz nach Bonn aufbrach, ließ er seine Familie im Bungalow in Oggersheim zurück. Seine Sekretärin Juliane Weber aber nahm er mit. Nicht nur ins Büro, sondern auch ins Haus nach Bonn-Pech. So schrieb »Bild« am 14. Oktober 1982 über »die geheimnisvolle Welt der neuen Nr. l«: Hannelore Kohl kam »nach Bonn selten, übernachtet hat sie da so gut wie nie«. Das ging auch schlecht. Für sie war kein Platz da. Sie schlief daheim in Rheinland-Pfalz und kam damit nur schlecht zurecht. Gegenüber der Journalistin Liselotte Millauer offenbarte sie sich: »Man muß vor allem warten können. Nach vier, fünf Stunden echten Wartens kann man nur noch von einem Hund verlangen, daß er sich immer noch freut. Ich hab' von unserem Hund gelernt.«

Wie ein Mann seine Familie behandelt und wie er über die Familie spricht, kann im Gegensatz nicht krasser sein als bei Helmut Kohl. Seine Worte sind scheinheilig und verlogen, wenn man weiß, wie er lebt. In Bonn ist es ein offenes Geheimnis. Die Journalisten kennen nicht nur Juliane Weber (die übrigens auch verheiratet ist), sie reden auch über die kreiselnde Architektin aus Berlin. Die Wahrheit schreiben will keiner. Es könnte die Kreise stören. Das höchste der Gefühle ist mal ein Scherz für Insider. Der »Spiegel« über Juliane Weber: »Sie schlägt ihm auch die Eier auf, weil der Kanzler sie so heiß nicht anfassen mag.«

Normalerweise würde man darüber zur Tagesordnung übergehen. Freunde/Freundinnen gehören nicht in die öffentliche Diskussion. Bei Kanzler Kohl liegt der Fall anders. Und dafür gibt es mindestens drei Gründe:

1. Wer Staat und Gesellschaft nach dem Ebenbild der Farm e gestalten will, muß sich fragen lassen, wie es in seiner Familie aussieht. Der Staatsbürger möchte ja schließlich wissen, was ihm blüht.

2. Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik läßt ein Kanzler persönlichste Verhältnisse vom Staat finanzieren. Auf Wunsch von Kohl wurde Juliane Weber als Regierungsdirektorin (mindestens 5.000 Mark Gehalt) im Bundeskanzleramt eingestellt. Kohl begründete das mit dem »einzigartigen Vertrauensverhältnis«.

3. Kohls Vorvorgänger Willy Brandt galt den Geheimdiensten und der CDU-Opposition als Sicherheitsrisiko, als in Bonn gewispert wurde, er habe »galante Abenteuer« (»Welt am Sonntag«). Das Wort von der »Erpreßbarkeit des Kanzlers« machte die Runde, Brandt mußte schließlich zurücktreten.

Warum also durfte Helmut Kohl überhaupt antreten? Warum präsentierten die Medien den Generalisten im Kreise seiner eilig herbeigeschafften Familie, obwohl ihnen bekannt ist, wie verlogen das ist? Ganz einfach: Helmut Kohl steht für die rechte Sache. Er ist der Stellvertreter ohne Rückgrat. Der Wähler soll nicht zweifeln an dem Mann, an dem man nur verzweifeln kann.

Konkret 01/83, S. 12

Imre Kerner, Sabine Rosenbladt

Giftmüllkippe Deutschland

In den Salzstollen der Deponie Herfa-Neurode ist die Infrastruktur für die größte Giftmüllhalde der Welt schon vorhanden. Im Wunderland der Chemiemultis BASF, Bayer und Hoechst ist auch ausländischer Sondermüll willkommen: Die Zeitbombe tickt

Ein blauroter Lastwagen verschwindet spurlos. Das macht ihn auf einen Schlag berühmt. Wir wissen jetzt, daß er ein westdeutsches Kennzeichen gehabt haben soll, daß er am 10. September an der italienisch/ französischen Grenze bei Ventimiglia zum letztenmal gesehen wurde, daß seine Fracht aus 41 Fässern bestand, Inhalt: 2,2 Tonnen TCDD-Schlamm aus Seveso.

TCDD gehört zu den giftigsten Substanzen, die die moderne Chemie - nicht etwa die Natur - uns beschert hat. In Seveso genügten 200 Gramm, um die Katastrophe auszulösen. Folgerichtig entsteht eine große Aufregung um den blauroten Laster: Hat er das Zeug in die Bundesrepublik gebracht, nach Herfa-Neurode in Hessen etwa oder auf die niedersächsische Deponie Hoheneggelsen? Nach Schönberg in der DDR, wie der Deponiechef von Hoheneggelsen sogleich behauptet? In die Schweiz? Nach Jugoslawien? Und wieder: In die Bundesrepublik?

Wie so oft, verdeckt ein kleiner, spektakulärer Skandal den großen, alltäglichen: Gift-Lastwagen, deren Fracht in Gefährlichkeit dem Seveso-Abfall in nichts nachsteht, rollen Tag für Tag über bundesdeutsche Straßen. Die Art des Umgangs mit dem Giftmüll, hierzulande vornehm »Sondermüll« genannt, beschreiben deutsche Umweltschützer als »die Politik der drei großen V's: Verheimlichen, verharmlosen, vertuschen«.

Schließlich leben wir im Wunderland der Chemie. Drei der fünf umsatzstärksten Chemiegiganten der Welt sind deutsche Firmen: Hoechst, BASF und Bayer. Auf der Weltrangliste der Chemieproduktion liegen wir nach den USA, der Sowjetunion und Japan auf Platz vier, was »Chemiedichte«, also den Umsatz bezogen auf die durchschnittliche Bevölkerungszahl, angeht, sogar nach Japan auf Platz zwei. Dafür geben die deutschen Chemieerzeuger auch beim Umweltschutz weniger aus als die Japaner, nämlich rund ein Prozent ihres Umsatzes. Wiederum ein Fünftel dieser Summe, also 0,2 Prozent vom Umsatz, lassen sie sich die Giftmüll-Entsorgung kosten.

Die chemischen Abfälle, die im Gegensatz zum Atommüll meist keine »Halbwertzeit« haben, sondern »bis in alle Ewigkeit« giftig bleiben, werden in Deponien gelagert, zu Lande oder auf hoher See verbrannt, in ausgedienten Bergwerken verstaut oder - billigste Lösung - auch schon mal in den nächsten Fluß, oder, als Hausmüll getarnt, auf irgendeine Schutthalde gekippt.

Jährlich fallen hier rund drei Millionen Tonnen »Sondermüll« der giftigsten Kategorie an. Doch damit nicht genug: Auch als Importland für Giftmüll hat sich die Bundesrepublik einen Namen gemacht. Dänen, Schweden, Schweizer, Italiener, Niederländer und Belgier können lästige Abfälle bei uns loswerden, und gelegentlich kommt sogar eine Giftfracht aus den USA über den Atlantik, die für eine bundesdeutsche Deponie bestimmt ist.

Zwar werde, so betonen die zuständigen Stellen, beim Müllhandel streng nach dem Prinzip der »Gegenseitigkeit« verfahren: Nimmst du meinen, nehm' ich deinen. Aber genaue Zahlen für die Im- und Exportmengen gibt es nicht. Der BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) nennt in seiner neuen Giftmüll-Broschüre* die offiziellen Angaben aus dem Jahr 1980 - 24.000 Tonnen Export, 32.000 Tonnen Import - »wahrscheinlich aus Gründen unzureichender Erfassung wesentlich zu niedrig«. Und Niedersachsens Landwirtschaftsminister Glup verkündete im Oktober: »Wir haben im letzten ja für weniger als ein Prozent des gesamten Mülls aus Holland bekommen. Es ist richtig, daß es sich früher um viel größere Mengen gehandelt hat, die von dort her bei uns eingelagert wurden.«

Auch Hessens Umweltminister Schneider sah sich jüngst genötigt, zu versichern: »Hessen ist *nicht* der Mülleimer Europas.« Warum diese Abwiegelei? Ganz einfach: Die größten und wichtigsten bundesdeutschen Deponien werden von Privatunternehmen betrieben; je größer der Umsatz, desto höher der Profit.

In Hessen, unweit der DDR-Grenze, liegt eine Anlage, von der Experten nur in Superlativen sprechen: »Weltweit einmalig«, »absolut sicher«, »giftigster Keller der Welt« - die Untertage-Deponie Herfa-Neurode. Hier scheinen die Giftmüll-Produzenten gefunden zu haben, was die bundesdeutschen Atommüll-Erzeuger seit Jahren vergeblich suchen: Einen Salzstock, in dem der gefährlichste Abfall der Industriegesellschaft »auf ewige Zeiten« schadlos endgelagert werden kann.

Rund 700 Meter unter der Erde, eingebettet in wasserundurchlässige Tonschichten, lagert dort bis weit in die DDR hinein das größte Kalisalz-Feld Europas. Auf bundesdeutscher Seite baut in einem Grubenfeld von elf mal dreizehn Kilometern die Kali- und Salz AG, eine »Enkelin« der BASF, Kali-Düngesalze ab.

1972 besannen sich die BASF-Konzernherren auf die ausgeräumten Salzstollen, weil sie einen Platz für ihren Giftmüll brauchten: Denn das Abfallbeseitigungsgesetz mit präzisen Definitionen und Bestimmungen über den Umgang mit »Sondermüll« war gerade inkraftgetreten. Also beantragte die Kali und Salz AG die Genehmigung zur Einlagerung von

»zunächst relativ ungefährlichen arsenhaltigen Stoffen und Dicarbonsäuregemischen« aus dem BASF-Werk Ludwigshafen und der Erdölraffinerie Mannheim. Ein Gutachten des Landesamtes für Bodenforschung bestätigte die Eignung und sprach sogar von der »einmaligen Gelegenheit einer gesicherten Deponie von Abfällen«. Die Anlage wurde genehmigt.

Das waren die bescheidenen Anfänge der größten Giftmüll-Deponie der Welt.

Schon bald entdeckten die Grubeneigner nämlich, daß das Abfallgeschäft durchaus lukrativ ist: Heute macht der Deponiebetrieb Herfa-Neurode mit 25 Angestellten einen Jahresumsatz von sechs Millionen Mark. Pro Tonne Giftmüll kostet die Einlagerung 166 Mark. Mehr als 300.000 Tonnen umweltschädliche Stoffe ruhen schon untertage, sie füllen erst ein Viertel der zugelassenen Deponiefläche. Und, wie Deponieleiter Norbert Deisenroth sagt, »durch den Kaliabbau entstehen Jahr für Jahr vier Millionen Kubikmeter neue Hohlräume, also jährlich erzeugen wir eine Nutzfläche für weitere dreißig Jahre«.

Das Salzlager habe, so Ingenieur Deisenroth, insgesamt auf bundesdeutschem Gebiet ungefähr die Größe der Stadt Kassel. 150 Kilometer unterirdische Straßen durchziehen den Stollen, und wenn in rund 80 Jahren die drei Meter mächtige Kaliader vollständig abgebaut ist, könnten zwischen den zahllosen sechzehn mal sechzehn Meter starken Salztempeln, die das Deckgebirge dann noch tragen, theoretisch Milliarden Tonnen vom »letzten Dreck des Fortschritts« verstaut werden.

Die Infrastruktur für eine denkbare gigantische »Giftstadt« des Chemiemultis BASF ist also schon vorhanden.

»Wie in einer großen Apotheke«, sagt Ingenieur Deisenroth, lägen die Abfallstoffe, dem »Biozyklus entzogen«, im Salz.

Bevor wir untertage fahren, um diese Apotheke selbst in Augenschein zu nehmen, betrachten wir eine Art Stadtplan der Deponie: Die einzelnen »Stadtteile« sind bunt angemalt, jede Farbe steht für ein anderes Gift. Zyanide, Arsen, hochchlorierte Kohlenwasserstoffe, Rückstände aus der Metallverarbeitung und Farb-, Arzneimittel-, Pflanzengiftherstellung, Quecksilber - 1.400 verschiedene Abfälle, zu 21 Stoffgruppen zusammenfaßt, dürfen in Herfa-Neurode deponiert werden.

Bedingung ist, daß die Abfälle »stichfest«, also nicht flüssig sind, daß sie nicht mit den mineralischen Bestandteilen des umgebenden Salzstocks reagieren, nicht explosiv oder selbstendzündlich sind und - so heißt es jedenfalls im Genehmigungsantrag von 1972 - daß sie nicht ausgasen. Diese Bedingung scheint inzwischen stillschweigend modifiziert worden zu sein. In einem Gutachten von 1977 steht nämlich nur noch: »Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß eventuelle aus den Stoffen sich entwickelnde Gase einen bestimmten Grenzwert nicht überschreiten ... «

»Hätten die Seveso-Abfälle in Herfa eingelagert werden können?« fragen wir den Deponieleiter. Er bejaht. Dies sei jedoch vom Land Hessen als zuständiger Genehmigungsbehörde »aus politischen Gründen« abgelehnt worden: Die Öffentlichkeit reagiere beim Stichwort Seveso eben empfindlich.

Aber was der Bürger nicht weiß, das macht ihn bekanntlich auch nicht heiß. Wir fahren also mit dem Schachtfahrstuhl 700 Meter tief in die unterirdische BASF-Apotheke. Unten werden wir vom »Anschläger« Adolf Weiß mit bergmännischem »Glückauf!« empfangen und besteigen einen Gruben-Jeep, der uns durch endlose Salztunnel zur Deponie bringt. Der Fahrtwind heißt hier »Wetter«. Stündlich werden allein für den Deponieteil 3.000 Kubikmeter Frischluft in den Schacht geblasen, die den Stollen durch einen breiten Abgaskamin auch wieder verlassen.

Gibt es, Emissionskontrollen an diesem Kamin? Das sei nicht vorgeschrieben, sagt Ingenieur Deisenroth, denn die Deponie falle als Bergbauanlage nicht unter das Bundesemissionsschutzgesetz. Es würden aber werkseigene Kontrollen bei der BASF durchgeführt. Gefunden würde in der Abluft gelegentlich etwas, zum Beispiel Hexachlorbenzol, »aber nach übertage gehen nur ganz geringe Mengen, im ppb- bis ppm-Bereich**«.

Imre Kerner ist entsetzt: ppm-Bereich, das hieße bei 3.000 Kubikmeter Luft stündlich, daß die Grube bei nur *einem* ppm pro Tag mehr als fünf Kilogramm des erbschädigenden, krebserzeugenden Chlorkohlenwasserstoffs HCB emittiert! Dem »Biozyklus entzogen« ist demnach zumindest dieser Stoff nicht. Aber ein Salzbergwerk ist eben ein Salzbergwerk und keine Chemiefabrik; nach dieser Logik scheinen die Behörden bei ihrer Kontrollpraxis zu verfahren.

Links und rechts von uns stapeln sich in Hohlräumen, die entfernt an gotische Tonnengewölbe erinnern, adrett anzusehende bunte Blechfässer. In großen Lettern aufgemalte Codtnummern kennzeichnen den Inhalt. Hier und da hängt ein Wegweiser: »Pflanzenschutz«, lesen wir, oder »Ciba-Geigy«. Der Schweizer Multi ist ein Großkunde. Wenn eine Kaverne voll sei, erläutert Deponiechef Deisenroth, werde sie zugemauert und mit einem Salzwall verschlossen. Das Gift sei »weg«.

Verschwunden sind auf die Weise in diesem Salzkeller die Überreste diverser in- und ausländischer Chemieskandale. 6.000 Tonnen pflanzengift-, quecksilber- und schwefelhaltiger Seesand aus der dänischen Deponie Harboöre etwa, der den Limfjord zu verseuchen drohte und deshalb nach Herfa gekarrt werden mußte. Oder 900 Fässer des hochgiftigen Insektizids »Kepone« aus den USA, nach dem »Kepone«-Verbot 1978 in die Bundesrepublik geschafft (nachdem England sich geweigert hatte, das Gift zu übernehmen). Die Chronique Scandaleuse ließe sich beliebig verlängern, denn, so

Ingenieur Deisenroth, »das Interesse des Auslands an dieser einmaligen Deponie ist außerordentlich *hoch«. 75* Prozent der Abfälle stammten jedoch aus der Bundesrepublik. Durch solche, scheinbar »absolut sicheren« und unbegrenzt aufnahmefähigen Deponien wird die Chemieindustrie geradezu animiert, weiterhin Giftmüll im selben Tempo wie bisher zu produzieren, anstatt Recycling-Methoden und die längst überfälligen »Vermeidungsstrategien« zu entwickeln.

Der große Haken dieser ach so perfekten Entsorgung ist nicht auf den ersten Blick zu erkennen. Wir bemerken das erst, als wir im 800-Einwohner-Städtchen Herfa nach Polizei und Feuerwehr, zuständig für den Katastrophenschutz, fragen. Und siehe da: Es gibt keine! In diesem Ort, durch den Alltag für Alltag die Gifttransporte rollen, ist nur ein einziger freiwilliger Feuerwehrmann aufzutreiben, Bauer Schaub. Wir treffen ihn im Kuhstall.

Ob er wüßte, was für gefährliche Güter durch Herfa transportiert würden? Ja, davon hätte er schon mal gehört. Was würde er machen, wenn ein solcher Laster verunglückt? Die Straße absperren und in Bad Hersfeld anrufen (18 Kilometer weit weg, der nächste Polizeiposten und - ebenfalls freiwillige - Feuerwehr). Sei denn in den vergangenen Jahren wenigstens mal eine Katastrophenschutzübung in Herfa abgehalten worden? Nö, seines Wissens nicht.

Polizei Bad Hersfeld: POK Becker ist überzeugt, daß man alle auftauchenden Probleme sicher im Griff hat; zum Beweis zeigt er uns den »Hommel«, das Standardbuch über gefährliche Güter. Dazu Dr. Fritz Vahrenholt, Mitautor von »Seveso ist überall« *** und derzeit als Leitender Ministerialrat im hessischen Umweltministerium auch für Herfa-Neurode zuständig: »Der 'Hommel' versagt bei allen Mischungen und bei allen Spurenstoffen, weil nur die Hauptmenge deklariert wird.«

Für das Seveso-Supergift TCDD, das überhaupt niemals als Reinstoff, sondern stets als Verunreinigung in anderen Stoffen vorkommt, hieße das: Es müßte auf dem Begleitschein der Giftfracht gar nicht angegeben sein. Vahrenholt: »Das ist alles nicht beruhigend. Ich gebe zu, daß der Transport das schwächste Glied in der Kette ist. Was den Katastrophenschutz betrifft, würde die Polizei einfach überfordert sein.«

Schlafende Hunde, besagt eine alte Bauernregel, weckt man tunlichst nicht. Dasselbe gilt für uninformierte Bürger: Nach dem ganzen Ärger mit der Atommüll-Entsorgung ist es den Behörden gar nicht unrecht, wenn die Problematik der Giftabfälle von der Bevölkerung noch nicht so dramatisch wahrgenommen wird.

Die Erfahrung, daß die verantwortlichen Behörden selbst gar nicht so genau wissen wollen, wie es um die Giftmüll-Beseitigung steht, machen seit einigen Jahren niedersächsische Bürger: Anwohner einer ehemaligen Tonkuhle in Hoheneggelsen, in der seit 1972 Sonderabfälle deponiert werden. Durch ständig herüberwehende üble Gerüche gereizt, schlossen einige Hoheneggelsener sich vor drei Jahren zu einer Bürgerinitiative zusammen, um sich des Gestankes irgendwie zu erwehren.

Seither widerfährt ihnen Seltsames.

Zum einen wurden sie von dem (privaten) Deponiebetreiber verklagt, weil sie in einem Leserbrief u.a. die Behauptung aufgestellt hatten, »daß ständig gegen die ohnehin schon recht industriefreundlichen Auflagen verstoßen wird, der Landkreis seit zehn Jahren aber nicht in der Lage ist, dies abzustellen«.

Es kam zum Prozeß. Urteil »im Namen des Volkes«, nach umfangreicher Beweisaufnahnie: Der von der BI geschilderte Sachverhalt sei zutreffend, die Klage daher zurückzuweisen. In der 28seitigen Urteilsbegründung zählt die Kammer jede Menge von Auflagenverstößen auf, vom defekten Zaun über die Verrieselung von kontaminiertem Wasser bis hin zu zerquetschten Giftfässern, kaputten Dränageleitungen und der verbotenen Einlagerung flüssiger Gifte. Nebenbei wurde gerichtlich festgestellt, daß in Hoheneggelsen TCDD-haltige Stoffe in unbekannter Menge eingelagert sind.

Gegen das Urteil legte der Deponiebetreiber VFI (»Verwertungsgesellschaft für Industrierückstände mbH«) Berufung ein - die er einige Monate später hastig zurückzog: Die Bürgerinitiative war auf einen weit größeren Skandal gestoßen, in den die VFI mit ihrer Deponie Hoheneggelsen verwickelt ist. Nun wurde den Deponiechefs die Angelegenheit zu brenzlig. Es ging um die holländische »Affäre Uniser«.

Die Giftmüllhändler der »Uniser Holding« hatten jahrelang in allen Benelux-Ländern Giftabfälle jeglicher Art gesammelt, vermischt und nach verschiedenen, mehr oder weniger kriminellen Methoden beseitigt. Die verantwortlichen Firmenmanager sind inzwischen zu hohen Haftstrafen verurteilt. Bei ihren Ermittlungen entdeckten die holländischen Fahnder auch Verträge, die die Uniser unter ihren Firmennamen RTM und EMK mit der Deponie Hoheneggelsen abgeschlossen hatte.

Schon 1980 verhörte die holländische Kripo sämtliche Firmenmitglieder auch in bezug auf die Geschäfte mit der VFI Wie das holländische Gesundheitsministerium im Mai 82 der BI Hoheneggelsen schriftlich in., teilte, sei der Landkreis Hildesheim (zuständig für die Importgenehmigung) am 20. Oktober 1980 schriftlich informiert worden, »daß nicht genehmigte Abfallstoffe oder Abfallstoffe einer anderen Firma ... bei der VFI angeliefert worden waren«.

Was tat der Landkreis daraufhin? Er teile am 11. März 892 (!) mit, daß »nach Rücksprache der Bezirksregierung mit dem Nieders. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bislang für Niedersachsen keine Verdachtsmomente bestehen,

die Angelegenheit weiter zu verfolgen.«

Wieso nicht? »Die Feststellungen des Landkreises Hildesheim ergeben nach dem geschilderten Sachverhalt keinen Hinweis darauf, daß in der Sonderdeponie Hoheneggelsen unzulässigerweise Sonderabfälle der Firma Uniser Holding zur Einlagerung gekommen sind.«

Die Verhörprotokolle, die die BI von der holländischen Staatsanwaltschaft angefordert hatte, beweisen das Gegenteil. Auf dem Briefkopf der »Uniser Holding« wurden Gesprächsnotizen der leitenden Uniser-Herren mit VFI-Chef Rudolf Frey beschlagnahmt, und in den Verhören wird von mehreren Beteiligten ausführlichst beschrieben, wie sie die für die VFI bestimmten Giftmüllfässer abfüllten.

So gab etwa Arbeiter Adrianus B. zu Protokoll: »Was den Export von Abfallstoffen nach Deutschland betrifft, kann ich Ihnen erklären, daß im Auftrag von Bernouw (Firmenchef, *d. Red.)* kleine Fässer mit chemischen Abfällen in Fässer von 200 Litern gestellt wurden, weil nur Schlamm (der genehmigt war, *d. Red.)* in diesen Fässern *zu* teuer war. Die kleinen Fässer enthielten wahrscheinlich einen sehr giftigen Stoff, denn es standen große Totenköpfe drauf . Auf diese kleinen Fässer wurde dann wieder Schlamm gefüllt, so daß es aussah, als ob in den großen Fässern nur Schlamm enthalten war.«

Arbeiter Engel G. berichtet, daß von ihm »die Fässer für Deutschland« auf eine spezielle Weise abgefüllt wurden: »Ich hatte den Auftrag, die harmlosesten Abfälle als Oberschicht zu verwenden, die Fahne, die die Ladung decken sollte, und darunter die giftigeren und schädlichen Abfälle.«

Diese Art der »Spezialabfüllung«, so zeigen die Protokolle, wurde während der gesamten Geschäftsbeziehung zwischen VFI und RTM/EMK von August 1978 bis September 1979 praktiziert. Wieviel Mengen falsch deklarierter, hochgiftiger Abfälle in dieser Zeit in Hoheneggelsen eingelagert wurden, läßt sich nur vermuten.

Nachdem die Bürgerinitiative - nicht etwa die bundesdeutsche Staatsanwaltschaft - dies alles in Erfahrung gebracht hatte, erstattete sie Strafanzeige gegen Unbekannt und erhob außerdem Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den zuständigen Landkreis Hildesheim.

Geschah nun etwas? Die bundesdeutsche Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren mit der Begründung ein, die geschilderten Vorfälle seien erst ab Juli 1980 nach bundesrepublikanischem Recht strafbar. Und der Landkreis Hildesheim erklärte, er habe »die hiesigen Aktenvorgänge hinsichtlich erteilter Einlagerungsgenehmigungen von Abfällen der Firma Uniser Holding durchgearbeitet und festgestellt, daß zu keiner Zeit Einlagerungsgenehmigungen für diese Firma erteilt worden sind«.

Nein, die waren auf die Firmennamen RTM und EMK ausgestellt. Und was weiß der Landkreis Hildesheim über diese Firmen? »Hinsichtlich der evtl. Verbindungen zwischen der Firma Uniser Holding und der Firma RTM wird mitgeteilt, daß nach neuester Information die Firma Uniser im Dezember 1977 gegründet worden ist. Gesellschafter dieser Firma sind zu je einem Drittel die Firmen RTM, EMK und Drisolko.«

Wohlgemerkt: Diese Feststellungen macht der Landkreis Hildesheim in demselben Schriftstück, in dem er Genehmigungen für Uniser bestreitet!

Da vermag dann kaum noch zu überraschen, daß der zuständige niedersächsische Landwirtschaftsminister Gilup (CDU) am 9. September 1982 auf eine kleine Anfrage »im Namen der Landesregierung« verkündete:

»Der in der Anfrage erwähnte Umweltskandal der Niederlande betrifft die inzwischen aufgelöste Firma Uniser Holding in Moerdijk. Nach meiner Feststellung hat diese

Firma weder eigene noch fremde Abfälle zur Deponie Hoheneggelsen gebracht oder bringen lassen.«

Mittlerweile hat die Deponie Hoheneggelsen den Antrag gestellt, ihre Deponiefläche von bisher fünf auf rund zwanzig Hektar vergrößern zu dürfen. Mit Aussicht auf Erfolg, denn wie sagte der Minister (ebenfalls am 9. September)? »Die Begehungsprotokolle belegen, daß die Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen im Rahmen der Umweltschutzbedingungen geführt wird.«

Wieso regen wir uns eigentlich über einen einzigen blauroten verschwundenen Laster auf?

---

* Stolpe/Weingran: Wohin mit dem Giftmüll? BBU-Verlag, Bonn, DM 9,80

** ppb: parts per billion, 1 Teil von 1 Billion ppm: parts per million

*** Egmont R. Koch/Fritz Vahrenhold: Seveso ist überall - die tödlichen Risiken der Chemie, Fischer, 9,80 DM

Konkret 01/83, S. 23

Otto K□ hler

Der h□ □ liche Deutsche: Wie isses nur m□ glich?

Weil Carl-Dieter Spranger seine Gesinnung auf dem rechten Fleck hat, avancierte er vom Zwischenrufer zum Staatssekret□ r.

Herbert Wehner kam durch diesen ehrenwerten Herrn in protokollarische Schwierigkeiten. Als er aus tiefer Überzeugung zu Carl-Dieter Spranger sprach: «Sie sind ein Lump«, da erteilte ihm der schlecht informierte Bundestagspräsident einen Ordnungsruf. Künftige Parlamentarier haben es da leichter. Wenn sie irgendeinen politischen Kotzbrocken mit dem Ausruf »Sie sind ein Spranger« traktieren - dann wird ihnen nichts geschehen, weil Leute wie Stücklen nicht begreifen können, daß die bodenlose Infamie, die hinter einer solchen Beschuldigung steckt, mit Sitzungsausschluß nicht unter sechs Wochen geahndet werden müßte.

In Ansbach, begann er seine Karriere. Mit 29 trat Carl-Dieter der CSU bei - ein Jahr später war er schon ihr Kreisvorsitzender, und nach weiteren drei Jahren durfte er 1972 die Ansbacher Christen im Rat der Stadt wie auch im Bundestag vertreten. Dort saß er seither, schrie regelmäßig dazwischen. Die CSU, der so schnell vor nichts graust, machte ihn zu ihrem Sprecher für Strafrechtspolitik. Wahrscheinlich weil er so schön wußte, was alles verbrecherisch ist: die SPD wegen ihrer »kriminellen Verbalexzesse und Verteufelungsorgien gegenüber der CDU/CSU«. Oder ihr Vorsitzender: Spranger kam »kriminellen Hetz-Parolen des Guillaume-geschädigten Wehner-Opfers Willy Brandt« auf die Spur.

Für jeden Unsinn war der Mann aus Ansbach gut. Er machte Anfragen im Bundestag über die »Verwendung der Abkürzung `BRD` anstelle der Bezeichnung □Bundesrepublik Deutschland□ in Veröffentlichungen des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit«. Und er fragte auch ganz ernsthaft: «Hält die Bundesregierung den Ausdruck □Bundesbürger□ in Verlautbarungen der Bundesregierung für ein Element derjenigen Politik, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag geboten hat...?«

Doch dieses närrische Treiben hatte ungeahnte Folgen. Als Kohl - genschergewählt - Kanzler wurde, da machte der häßliche Deutsche Friedrich Zimmermann (konkret 11/82) Bundesbürger Spranger zu seinem Staatssekretär im Innenministerium. Und wir sitzen jetzt bedeppert herum und fragen: Ja, wie isses nur möglich?

Ist es möglich, weil er so viel vom Verfassungsschutz versteht, vom richtigen Unterscheiden zwischen rechts und links? Nach links schießt er, und von rechtsaußen läßt er sich dazu die Pistole laden. Spranger ist Anhänger der »Deutschlandstiftung« von Kurt Ziesel, der einst seine Haushälterin fürs KZ denunzierte. Dessen »Deutschlandmagazin« liefert, wie Volksvertreter Spranger gern bekannte, ihm »einen Teil der geistigen Munition, die für die Auseinandersetzung und Abwehr aller Freiheitsfeinde vonnöten ist«.

Und mit der Munition ballerte der heutige Staatssekretär für den Verfassungsschutz wild im Bundestag herum. »Deutschlandmagazin« März 1974: »Strafanzeige gegen Ex-Bundeskanzler Willy Brandt wegen fahrlässiger Preisgabe von Staatsgeheimnissen hat Kurt Ziesel gestellt, der die Deutschlandstiftung e.V. vertritt.« Spranger folgte daraufhin mit der mündlichen Anfrage: «Ist die Bundesregierung bereit, aufgrund des Geständnisses des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt die Ermächtigung zur Einleitung der Strafverfolgung gemäß § 97 StGB zu erteilen?«

Neue Nazis kennt dieser Christsozialist, der so eng mit Altnazi Ziesel zusammenarbeitet, nur in Gänsefüßchen: »Die Bundesrepublik Deutschland soll außenpolitisch als angeblicher Hort des □Neonazismus□ diffamiert werden, und zwar mit Hilfe eines auf internationaler Ebene vom politischen Linkskartell geschaffenen nationalsozialistischen Phantoms.«

Gegen dieses Linkskartell solidarisierte er sich auch mit KZ-Mördern. Als Jusos und Judos zusammen mit KZ-Opfern gegen die milden Urteile im Majdanek-Prozeß protestierten, zeterte Spranger: »Im Düsseldorfer Gerichtssaal haben die Jugendorganisationen von SPD und FDP damit erneut ihren Beitrag geleistet, um den Kommunisten die Aufrechterhaltung ihrer fortwährenden Anklage gegen den freien Teil Deutschlands zu erleichtern.«

Berufsverbot gibt es für Spranger nicht - es ist ein »psychologisches Giftwort«. Als die in Bayern mit Berufsverbot belegte sozialdemokratische Juristin Charlotte Nieß endlich in Nordrhein-Westfalen angestellt wurde, tobte er: » Anscheinend bezahlt die in Bonn und Düsseldorf regierende SPD/FDP Koalition mit diesem neuerlichen Umfall vor der linksradikalen Berufsverbotkampagne die gezielte und nachgewiesene Wahlhilfe der Kommunisten.«

Das vom heimatlichen Verwaltungsgericht Ansbach verhängte Berufsverbot gegen Hans Heinrich Häberlein verteidigte er mit dem Hinweis, der Lehrer habe in seiner Anhörung gesagt, es sei richtig, den Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegsarmee zu bezeichnen, wenn er gegen Demonstranten eingesetzt werde. Noch nicht zwei Wochen im Amt, eilte der neue Staatssekretär zum BGS nach Sonthofen und sprach zu den Beamten wie zu einer verbündeten Armee im Bürgerkrieg: Heute, angesichts der »schwerwiegenden politischen Fehlentscheidungen in den 70er Jahren, die von der alten Bundesregierung zu verantworten sind« sei »jeder einzelne Angehörige des BGS zu besonderen Leistungen aufgerufen«.

Am liebsten hätte der neue Staatssekretär auch schon das offizielle Berufsverbot für Journalisten eingeführt. Als der innenpolitische Ressortleiter der »Stuttgarter Zeitung« warnte, beim Thema Terrorismus »in Hysterie zu verfallen«, fühlte sich der Hysteriker aus Ansbach sofort angesprochen und forderte in einem Brief an den Chefredakteur die Entlassung des Journalisten: «Für geistige Wegbereiter des Terrorismus sollte in Redaktionsstuben ebensowenig wie in Rundfunk und Fernsehen Platz sein.« Längst hat er »linkslastigen Kirchenfunk, prokommunistische Berichte vom Ausland, Feminismus, Sexualität und Pornographie« als »Schwerpunkte« in den »Diffamierungs- und Fälschungszentralen« von Rundfunk und Fernsehen ausgemacht und möchte das abstellen.

Von nichts hat dieser Medienkritiker eine Ahnung, aber dies so gründlich, daß er selbst das nicht weiß. Als die »Deutsche Welle« zu einer Tagung über »Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland« einlud, sagte der zuständige Minister Zimmermann ängstlich ab, er sei da nicht sonderlich kompetent. Spranger, der für ihn einsprang, konnte nur eines: die Inkompetenz des Chefs überzeugend vertreten. Während der Diskussion schrumpelte der Staatssekretär schnell auf die natürliche Größe eines Ansbacher Würstchens zusammen.

Nein, mit dem Amt wuchs dem Ansbacher kein bißchen seines beschränkten Verstands. Als jetzt Christian Klar festgenommen wurde, den der Hamburger CDU-Verfassungsschutz-Präsident Lochte unter der sozialliberalen Koalition observieren und laufen ließ, da plauderte der tumbe Spranger zum stillen Entsetzen seines Chefs das bestgehütete Geheimnis unserer Staatsschutzorgane aus: Die Festnahme des Terroristen sei darauf zurückzuführen, daß die Sicherheitsbehörden seit dem Bonner Regierungswechsel »positiv motiviert« seien.

Was aber heißt das? Vorher waren sie »negativ motiviert«. Vorher dachten sie, kann nicht schaden, wenn unter einer sozialliberalen Regierung Terroristen frei im Land herumschweifen. Und Spranger hatte dank dieser negativ motivierten Unionskamarilla bei BKA und Verfassungsschutz die schöne Möglichkeit, den liberalen Innenminister Baum zum »Sicherheitsrisiko« und »Skandalminister« zu ernennen.

Damals sagte er auch: »Die Zerstörung der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik von innen heraus ist keine utopische, sondern eine realistische Möglichkeit von morgen.« Das war gestern. Daß Spranger als Staatssekretär des Inneren daran arbeiten kann, ist die Realität von heute.

Konkret 01/83, S. 24

Hermann Kohn

Kollege Chip

Industrie-Roboter und Mikrochips machen die Kollegen am Fließband arbeitslos. Computer und Textautomaten ersetzen die Menschen in den Schreibsälen von Büros und Banken. Mit den Mikrochips wollen die Multis die Arbeit vom Menschen befreien. Mit dem Wachstum der Computer-Industrie wächst auch die Arbeitslosigkeit

Wie jeden Tag geht der japanische Arbeiter Kenji Urada am 4. Juli 1981 zur Arbeit. Er steht bei Kawasaki in der Abteilung Getriebebau am Fließband. Die Arbeit ist eintönig, er ist allein in der Werkhalle. Seine Kollegen sind Industrieroboter. Um eine zusätzliche Pause herauszuschinden, arbeitet Kenji Urada an diesem Tag schneller als sonst. Seine Handgriffe werden immer rascher. Hastig drückt er Knöpfe. Da durchbricht ein schriller Schrei den gleichmäßigen Geräuschpegel - Kenji Urada ist auf der Stelle tot. Ein Roboter hat seinen Brustkorb durchbohrt. Der Japaner hatte einen falschen Knopf gedrückt. Kenji Urada ist der erste von einem Roboter ermordete Mensch. Die Wirklichkeit hat die Science Fiction überholt.

Von Mikroprozessoren gesteuerte Roboter und Computer erobern Fabrikhallen und Büros. Als neue, genügsamere Produzentenklasse machen sie Arbeitern und Angestellten Konkurrenz. Vor allem Multis setzen bei ihren Rationalisierungsoffensiven auf den Mikrochip. Das ist ein winziger Siliciumschnipsel (englisch: Chip) mit einer aufgeätzten Kristallstruktur, kaum größer als ein Streichholzkopf, der die elektronischen Fähigkeiten eines großen Computers besitzt. Ohne die Chips als kleine schlaue Zellen wurden weder Taschenrechner ,noch Satelliten funktionieren.

Vor über hundert Jahren hatte der deutsche Rüstungsmonarch Alfred Krupp eine Vision: »Was ich erstreben will, ist, daß nichts abhängig sein soll vom Leben oder Dasein einer bestimmten Person, daß nichts geschehe, das nicht im Zentrum der Prokura bekannt sei, daß man die Vergangenheit der Fabrik sowie die wahrscheinliche Zukunft im Büro der Hauptverwaltung studieren und übersehen kann, ohne einen Sterblichen zu fragen.« In der modernen Betriebswirtschaftslehre heißt so etwas: Management-Informations-Systern, kurz MIS. Die Voraussetzung einer solchen modernen Konzernführung sind eine leistungsstarke Datenverarbeitung, die Zehntausende von Informationen in Hundertstelsekunden verarbeiten kann und über unbegrenzte Speicherkapazitäten verfügt, sowie ein Kommunikationssystem, das die angeforderten Informationen blitzschnell um die halbe Erde transportiert. Der Chip macht es möglich.

Mitte der 60er Jahre erkor die amerikanische »Industrial Business Corporation« die Management-Informations-Systeme zum Leitmotiv ihrer weiteren Entwicklung der Datenverarbeitung. Damit sicherte sich diese Firma, besser bekannt unter der Abkürzung IBM, ihre noch heute führende Position auf dem Computerweltmarkt. Ein Jahrhundert zu spät für Alfred Krupp, der sich zeitlebens Akte für Akte aus den Kruppschen Comptoires in die Villa Hügel schleppen lassen mußte, wollte er den Fortgang seiner Geschäfte studieren. Heutzutage werden bei Krupp und anderen die Akten nicht mehr in sperrigen Ordnern, sondern in Datenbanken gelagert. Bei Abruf bereiten Rechner die Vorgänge entscheidungsreif auf und schicken sie über die Bildschirme - papierlos und mit Lichtgeschwindigkeit. Will sich beispielsweise Texaco, einer der sieben Ölmultis, den aktuellen Stand der weltweiten Aktivitäten ins »Headquarter/World« holen, dann genügt ein Knopfdruck. Lautlos beginnen Texacocomputer in allen Erdteilen ihre Arbeit und melden die neuesten Daten über einen Satelliten an den großen Bruder nach Houston/Texas, der mindestens einmal täglich aus diesen Meldungen eine Weltbilanz für die Konzernleitung zusammenstellt. Das so ständig auf dem laufenden gehaltene Topmanagement trifft Entscheidungen, die noch am selben Tag den gleichen Weg zurück in die entlegensten Winkel der Erde gesendet werden.

Andere Multis, zum Beispiel einige Automobilkonzerne, verfügen über ähnliche Informationssysteme, mit denen sie ihre Autoweltreiche unabhängig von nationalen Telefon- und Telegrafengesellschaften verbunden haben. Den Sachbearbeitern in Köln, Detroit oder Buenos Aires, die am »Fenster zum Computer« - wie die Terminals genannt werden - sitzen, bleibt selten mehr als eine dumpfe Ahnung, was mit den von ihnen eingegebenen Daten passiert. Meist wissen sie noch nicht einmal, mit wem sie »on-line« über den Terminal »world-wide« an dasselbe Netz geschlossen sind. Sind es Dutzende, Hunderte oder gar Tausende, die in entfernten Ländern Informationen in das gleiche »flächendeckende Netzwerk mit verteilter intelligenter Verarbeitungskapazität« (so das US-Handelsministerium in einem Bericht über die großen Netze der Multis) eingeben müssen? Der vom Angestelltenheer der Company zusammengetragene Datenschatz wird vom Computer ebenso scharf bewacht wie die Goldbestände in Fort Knox von der US-Army. »Access«, Zugriff, erhält nur, wer seinem Terminal die richtige Parole zu sagen weiß. Nach einem ausgeklügelten Codesystem bekommen die einzelnen Sachbearbeiter nur das auf ihren Bildschirmen zu sehen, was sie für ihre Arbeit brauchen.

Für die Multis ist das in den Computern angehäufte Wissen ein wichtiger Teil ihrer Macht. Kommt es zum Beispiel bei Ford in Köln zu einem Arbeitskampf der Automobilbauer, dann kann die Konzernzentrale in Detroit innerhalb von Minuten feststellen, wo die Produktionskapazitäten des Imperiums nicht voll ausgelastet sind. Über das elektronische Netzwerk werden Konstruktionspläne und ganze Produktionsprogramme dorthin überspielt. Reichen die eigenen Reserven nicht aus, dann läßt sich via Datenverbundsysteme auch auf Werke anderer Hersteller ausweichen. Die Manager des Multis lassen in

einem anderen Werk weiter produzieren und warten, bis der Streik zusammengebrochen ist.

Für die Multis verwandelt die Mikroelektronik die Nationen in Schachfelder. Fabriken und Belegschaften werden zu Figuren, die nach den Strategien ihrer Computer geführt oder geopfert werden. Schon in der » Vorchipszeit« waren die Arbeiter und ihre nationalen Gewerkschaften bei Auseinandersetzungen mit den vaterlandslosen Gesellschaften im Nachteil. Heute eröffnen die Mikrochips dem Kapital die Perspektive eines »industriellen Feudalismus«, wie es der britische Gewerkschafter Mike Cooley nennt (siehe Interview Seite 26).

Um die Aufgaben eines Taschenrechners auszuführen, der heute nicht größer ist als eine Scheckkarte, wurde in der Antike des Computerzeitalters noch eine tennisplatzgroße Anlage benötigt. Der 1946 in den USA konstruierte Computerriese ENIAC wog 30 Tonnen und besaß 18.000 Radioröhren, von denen täglich Dutzende ausgewechselt werden mußten. Mit der Entwicklung der Halbleitertechnik wurde die Arbeit der empfindlichen Röhren von verschleißfreien Transistoren übernommen und auf den Chip gebracht. Heute sind bis zu 100.000 Transistorfunktionen auf einem Mikrochip möglich, bald sollen es zehn Millionen sein - auf 25 Quadratmillimetern. Damit sank auch der Preis der Elektronik: Vor zwanzig Jahren kostete ein Transistor noch zwei Mark, heute kosten 65.000 Transistorfunktionen auf einem Chip nur noch 20 Mark.

Die enormen Leistungssteigerungen und Verbilligungen machten die Mikroelektronik zur Basistechnologie einer neuen industriellen Revolution. Nutznießer sind die Unternehmen. So rechnete die »Nixdorf Computer AG« in der »Wirtschaftswoche« vor, was Unternehmer gewinnen, wenn sie drei Schreibkräfte entlassen und dafür eine »Textverarbeitungsmaschine 8815« aufstellen: Bereits nach einem halben Jahr sind die 50.000 Mark Anschaffungskosten abgeschrieben. Danach spart die »8815« Jahr für Jahr rund 105.000 Mark an Gehältern - wenn das Unternehmen die drei Frauen »kostenneutral« (das heißt, ohne Abfindungen) los geworden ist. Nach der Siemens-Studie »Büro 1990« ließen sich 50 bis 70 Prozent der Schreibarbeit bei konsequenter Automatisierung durch Textautomaten ersetzen. Hauptbetroffene der Rationalisierungen in Büros, Banken und Versicherungen sind Frauen. Schon heute machen sie 70 Prozent der rund 600.000 arbeitslosen Angestellten aus. Tendenz: steigend.

Der DGB schätzt, daß die Hälfte der noch existierenden fünf Millionen Textverarbeitungsplätze in öffentlichen und privaten Verwaltungen in den nächsten Jahren durch Rationalisierungen verloren gehen wird. Die gesteuerte Rationalisierungswelle beschränkt sich jedoch nicht auf die Büros. Die IG Metall befürchtet, daß bis 1990 rund 40.000 Industrieroboter 200.000 bis 300.000 Metallarbeitern die Arbeit aus der Hand nehmen werden. Das Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) kommt in einer Analyse zu dem Ergebnis, daß 1990 schon 80 bis 90 Prozent der Industriearbeit durch Computer und Industrieroboter ersetzbar ist. Was darin kommt, nennen die Experten »technologische Arbeitslosigkeit«.

Kein Wunder, daß mittlerweile jeder zweite bundesdeutsche Arbeiter Roboter und Computer am Arbeitsplatz ablehnt. Nur noch jeder Dritte erwartet für sich günstige Auswirkungen durch die technologische Revolution. Und auch die Höherqualifizierten werden von den Chips bedrängt. In 15 Jahren, so meldete das »Handelsblatt«, werden zum Beispiel nur noch 20 Prozent der technischen Zeichner gebraucht.

Damit Unternehmer besser rationalisieren können, bekommen sie für das Umsteigen auf den Chip 40 Prozent der Entwicklungskosten und 20 Prozent der Investitionskosten vom Staat erstattet. Und während die sozialliberale Bundesregierung mit »breiter Anwendung der Elektronik mehr Arbeitsplätze gegen den Sog des internationalen Wettbewerbs« sichern wollte, hat die CDU/FDP-Regierung die Förderprogramme flugs um 50 auf 150 Millionen Mark aufgestockt.

Daß dieses Sonderprogramm, die betroffenen Arbeitsplätze nicht »weltmarktsicher«, sondern kaputt macht, zeigt sich bei der Produktion von Fernschreibern. Ein einziger Chip ersetzt dort 936 elektromechanische Teile. Deshalb konnte Siemens in seinem Westberliner Werk die Fertigungszeit von 17 auf drei Stunden senken und die Belegschaft von 1.800 auf 800 Arbeiterinnen und Arbeiter reduzieren. Noch mehr Arbeitsplätze gingen bei den ehemaligen Lieferanten der mechanischen Teile verloren.

Finanziert der Staat die Rationalisierungen der deutschen Firmen, beteiligt er sich nicht nur, an der Vernichtung von Arbeitsplätzen, sondern mindert auch die Kaufkraft, die die heimische Konsumgüterindustrie dringend braucht. Und die verbleibenden Arbeitsplätze in der Exportindustrie werden nicht »weltmarktsicher«, sondern durch steigende Abhängigkeit von den Verschuldungs- und Wirtschaftskrisen der anderen Länder »weltmarktunsicher«. Professor Hickel von der Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik«: »Die mit der Mikroelektronik verbundenen Beschäftigungsprobleme lassen sich weder nach innen noch nach außen mit kapitalistischen Marktmechanismen bewältigen. Darum müssen Arbeitsersparnisse als Arbeitszeitverkürzungen *ohne* Einkommensverluste an die Beschäftigten weitergegeben werden.«

Die Bundesregierung geht aber den entgegengesetzten Weg. Mit einem Vier-Milliarden-Programm will der neue Postminister Christian Schwarz-Schilling bis 1985 die halbe Republik verkabelt und damit 80.000 bis 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Daß der nachträgliche Rationalisierungseffekt einer verkabelten Republik um ein Vielfaches größer sein wird als die Zeitarbeitsplätze für Bauarbeiter, schert ihn wenig. Multi-Visionen werden bei uns in Erfüllung gehen, wie sie jetzt schon von Rank-Xerox in einem Großversuch in London erprobt werden: Ein Teil der Angestellten braucht sich nicht mehr jeden Morgen durch den nervigen Berufsverkehr ins Büro zu quälen. Ihr neuer Arbeitsplatz ist der»Personalcomputer« im heimischen Wohnzimmer. Nutzen aus der Heimwerkerei zieht allein das Unternehmen: Die Kosten für Büroraummiete und -ausstattung werden gespart, nur die Netto-Arbeitszeit wird bezahlt, die Mitarbeiter/innen sind ohne gewerkschaftlichen und sozialen Schutz.

Die Computerindustrie hat in der Weltwirtschaftskrise Wachstumsraten wie niemand sonst. Die neueste Studie der »International Data Corporation« schätzt, daß sich der EDV-Markt Westeuropas in den nächsten sechs Jahren auf über 150 Milliarden US-Dollar verdreifachen wird. Das Ziel der EG-Multis: die Befreiung der Arbeit von den Menschen.

Was bleibt, ist eintönige Restarbeit. Wie die aussieht, beschreibt eine Reportage in der »Frankfurter Neuen Presse« über VW-Roboter in Wolfsburg: »Am Anfang der Klebestraße arbeiten drei Männer. Sie bringen Türteile des Kleinwagens 'Polo'. Einer befestigt ein Stück Blech, die beiden anderen legen Türteile auf verschiedene Bänder. Die Kleberoboter bestimmen den Arbeitstakt. Sie tragen das Klebemittel auf und fügen die einzelnen Blechteile paßgenau zusammen.«

Wie die Restarbeiterklasse einmal aussehen wird, kann man beim japanischen Nissankonzern sehen: 95 Prozent haben Abitur, viele sogar ein abgeschlossenes Studium.

Oder so: Vor drei Jahren berichtete im »American Machinist Magazin« ein Maschinenbauunternehmen über die Suche nach dem idealen Operator für seine elektronisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, der »jede Ladung genauso exakt vorbereitet, wie man es ihm beigebracht hat, dann die automatisierte Maschine bei der Arbeit beobachtet und schließlich die fertigen Werkstücke herausnimmt«. Sie fanden ihn: »Mike Bayless, 28 Jahre alt und mit dem Intelligenzgrad eines Zwölfjährigen ausgestattet, wurde als Bediener des Bearbeitungszentrums . beschäftigt, weil seine Beschränktheit ihm ein Ausmaß von Geduld und Ausdauer ermöglicht, das notwendig ist, um sorgfältig die Maschinen zu überwachen.« Im gleichen Artikel gibt der Konzern zu: »Das ist die Art von geistloser Arbeit, die ein normaler Mensch kaum aushalten könnte.«

Konkret 01/83, S. 26

Mike Cooley, Boris Penth

KONKRET-Interview

Die Arbeiter des englischen Tornado-Herstellers Lucas Aerospace entwickelten Alternativen zur Rüstungsproduktion. KONKRET-Mitarbeiter Boris Penth sprach mit dem entlassenen Chefkonstrukteur und Gewerkschafter Mike Cooley

KONKRET: Die neuen Technologien, besonders die durch Mikrochips gesteuerten, werden häufig als eine zweite industrielle Revolution dargestellt. Sind sie wirklich etwas qualitativ Neues?

Cooley: Nein. In meinen Augen sind sie das, Ergebnis eines historischen Prozesses. Die letzten vierhundert Jahre europäischer Technikgeschichte sind geprägt von der Tendenz, menschliches Geschick und Kreativität zu enteignen und sie in Gestalt von Maschinen zu verobjektivieren. Die Mikrochips sind nur das letzte Glied in dieser Kette. Ein qualitativ neuer Aspekt in der heutigen Technologieentwicklung liegt für mich in der Geschwindigkeit, mit der sich der Wandel vollzieht. Früher waren die sozialen Auswirkungen der Technologie besser abschätzbar. Fest steht auch, daß durch die modernen Technologien die menschlichen Fähigkeiten im Produktionsprozeß ausgeschaltet werden sollen, denn Intelligenz und Kreativität bedeuten für die Technokraten Unsicherheit und Gefahr. Jede Unberechenbarkeit ist eine Störquelle, die beseitigt werden muß. Für die Menschen im Arbeitsprozeß bedeutet dies eine ungeheure Dequalifizierung. So wurden früher die einzelnen Werkstücke von hochqualifizierten Facharbeitern gedreht. Sie verfügten über eine genaue Kenntnis des Arbeitsvorgangs und des Materials. Eigene Erfahrungen waren eine wichtige Grundlage zur Bewältigung der Arbeit. Heute ist die Arbeit aufgrund der Technologie so dequalifiziert geworden, daß die Hersteller den Firmenleitungen empfehlen, geistig Behinderte als Arbeiter einzustellen.

KONKRET: Bedeutet das, daß die alte Hoffnung der Gewerkschaften, der »technische Fortschritt« führe zu einem Wegfall von monotoner Arbeit, endgültig begraben werden muß?

Cooley: Ja. Nehmen wir den Architekten als Beispiel hochqualifizierter und kreativer Arbeit. Er kann mit einem Zeichencomputer in kurzer Zeit auf dem Bildschirm ein Haus entstehen lassen. Die einzelnen Teile, wie die Türen, Fenster oder andere Bauelemente, sind aber normiert. Dies schränkt die Kreativität und Planungskompetenz des Konstrukteurs erheblich ein. Es gibt keine Lösung, die nicht schon von dem Apparat vorgegeben ist. Der Konstrukteur wird zu einem Kind, das mit einem Baukasten spielt. **KONKRET:** Sie haben bisher die neuen Technologien nur mit den für den Menschen negativen Auswirkungen beschrieben...

Cooley: Technik ist nicht neutral. Jede Maschine verkörpert Ideologie und spiegelt gesellschaftliche Herrschaft wider. Die heutige Technologie und Wissenschaft basiert unter anderem auf einer Dominanz männlicher und einer Verdrängung weiblicher Elemente. Sie verkörpert bei uns im wesentlichen das Wertesystem des weißen, männlichen, kapitalistischen Kriegers.

Die Haupttendenz der technologischen Entwicklung in den Industrienationen, die UdSSR und die DDR schließe ich dabei ein, gilt der Verdrängung des Menschen und seiner konkreten Fertigkeiten. Es existieren aber Möglichkeiten, mit modernster Technologie den Menschen zu befreien und seine Kreativität nutzbar zu machen. Einige Kollegen von mir haben eine neuartige Drehbank entwickelt, die auch auf der Basis von Computergesteuerten Elementen arbeitet. Diese Maschine fordert im Gegensatz zu den herkömmlichen modernen Apparaten das Fingerspitzen- und Materialgefühl der Arbeiter. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen werden nicht überflüssig gemacht. Sie bestimmen über die qualitative Seite der Arbeit. Mit dieser Maschine ist es möglich, die Produktivität zu erhöhen, *ohne* die Arbeiter zu beherrschen und sie ihrer Fähigkeiten zu berauben. Wir wollen mit dieser Erfindung nachweisen, daß es menschengerechte Alternativen gibt, die sich auf dem technischen Niveau modernster Entwicklungen bewegen. Nur stoßen wir dabei schnell auf politische und ideologische Grenzen.

KONKRET: Läßt sich die in Technologien »eingebaute« Herrschaft überwinden, ohne die jeweilige Technologie abzuschaffen?

Cooley: Von Fall zu Fall ja. Aber das ist eine komplizierte Angelegenheit. Man muß sehr genau die innere Funktionsweise und Logik der jeweiligen Technologie untersuchen, um herauszufinden, was sie für Auswirkungen für das menschliche Leben hat. Ein Beispiel aus dem Bereich der Informationssysteme: In einer Bibliothek steht ein System, das es möglich macht, in kurzer Zeit Auskunft über bestimmtes Quellenmaterial zu geben. Die Auskunft beschränkt sich aber nur auf ein bestimmtes Band an Informationen. Nur das Gefragte wird vermittelt. Die menschliche Art, sich zu informieren und Wissen zu bilden, funktioniert anders. Bei seiner eigenen Suche nimmt der Mensch verschiedenstes Material auf - Dinge, die mit seinem Thema unmittelbar nichts zu tun haben und speichert sie für einen späteren Zeitpunkt.

KONKRET: Nach den Verkaufsstrategien der Elektronikkonzerne soll jeder Haushalt Mitte der 80er Jahre über einen Heimcomputer verfügen. Mit diesem Gerät ließe sich spielen, Warenbestellungen könnten ausgeführt und die Arbeit zuhause erledigt werden. Was bedeutet eine solche Entwicklung für das soziale Leben?

Cooley: Sie hat positive und gefährliche Seiten. Einerseits ist nicht einzusehen, warum es nötig ist, jeden Tag in der Woche an seinem Arbeitsplatz zu erscheinen. Bestimmte Arbeiten ließen sich zu Hause erledigen. Auf der anderen Seite sollte man diese Möglichkeit nicht zu romantisch sehen, denn ein fester Ort, eine Fabrik oder ein Büro ist die Grundlage für sozialen Zusammenhang untereinander. Er ist absolut notwendig, um politische Kraft entwickeln zu können, um zum Beispiel zu streiken. Durch die neuen Kommunikationstechnologien werden den Arbeitgebern neue strategische Dimensionen eröffnet.

KONKRET: ... und es wachsen die Kontrollmöglichkeiten.

Cooley: Ja. Es gab in den USA in einer Region einen Probelauf für ein Computerherstellprogramm. Die Tochter eines Professors hatte für Forschungszwecke über den Computerverband eine Zeitschrift bestellt, die von staatlichen Stellen als terrorismusverdächtig eingestuft wurde. Durch gezielte Überprüfung der Konsumgewohnheiten einzelner Bürger geriet nun der Professor in den Verdacht, angebliche Terroristengruppen zu unterstützen. Ein weiterer Gesichtspunkt, der mir wichtig erscheint, sind die Entwicklungstendenzen zu einer bargeldlosen Gesellschaft. Eine Kreditkarte mit Magnetstreifen regelt beim Kauf die Abrechnung mit dem Kreditinstitut. Es ist dadurch nachprüfbar, wann und wo jene Person gewesen ist.

KONKRET: Wie bildet sich bei den nächsten Generationen technisches Wissen heran, wenn 'know how' in Computern gesammelt und die eigene Auseinandersetzung mit der Umwelt zurückgedrängt wird?

Cooley: Das ist ein wirklich gravierendes Problem. Verschiedene Arbeitgeber haben dies schon erkannt. In Holland existiert ein vollautomatisiertes Stahlwerk, in dem diese Problematik gut sichtbar wurde. Die Werksleitung hielt sich zwei Facharbeiter für den Fall, daß sich der Stahl auf dem Förderband verkanten sollte. Als es wirklich passierte, waren die Facharbeiter nicht mehr in der Lage, ihre Arbeit auszuführen, denn sie hatten die Geschicklichkeit und das handwerkliche Einschätzungsvermögen verloren, weil sie jahrelang ohne Praxis waren. Es gab einen schweren Unfall. Danach wurde ein Unterprogramm entwickelt, das durchschnittlich alle drei Monate eine Handarbeit vorsieht, um die manuelle Sensibilität nicht ganz zu verlieren.

KONKRET: Sie fordern ein »Mensch-im-Mittelpunkt-System«. Was meinen Sie damit?

Cooley: Wir müssen dazu kommen, keine Technologie zu produzieren, die den Menschen dequalifiziert und seine intellektuellen Fähigkeiten ignoriert. Dies ist die eine Anforderung, die ich an eine alternative Technologie stelle. Eine andere ist, daß es weiterhin Handarbeit gibt, und zwar nicht als Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, sondern als integrierter Bestandteil.

Die Realität hat schon fürchterliche Entwicklungen hervorgebracht. Es gibt Leute, die mit dem Auto ins Büro fahren, sitzen dort den ganzen Tag in einem klimatisierten Raum, lesen ihre Briefe auf einem Terminal, speisen tiefgekühltes Essen und fahren abends wieder im Wagen nach Hause. Diese Leute brauchen etwas körperliches Training und Bewegung. Dafür gibt es ein mikrolelektronisch gesteuertes Gerät, mit dem sich das Graben im Garten simulieren läßt. Es wird eingetippt, wie alt, schwer und groß der Benutzer ist, ob er einen Herzinfarkt hatte oder nicht. Danach berechnet sich, wie schwer der imaginäre Spaten zu bedienen ist. Auf dem Bildschirm wird das Umgraben visualisiert. All das macht der Mann in seinem Zimmer ohne Vogelgezwitscher und Bäumerauschen. Es ist Körperertüchtigung, notwendiges Funktionstraining. Wirkliches Graben würde er vielleicht als minderwertige Handarbeit ablehnen. Diese Entfremdung empfinde ich als pervers. Ihr sollte durch eine Technologie, die Hand-und Kopfarbeit integriert, entgegengewirkt werden.

KONKRET: Schaffen neue Technologien nun mehr Arbeitsplätze?

Cooley: Diese These ist ein Märchen von Politikern, auf das wir nicht mehr hereinfallen sollten. Ich kann nur sehen, daß die neuen Technologien menschliche Arbeitskraft ersetzen und die Produktivität erheblich steigern. Angesichts von Material- und Energieknappheit und beschränkten Konsummöglichkeiten hat die industrielle Produktion ihre Grenzen. Wir haben hier in Großbritannien eine Arbeitslosigkeit von vier Millionen und keine der modernen Technologien kann dem abhelfen.

KONKRET: Wie sieht Ihre gesellschaftliche Utopie aus? Welche Technologie ist wünschenswert?

Cooley: Erstens wäre es mir 'wichtig, die starren Berufseinteilungen aufzuheben, wie auch die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit zu beseitigen. Die Gesellschaft sollte das Experimentieren mit verschiedensten Tätigkeiten fördern, was sich auch in der Erziehung niederschlagen müßte.

Zweitens benötigen wir eine Gesellschaft, die nicht mehr so energieintensiv wirtschaftet, das bedeutet eine Gesellschaft, die weniger zentralisiert ist. Energieintensität beinhaltet immer eine Zentralisierung ökonomischer und politischer Strukturen. Diese verhindern beziehungsweise engen die Freiheit der Menschen ein und sind damit letztlich auch undemokratisch. Mir schwebt keine neue Gesellschaft vor, in der unser Lebensstandard niedriger sein soll. Im Gegenteil, er könnte und sollte sogar noch wachsen. Der Lebensstandard und die Lebensqualität hängen sehr von den Technologien ab, die produziert werden. Wir können zum Beispiel Wärmepumpen produzieren, die sparsam sind. Es ist möglich, umweltfreundliche Verkehrsmittel, auch Autos, herzustellen, die über 20 Jahre halten. Aber die Realität sieht anders aus.

Ich beobachte in unserer gesellschaftlichen Entwicklung die perverse Logik, der »Synchronisierung« aller Lebensbereiche. Das bedeutet Zentralisierung, Gleichschaltung und Überwachung. Und leider sind die gesellschaftlichen Kräfte, die das Ruder herumdrehen könnten, im Moment nicht stark genug. Eine Dezentralisierung der Gesellschaft, die Grundlage für mehr Freiheit und weniger entfremdete Arbeit, ist kein Problem der Technologie, sondern der Macht- und Besitzverhältnisse.

Konkret 01/83, S. 30

Karl-Heinz Raach

Fremde im eigenen Land

Die Arktis wird geplündert. Im Norden Kanadas bauten Öl- und Rohstoffkonzerne die Heimat des Eskimos rücksichtslos aus. Die Regierung versprach Arbeit und eine bessere Zukunft. Doch die Eskimos verloren ihre Jagdgebiete und wurden arbeitslos. Jetzt wehren sie sich

Sie nennen sich und ihr Volk einfach »Menschen« - in ihrer Sprache »Inuit«. Doch wir nennen sie »Rohfleischfresser«: Eskimos. Ein Schimpfwort aus der Indianer-Sprache.

»Die haben nichts im Kopf als Kinder in die Welt zu setzen und sich ein einfaches Leben zu machen.« Der weiße Bauarbeiter, der in Pelly Bay Öltanks zusammenschweißt, zuckt verächtlich die Achseln. Für ihn und die meisten anderen Weißen hier sind diese »Menschen« ein faules, versoffenes Pack. Mit denen will er nichts zu tun haben, obwohl es seine Nachbarn in der kleinen Siedlung sind: 250 Einwohner hat dieses Pelly Bay, ein Dorf in der kanadischen Zentralarktis, oberhalb des 60. Breitengrades, der auf dem Globus nur noch einen sehr engen Kreis beschreibt.

Eine Ansammlung von grellfarbenen Sperrholzhütten, Wellblechgaragen und Rohrleitungen. Und ringsherum Autowracks, leere Ölfässer, Berge von Konservendosen: Müllhalden der Konsum-Zivilisation, in ganzen Flugzeugladungen hierher transportiert. Allerdings denken die Flugunternehmen nicht daran, den Konsum-Abfall wieder in den Süden zurückzufliegen. In die gefrorene Erde läßt er sich nicht eingraben. So wird jede Siedlung der Arktis mehr und mehr zur Müllkippe.

Wie sehr die Konsum-Segnungen die Eskimos sozusagen im Fluge eingeholt haben, kann man in Pelly Bay immer dann erleben, wenn die alte DC-3-Maschine aus Yellowknife, der Hauptstadt der kanadischen Nordwest-Territorien, auf der staubigen Schotterpiste am Dorfrand ausrollt. Ein großer Tag für die Einwohner. Da kommen Freunde und Verwandte aus den »benachbarten« Siedlungen - und führen die neueste Mode aus der Provinzhauptstadt vor: Billigkonfektionen aus Taiwan und Korea, Anoraks mit Reklameverzierungen von Honda und Kawasaki... Die arktischen Original-Parkas mit dem Markenzeichen »Eskimo-Craft« werden fast ausschließlich ins Ausland exportiert. Diese in Heimarbeit von den Eskimos genähten Duffelparkas sind für sie selbst unerschwinglich. Der Wollstoff wird aus dem Süden eingeflogen und kostet 200 bis 300 Mark pro Jacke.

Eskimos verdienen selten mehr als den gesetzlich festgelegten Mindestlohn von umgerechnet 230 Mark in der Woche - vorausgesetzt, sie gehören zu den wenigen, die überhaupt eine Arbeit gefunden haben. Tom Kayaitok ist einer dieser »Glücklichen«: Als Hilfsarbeiter füllt er im örtlichen »CO-OP«-Laden die Regale auf. Was er da stapelt, ist meist nur für die Weißen erschwinglich, denn durch die hohen Luftfrachtkosten sind Lebensmittel in Pelly Bay drei bis viermal so teuer wie etwa in Ottawa, wo die gesetzlichen Mindestlöhne festgelegt werden. Ein halbes Pfund Kaffee kostet umgerechnet 16,50 Mark, ein Liter Milch 4,80 Mark, ein Pfund Mehl 2,20 Mark.

Toms Vorfahren lebten vom Fischen und Jagen. Doch damit ist es für die meisten Eskimos in Pelly Bay vorbei. Denn in der näheren Umgebung ist die Jagd aussichtslos: Rentiere und Eisbären sind durch die Siedlungen vertrieben. Auch die Seehunde, vor allem der wegen ihres Fells besonders begehrten Spezies Ukjuk, gibt es kaum noch. Wer also jagen will, muß weit fahren. Das notwendige Schneemobil (3.000 Dollar) oder Motorboot (5.000 Dollar) kann sich kaum ein Eingeborener leisten. Tom und sein Freund Nathaniel haben lange sparen müssen, um wieder jagen zu können. Doch um einen vier Zentner schweren Ukjuk zu erlegen, mußten sie schon an eine 90 Kilometer weiter gelegene Bucht tuckern. Der Jagdausflug kostete - inklusive Sprit für das Boot - über 300 Mark. Und soviel war der erlegte Seehund längst nicht wert. Für das Seehundfell gibt es gerade 18 Dollar.

Tom Kayaitoks Eltern wurden vor etwa 20 Jahren in Pelly Bay angesiedelt. Auf der Suche nach jagdbarem Wild waren die Eingeborenen in den Jahrzehnten und Jahrhunderten zuvor in kleinen Gruppen, bestehend aus drei bis fünf Familien, das ganze Jahr durch die ihnen vertrauten Jagdreviere gezogen. Einmal im Jahr kamen sie zu den Handelsposten der »Hudson Bay Company« und tauschten die erbeuteten Pelze gegen Gewehre und Nahrungsmittel wie etwa Mehl, Tee, Zucker und Tabak ein.

Heuten leben alle Eskimos in festen Siedlungen. Die meisten stehen in Lohnarbeit oder beziehen staatliche Sozialhilfe aus Ottawa. Iglus gehören der Vergangenheit an, ein Zurück zur Natur ist so gut wie ausgeschlossen. Die Eskimos sind gleichsam Gefangene eines Dorfes, das ihnen die Weißen hingestellt haben und das ständig wächst.

Staatliche Hilfe brauchten die Eskimos nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals ging die Nachfrage nach Seehundfellen, von deren Verkauf viele Eskimos inzwischen ihren Lebensunterhalt bestritten, rapide zurück. Die Preise sanken. Gleichzeitig wurden die angebotenen Gewehre und Tauschgüter der Hudson Bay Company immer teurer. Händler und Missionare schleppten Tuberkulose-Erreger ein, Tausende von Eskimos starben. Ihre Schlittenhunde wurden von der »Royal Canadian

Mounted Police« erschossen, angeblich weil sie krank waren.

Die Regierung bot den Eskimos kostenlose Holzhäuser sowie Billigkredite zum Kauf von Motorbooten und Schneemobilen an. Schulpflicht sollte die frei umherziehenden Eskimos außerdem dazu bringen, in festen Siedlungen zu leben. Der Einfluß des Staates wuchs. Das Ziel der Regierung war klar. Das Volk der »Menschen« sollte sich in die weiße Zivilisation integrieren und dafür sollte die Zeit von ein bis zwei Generationen ausreichen. Die Kinder wurden in Internate gesteckt und sollten dort lernen, sich in der industrialisierten Welt zurechtzufinden. Aber die meisten jungen Eskimos verwirrte der Schulunterricht nur. Zur Welt der Weißen fanden sie keinen Zugang, und das Leben der Eskimos wurde ihnen fremd. Zwischen Eltern und Kindern brach eine Kluft auf.

Joe Kusuak, ehemaliger Direktor des 1974 in Eskimo Point gegründeten »Inuit Cultural Institute« sagt dazu: »Die Eskimos wollten, daß ihre Kinder die weiße Gesellschaft verstehen lernen. Doch was kam dabei heraus? Nichts! Denn die Weißen haben nur ein Ziel verfolgt, nämlich 'Weiße' aus uns zu machen.« Bitter fügt Kusuak hinzu: »Wenn wir nicht aufpassen, bedeutet die Industriekultur den Ruin für uns.«

Tatsächlich hat sich der wohlgemeinte Zivilisationssegen für die Eskimogesellschaft bisher als schädlich erwiesen. So war es den Krankenstationen, die es heute in allen Eskimosiedlungen gibt, zwar gelungen, Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten unter Kontrolle zu halten, doch dafür haben Diabetes, Übergewicht, Karies, Herz- und Augenerkrankungen stark zugenommen. Beschwerden, für die die Eskimos in ihrer Sprache nicht einmal Namen haben.

Diese Krankheiten sind vor allem die Folge der modernen Supermarkt-Ernährung. Die einstige Hauptnahrung der Eskimos - Seehundfleisch, Rentierfleisch und Lachs - enthielt doppelt so viele Eiweißstoffe und Vitamine wie das eingefrorene Schweinefleisch und die Schnellgerichte aus der Konservendose.

Trotz allem ist die Lebenserwartung der kanadischen Eskimos stark gestiegen. Und auch ihre Zahl wuchs seit etwa 1950, als Tausende von Eskimos der Tuberkulose erlagen, von 6.800 auf heute 26.000 an. Einzelne Ortschaften sind schon jetzt zu Kleinstädten mit über 3.000 Einwohnern angewachsen, so Frobisher Bay und Inuvik. Doch mit der sozialen Entwurzelung stiegen auch die Gewalttätigkeit, der Drogenmißbrauch und die Selbstmordrate. Aus einer Experten-Studie über die Situation in Frobisher Bay geht hervor, daß vorwiegend junge Leute Selbstmord begangen haben, »weil sie die vorherrschenden Lebensbedingungen nicht mehr länger ertragen konnten«. Dabei spielt eine Rolle, daß »alle wichtigen Entscheidungen, die in irgendeiner Weise mit dem Leben der Eskimos zu tun hatten, von den Weißen aus dem Süden gefällt wurden«.

In manchen Siedlungen - wie in Frobisher Bay - haben 70 Prozent der Eskimos keine Arbeit. Facharbeiter-Jobs auf den Bohrtürmen oder in Bergwerken sind für die meisten Eingeborenen unerreichbar. Und diejenigen, die doch mal eine Stelle in den Camps bekommen, können sich an die Isolation und an die festen Arbeitszeiten (zwölf bis vierzehn Stunden täglich) nur sehr schwer gewöhnen. In den Dörfern gibt es meist nur Hilfsarbeiten bei der »Hudson Bay Company«, bei der Müllabfuhr und im Sommer gelegentlich bei den Baufirmen.

Besonders gefährdet sind die Eskimos durch die Trunksucht - eine Krankheit, die die Weißen mitgebracht haben, als sie in den Hudson-Bay-Läden Schnaps verkauften. Vor zwei Jahren beschlossen die Eskimos in dreizehn kleineren Siedlungen, verteilt über die ganze Arktis, ein strenges Alkoholverbot. Wer dort dennoch beim Trinken erwischt wird, muß dem Dorfrat bis zu 600 Dollar Strafe zahlen. Aber die Orte Inuvik, Cambridge Bay, Frobisher Bay und Fort Chimo mochten sich der Aktion nicht anschließen. Denn ihre Bevölkerung besteht zur Hälfte aus Weißen, meist Regierungsangestellten. Mit Unterstützung aus Yellowknife können die Eskimos bei ihrem Kampf gegen den Alkohol kaum rechnen, weil die Branntweinsteuer eine der Haupteinnahmequellen der Territorial-Regierung ist.

Schon seit Anfang der 70er Jahre versuchen die kanadischen Eskimos, sich gegen Zwangsintegration und Entmündigung zu wehren. 1970, bei Gründung des »Inuit Taparisat of Canada«, der überregionalen Interessenvertretung aller kanadischen Eskimos, wurde beschlossen, »die Zukunft selbst zu bestimmen, um als Eskimos überleben zu können.«

Doch Kanadas Regierung kann die Forderung der Eskimos, die langfristig auf eine selbstverwaltete Provinz »Nunavut« hinausliefe, einfach abwürgen, indem sie keine neuen Kredite mehr gewährt. Die Autonomiebestrebungen der Eskimos stoßen in Ottawa auf ebensowenig Gegenliebe wie die der Indianer.

Zwar hatte Ottawa vor zwanzig Jahren einmal geplant, den Eskimos eine allmähliche Anpassung an die Industriegesellschaft bei größtmöglicher Eigenständigkeit zu ermöglichen. Doch dann wurden in der Arktis Erdöl und andere Mineralien entdeckt: Zink, Kupfer, Eisenerz, Gold, Silber, Asbest. Regierungspolitiker bezeichneten die Rohstoffvorräte des Nordens als »fast grenzenlos«.

Im Oktober 1976 wurden am Stracona Sound, 800 Kilometer nördlich des Polarkreises, das Blei- und Zinkbergwerk Nanisivik in Betrieb genommen, an dem eine Tochterfirma der Frankfurter »Metallgesellschaft« und der Ölmulti »Shell«

beteiligt sind. Selbst die kanadische Regierung hat sich mit 16,7 Millionen Dollar an diesem Projekt beteiligt. Die Mine vergiftet die arktische Ökologie: Alljährlich werden 375.000 Tonnen Giftstoffe freigesetzt. Einer aus namhaften Wissenschaftlern bestehenden Organisation (Canadian Aretic Resources Committee) ist es zwar gelungen, die naheliegende Vogelbrutkolonie »Bylot-Island« unter Naturschutz zu stellen, doch die angrenzenden Gewässer sind weiterhin zur Rohstofferschließung freigegeben. Der staatliche Ölkonzern »Petro-Canada« bohrt in unmittelbarer Nähe, im Lancaster Sound, nach Öl, obwohl durch diese östliche Zufahrt zur sogenannten Nordwestpassage jeden Sommer 40 Prozent aller in Nordamerika noch lebenden Weißwale, sowie 85 Prozent aller Narwale hindurchziehen und hier ihre Jungen gebären.

»Petro-Canada« hat weitere Projekte geplant. Schon bald soll auf den arktischen Inseln Gas gefördert werden. In verflüssigtem Zustand soll dieses mit Eisbrechern in den Süden nach Neufundland transportiert werden.

Die Technologie für solche Großprojekte ist erprobt, »doch sie schließt Pannen nicht aus«, sagt Francois Bregha, Mitarbeiter des »Canadian Arctic Resources Committee«.

Auch die Grönländer lehnen den Verkehr von Gastankern vor ihrer Küste ab. Sie befürchten, daß die Schiffe das Verhalten der Seehunde und Wale beeinträchtigen könnten. Die Wale, so argumentierten sie, könnten sich in den Fahrrinnen der Tankschiffe verirren und dort elend zugrunde gehen.

Bis vor kurzem war es für die Regierung und die Rohstoffkonzerne relativ einfach, die jungen Eskimos vom Nutzen der wirtschaftlichen Erschließung des Nordens zu überzeugen. Man versprach ihnen Arbeitsplätze, moderne Wohnungen und eine bessere Zukunft. Jetzt beharren die Eskimos darauf, daß zuerst ihre Landansprüche im Norden geklärt werden, bevor man neue Industrien in der Arktis ansiedelt.

Denn die Eskimos sehen ihren natürlichen Lebensraum bedroht, wenn erst, wie geplant, Flüssiggas durch Pipelines fließt.

Ob die Eskimos den weiteren Rohstoffabbau in der Arktis allerdings verhindern können, steht dahin. Sie fordern einen Anteil an den Bodenschätzen, indem sie auf ihre »aboriginal rights«, die Ureinwohnerrechte, pochen. Sie verstehen darunter auch Landrechte und wehren sich energischer als früher gegen die Ausbeutung ihrer Heimat.

Vor allem aber fragen sie sich, was aus ihnen werden soll, wenn die Arktis erst einmal ganz ausgeplündert ist. So sind zum Beispiel die Blei- und Zinnvorkommen am Stracona-Sound voraussichtlich schon in 15 Jahren ausgebeutet.

Peter Ittinuar, Abgeordneter der Eskimos im Kanadischen Parlament: »Wir müssen in erster Linie daran denken, wie wir im Norden auch dann noch überleben können, wenn der letzte Tropfen Öl aus unserem Land herausgepumpt sein wird.«

Konkret 01/83, S. 39

Uwe-Karsten Heye

Blümerant

Mit dumm-dreisten Sprüchen und flockigem Auftreten versucht der neue, Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm das Ende des Sozialstaats zu kaschieren. Mit seiner unternehmerfreundlichen Forderung nach einer Lohnpause hat sich der CDU-Alibi-Gewerkschafter jetzt entlarvt

Er wirkt wie ein staunender Kobold, der gerade die Welt entdeckt, und siehe: sie ist schlecht. Sein Selbstbewußtsein ist groß genug, sich sogleich ans Werk zu machen. Ärmel hoch und anpacken, selbst ist der Mann: zweiter Bildungsweg, Abitur, dann Philosophie, Germanistik, Geschichte und Theologie. Vormals Opel-Arbeiter in Rüsselsheim und jetzt Arbeits- und Sozialminister. Norbert Blüm: ein Herold, der das Ende der Aufklärung verkündet und der offenkundig Spaß daran hat.

Als Mitbringsel aus seiner proletarischen Vergangenheit serviert er mit Vorliebe kraftvolle Metaphern, die gewerkschaftlichen oder sozialdemokratischen Kritikern sagen wollen: Macht halblang, Kollegen, ich bin doch einer von euch. So ist sein strategischer Wert für die Konservativen und den Wirtschaftsrat der CDU unmittelbar erfahrbar. Blüm, einer von uns, einer zum Anfassen, der dem Volk aufs Maul schaut und genauso spricht. Wenn er, seinen kugeligen Kopf leicht zurückgeneigt, durch die Nickelbrille strahlt, Missionar mit wechselnder Mission, dann läßt sich das Wohlwollen, mit dem ihn Helmut Kohl verschwenderisch umgibt, gut verstehen. Diesen Mann braucht er.

Er macht sich verdient, wenn es darum geht, die Abwendung von der Gegenwart philosophisch abzufedern. Sein Credo ist eine christlich-soziale Idylle im Sprach-Duktus der Grün-Alternativen, in der das Subsidiaritätsprinzip sprachlich vermendelt wird, bis es fast nicht mehr zu entziffern ist. Blüm schreibt in der »FAZ« über »Leben, das durch das Sieb der genormten Gesellschaft fällt«. Schon diese Überschrift ist wie eine Laterne, die er gern allen in die Hand drücken möchte, die im Dunkel ihres Unbehagens an und in der Gesellschaft Erleuchtung brauchen.

Und Blüms Licht strahlt So: »Die Gleichheit nach dem Modell 'alles über einen Leisten' ebnet auch die Unterschiede in den Lebensaltern ein. Eine Welt, die nur ein Maß kennt, zwingt die Alten zur Mimikry. Aber der siebzigjährige Jüngling ist ebenso die Verkörperung von Armut durch Verdrängung wie die Großmutter im Minirock. Die zwanghafte Jugendkultur ist kraftstrotzend, herz- und einfallslos. Mit der Verdrängung der Alten verzichtet die Gesellschaft auf Erfahrung, Erinnerung und Geschichte. Sie muß das Defizit an Lebenserfahrung durch die Bereitstellung von Experten ausgleichen. Alles muß gelernt werden. Im Rat der Großmutter jedoch ist möglicherweise mehr Weisheit enthalten als in der Wissenschaft der 20jährigen Sozialexpertin.«

Die Schuldigen für Gefühlskälte, Egoismen, Verdrängung, Abschiebung und Mittellosigkeit hat Norbert Blüm immer fest im Visier, es sind die, die gegen eben diese Verkümmerung revoltieren. Bei Bruder Norbert heißt das: »Ich entdecke auch in manchen alternativ aufgeputzten Selbsthilfegruppen eine Aktiengesellschaft zur Maximierung des eigenen Nutzens.« Oder»Die Ehe degeneriert zu einem Interessenbündnis, dessen Kündigung fällig wird, wenn der Nutzenaustausch auf der eigenen Seite in die roten Zahlen gerät.« Oder: »Ich sehe die Wurzel der Anonymität im Verlangen nach absoluter Gleichheit und in der Sehnsucht nach bedingungsloser Selbstverwirklichung.«

Wer anders als Feministinnen, Alternative, Sozialisten, Hausbesetzer, Linksintellektuelle sind wohl die Beförderer dieses gesellschaftlichen Unrats, den auszukehren Norbert Blüm angetreten ist?

Blüm, der seine einstige Nähe zur Arbeiterbewegung, jedenfalls zu jener, die der katholischen Soziallehre nahesteht, gern in Erinnerung ruft, trägt seine proletarische Vergangenheit wie einen Nerz. Sie ist das Ausrufezeichen hinter seinen Formeln, die auf der Konjunktur des Neo-Konservatismus so munter dahin schwimmen. Er beglückt damit den Mittelstandskreis der CDU. Denn das haben die immer schon gewußt, aber selten bestätigt bekommen, daß, wer arbeiten will, auch arbeiten kann. Bei Blüm heißt das in der Fassung der »Bild am Sonntag« vom 26. September: »Wir stehen auf der Seite der Leute, die arbeiten - ob als Arbeitnehmer oder Unternehmer. Wir stehen auf der Seite der Leute, die arbeiten wollen, aber nicht können. Wir stehen jedoch nicht auf der Seite derjenigen, die arbeiten können, aber nicht wollen.« Und: »Die Aussteiger, die auf den von Arbeitergroschen finanzierten Rettungswagen der Sozialhilfe springen, das sind Ausbeuter.«

Sein sozialpolitischer Ansatz verkommt zur Reparaturhilfe für die Mißhelligkeiten eines gesättigten Marktsystems, das nicht Menschen sondern Verbraucher kennt, in dem Arbeiter und Kranke und Arbeitsunfähige, Alte und arbeitslose Junge sich mit dem Blüm-Gedanken befreunden sollten (»Bild« vom 1. Oktober): »Ich sage dagegen: Mathematische Gerechtigkeit gibt es nur im Himmel.«

Dieser Erkenntnisblitz war für Blüm vielleicht auch Antrieb für die familienpolitischen Leitsätze -»Die sanfte Macht der Familie«- der Sozialausschüsse der CDU, die am 11. Oktober 1981 in Mannheim verabschiedet wurden. Erneut - und in der Methodik am meisten ausgereift - jene Vermischung scheinfortschrittlicher Analyse mit erzreaktionären Elementen der Zivilisations- und Kulturkritik der 30er Jahre.

Konservative Ökologen oder Alternative können sich in Blüms Sprach-Nestern jedenfalls gemütlich einrichten. Er gibt ihnen das Gefühl, Sprachrohr ihres Unbehagens zu sein. Das geht hin bis zu völlig ungenierten Anleihen- »Die bürokratische Industriekultur überzieht die Gesellschaft mit der Gefühlskälte einer Eiszeit. « (Blüm-Papier). Gefühlskälte einer »Eiszeit«aber ist sowohl eine Parole der Alternativen als auch der Titel eines Liedes der neuen Deutschen Welle. Blüm: »Die Gewalt kommt von innen... Häuser, die zu Spekulationszwecken leerstehen oder verkommen sollen, fordern Gewalt heraus.« Ob der Versuch gelingt, die alternative Atmosphäre für die CDU zu instrumentalisieren?

Doch Blüm war durchaus nicht immer der Herold einer vermanschten Wende-Ideologie. Blüm noch 1977: »Wir kommen nicht an einer Verkürzung der Arbeitszeit vorbei.« Und zu Kurt Biedenkopfs Filz-Kampagne gegen Gewerkschaften und SPD im Ruhrgebiet: »Die Diskussion über die Filzokratie finde ich, so wie sie läuft, nicht richtig. Wenn schon von Filzokratie gesprochen wird, dann müssen alle, also auch Parteien, Banken, Wirtschaftsverbände und was es noch so an Vereinigungen gibt, in die Diskussion einbezogen werden.«

Seitdem ist Blüm gewandert. Mancher seiner Kampfgefährten sah ihn nach rechts vorbeiziehen, wie die Karriere es befahl. Und so hat »zwanghafte Jugendkultur«, wie er sie 1982 beschreibt, offenbar nichts mit den kapitalistischen Produktions- und Verbrauchsverhältnissen zu tun, die Geringschätzung des unproduktiven Alters-Mülls aber alles mit dem Egoismus sich selbstverwirklichender Alternativer, die, wie Blüm weiß, die eigentlichen Ausbeuter sind. Die ganz und gar unsanfte Gewalt, mit der Blüm sein gegen Aufklärung und notwendige gesellschaftliche Analyse gerichtetes Geschäft betreibt, gibt sich menschlich, gar alternativ. Er greift die Zivilisationskritik der Linken auf, um sie für den konservativen Wende-Prozeß einzuspannen, er macht sie zum Instrument gegen die Empörer.

Wer das für ungefährlich hält und wer im übrigen glaubt, in Blüm nur den flink denkenden Hanswurst der Rechten sehen zu können, könnte sich gefährlich täuschen. Denn Blüm hat mächtige Gönner, die in den Konzernen der Bewußtseinsindustrie sitzen und dem Wegerklärer Norbert Blüm eine gute Presse garantieren. Mit ein paar ironischen Floskeln ist Blüm nicht beizukommen.

Flink und wendig ist er oben angekommen. Auf dem Weg dahin war ihm jeder Bündnispartner recht. Auch der, an dem halt keiner vorbeikommt, wenn er seine linke Lebensgeschichte abschirrt, Franz-Josef Strauß. Und das war seine Wende:

1972: »Wir wollen ein Programm des sozialen Fortschritts durchsetzen und nicht die Parolen von Franz-Josef Strauß.«

1976: »Wo will eigentlich die CSU landen, wenn sie sich nach rechts bewegt? Dort ist nur noch die Wand.«

1979 (Juni): »Wenn ich mich recht entsinne, hat er in Sonthofen selber die Programmlosigkeit als Politik empfohlen.«

1979 (August): Nach der Nominierung von Strauß zum CDU/CSU-Kanzlerkandidaten: »Ich sehe keine programmatischen Gegensätze zwischen CDU und CSU.«

1980: »Wir werden ohne Wenn und Aber mit Strauß in den Wahlkampf ziehen.«

Dies alles derselbe Blüm, der 1972 in einem KONKRET-Interview auf die Frage: »Was halten Sie von einem Kanzler Strauß?« antwortete: »Nichts.«

Konkret 01/83, S. 41

Jürgen Roth

Wie im Paradies

Immer mehr Menschen geht es immer schlechter in »dieser unserer Republik«. Die Zwischenregierung Kohl/Genscher mit Arbeitsminister Blüm streicht weiter im Sozialetat. KONKRET untersucht die Auswirkungen

Allen Besuchern unserer schönen Stadt entbiete ich einen herzlichen Willkommensgruß«, sagt der Augsburger Oberbürgermeister zu seinen Gästen. »2000 Jahre Geschichte haben Augsburg geprägt. Kulturdenkmäler aller Stilepochen und steinerne Zeugen historischer Ereignisse verbinden sich hier mit dem pulsierenden Leben der Industrie und Universität.«

Im Augsburger Sozialamt sind die Räume überfüllt. Seit Stunden sitzen die Hilfesuchenden auf den Bänken im Flur und hoffen, daß sie ein wenig Geld erhalten, um sich und ihre Familien ernähren zu können. »Ihr habt zu hohe Ansprüche«, schreit ein Sachbearbeiter einer 50jährigen Frau nach, die wütend die Tür des Zimmers, die den Sachbearbeiter von den Hilfesuchenden trennt, zugeworfen hat. »In den fünfziger Jahren hat es auch nicht so viele sozial Schwache gegeben«, erklärt er mir. »Damals haben sich die Frauen noch um ihre Kinder gekümmert. Die Deutschen wollen sowieso immer nur das Beste und das Größte. Es geht ihnen auch viel zu gut.« Sein Kollege, der gerade die Hilfe für einen Behinderten ablehnt: »Lohnt es sich denn, für einen Behinderten 160.000 Mark in acht Jahren auszugeben, damit er sich hinterher die Schnürsenkel zubinden kann?«

Es wird gestrichen und gekürzt, wo immer es geht. Arbeitslose, so redet man im Arbeitsamt Regensburg, hätten aus finanzieller Not die eigenen Möbel zerhackt, um die Wohnung im Winter zu heizen. »Wir werden nicht mehr wie Menschen behandelt«, klagt eine alte Frau. »Das Vieh wird noch gepflegt und gefüttert, das ist ein Wertobjekt. Mit uns aber kann man machen, was man will. Wir müssen alles schlucken.«

Derweil lassen die Unternehmerverbände der Propaganda freien Lauf. Ein Herr v. Lowjeski, vom Bayerischen Fernsehen, beendete eine Fernseh-Diskussionsrunde über »Anspruchsdenken und Ende des Sozialstaates« mit den zynischen Sätzen: »Ob wir Beamte sind oder Angestellte, Arbeitslose oder Kranke, Rentner, Studenten, Schüler, Kriegsopfer oder Behinderte, wir alle werden lernen müssen zu verzichten.« »Dadurch«, so der auf Lebzeiten angestellte Redakteur, »erhalten wir auch ein Stück Freiheit vom Staat wieder zurück.«

Im Propagandakrieg darf natürlich die Springer-Presse nicht fehlen. Der Springer-Mann Klaus Besser in »Bild am Sonntag«: »Was wir brauchen, sind Minister, die den Mut zur Unpopularität haben und die sich nicht von jedem lärmenden Proteststurm umblasen lassen.«

Sein Arbeitgeber Axel Springer triumphierte: »Die politische Wende ist da! Was da verwelkt ist, krankte an seinen Wurzeln, an den fehlentwickelten Mentalitäten der Leistungsverweigerung, des Anspruchsdenkens, an den ideologischen Verharmlosungen.«

Woher der Wind weht, ist dem Hausblatt der CSU, der in Würzburg erscheinenden rechtslastigen »Deutschen Tagespost«, zu entnehmen: »Das System der sozialen Marktwirtschaft steht sich selbst im Wege, weil es seit Jahren mehr auf soziale Wohltaten als auf Markt bedacht war. Wenn der Preis des Faktors Arbeit frei vereinbart werden kann, gibt es genug davon.« Also keine Tarifverhandlungen mehr, sondern freie Vereinbarungen über Lohn zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. »Das ist doch nicht, schlimm«, deutet Hermann Memmer in Regensburg an. »Wir brauchen Unternehmer, die die Funktion eines Patrons haben. Daher ist die politische Wende notwendig.«

Diesen Herrn Memmer findet man in einem großen Schloß. Dem Schloß derer von Thurn und Taxis in Regensburg. Der Weg zu ihm führt an den Zimmern des Freiherrn Riederer von Paar, des Oberforstdirektors, des Oberdomänenrats Dr. Pöppel, an mächtigen Hirschgeweihen und alten Öl-Gemälden vorbei. Dr. Hermann Memmer, ehemals im Bayerischen Innenministerium beschäftigt, ist nun für alle weltlichen Besitztümer des Geschlechts »tut und tat nix« (Volksmund) verantwortlich. »Ich finde, man soll das Sozialdenken nicht so verabsolutieren, wie es geschehen ist. Sondern man kann von den Mitmenschen auch erwarten, daß sie geben, nicht nur nehmen.«

Der Mann weiß, wovon er spricht. Sein Arbeitgeber, Fürst von Thurn und Taxis, besitzt nicht nur 15 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes der Altstadt von Regensburg, die er sanierungsreif verkommen läßt. Er verfügt auch über große Ländereien in Brasilien. Wenn der Erlauchte einmal zu Besuch auf seine Ländereien fliegt, küssen ihm die landlosen verelendeten Bauern die Hand. Gnädig empfängt der Fürst die erwirtschafteten Gewinne, die in seiner Hausbank wiederum vermögenswirksam angelegt werden. Ein Teil davon geht dann an die Stadt Regensburg, als Kredit.

Aber der Fürst hat natürlich auch ein soziales Gewissen. Eine Notstandsküche im Schloßgelände speist die Armen, und das seit 1919. Auf der Gedenktafel vor der Notstandsküche kann man lesen: »Seine Durchlaucht Fürst Albert von Thurn und Taxis hat im Jahre 1919 die fürstliche Notstandsküche zur Behebung der damaligen Notlage errichtet.« Regensburg, so

klagte der Stadtkämmerer in seiner Haushaltsrede, hat ja auch die größte Sozialhilfedichte in Bayern. Was ihn veranlaßte, eine zehnprozentige Ausgabenkürzung durchzusetzen.

Im Keller des Arbeitsamtes fallen winzige Kammern auf. An den Türen sieht man Hinweise: »in die Zellen bitte einzeln eintreten«. Hier werden Arbeitslose (Ende November 1982 gab es in Regensburg 10,8 Prozent), Anfangsbuchstaben A - B, verwaltet. Die Stühle vor den Zellen sind alle besetzt. Die Gesichter der Menschen sind stumm. Rot umränderte Augen schauen den Fremden an, der, wie ich, mit so viel Selbstbewußtsein hier herunterkommt. Wer hier unten landet, hat kein Selbstbewußtsein mehr, fühlt sich als Almosenempfänger, schämt sich.

Bauarbeiter, die seit Monaten keinen Lohn erhalten, hoffen, daß sie eine neue Arbeit finden. Vergebens. Und das sind keine Einzelfälle, wie Otto Braun von der IG-Metall-Verwaltungsstelle in Regensburg erläutert: »Ich hab ja schon gesagt, daß wir festgestellt haben, daß in diesem Jahr im Handwerksbereich die Lohnerhöhungen nicht weitergegeben worden sind. Da kommen die Kollegen und sagen, da müßt ihr was tun. Ich sag, okay, was sollen wir tun. 'Wir kriegen keinen Lohn', sagen sie. 'Wir kriegen bloß drei Wochen Urlaub, kein Weihnachtsgeld.' Dann sage ich, Kollegen, ihr müßt euch solidarisieren. Müßt einen Betriebsobmann wählen. Wir müssen versuchen, den Arbeitgeber zum Anschlußvertrag zu zwingen. 'Ach dann schmeißt er uns alle raus'. Nach eineinhalb Stunden haben sie es aufgegeben. Sie sind nicht bereit, etwas zu tun.«

Gleichzeitig werden in allen Betrieben die übertariflichen Leistungen brutal weggekürzt. Beim Sachsenwerk in Regensburg, mit knapp 2.000 Beschäftigten einer der größten Betriebe in der ostbayerischen Region, sagt der Betriebsratsvorsitzende: »Wir haben zum Beispiel Personen, die über 100 Mark Fahrgeldzuschuß kriegen. 'Und jetzt wird gestrichen. Und die haben jetzt plötzlich 50 Mark weniger. Ja, das ist eine Geldbeutelsache für den Mann. Wir haben Leute dabei, den Hallenzusammenkehrer mit Lohngruppe Vier, einen Stundenlohn von 8,80 Mark hat der. Er wohnt in Miete, hat noch zwei Kinder. Der geht mit 1.240 Mark heim. Und der verliert jetzt über die politischen Entscheidungen und durch die betrieblichen Kürzungen im Monat 100 Mark. Das geht ihm an die Substanz.« Klar denken auch die Arbeitnehmer im Sachsenwerk: »Wenn ich sie mir alle miteinander anhöre, was die oft verzapfen. Was die für Dinge in den Raum reinstellen, dann muß ich mich doch fragen, wie wollen die das verwirklichen. Heute ist alles zuviel. Kann sein. Aber doch nicht in unserem Arbeitnehmerbereich. Sollen wir wieder zurückfallen auf irgendeine Stufe von vor 20 Jahren?«

Es wurden im Bereich Gesundheit, Sport und Erholung 1982 gegenüber 1981 volle 50 Prozent eingespart. Dafür gibt es in Regensburg im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung acht Prozent mehr Finanzmittel. Unabhängige Einrichtungen wie der » Ring politischer Jugend« erhalten kein Geld. Aber 40.000 Mark gibt es für die Kostenerhöhungen bei den Dienstwagen des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters. Für die Sanierung der Museen werden über 21 Millionen Mark ausgegeben, im Bereich der Sozialhilfe jedoch 190.000 Mark gekürzt. Die Sanierung des Rathauses lassen sich die Politiker 1,3 Millionen Mark kosten.

Das ist natürlich nicht nur so in Regensburg. In Frankfurt am Main ist genug Geld da, um für 22 Millionen Mark die Paulskirche zu renovieren, 150 Millionen Mark wird für die Renovierung des Dom-Römer-Bereichs hingeblättert. 40 Millionen Mark werden für den Bau eines Luxusbades ausgegeben. Der Ausbau des U-Bahnsystems kostet pro Kilometer 180 Millionen Mark, Folgekosten pro Jahr 500 Millionen Mark. Gleichzeitig werden Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche dichtgemacht, Drogenberatungsstellen die Mittel für eine effektive Arbeit entzogen und Erziehungsberatungsstellen geschlossen. Elisabeth Berghoff, Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes, spricht davon, daß sie immer mehr Familien kennt, die hungern müssen, weil sie keine Sozialunterstützung mehr bekommen. »Da muß man sich schon wirklich ins Auto setzen und eine Tasche mit Lebensmitteln dabeihaben und dann hinfahren zu den Leuten.« Weil kein Geld mehr da ist, wird auch die städtische Kinderklinik in Regensburg geschlossen, die einzige nichtkatholische Einrichtung dieser Art. 100 Betten gehen verloren. Immerhin einer bekommt Geld: die katholische Kirche. Insgesamt 90 Prozent aller Finanzmittel zur Förderung der freien Träger gehen an die katholische Kirche. Sie hat, wie der Fürst, ein Monopol. Das caritative Monopol. Wer sich dem nicht beugt, kann lange warten, bis er Arbeit findet. In einem Schreiben der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg zu Fragen der Einstellung erfährt man: »Mit den Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrag läßt sich insbesondere nicht vereinbaren die Mitgliedschaft und das aktive Eintreten für Organisationen und Gruppen, die auf einer materiellen und atheistischen Weltanschauung basieren.«

Erklären muß der Mitarbeiter dann, daß er »derartigen Organisationen weder angehört noch sie unterstützt oder anderweitig fördert«. Klar, so der Beauftragte der Bischofskonferenz für Ostkirchen, Bischof Graber aus Regensburg: »Es geht nicht ohne Blut im Kampf gegen die Sünde. Kämpften die Ritter früher gegen den Halbmond, richtet sich heute das Engagement gegen Hammer und Sichel.« Während der Zeit des faschistischen Terrors lobte dieser heute noch hochangesehene Bischof in Regensburg die Nazis dafür, »daß der neue Staat dem Liberalismus mit seinem schrankenlosen Freiheitsbegriff den Todesstoß versetzt habe«.

Hier in Regensburg wirkt auch ein Professor Abelein, deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU im Bundestag. Er ließ sich die Weisheit bezahlen, daß Sozialisten vieles mit Nationalsozialisten gemeinsam haben. Denn, »der Nationalsozialismus war im Ursprung und im Wesen eine proletarische Bewegung«.

In diese Stimmung paßt, daß die CSU-Oberen vor Jahresfrist eine Militärparade durch die Stadt ziehen lassen wollten. Das letzte Mal war das während des Nazi-Regimes. Als durch den Widerstand eines »Bürgerkomitees« und der SPD diese Provokation verhindert werden konnte, meldeten sich 13 CSU-Ortsvorsitzende zu Wort: »Diesmal sind sogar die Repräsentanten unserer Streitkräfte vor der pazifistischen Meinungsmache selbsternannter Friedensfreunde zurückgeschreckt. « Die Stadt machte das im Sommer wieder gut. 50.000 Mark gab sie für ein Militärmusikfestival aus. Als die Militärkapellen sternförmig zu »Marsch bis Medley mit klingendem Spiel« (so das Kulturamt Regensburg) einrückten, entrollten Demonstranten ein Transparent mit der Aufschrift: »Die Militärkapellen spielen auf zu eurem Todestanz«. Sofort war die Polizei da, riß das Transparent herunter und schlug die Demonstranten zusammen. CSU-Stadtrat Hack forderte die Umstehenden auf: »Schlag eam, schlag eam, kriegst 500 Mark von mir.«

In diesem Klima wundert es kaum einen mehr, daß diejenigen, die als Faulenzer, Arbeitslose und Sozialhilfeschmarotzem diffamiert werden, ihren Ausweg schon gefunden haben, »Ein starker Mann, ein kleiner Hitler muß her. In der Hinsicht war er gut, den Familien gegenüber und den kinderreichen Menschen gegenüber. Und was die Arbeit anbelangt, war er schon gut gewesen.« Einzelaussagen eines Sozialhilfeempfängers? Elisabeth Berghoff vom Kinderschutzbund: »Das hört man heute bei unheimlich vielen Familien.«

Ob sie Lambsdorff, Thurn und Taxis, Franz Josef Strauß oder Otto Esser (Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände) heißen - ihnen kommt diese Stimmung gerade recht. Mit ihrem lauten Geschrei, daß der Sozialstaat überbeansprucht worden ist, daß die Deutschen ihre Ansprüche reduzieren müssen, wollen sie einen unblutigen Klassenkampf von Oben führen. Die Schwachen müssen immer zuerst dran glauben. »Bild am Sonntag«, am 10. September: »Sozialstaat. Ein ach wie paradiesischer Zustand, in dem man immer weniger und zum Schluß gar nicht mehr arbeiten muß, um dennoch mehr Geld zu kassieren.«

Am 1. Januar 1982 trat das zweite Haushaltsstrukturgesetz in Kraft. Besonders 91 mit den Kürzungen in der Sozialhilfe und beim Arbeitsförderungsgesetz wurde das Gesamtsystem der sozialen Sicherung erschüttert.

Bislang wurden die Regelsätze der Sozialhilfe entsprechend der Preis- und Inflationsentwicklung fortgeschrieben. Knapp 330 Mark erhält heute eine Einzelperson Sozialhilfe. In den nächsten drei Jahren wurde die Erhöhung auf drei Prozent fixiert. Das führt zu einer weiteren Verelendung der Armen. Wichtig ist auch: Es gibt eine Zusammenballung finanzschwacher Haushalte im Einkommensbereich geringfügig unter und etwas über der Sozialhilfeschwelle. Durch eine Kürzung der Sozialhilfe werden sie, die aufgrund des ständigen Reallohnverlustes sowieso nicht wissen, was ein Anspruch ist, aus den potentiell sozialhilfeberechtigten Haushalten herausfallen. Denn bei der gesamten Diskussion um die Kürzungen der Sozialhilfe wird immer ein wichtiger Tatbestand übersehen: Nicht alle, die eigentlich berechtigt wären, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, tun das. Im Februar 1982 veröffentlichte das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eine Studie über den Sozialhilfeanspruch von finanziell Benachteiligten. Danach beziehen von 100 berechtigten Haushalten nur 52 Sozialhilfe. 48 nehmen diesen Rechtsanspruch nicht wahr. Anstatt aber die verschiedenen Filter und Schwellen abzubauen, um Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, werden von der Großen Streichkoalition in Bonn die Grenzen für den Bezug von Sozialhilfe noch gesenkt. Zur Erinnerung, was denn im Wochen-Warenkorb eines Hilfeempfängers ist, der zusammengerechnet im Monat 330 Mark beträgt: 600g Brot, 160g Mehl, 1.525g Kartoffeln, 40g Bohnen, 300g Zucker, l00g Rindfleisch, 225g Wurst, 140g Quark, 140g Butter.

Noch im September verteilte die Stadt Frankfurt eine Hochglanzbroschüre zum Tag der offenen Tür. Ein Abschnitt ist der Nachkriegszeit gewidmet. Um zu zeigen, wie gut es uns heute geht, wurde die Lebensmittelzusammenstellung für eine Person in einer Woche am 19. Juli 1945 bekanntgegeben: 31g Quark, 62,5g Nährmittel, 62,5g Zucker, 31g Käse, 200g Wurst, 1.5009 Brot und 2.500g Kartoffeln. Das hindert natürlich die Bonner Politiker nicht an weiteren Einschnitten ins soziale Netz.

»Wir sind wütend und empört, fühlen uns systematisch hintergangen und auf dem Altar des Macht- und Postenerhaltes um jeden Preis geopfert. Während uns, den über 2 Millionen Menschen, die durch Arbeitslosigkeit und wahnwitzig hohe Miet- und Lebenshaltungskosten auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind, jetzt die Sozialhilfe um 600 bis 700 Millionen gekürzt wird, haben die gleichen Politiker beschlossen, ungefähr die gleiche Summe den Unternehmen für die steuerbegünstigte Anschaffung von Betriebsautos und Chefmercedes in den Rachen zu werfen!« Das klagte die »Landesarbeitsgemeingchaft Soziale Brennpunkte« in Hessen. Dabei hat doch schon am 19. Mai 1982 Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber, klargemacht, wohin es geht: »Es kann doch keine ein für allemal ausgemachte Sache sein, daß die sozialen Besitzstände, so wie sie heute sind, unantastbar bleiben.«

Das Märchen von den Besitzständen wird derzeit besonders gerne in den Medien verbreitet: die armen Unternehmer und die bösen Sozis. Aber so bös' können die, glaubt man der Statistik, ja nicht gewesen sein. Zwischen 1974 und 1977 ist die Zahl der Vermögensmillionäre um 32,3 Prozent gestiegen. 1980 verfügten die 24,35 Millionen Arbeitnehmerhaushalte (Privathaushalte) über ein jährliches Einkommen von durchschnittlich 37.225 Mark. Die Haushalte der Selbständigen jedoch über 131.601 Mark. Lagen 1972 die durchschnittlichen verfügbaren Einkommen der Selbständigenhaushalte um 215 Prozent über den Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte, waren es 1979 schon 246 Prozent.

Nun weiß eigentlich jeder, wo das Vermögen, ob Hausbesitz, Aktienbesitz oder Anlagevermögen, sich konzentriert. 1980 verfügten noch nicht einmal zwei Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung über 90 Prozent des gesamten Kapitalvermögens der Bundesrepublik. Tatsache ist, so der Wirtschaftspublizist Georg Schneider in seinem Nachrichtendienst »Dossier«: »Ich kann überhaupt nicht feststellen, daß eine Krise bei den Einkommens- und Vermögensmillionären stattgefunden hat. Ich stelle immer wieder fest, daß das Kapital bei den Kapitalgesellschaften fast explodiert. Man könnte jedes Jahr eine Liste aufstellen von Kapitalgesellschaften, und ich habe es einmal für ein Jahr gemacht – da kommen Prozentsätze von 20.000 Prozent heraus, wo das Kapital aus Gesellschaftsmitteln erhöht worden ist.«

»Metall«, die Mitgliederzeitschrift der IG-Metall, veröffentlichte im September andere Zahlen. Danach haben 14 Prozent der Arbeitnehmer noch nie in ihrem Leben Urlaub gemacht, 34 Prozent waren vor 1980 zum letzten Mal in den Ferien.

Und wie sehen es zum Beispiel die Arbeitnehmer in Bielefeld, die bei Thyssen malochen: »Wenn ich mir überlege, wie ich arbeiten muß und wie meine Kollegen arbeiten müssen. Wenn ich sehe, wie an Pressen malocht wird bei uns. Dann frage ich mich allen Ernstes, was die noch beanspruchen können, wenn sie so arbeiten müssen.« Ein Vertrauensmann berichtet aus seiner Gruppe: »Die Arbeiter müssen schwere Träger mit einer langen Brechstange umdrehen. Der kriegt 1.750 Mark netto, hat drei Kinder. Mit 1.750 Mark kriegt der seine Kinder nicht durch. Selbst ein qualifizierter Mann, ein Werkzeugmacher bei uns, sagt: 'Ich habe pro Person und Tag zehn Mark zum Leben.' Das mußt du dir mal vorstellen. Da mußt du dir Klamotten kaufen und davon essen: zehn Mark pro Person.«

Für Minister Blüm ist Sozialpolitik jedoch keine Frage des Geldes. Sie soll vor allem dazu beitragen, »daß Menschen selbständiger und selbstsicherer werden.«

Als Lernprozeß wäre es vielleicht ganz gut, die Herren Lambsdorff, Strauß, Dregger, Kohl, all diejenigen, die soviel vom Anspruchsdenken reden, zwangsweise an diese Arbeitsplätze zu stellen und mit dem da verdienten Geld auszukommen. Wir wären die Herren bald los, weil sie entweder nach einer Woche einen Herzinfarkt hätten oder reif für einen Kuraufenthalt wären.

Sicher ist: Einsparungen überhaupt, besonders aber weitere Kürzungen im sozialen Bereich, verstoßen gegen die Sozialstaatsverpflichtung und sind verfassungswidrig.

Konkret 01/83, S. 45

Werner Heine

Konkret-Extra
Ausgebrütet: Die Lehre vom billigen Atomstrom

Der bundesdeutsche Energiemarkt ist säuberlich aufgeteilt: Die Hersteller von Kernkraftwerken einigten sich schon 1957, wer welche Reaktortypen bauen durfte. Und auch die Stromlieferanten kommen sich nicht in die Quere. Das Nachsehen haben die Verbraucher: Sie müssen den teuren Strom abnehmen und obendrein mit ihren Steuergeldern die kostspieligen Experimente der Industrie mit Schnellen Brütern, Leichtwasser- und Hochtemperaturreaktoren finanzieren. KONKRET belegt, Atomkraftwerke sind nicht nur gefährlich, sie sind auch wirtschaftlich unsinnig. Aber die Steuermilliarden fließen immer weiter. Nach Antritt der christlich-liberalen Regierung Kohl/Genscher erst recht

Der Anfang war noch preiswert. Als der Berliner Chemiker Otto Hahn 1938 das Atom als Energiequelle entdeckte, benötigte er dazu Utensilien im Gesamtwert von knapp hundert Mark. Teuer wurde es für die Deutschen erst, als sich zwei Jahrzehnte später die Konzerne der Energiewirtschaft aufmachten, diese Quelle zum Kaffeekochen für jedermann bereitzustellen, eine Energie, die zum Beispiel der »Spiegel« noch 1967 »das dämonische Feuer des Atoms« nannte.

Was Dämonisches war dann auch im Spiel, als Krupp und Siemens, Hoechst und AEG, Interatom und die Deutsche Babcock Mitte der 50er Jahre den Marsch in die Atomwirtschaft starteten. Von Anfang an ging es nicht nur um Soll und Haben oder die Deckung eines Grundbedürfnisses, sondern um internationales Ansehen oder Mittelmäßigkeit, Macht oder Untergang, Tod oder Leben, um den »Schlüssel der Zivilisation« (»Spiegel«).

Franz-Josef Strauß, 1955 zum ersten Atom-Minister der Republik bestellt, erklärte, daß »in Zukunft eine führende Wirtschaftsposition ohne Atomgrundlage nicht mehr denkbar ist«. Die Gelegenheit zu solch willkommener Vermengung von Geschäft und nationaler Frage konnte nicht ungenutzt bleiben.

Anfang 1956 gründete sich die Deutsche Atomkommission, ein Gremium mit 27 Mitgliedern, davon 15 aus den feinsten Häusern der Wirtschaft. Die Deutsche Bank war dabei und Siemens, AEG und Esso, die Energiekonzerne RWE und HEW ebenso wie ein Mann vom DGB. Der Vorsitzende wurde Franz-Josef Strauß. Die Kommission erhielt die Aufgabe, den Minister Strauß bei der Vergabe staatlicher Fördermittel für die Atomforschung zu beraten. Dieses System, in dem die Empfänger über die Vergabe entschieden und die zu Kontrollierenden die Kontrolle ausübten, hatte Modellcharakter für die weitere Entwicklung der staatlichen Förderung und Aufsicht und wurde zügig beibehalten.

So sind zum Beispiel die Wirtschaftsministerien der Bundesländer wie das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) Mitglieder des Deutschen Atomforums, eines Vereins, der nach der Auflösung der Atomkommission 1971 die Lobby-Arbeit der Atomwirtschaft übernahm. Nach der Vereinssatzung sind sie als Mitglieder verpflichtet, »alle Bestrebungen zu fördern, die mit der Entwicklung und Nutzung der Atomenergie zusammenhängen«. Und das tun sie ja auch.

Um das Klima der Verbrüderung zwischen Staat und Atomindustrie langfristig zu sichern, half die Atomkommission das Atomgesetz vorzubereiten, das 1959 verabschiedet wurde. Darin beschränkte der Staat seine Mitwirkung an der gemeinsamen Sache auf die Rolle der Aufsichtsbehörde, die zum Beispiel bei Nichteinhalten von Sicherheitsauflagen Bußgelder verhängen kann. Einen Bußgeldbescheid riskiert auch, wer ohne Genehmigung einen Reaktor betreibt. Kein Wort findet sich jedoch im Gesetz über eine vorstellbare direkte Beteiligung des Staats am Atomgeschäft. Der Bund hat lediglich »Anlagen zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten«. Das »Taschenbuch für Atomfragen« kommentierte anerkennend, der Gesetzgeber habe »bewußt« darauf verzichtet, das Atomgesetz »als Instrument einer staatlichen Forschungs- oder Wirtschaftslenkung auszugestalten«.

Neben der so gesicherten Gewerbefreiheit brauchten die Betreiber des Projekts nur noch den Schutz vor sich selber, damit die freie Marktwirtschaft nicht zum Nachteil gereichen würde. Auf einer zweitägigen Konferenz im Gästehaus der Farbwerke Hoechst in Eltville teilten im Januar 1957 die Firmenvertreter in der Atomkommission den Markt auf. Siemens bekam den Schwerwasserreaktor, AEG den Leichtwasserreaktor, die Deutsche Babcock sollte es mit dem Graphitreaktor versuchen und Brown, Boveri/Krupp mit dem Hochtemperaturreaktor. Diese konkurrenzausschließende Arbeitsteilung wurde alsbald von der Bundesregierung unter der Bezeichnung »Eltviller Programm« als förderungswürdiger Forschungsplan anerkannt.

Die Seite der Auftraggeber für Reaktoren, die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU), war ähnlich diszipliniert geordnet. Rund zehn große Elektrizitätsunternehmen, teils privat, teils kommunal, teils gemischt organisiert, teilten und teilen die Bundesrepublik durch Demarkationsverträge in regionale Absatzmärkte auf. Ihre Vertreter in der Atomkommission wirkten selbstverständlich beim Eltviller Programm mit.

Trotz dieser außerordentlich erfolgversprechenden Startbedingung - Reaktorhersteller und -abnehmer in einem Boot mit dem Geldgeber - kam das Geschäft nur stockend in Gang. Dem ersten Atomprogramm, das schon vier oder fünf Reaktoren mit zusammen 500 Megawatt (MW) elektrischer Leistung bringen sollte, mußte 1963 ein zweites vierjähriges Programm nachgeschoben werden, und das ging dann mit einem dritten und vierten so weiter. Die technischen Probleme waren doch größer als vorhergesehen. Es reichte nur zu ein paar kleinen Forschungsreaktoren. Das Experiment Schwerwasserreaktor erwies sich als Sackgasse. Der Bau des Prototyps im bayerischen Niederaichbach wurde erst 1966 beendet. Bis zu seiner endgültigen Stillegung 1974 brachte es der Reaktor auf 13 Betriebstage, nach einer anderen Quelle nur auf knapp eine Woche. Die ersten Leichtwasserreaktoren Lingen, Gundremmingen und Obrigheim gingen erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in Betrieb.

Dennoch ließ der Drang zur Kernkraft nicht nach. Die schleppende Entwicklung führte nur zu mehr öffentlichen Geldern. Das Eltviller Programm war noch mit 1,5 Milliarden Mark geplant und ausgeführt worden. Das zweite Atomprogramm sollte die Steuerzahler schon 2,5 bis 2,8 Milliarden kosten. 1967, nach Ablauf der vier Jahre, waren daraus nach offiziellen Angaben 3,79 Milliarden geworden. Aus dieser Etatüberziehung wurde dann Gewohnheitsrecht. Denn die Konzerne hatten nicht beabsichtigt, die Anlagen, mit denen sie Geld verdienen wollten, auch noch selber zu bezahlen.

Schon 1958 hatte die Bundesregierung einen breiten Katalog von Subventionen angeboten: Großzügige steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten bei allen Entwicklungskosten, Bereitstellung von zum Teil nicht rückzahlbaren Krediten, Bundesbürgschaften, Beschaffung von Mitteln aus dem ERP-Programm*, teilweise Übernahme von Betriebsverlusten, steuerliche Vorteile für die Konzernmütter bei Verlusten der AKW-Töchter. Im Fall des AKW Niederaichbach sah die offizielle Abrechnung so aus: Gesamtkosten 225 Millionen Mark, davon der Bund 120 Millionen, das Land Bayern 10 Millionen, staatliche Bürgschaften 75 Millionen. Den Rest von 20 Millionen mußte Siemens aufbringen. Für den Bau von Lingen zahlten die Gesellschafter (VEW, AEG und vier Großbanken) 80 Millionen Mark, 190 Millionen kamen vom Bund und aus Bürgschaften, der Bund deckte außerdem die Betriebsverluste - nochmal 80 Millionen Mark.

Um diesen Geldfluß in den ersten acht atomstromlosen Jahren zu rechtfertigen, wurden die Begründungen für das Programm immer schriller vorgetragen. Der dritte Atom-Minister Lenz sprach jetzt von der »Sicherung der künftigen Existenz unseres Volkes«. Es begann die große Zeit der Lichter-aus-Prognosen.

Die Einsicht, daß die fossilen Brennstoffe Kohle, Gas und Öl irgendwann einmal ausgehen würden, stand schon am Anfang aller Atomstrom-Pläne. Doch nun, wo die kostengünstige Verstromung von Uran nicht gelingen wollte und die Verbände für Braun- und Steinkohle mahnend ihre Stimmen gegen die Atomkraft erhoben, die ihnen den Platz in der Subventionsrangliste streitig zu machen drohte, mußten greifbarere Visionen herhalten. 1957 legte die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) ein Gutachten von drei »Atomweisen« vor, darunter der Deutsche Franz Etzel, wonach »größtmögliche Anstrengungen« erforderlich seien, um die Energieproduktion zu steigern - wenn es nicht überhaupt schon zu spät sei: »Wie groß diese Bemühungen auch sein mögen - sie können mit unserem Bedarf nicht Schritt halten.« Die drei Weisen sagten sodann eine exzessive Kohlewirtschaft voraus. Aber die Zukunft gehöre dem Atomstrom. Ab 1980 werde der Schnelle Brüter die übrigbleibende Versorgungslücke schließen. Die Prophezeiung hielt ein halbes Jahr. Dann begann die Absatzkrise im Ruhrbergbau. Die Weisen hatten übersehen, daß just das billige Öl im Vormarsch war.

1959 bestellte die Bundesregierung ein Energie-Gutachten bei fünf Wirtschaftsforschungs-Instituten. Die arbeiteten drei Jahre lang und prophezeiten dann der Kohle immer noch die schönste Zukunft. 140 Millionen Tonnen Kohle würden sie jährlich fördern, versprach daraufhin Wirtschaftsminister Erhard den Ruhrkumpels. Zehn Jahre später waren es nur noch 90 Millionen Tonnen, und die lagen unverkäuflich auf Halde. Der Verbrauch von Rohöl werde bis 1975 auf 85 Millionen Tonnen klettern, sagten die Gutachter. Diese Menge wurde dann bereits sieben Jahre vorher überschritten. Der Kernkraft gaben sie für 1975 einen Stromanteil von 1,1 Prozent. Der lag dann doch schon siebenmal höher.

Alle kühnen Vorhersagen offenbarten eigentlich nichts anderes als einen erstaunlichen Mangel an Phantasie. Jede aktuelle Versorgungslage wurde einfach in die Zukunft hochgerechnet. Die Ergebnisse aus dem Rechenschieber dienten dann als Grundlage für energiepolitische Beschlüsse. Aus den Steigerungsraten beim Stromverbrauch in den 60er Jahren entwickelten die Energiepolitiker eine Art Naturgesetz, wonach sich der Stromverbrauch in jeweils zehn Jahren verdoppele. Diese Legende war Grundlage jeder Kernenergie-Diskussion, bis sie 1977 in einem weiteren Gutachten widerlegt wurde.

1972, auf dem Höhepunkt des Öl-Booms, errechneten die Wirtschaftsforscher der Hamburger BP für das Jahr 1985 einen Ölanteil von 58 Prozent an der gesamten Energieversorgung der Bundesrepublik. Das schien ganz logisch, denn in jenem Jahr lag dieser Anteil schon bei 55 Prozent. Der Bau vieler neuer Ölkraftwerke wurde vorausgesagt und geplant. Ein Jahr später kam die sogenannte Ölkrise, und der Ölanteil sank - bis auf gegenwärtig 44 Prozent.

Im Herbst 1973 setzte die Bundesregierung in Anlehnung an die Schätzungen aus der Ölwirtschaft den erwarteten Primärenergiebedarf für 1985 auf 610 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE)** fest. Ein Jahr darauf - die

Ölverteuerung zeigte erste Auswirkungen - ging sie mit dieser Planzahl auf 550 Millionen Tonnen SKE zurück, und 1977 noch einmal auf 496 Millionen. 1973 hatte der Verbrauch bei 378 Millionen Tonnen SKE gelegen. Nur - dabei blieb es auch. 1981 wurde in der Bundesrepublik mit 371 Millionen Tonnen SKE weniger Primärenergie verbraucht als acht Jahre zuvor.

Auch beim Atomstrom waren Bedarfsprognosen dieser Qualität Grundlage für die Planung. Als die Industrie anfing zu bauen, ging die Bundesregierung von 50.000 Megawatt Atomstrom im Jahre 1985 aus. Mit dem wachsenden Widerstand gegen die AKWs wurden die Planzahlen gesenkt. 1979 prophezeiten die Bonner Ministerialbeamten noch 24.000 Megawatt. Die werden es nun nicht einmal mehr, wenn bis 1985 alle zehn im Bau befindlichen Anlagen fertig würden. Derzeit sind nur 13 Blöcke mit zusammen rund 11.000 Megawatt in Betrieb.

Unabhängig von diesen Fakten geht auch die neue Bundesregierung von einem steil ansteigenden Anteil des Atomstroms bis 1995 aus. Dann sollen 17 Prozent des Energiebedarfs, statt der gegenwärtigen vier, mit Strom aus AKWs gedeckt werden. Grundlage für die Prognose ist ein gemeinsames Gutachten dreier wirtschaftswissenschaftlicher Institute, das unangefochten von aller Realität ein künftiges reales Wirtschaftswachstum zwischen 2,2 und 3,4 Prozent annimmt und einen jährlichen Stromverbrauchsanstieg von 2,7 bis 3,2 Prozent weissagt. Dieses Gutachten, vor einem Jahr für Wirtschaftsminister Lambsdorff angefertigt, wurde zur Basis für die jüngste, die »dritte Fortschreibung des Energieprogramms« der Bundesregierung. Nach diesem Programm, das massenhaft Atomstrom vorsieht, wären bis 1995 zusätzlich zu den jetzt geplanten AKWs noch elf bis zwölf weitere Blöcke der Biblis-Größe (1.300 Megawatt) zu bauen.

Der zusätzliche Strom soll aber nun nicht mehr dazu dienen, eine drohende Energielücke zu schließen - die ist mittelfristig nicht in Sicht. Vielmehr soll der Atomstrom nun den »klassischen« Energieträger Öl verdrängen. In der Praxis heißt das: Mehr Bundesbürger sollen mit Strom heizen.

Niemand, der im Kamin ein Feuer machen will, käme auf die Idee, zuerst einen großen Haufen Holz abzubrennen, darin Glas zu schmelzen und mit dem gewonnenen Brennglas dann einen Fidibus zu zünden. Ein vergleichbar unsinniges Verfahren ist aber die elektrische Raumheizung. Einer großen Menge Brennstoff (Kohle, Öl, Uran) wird ein Teil der in ihr vorhandenen Energie bei der Verbrennung oder Kernspaltung in Kraftwerken entnommen. (beim Uran sind es 0,7 Prozent). Die dabei entstehende Wärmeenergie geht zu mehr als zwei Dritteln als sogenannte Abwärme in die Luft, mit dem Rest wird über die Erwärmung von Wasser Dampf erzeugt, der in Turbinen das hochwertige Produkt Strom herstellt. Der Strom wird dann unter weiteren Energieverlusten teuer in die Haushalte gebracht, wo er - »Strom kommt sowieso ins Haus, nutzt das aus« - die Luft um ein paar Grad erwärmen soll.

Diese wohl verschwenderischste Form des Energieeinsatzes gilt als aus der Mode gekommen, seit die Drohung mit der Energielücke und den ausgehenden Lichtern, die Erfahrungen mit dem teuren Öl und der wachsende Widerstand gegen die AKWs das öffentliche Problembewußtsein verändert haben. Unersetzlich ist der Strom allein beim Antrieb von Maschinen, bei der Beleuchtung, bei der Informationsübermittlung, bei einigen Verkehrssystemen und bei einer Reihe von industriellen Fertigungsprozessen.

Ihn auf diese Anwendungsgebiete zu beschränken und ihn und andere Energie sparsam einzusetzen, schien das Ziel des neuen Programms »Energieforschung und Energietechnologien«, mit dem die Bundesregierung 1977 ihre Vierjahrespläne für die Kernkraftförderung abgelöst hatte. Doch der Schein trog. In Wahrheit brauchte die Atomwirtschaft nur neue Legitimationen für das alte Ziel, die Kernkraft zu Geld zu machen.

Der Subventionsschub der ersten beiden Atomprogramme war so reibungslos gelaufen, weil die Bevölkerung das Märchen von der bedrohten Existenz dankbar glaubte, und weil die Gefahren aus den AKWs niemanden interessierten. Noch gab es ja auch keine. Das Wort Umweltverschmutzung war im deutschen Sprachgebrauch nicht enthalten, das kannten die Experten nur aus der amerikanischen Fachliteratur, und da hieß es »pollution«.

Als im Frühjahr 1967 die Großmächte USA und UdSSR den Atomwaffensperrvertrag zur Unterzeichnung vorlegten, befürchteten die Deutschen Hemmnisse auf dem Weg in ihre strahlende Zukunft. Die öffentliche Meinung heulte auf: »Wir wollen kein Volk von Bettlern werden!« (»Bild«) - »Soll das Fahrrad den Kernreaktor ersetzen?« (»Sonntagsblatt«) - »Atomsperrvertrag bringt Industriespionage« (»Kölnische Rundschau«) - »Wird Deutschland unterentwickeltes Land?« (»Hamburger Abendblatt«) - »Strauß an Kiesinger: Ich beuge mich nicht unter den Atomvertrag« (»Welt am Sonntag«) - »So sollen die Kleinen fertiggemacht werden« (»Bild«). Und der Altbundeskanzler Adenauer, der natürlich voraussah, daß die Bundesrepublik nun nicht mehr an Uran und Plutonium gelangen würde, sagte in einem »Spiegel«-Interview: »Dieser Vertrag würde eine Not bei uns zur Folge haben und eine Bewegung nach links. Und wem das nützen würde, das will ich Ihnen sagen: den Kommunisten und der SED.«

Zum Glück für die Atomwirtschaft traten diese Befürchtungen nicht ein. 1967/68 gingen die ersten Reaktoren ans Stromnetz, und der damalige Forschungsminister Gerhard Stoltenberg, der heute immer noch wegen seiner Sachkenntnis gepriesen wird, sagte für 1980 einen 40-Prozent-Anteil der Kernenergie am Stromverbrauch voraus. Die Betreiber und

Hersteller der AKWs rechneten für die Anlagen Stade und Würgassen mit Strom-Produktionskosten von 2,5 Pfennig die Kilowattstunde (KWh), ein Pfennig weniger als bei der Kohle und ein halber Pfennig weniger als beim Öl.

Fast zehn Jahre lang galt nun der Atomstrom als die billigste Energie. Die Branche verdiente und kassierte weiter Subventionen. Die staatlichen Zuschüsse stiegen nach offiziellen Angaben von 1,05 Milliarden Mark im Jahre 1969 auf 2,15 Milliarden im Jahre 1975. Die Reaktor-Herstellerindustrie spielte Monopoly. Brown Boveri/Krupp und Deutsche Babcock schieden als Produzenten aus. Siemens gründete 1969 mit der AEG die Kraftwerk Union AG (KWU) für den Reaktorbau und wurde endgültig Monopolist, als AEG 1976 mit geschätzten 1,5 Milliarden Mark Verlust aus der KWU wieder ausstieg. Diese Neuordnung bedeutete jedoch keine grundsätzliche Änderung der in Eltville verabredeten Marktaufteilung. Die Ausgeschiedenen zogen sich auf die Zulieferung zurück.

Mit der Konzentration stiegen aber auch die Preise. Die Kosten für die atomaren Anlagen begannen um jährlich neun bis vierzehn Prozent zu klettern, während die vergleichbaren Kosten bei der Kohle nur um drei bis vier Prozent stiegen. Die Kosten für Uran explodierten von etwa sieben Dollar pro Pfund (1973) auf über 40 Dollar pro Pfund (1977). Ohne die gleichzeitige Ölpreis-Inflation ab 1973 wäre die Atomwirtschaft mit ihrer Legende vom »billigen Atomstrom« noch schneller in Beweisnot geraten. Mit der neuen Energiepolitik der sozialliberalen Bundesregierung ab 1977 gab es nur einen scheinbaren Knick im Subventionsfluß. Zwar wurden unter dem wachsenden politischen Druck von nun an auch die Forschung für Kohle und andere fossile Energieträger sowie für »neue« Energiequellen gefördert, aber die Summen für die Kernenergie blieben unverändert hoch. Das Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung IFEU untersuchte die staatlichen Fördermaßnahmen für die Atomwirtschaft seit 1956 und kam zu dem Ergebnis: Addiert man zu den offen ausgewiesenen Beträgen die in den Haushaltsplänen versteckten hinzu, dann ergeben sich allein für die Jahre 1977 bis 1980 Subventionen von 7,54 Milliarden Mark. Insgesamt wurden von 1956 bis 1980 Steuergelder in Höhe von 27 Milliarden Mark in die Atomtechnologie gepumpt.

Nach Angaben der Energiewirtschaft wurden bis Juli 1981 von allen AKWs 293.062.198 Megawattstunden Strom produziert. Das heißt, daß die Steuerzahler jede Kilowattstunde Atomstrom bisher mit 9,29 Pfennig subventioniert haben. Ohne diese Vorleistung wäre der Atomstrom zu keinem Zeitpunkt konkurrenzfähig gewesen.

Selbst die Regierung, die die Summe der staatlichen Förderung mit bisher nur 13,6 Milliarden angibt, rechnete - so die Antwort auf eine Anfrage im Bundestag von Mai 1982 - immerhin noch mit vier Pfennig Forschungskosten pro Kilowattstunde.

Die AKW-Betreiber sind gewohnt, solche Rechnungen mit dem Hinweis zu parieren, der Atomstrom spare Milliarden Mark Devisen ein, die sonst für Öl an die Opec-Länder geflossen wären. Dieses Argument wird auch von den Regierenden gern benutzt. In Wahrheit wird damit aber nur die vergangene und für die Zukunft geplante Stromverschwendung vertuscht. Der Stromanteil in der Bundesrepublik liegt bei 15 Prozent der gesamten produzierten Energie. Nach Experten-Schätzungen würde aber ein Anteil von elf Prozent ausreichen, wenn der Strom nur dort angewendet würde, wo er nicht zu ersetzen ist. Das ist natürlich nicht im Interesse der Versorgungsunternehmen, die mit ihrer Ware Strom allein bei den privaten Haushalten einen jährlichen Umsatz von über zehn Milliarden Mark machen. Die Stromerzeuger sorgen durch ihre Preise dafür, daß sich daran auch nichts zu ihrem Nachteil ändert. Die Preisgestaltung fordert zum Mehrverbrauch auf: Je größer die Stromabnahme, desto billiger die Kilowattstunde. Wissenschaftler der Universität Saarbrücken schrieben 1978 über diese Preispolitik der EVU in einer Studie: »Wir sind der Meinung, daß ihre starrsinnige Tarifpolitik, die nüchtern betrachtet als Hauptziel nur noch die Erleichterung der Stromverschwendung hat, unnötig, unzeitgemäß, unhaltbar und unverantwortlich ist.« Aber alle Versuche, über den Gesetzgeber die Tarifgestaltung zu ändern, scheiterten bislang am Widerspruch der Strom-Lobby.

Die sieht in dem bestehenden Oberangebot an Strom, das durch den Bau weiterer AKWs erhalten werden soll, die Chance, ihre wirtschaftliche Stärke durch die Einführung neuer stromfressender Haushaltsgeräte und die Verbreitung der Raumheizung langfristig zu sichern. Günter Clausnitzer, Vorstandsvorsitzender der »Hauptberatungsstelle Elektrizitätsanwendung«, verkündete 1980 auf einer Tagung die »geradezu revolutionäre Veränderung der Raumheizungsstruktur«. Bis zum Jahr 2000 wolle die Stromindustrie die Zahl der elektrisch beheizten Wohnungen auf acht Millionen steigern. Das ist fast ein Drittel aller bundesdeutschen Wohnungen. Gleichzeitig rechnete Clausnitzer vor, daß dadurch 150 Millionen Tonnen Erdöl »eingespart« werden könnten.

Clausnitzers Sparmodell deckt sich mit den Ansichten der Atom-Politiker. Holger Börner: »Einer der Zwecke meiner Kernenergiepolitik ist es, das Heizöl aus dem Haushalt zurückzudrängen zugunsten von anderen Wärmequellen. Wir müssen es den Bürgern ermöglichen, mehr Strom zu nutzen.«

Mehr Strom muß aber aus Atomkraftwerken kommen, denn nur die können nach der Logik ihrer Betreiber dafür sorgen, daß er auch in Zukunft fließen wird. Atomstromfreund Helmut Schmidt stellte vor vier Jahren im Parteivorstand der SPD

seine Prognose auf: »Im Jahre 2010 werden wir kein Öl mehr haben. Dann werden alle Autos mit Batterie fahren. Dazu brauchen wir Atomkraftwerke, damit wir die Batterien aus der Steckdose aufladen können.«

Der Ex-Kanzler ist in zweifacher Hinsicht Experte. Er fährt ja nicht nur Auto, er besitzt auch eine elektrische Nachtspeicherheizung in seinem Ferienhaus am schleswig-holsteinischen Brahmsee. Dort lief vor fünf Jahren - der Kanzler wußte wohl nichts davon - gerade ein Lehrstück in Sachen Stromversorgung.

Durch den Brahmsee fließt das Flüßchen Mühlenau. Wo es den See verläßt, in Altmühlendorf, treibt es seit 1913 ein kleines Kraftwerk an. Bis 1949 versorgte es das ganze Dorf und die Meierei mit Licht und Strom. Dann übernahm das Großunternehmen »Schleswag« die Stromversorgung, verpflichtete sich aber vertraglich, die überschüssigen Strommengen der Wassermühle in sein Verbundnetz zu übernehmen. Das war nicht viel, rund 100.000 Kilowattstunden im Jahr, aber allemal genug auch für des Kanzlers Nachtspeicheröfen.

Dann wurde 1971 die Dorfmeierei stillgelegt, die alten Verträge liefen aus. 1977 wollte die Schleswag dem Kraftwerkbesitzer Johan Panholzer nur noch 4,5 Pfennig statt vorher sechs für die Kilowattstunde bezahlen, der seinerseits für den Schleswag-Strom, den er verbrauchte, 26 Pfennig zahlte. Das hätte Johan Panholzers Kosten nicht mehr gedeckt, die Stillegung des Kraftwerks drohte, Proteste halfen nicht. Doch dann berichtete NDR-Redakteur Karsten Biehl im Fernsehen von den Absichten des Monopolunternehmens Schleswag: »Da wird nun so viel von Energiesparen geredet und von der Suche nach anderen billigen Energiequellen. Doch wenn's einer ernstnimmt, was die Politiker erzählen, dann wird er wie ein Störenfried und Querulant behandelt. Minikraftwerke passen irgendwie doch nicht so recht ins Konzept. Sie stinken nicht und qualmen nicht und produzieren so ekelhaft billig. Die alte Mühle am Kanzlersee ist schon ein rechtes Ärgernis.« Johan Panholzer weiß nicht, wer nach dieser Sendung mit wem telefoniert hat, aber seine kleine Turbine läuft noch. Die Schleswag zahlt ihm jetzt sieben Pfennig für die Kilowattstunde.

Nicht alle Kleinlieferanten hatten soviel Glück wie der Kanzler-Nachbar. Die meisten machte der Atomstrom kaputt, nur rund tausend blieben übrig. Denn auch Johan Panholzers Staustufe hat einen typischen Mangel. Die Mühlenau liefert Kraft, wenn Wasser da ist, und das weiß nichts von den Bedarfszeiten der Strom-Abnehmer. Uran dagegen liefert stetig Energie. AKWs sind daher wie geschaffen für den Teil der Versorgung, den die EVU den »Grundlastbereich« nennen: Dauerbetrieb rund um die Uhr mit mindestens 6.000 von 8.760 Jahresstunden. Wer Kernkraftwerke baut, will ständig Strom liefern und nicht, wenn nach dem Fernsehkrimi alle Klo-Lampen angehen. Und auch nicht nur dann, wenn die Kapazitäten der Kohle- und Ölkraftwerke nicht mehr ausreichen.

Mißtrauen war deshalb angesagt, als die Politiker versprachen, Kernenergie solle langfristig nur jene Lücken decken, die die traditionellen Stromlieferanten offen ließen. Damit hielt das Kabinett der sozialliberalen Koalition ein paar Jahre lang den innerparteilichen AKW-Widerstand besonders bei der SPD im Zaum. Aber auch dieser Traum endete mit Lambsdorffs Fortschreibung des Energiesparprogramms Anfang 1982. »Die Restbedarfsphilosophie«, sagte der sozialdemokratische Forschungsminister Andreas von Bülow, sei »ökonomisch jenseits von Gut und Böse«.

Bülow hatte, bevor er sein Amt abgeben mußte, ganz andere Sorgen mit den Partnern vom Atomstrom. Die geringste davon ist wohl der »einzige wirklich bedeutende Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Nutzung der Kernenergie (»Frankfurter Allgemeine«) - der Hochtemperaturreaktor HTR 300 in Hamm-Schmehausen. Das Deutsche an dem Beitrag ist eine Erfindung des Jülicher Professors Rudolf Schulten. Der Reaktor wird nicht mit Brennstäben gespeist, sondern mit vielen tausend Graphitkugeln, in denen hochangereichertes Uran eingebettet ist. Dabei kommt es angeblich weniger wahrscheinlich zum Schmelzen der Ladung, und wenn, dann ist mehr Zeit zu reagieren als bei den Leichtwasserreaktoren. Der HTR wird nicht mit Wasser, sondern mit Helium gekühlt. Das Edelgas wird dabei auf fast 1.000 Grad aufgeheizt, und diese Wärme kann besser ausgenutzt werden. Anders als bei den Leichtwasserreaktoren, deren Brennwärme zu mehr als zwei Dritteln in die Umwelt verpufft, könnte ein Teil der HTR-Wärme für Fernheizungen oder für die Vergasung von Braunkohle eingesetzt werden. So der Plan.

Als das Projekt 1970 begonnen wurde, rechneten seine Hersteller (BBC und KWU) und Betreiber (sechs große EVU) mit einer Bauzeit von gut fünf Jahren. Ende 1976 sollte der HTR ans Stromnetz gehen und 690 Millionen Mark gekostet haben.

1974 sagten die Reaktorbauer noch vier Jahre Bauzeit voraus, und dabei blieb es dann bis auf den heutigen Tag. 1977 kostete das Projekt bereits 1,75 Milliarden, 1980 waren es schon 2,5 Milliarden. Die Hersteller beriefen sich auf noch ungelöste Probleme. Das Vorhaben, mit dem Helium direkt die Turbine zu betreiben, wurde wegen unlösbarer technischer Schwierigkeiten fallengelassen. Für die geplante Kohlevergasung fand sich kein geeignetes Material, das der 1.000-Grad-Wärme dauerhaft standhielt. Die Brennelemente-Herstellung verzögert sich voraussichtlich bis »in die Mitte der 80er Jahre«. Bis zum Frühjahr 1982 kostete der Reaktor bereits drei Milliarden Mark. Schon lange redete niemand mehr von einer erwarteten Wirtschaftlichkeit. Ab März 1982, der HTR war jetzt zu etwa 75 Prozent fertig und wieder »vier Jahre vor seiner Inbetriebnahme«, trat plötzlich eine »Finanzlücke« von 1, 1 Milliarden Mark auf. Der Reaktor sollte nun schon 4,3

Milliarden kosten. Und während die Hersteller noch wütend ein paar hundert Millionen abstritten, sickerte durch, daß die Experten die Gesamtkosten bis 1985 auf knapp acht Milliarden schätzen.

Ein ungenannter Initiator des Projekts sagte der »Süddeutschen Zeitung« vor einem Jahr, »außer Akten im Gewicht von 250 Tonnen« sei nichts geschaffen worden. Es sei heillos und ohne Rücksicht auf die Kosten experimentiert worden, der Reaktor leide an einem »Obermaß an Kreativität«.

Ob der HTR fertig gebaut wird oder nicht, ist ungeklärt. Offen ist auch, ob der neueste Plan der KWU in Erfüllung gehen wird: ein Groß-HTR, der aus lauter kleinen Reaktoren zusammengesetzt ist. Er soll dem Ziel dienen, das Erdgas durch Kunstgas aus der Kohle zu ersetzen. Dafür, rechnete der »Spiegel« vor, »wären 30 Großreaktoren dieses Typs vonnöten und dazu eine eigene Wiederaufbereitungsanlage, so groß wie das (geplatzte) Gorleben-Projekt« - für den Erdgasverbrauch des Jahres 1982 in der Bundesrepublik.

Daß die bundesdeutsche Presse, mehrheitlich stramm auf Atomkurs, im letzten Sommer erstmals von einer »Krise« (»FAZ«) schrieb, lag nicht allein am HTR. Mindestens ebenso gefährdet erschien plötzlich die Fertigstellung des SNR 300 in Kalkar (= Schneller Natriumgekühlter Reaktor, geplante Leistung 300 Megawatt). Der hatte auch einmal klein angefangen. Der Physiker Wolf Häfele hatte in den 60er Jahren versprochen, das Projekt sei als Prototyp 1973 fertig und würde ab 1978 Strom liefern. 1972 wurden 1,5 Milliarden Mark geplant bis zur Fertigstellung 1979.

1973, die Kosten lagen jetzt bei zwei Milliarden, schrieb der Brüter-Kritiker Rudzinski in der »FAZ«: »Unter den kritischen Reaktorfachleuten glaubt heute keiner mehr daran, daß man mit dem Natriumbrüter wirtschaftlich Strom erzeugen kann.« Zu dieser Erkenntnis ist inzwischen sogar Brüter-Erfinder Häfele gelangt: »Mit Sicherheit steht die Wirtschaftlichkeit des Brüters in den nächsten 15 Jahren nicht zur Diskussion.« Nur, das interessierte damals wie heute niemanden besonders, weil der Brüter eine ganz spezielle Funktion im Gesamtkonzept der »monströsen Technologie« (»Spiegel«) wahrnimmt. Er soll, wie sein Name sagt, neuen Brennstoff erwirtschaften. Denn Natur-Uran enthält nur einen winzigen Anteil spaltbares Uran 235. Der Rest - mehr als 99 Prozent Uran 238 - ist nutzloser Abfall. Im Brüter soll nun dieser »Abfall« durch »schnellen« Beschuß mit Neutronen in spaltbares Plutonium 239 verwandelt werden. Dabei entsteht unter bestimmten Bedingungen mehr Brennstoff, als der Brüter selbst verbraucht. Physiker Häfele: »Schnelle Brutreaktoren erlauben die de facto unbegrenzte Versorgung der Menschheit mit Energie.«

Das schien die Lösung aller Probleme. Denn ohne Wiederaufbereitung und ohne schnellen Brüter ginge der Brennstoff für die Leichtwasserreaktoren bald aus. Allein in der Bundesrepublik werden heute jährlich 2.900 Tonnen Natur-Uran gebraucht. Wächst die Zahl der Reaktoren wie beabsichtigt, würden daraus in 50 Jahren etwa 23.000 Tonnen im Jahr. Das sind summiert 650.000 Tonnen. Aber nur etwa drei Millionen Tonnen abbaubares Uran sind derzeit bekannt. Kein Wunder, daß die Bundesregierung deshalb beharrte: »Der Schnellbrutreaktor ist eine der wenigen realistischen Optionen zur Sicherung der längerfristigen importunabhängigen Energieversorgung.«

Nur war es vielleicht ein Fehler, daß die sozialliberalen Atomfreunde dabei gerade auf Wolf Häfele setzten, einen Mann, der zum Beispiel 1972 vorschlug, Brüterzentren in den Hochtälern der Alpen und den Fjorden Norwegens zu bauen und von dort die elektrische Energie mit Mikrowellen in deutsche und österreichische Ballungsgebiete zu schicken. Aber wer das Perpetuum mobile verspricht, dem werden auch »von Science-fiction kaum zu unterscheidende Vorschläge« (»FAZ«, 1973) abgenommen. Dem schadet auch nicht die Errechnung eines »Weltenergieszenario«, das für das Jahr 2030 zusätzliche 10.000 AKWs vorsieht, damit das Öl ersetzt wird, sowie 50 Brennelemente-Fabriken, 50 Wiederaufbereitungsanlagen, für deren Strombedarf allein je vier Kraftwerke nötig sind, und 300 Zwischen- und 50 Endlager - mit einem Kostenaufwand von 40.000 Milliarden Dollar, etwa viermal so viel wie der Wert des gesamten gegenwärtigen Welt-Produktivvermögens. Womit, so der »Spiegel«, »nach Häfeles Atomstaat-Konzept aber nur lächerliche 25 Prozent der Energieversorgung bestritten würden«.

In Karlsruhe durfte Häfele weiter die Projektleitung für Kalkar betreiben, obwohl der Bundesrechnungshof schon 1971 maulte, »daß Forschungs- und Entwicklungsverträge in Schriftform häufig erst nach dem Erbringen der Leistung geschlossen wurden« und eine »Verbesserung der Erfolgskontrolle als notwendig« ansah.

1976 stiegen die Kosten auf 2,5 Milliarden Mark, 1980 auf 3,74 Milliarden. Ende 1980 spricht das Forschungsministerium von 4,1 Milliarden, im Januar 1981 sickerte durch: 4,4 Milliarden Mark. Im September 1981 sind es laut Minister von Bülow 5,4 Milliarden, der Brüter soll jetzt 1986 fertig sein. Am 1. September 1982 steigen die Kosten für den Brüter auf 6,5 Milliarden. Wenn überhaupt, dann ist mit einer Fertigstellung nicht vor 1990 zu rechnen. Das Heidelberger IFEU-Institut prophezeit: »Das Projekt wird die Zehn-Milliarden-Mark-Grenze erreichen.«

»Unverständlich und unannehmbar« nannte Bülow die letzte Kostenrechnung des Herstellers Interatom und der Betreiber-Gesellschaft SBK, und dann ging er, zum zweiten Mal binnen eines Jahres, bei denen sammeln, die am Brüter verdienen wollen, wenn er je fertig wird. Denn der Kalkar-Vertrag, 1972 vom damaligen Forschungsminister Klaus von Dohnanyi unterzeichnet, legt das Finanzierungsrisiko in die öffentlichen Hände. Danach zahlen Bonn und die beteiligten Länder

Belgien und Holland 92 Prozent der Entwicklungskosten. Nur acht Prozent gehen zu Lasten der SBK, deren Hauptanteilseigner das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) ist. Und diese acht Prozent galten nur zu Baubeginn und waren per Vertrag auf 125 Millionen Mark begrenzt. Häfele-Freund Schuster, Ministerialdirigent im Forschungsministerium, hatte 1971 in Diskussionen widerspenstige Parlamentarier mit der unzutreffenden Behauptung gewonnen, eventuelle Mehrkosten müsse die Industrie »aus eigener Tasche bezahlen«.

Aber nicht nur die Investitionskosten für den Schnellen Brüter wurden von den Betreibern auf die Steuerzahler abgewälzt. Sie sorgten auch dafür, daß die zu erwartenden Betriebskosten niedrig würden und entschieden sich bei der technischen Auslegung für eine »Brutrate« von unter 1. Dabei wird nun zwar kein zusätzlicher Brennstoff mehr erbrütet - das war einmal Sinn des Ganzen -, aber das Unternehmen spart dadurch Betriebskosten von 200 Millionen Mark. Außerdem ließ sich die SBK eine staatliche Beteiligung von 150 Millionen Mark an eventuellen Betriebsverlusten zusichern. »Derlei vorausschauende Vorsicht«, schrieb Wolfgang Hoffman in der »Zeit«, »zeigt, daß ökonomisch nur einer gedacht hat: der zukünftige Hausherr in Kalkar. Er ist als einziger kein Risiko eingegangen.« Zwar bot die SBK inzwischen an, ihren Kostenanteil über die 125 Millionen Mark hinaus auf die vollen acht Prozent aufzustocken, aber das reichte längst nicht für das Loch im Bundeshaushalt. Ein von Ex-Minister Bülow zusammengebettelter Stromindustrie-Beitrag in Höhe von 936 Millionen Mark ist noch nicht gesichert. Die Branche hatte im August erst 31 Millionen Mark gezahlt und machte ihren Zuschuß von Bedingungen abhängig: Das Parlament solle seine Bedenken gegen den Betrieb des Brüters einstellen, die Gesamtfinanzierung müsse gesichert sein, und dieser Baukostenzuschuß müsse auf die Strompreise abgewälzt werden dürfen. Der »Brüterpfennig« kam ins Gespräch.

Die Branche hat bei diesem Poker gute Karten. Ein Abbruch des Bauvorhabens wird auch nicht gerade billig. Nach dem Vertrag gehen nämlich Schäden, die durch Einstellung - des Projekts entstehen, zu Lasten der Steuerzahler. Der »allein haftende Finanzminister« (»Zeit«) müßte mindestens zwei Milliarden Mark an die Betreiber und die beteiligten Nachbarländer zahlen.

Die Verfasser der IFEU-Studie rechneten aus, was die Bundesrepublik mit den mindestens zehn Milliarden Mark Entwicklungskosten für den HTR und den Schnellen Brüter an alternativen Energieprojekten hätte durchführen können. Der Staat könnte mit diesem Geld zum Beispiel:

· 30 Städten mit je 100.000 Einwohnern ein komplettes Fernwärmenetz nach dem Modell Flensburg schenken (siehe Kasten Seite N 7). Die Energieerzeugung (l/3 Strom, 2/3 Fernwärme) läge dabei mehr als elfmal höher als bei dem HTR und dem SNR zusammen; oder

· den Kommunen in der Bundesrepublik 10.000 Blockheizkraftwerke schenken. Die damit erzeugbare Energiemenge (1 /3 Strom, 2/3 Fernwärme) wäre dabei 35 mal höher als bei HTR und Brüter; oder

· sämtlichen Wohnungen in der Bundesrepublik Thermostatventile schenken, wodurch 16mal soviel Energie eingespart würde, wie HTR und Brüter zusammen erzeugen können; oder

· eine Million Solarlanlagen zu je 10.000 Mark verschenken, mit denen 2,2mal soviel Energie wie mit HTR und SNR auf eine saubere Art und ohne Atommüll und Risiken erzeugt werden könnte; oder

· das Geld mit neun Prozent Zinsen fest anlegen und allein mit den Zinsen die Forschungsgelder, die heute für die Entwicklung der Sonnenenergie ausgegeben werden, glatt verzwölffachen.

Bei all diesen sinnvollen Vergleichen bleibt freilich unberücksichtigt, daß jede Alternative zum Atomstrom systemwidrig gewesen wäre. Der Atomstrom ist die kapitalintensivste aller Möglichkeiten, Energie zu erzeugen. Der Anteil der Kapitalkosten an einem Atomkraftwerk liegt bei 70 Prozent. Seit der Staat die kommerziellen Interessen der Kapitaleigner zur nationalen Zielsetzung erklärte,haben diese den direkten Zugriff auf die Kapitalverwertung. Alle Verluste und Risiken wurden sozialisiert, alle Gewinne privatisiert. Selbst die Sicherheitsauflagen ergeben sich unmittelbar aus den betriebswirtschaftlichen Rechnungen der AKW-Betreiber.

Die Ungefährlichkeitsgrenzen für bestimmte Schadstoffemissionen wurden dort festgelegt, wo sie von den Kosten her vertretbar waren. Oder, anders ausgedrückt, wo die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Folgekosten für Erkrankungen mit den betriebswirtschaftlich ermittelten Kosten für die Verhinderung dieser Erkrankungen im Gleichgewicht sind.

Das einzige, was die Atomwirtschaft noch bremsen kann, ist das Desinteresse der Kapitaleigner an dieser Form von Verwertbarkeit - wenn es sich nicht mehr lohnt. Das wird aber erst dann sein, wenn Alternativen zum Atomstrom so billig werden, daß die Masse der auch an ihre Kapitalverwertung denkenden Strom-Bezieher problemlos auf diese Alternative überwechseln kann.

Daß das nicht so bald der Fall sein wird, dafür sorgt wieder die Atomstrom-Lobby. Gleichzeitig mit der These von der »Nutzung der Kernenergie für eine Deckung des Restbedarfs«, aus der ja nichts wurde, stellte die Bundesregierung die Forderung nach der »verstärkten Erforschung und Entwicklung natürlicher Energiequellen« auf. Die Projektträgerschaft für

fast die gesamte nichtnukleare Energieforschung übertrug sie sodann der Kernforschungsanlage Jülich, die damit zur »Entlastung der Ministerien beitragen«, »die Wirksamkeit der Förderung verbessern« und »eine rationelle Abwicklung der Projekte sichern« soll und deshalb »alle erforderlichen Rechtshandlungen selbständig vornehmen« darf.

»Kein geringerer als die Atom-Lobby selbst sitzt an der maßgeblichen Stelle«, schreibt dazu die IFEU-Studie, die auch die Ausgaben für die nicht-nukleare Forschung untersuchte. Fazit: Gegenüber den 7,545 Milliarden Mark für nukleare Energieerforschung in den Jahren 1977 bis 1980 gab die Bundesregierung im selben Zeitraum für eine »ökologisch, volks- und energiewirtschaftlich sinnvolle« Alternativen-Forschung nur 1,303 Milliarden Mark aus.

Zum Teil ist das Programm Augenwischerei. Von den 606 Millionen, die für »neue« Energiequellen ausgegeben wurden, entfielen 333 Millionen (54,9 Prozent) auf die Erforschung der Kernfusion. Die Förderung regenerierbarer Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme) kam auf nur fünf Prozent von der nuklearen Forschung. Vergleichsweise viel Unterstützung (301 Millionen) erhielt die Kohleveredelung (= -vergasung, -verflüssigung), von der sogar die Bundesbank in einem Bericht meinte, sie setze »sehr hohe Investitions- und Folgekosten voraus und (sei) mit erheblichen Umweltbelastungen verbunden«. Für das laufende Forschungsprogramm 1981 bis 1985 wurde diese Förderung trotzdem auf 2,26 Milliarden Mark angehoben, weil auf die Stromwirtschaft das Problem der »Kohleabnahmegarantie« zukommt. Die EVU sind per Verstromungsgesetz verpflichtet, der Kohlewirtschaft unabhängig vom Strombedarf wachsende Mengen abzunehmen. Die EVU drängen deshalb zur Veredelung, weil durch diese Form der Energiegewinnung 50 Prozent der eingesetzten Primärenergie verlorengeht. Energieverschwendung bringt auch hier steigende Umsatzzahlen und ist deshalb betriebswirtschaftlich sinnvoll.

Mit besonderer Freude betrachtet die Atom-Lobby die Förderung von elektrischen Wärmepumpen durch den Bund. Seit dem Energieeinsparungsgesetz von 1978 wird der Einbau solcher Wärmepumpen mit 25 Prozent Investitionszulage belohnt. Nach Berechnungen des IFEU-Instituts waren 1981 bereits 45.000 Pumpen mit insgesamt 180 Millionen Mark Unterstützung aus Steuergeldern in bundesdeutschen Gärten verbuddelt. Auch diese Gelder kommen mittelbar der Atomwirtschaft zugute. Denn mit der Elektrowärmepumpe wird lediglich ein langfristiger Strombedarf installiert. Volkswirtschaftlich gesehen ist ihr Einbau unsinnig. Mit der Eletrowärmepumpe werden - anders als bei Gas- oder Dieselwärmepumpen - nur gut 70 Prozent der für den Strombetrieb eingesetzten Primärenergie genutzt. Sie trägt wie die elektrische Raumheizung zur Energieverschwendung bei, deren Stop aber das erklärte Förderungsziel ist.

Zur Fortschreibung des Energieprogramms, das bis 1995 den Ausbau der Atomkraftwerke um weitere 17.000 Megawatt vorsieht, sagt die IFEU-Studie: »Um den volkswirtschaftlichen Irrsinn zu verdeutlichen: Mit Infrastrukturkosten (Netzausbau etc.) und Kapitalkosten von etwa 8.000 Mark pro Kilowatt bis zur Bereitstellung 1995 würden die 17.000 Megawatt etwa 136 Milliarden Mark kosten. Für den gleichen Betrag könnten etwa sieben Millionen Wohnungen ihren Wärmebedarf durch energiesparende Maßnahmen um die Hälfte reduzieren.« Und das, so IFEU, brächte eine Ersparnis von 21.300 Megawatt Endenergie.

Aber die »ökologische Effizienz«, die »möglichst verschwendungsfreie und belastungsarme Nutzung der natürlichen Potentiale« ist nur eines von neun Merkmalen für die Bewertung der Kernenergie, die sich die vom Bundestag 1979 eingesetzte Enquete-Kommission »Zukünftige Kernenergie-Politik« erarbeitet hat. Die Kommission, die jetzt im Herbst ein Mehrheits- und ein Minderheits-Gutachten über die Sicherheit des Schnellen Brüters vorlegte (Auszüge siehe Seite N 11), muß in ihre Überlegungen auch Kriterien wie »ausreichende Versorgung« und »langfristige Versorgungssicherheit« einbeziehen. Und da sieht die Atomwirtschaft unverdrossen die Vorteile auf ihrer Seite.

Das stärkste Argument zieht sie neuerdings aus der Nichterfüllung ihres Plansolls. Weltweit stagniert der Reaktorbau, so daß die Uranvorräte sehr viel langsamer schrumpfen als vor ein paar Jahren angenommen. Leichtwasserreaktoren können länger mit Brennstoff versorgt werden als vermutet, die Verzögerung des Sprungs in die Brütertechnologie könnte noch eine Weile hingenommen werden. NWK-Chef Krämer neuerdings: »Die Sache eilt gar nicht so sehr.«

Mag sein, daß die Branche über die Preissteigerungen, die sie produzierte, langsam ins Grübeln kommt. Das Märchen vom billigen Atomstrom wird nur noch in Sonntagsreden trotzig wiederholt; die Strompreise steigen seit zwei Jahren schneller als die Preise anderer Investitionsgüter: 1982 waren es 12,3 Prozent. Typisch sind die enormen Preissteigerungen bei den Hamburgischen Electricitätswerken. Die HEW arbeiteten sich auf Platz zwei der Rangliste der teuersten Energieversorger vor. Sie verwenden überwiegend Kernenergie und planen mit den Reaktoren Krümmel (der Siedewasserreaktor sollte bereits 1979 ans Netz gehen; die Fertigstellung ist jetzt für 1983 zugesagt) und Brokdorf, den Atom-Anteil im Grundlastbereich auf rund 70 Prozent zu erhöhen. Gegen den Willen des Hamburger Senats übrigens, der 74,9 Prozent des Aktienkapitals der HEW hält.

Das größte Loch in die HEW-Kasse und damit in die Tasche der Hamburger Strom- und Steuerzahler reißt der »Schrottreaktor« Brunsbüttel. 1978 lag der Siedewasserreaktor bereits für zwei Jahre still - nach dem schwersten Störfall, der bisher in bundesdeutschen AKWs bekannt geworden war. Zur Zeit ist das Kraftwerk gerade wieder für 14 Monate

abgeschaltet, weil Rohrleitungen und Armaturen, Ventile, Kabel und Fundamentsträger erneuert werden müssen. Die Kosten für die »technische Nachrüstung« betragen rund 450 Millionen Mark und liegen damit höher als der Neubau eines kompletten Atomreaktors vor zehn Jahren.

Dem Münsteraner Wissenschaftler Dieter Viefhues ist »aufgefallen, daß in der internen Diskussion etwa seit 1978 nicht mehr davon geredet wird, Kernenergie sei billiger als Kohle«. Viefhues und sein Bremer Kollege Jürgen Franke rechnen zur Zeit die »Wirtschaftlichkeit« des Atomstroms nach.

Das war dringend erforderlich, denn seit einer Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln (EWI) von 1977 und einer Untersuchung des Frankfurter Batelle-Instituts (1979) gibt es keine aktuellen Modellrechnungen. Das EWI ermittelte damals einen Kostenvorsprung von fünf Pfennig pro Kilowattstunde vor der Kohle, Batelle noch 1,5 Pfennig Vorsprung. Während die Batelle-Studie von akzeptablen Ansätzen hochrechnete, enthielt die EWI-Berechnung nach Ansicht von Viefhues/Franke typische methodische Fehler.

So wurden bei allen kernkraftfreundlichen Berechnungen der Vergangenheit immer nur ein AKW und ein Steinkohlekraftwerk verglichen. Es liegt aber nahe, für den Vergleich jeweils ein ganzes System heranzuziehen. Atomstrom erfordert die Bereitstellung großer Reservekapazitäten. Fällt ein AKW aus, müssen andere in Minutenschnelle in die Lücke springen können. Dafür werden teure Pumpspeicherwerke gebraucht.

Große AKWs liefern große Mengen Strom mit hoher Spannung. Das kostet starke Verteilungsleitungen. Ein 380-Kilo-Volt-Hochspannungsnetz wäre bei vielen kleinen Kohlekraftwerken nicht notwendig. Die Lebensdauer eines AKW wurde bisher immer entsprechend der Angaben der Hersteller mit bis zu 25 Jahren angenommen und in den Modellen mit 20 Jahren berechnet. Die ältesten kommerziellen AKWs in den USA sind aber bisher nur rund elf Jahre in Betrieb und erreichen vielleicht 15 Jahre. In allen Studien wurde bisher eine Arbeitsausnutzung von 70 bis 75 Prozent angenommen. Eine Untersuchung von Clausen/Franke zeigt: Die deutschen Leichtwasserreaktoren kamen wegen hoher Störanfälligkeit bis 1980 durchschnittlich auf 54,6 Prozent. Dabei gilt: Je älter die AKWs, umso höhere radioaktive Verseuchung, umso längere Reparaturzeiten. Die Verfügbarkeit sinkt nach zehn bis zwölf Jahren.

Die Kosten für den Abriß gehen in die Billig-Rechnungen bisher mit lächerlich geringen Schätzungen ein (200 bis 400 Millionen für ein 1-300-Megawatt AKW). Dabei müssen dafür erst neue Technologien entwickelt werden, die nach Viefhues/Franke ein ähnlich »frappantes Preisverhalten« zeigen dürften wie die Kosten für die Neubauten. Fernbediente Schneidegeräte und Verpackungsmaschinen müssen so gebaut werden, daß sie nicht verseuchen. Sonst steht nur neuer Atomschrott im Atomschrott. Für das stillgelegte AKW Lingen wird mit Abbruchkosten gerechnet, die weit über den Baukosten liegen. Zudem stellt sich erst jetzt heraus: Die Ruinen müssen schneller abgerissen werden als geplant. Der radioaktive Zerfall schafft neue, zum Teil flüchtige Isotope, deren Beseitigung sonst noch teurer wird.

Der dickste Brocken aber wird in jedem Fall die geplante Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennstäbe zu Uran und Plutonium. Die chemische Industrie hatte bereits 1975 eingesehen, daß das zu unwirtschaftlich sei, und war aus der vorgesehenen Wiederaufbereitungsfirma ausgestiegen. In der »Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen« (DWK) sind daher nur die großen EVU vertreten. Nach dem einstweiligen Scheitern am Standort Gorleben wird jetzt eine Wiederaufbereitungsanlage von 350 Jahrestonnen Gato) geplant. Die Baukosten, die die EVU natürlich voll auf den Strompreis abwälzen werden, wurden 1976 mit 600 Millionen für eine 1.400-jato-Anlage veranschlagt. Sie stiegen 1977 auf vier Milliarden (Staatssekretär Grüner im Bundestag), dann 1979 auf fünf bis 5,5 Milliarden (Professor Scheuten, DWK) für eine 700-jato-Anlage und erreichten 1981 rund zehn Milliarden Mark Schätzpreis für die kleine 350-jato-Anlage - eine Steigerung auf das 70fache in sechs Jahren. Die Wiederaufbereitung, eine Art Zwillingsschwester des Schnellen Brüters, ist im atomaren Gesamtkonzept unverzichtbar. Nach Ex-Innenminister Baum ist sie »ein Teil der Entsorgung«.

Der amerikanische Atomphysiker Arjun Makhijani kam im vergangenen Sommer in einer Studie zu den Ergebnissen:

· »Die bisherigen Erfahrungen mit kommerzieller Wiederaufarbeitung sind ein deutlicher Hinweis, daß es sich um eine nicht machbare Technologie handelt.«

· »Wiederaufarbeitung bringt kurzfristig nicht die gewünschten Ergebnisse und wird künftige Generationen mit noch größeren Mengen von radioaktivem Müll belasten, als wir ohnehin schon haben.«

1978 bezifferte die Bundesregierung die kalkulatorischen Kosten für die Wiederaufbereitung auf 0,9 Pfennig pro Kilowattstunde. Viefhues und Franke machen jetzt eine einfache Gegenrechnung auf: Nimmt man acht Milliarden Mark Baukosten an und eine Preissteigerung von neun Prozent pro Jahr, dann kostet die Anlage auf den Zeitpunkt 1997 bezogen 30 Milliarden Mark. Setzt man weiter eine jährliche Leistung der Anlage von 40 Prozent an (die französische Anlage in La Hague schafft rund 15 Prozent), dann beliefen sich die Kapitalkosten 1997 auf 20.000 Mark pro Kilogramm. Rechnet man als Kosten für Betrieb, Abriß und Endlagerung noch einmal 20.000 Mark dazu, ergibt sich eine Belastung von 17 Pfennig für die Kilowattstunde Strom.

Anfang 1983 wollen Viefhues und Franke den AKW-Beteibern ihre Modellrechnung über die Gesamtkosten des Atomstroms vorlegen. Die vorläufige Auswertung ergab: Für ein AKW, das jetzt gebaut und ab 1990 in Betrieb sein wird (zum Beispiel Lingen 11 oder Isar 11), ergeben sich danach Stromkosten in Höhe von 120 Prozent des Preises bei Kohlekraftwerken - ohne Wiederaufbereitungskosten. Mit Wiederaufbereitungskosten sind es 180 Prozent.

Der gravierendste Fehler in den bisherigen Analysen war die Unterbewertung der Kapitalkosten, also dessen, was die Kapitalgeber wirklich interessiert. Da wurden viel zu niedrige Summen angenommen, oder es wurden betriebswirtschaftliche Rechenfehler gemacht. In einigen Analysen fehlt die Abschreibung auf den Wiederbeschaffungswert der Anlagen, ein Posten, mit dem selbst private Autobesitzer zu rechnen gewohnt sind. Mit Einberechnung der Kosten für die Wiederbeschaffung summieren sich die Stromkosten auf 260 Prozent des Kohlestroms.

Doch solche Nachweise der Unwirtschaftlichkeit werden die Atomindustrie nicht schrecken. Noch hat sie den Staat, der ihre Rechnungen bezahlt oder dafür sorgt, daß sie die Kosten auf die Verbraucher abwälzen kann. Und für den Staat ist die Atomwirtschaft auch nicht ganz ohne. Nach einer Analyse des US-Dozenten Irwin Bupp und des französischen Physikers Jean-Claude Derian sollte die Atomkraft weniger wirtschaftlichen als vielmehr übergeordneten Zielen dienen: der politischen Einigung Europas, als »Antwort auf die Geier der OPEC« und »dem Schutz amerikanischen Unternehmertums gegen 'sozialistische' Unterwanderung«.

Helmut Kohl kann es nicht so ausdrücken, aber er meinte wohl was ähnliches, als er 1978 sagte: »Die Gegner der Atomenergie sind Reaktionäre. Sie wenden sich gegen den Fortschritt. Sie wollen den Bürger mit einer Strategie des Rückschritts und der Armut beglücken.«

---

* ERP = European Recaovery Program; US-Gelder für den Wiederaufbau der westeuropäischen Länder nach 1948

** Eine Steinkohleeinheit (SKE) entspricht dem Wärmewert eines Kilogramms Steinkohle (7.000 Kilokalorien oder 29.300 Kilojoule) und wird in der Energiestatistik als einheitliches Maß für alle Energieträger verwendet. So entspricht ein Kilogramm Erdöl 1,45 SKE, ein Kubikmeter Erdgas 1,1 SKE

Kasten Seite N 7

Modell Flensburg

Wie eine Stadt energiesparend mit Fernwärme versorgt wird

Ende der 60er Jahre beschloß die Stadt Flensburg, ihre Bürger mit Fernwärme zu versorgen. Die bei der Erzeugung von Strom in Kohlekraftwerken produzierte Wärme sollte über Heißwasserleitungen direkt in die Wohnungen geliefert werden. Das Projekt war damals kühn. Die privaten Haushalte hatten sich zu einem Großteil gerade mit Ölheizungsanlagen ausgestattet. Der Liter Heizöl kostete acht bis neun Pfennig. Die Flensburger Stadtwerke ermittelten einen Wärmebedarf von 600 bis 800 Megawatt (MW) und stockten ihr altes Kohlekraftwerk im Baukastenverfahren auf. Jede neue Anlage lieferte 30 MW Strom und 65 MW Wärme. Insgesamt waren rund 300 Kilometer Rohrleitungen zu verlegen. Heute werden bereits 90 Prozent der Flensburger mit Fernwärme versorgt.

Die 1981 gelieferte Energiemenge betrug 1,3 Milliarden Kilowattstunden (KWh). Dafür wurden 217.000 Tonnen in Steinkohleeinheiten-(SKE) eingesetzt, davon 95 Prozent Kohle und fünf Prozent Öl. Von dieser eingesetzten Primär-Energie landen 71 Prozent Endenergie beim Verbraucher, 19 Prozent als Strom, 52 Prozent als Wärme. Das sind 32 Prozent mehr als bei der Verstromung von Kohle, Öl oder Erdgas. 60.000 Tonnen SKE wurden so 1981 gespart.

Das Flensburger Wärme-Strom-System kostete bis 1981 rund 370 Millionen Mark, die durch Baukostenzuschüsse der Kunden mitfinanziert wurden: pro Einfamilienhaus 10.900 Mark beim Neubau und 6.000 Mark beim Altbau. Kunden, die schon eine Heizanlage hatten (Öl oder Kohle), erhielten 45 Prozent Rabatt. Sie sparen etwa 1.000 Mark bei einem Verbrauch von 25.000 KWh. Denn der Arbeitspreis für Fernwärme liegt bei nur sechs Pfennig pro KWh.

Vor sieben Jahren rechnete das Bundesforschungsministerium den Flensburgern vor, daß ihre Fernwärmeversorgung unwirtschaftlich werde, wenn sie mehr als 350 MW installierten. Im gesamten Bundesgebiet könnten nur 25 Prozent der Wohnungen sinnvoll mit Fernwärme versorgt werden. Da stiegen die Flensburger gerade »aus vollem Herzen« (Stadtwerkedirektor Prinz) auf die neue Energie-Versorgung um. Heute sind fast 700 MW installiert.

Konkret 01/83, S. 55

Konkret-Extra
Unsicher und überflüssig

Der Zwischenbericht der Enquête-Kommission »Zukünftige Kernenergie-Politik« vom 27. September 1982 fiel gespalten aus. Die Kommissionsmehrheit empfahl, den Schnellen Brüter in Kalkar in Betrieb zu nehmen. Eine Minderheit, die Abgeordneten Kühler und H.B. Schäfer, die Professoren Altner, von Ehrenstein und Meyer-Abich empfahlen dem Bundestag, die Inbetriebnahme abzulehnen. KONKRET dokumentiert Auszüge aus dem Minderheiten-Votum

Anders als beim Leichtwasserreaktor ist für die Sicherheit des Schnellen Brüters die Zuverlässigkeit der Reaktorschnellabschaltung von zentraler Bedeutung. Für deren Einschätzung ist die Bewertung des diesbezüglichen Common-Mode-Problems (das bedeutet Mehrfachversagen aus gleicher Ursache) entscheidend. Die dazu entwickelten Analyseverfahren sind nicht reif zur Anwendung...

Die physikalischen Vorgänge während eines Bethe-Tait-Unfalls* sind äußerst komplex; Computerprogramme, die mögliche Ereignisabläufe zu simulieren versuchen, benötigen extrem lange Rechenzeiten. Daher kann die bedingte Wahrscheinlichkeit für einen hochenergetischen Verlauf einer nuklearen Exkursion zur Zeit nur *subjektiv* geschätzt werden. Eine solche Schätzung beinhaltet ein außerordentliches Maß an Willkür. Wir sehen beim gegenwärtigen Stand der internationalen Brüterforschung keine Möglichkeit, eine solche Wahrscheinlichkeit anzugeben. Zulässig ist allein die Aussage, daß nach einem einleitenden Ereignis mit einer Explosion gerechnet werden muß, die den Reaktortank zerstört und zum Versagen des Sicherheitsbehälters führt...

Für einen Risikovergleich von SNR 300 und Druckwasserreaktor ist die Risikokomponente Eintrittswahrscheinlichkeit ... für beide Reaktortypen als gleichwertig zu betrachten. Die Unfallfolgen werden für den jeweils schwersten betrachteten Unfall, nämlich für einen hochenergetischen Bethe-Tait-Unfall im SNR 300 und einen Kernschmelzunfall mit Dampfexplosion entsprechend der Freisetzungskategorie 1 der Deutschen Risikostudie für Kernkraftwerke vom Typ Biblis verglichen. Die Radioaktivitätsfreisetzungen in die Atmosphäre unterscheiden sich wie folgt:

Die Freisetzung der leichter flüchtigen Nuklide aus dem Druckwasserreaktor mit einer Leistung von 1.300 Megawatt liegt höher als beim SNR 300, beispielsweise für die Jodisotope um eine Größenordnung, für die Cäsiumisotope um einen Faktor 2. Aus dem SNR 300 werden die schwerflüchtigen Radionuklide, vor allem Plutonium, Americium, Curium, bis um den Faktor 1 000 umfangreicher als beim Druckwasserreaktor freigesetzt.

Insbesondere Plutonium mit seiner großen Radiotoxizität (Strahlengefährlichkeit) und der sehr langen Halbwertzeit dominiert die Unfallfolgen für den Menschen. Der Aerosoldurchmesser der Radionuklide ist beim SNR 300 wegen des anzunehmenden sofortigen Versagens des äußeren Containments und der zusätzlichen Natriumreaktion sehr klein und führt dadurch zu einer relativ höheren Dosis durch eingeatmete Radionuklide. Beim Druckwasserreaktor erfolgt die Freisetzung nach rund einer Stunde und gibt damit Zeit für aerosolvergrößernde Prozesse. Die Unfallfolgen des SNR 300 sind zu ca. 90 Prozent dadurch verursacht, daß die radioaktiven Stoffe durch die Lunge aufgenommen werden. Schutz und Gegenmaßnahmen sind daher nur von begrenzter Wirksamkeit.

Der quantitative Vergleich der Unfallfolgen beim SNR 300, hier bezogen auf einen Plutoniumbrennstoff aus Leichtwasserreaktoren, mit dein Druckwasserreaktor der Leistungsgröße 1.300 Megawatt bzw. 300 Megawatt führt zu folgenden Ergebnissen:

· Die Anzahl der frühen Todesfälle ist beim SNR 300 etwas höher als beim Druckwasserreaktor 1.300.

· Die Anzahl der spät auftretenden Todesfälle ist beim SNR 300 mit bis zu 2,7 Millionen Krebstoten ca. 20mal höher als beim Druckwasserreaktor 1300 bzw. ca. 60mal höher als beim Druckwasserreaktor 300.

· Die Anzahl der sofort, d.h. nach einem halben bis ganzen Tag nach Unfalleintritt umzusiedelnden Personen liegt beim SNR 300 mit bis zu ca. 500.000 Menschen ungefähr doppelt so hoch wie beim Druckwasserreaktor 1300; die Zahl der zusätzlich im ersten Jahr nach dem Unfall umzusiedelnden Personen ist beim SNR mit ca. einer Million Menschen ungefähr halb so groß wie beim Druckwasserreaktor 1300. In beiden Fällen sind die Folgen des Druckwasserreaktors 1300 im Vergleich wesentlich geringer.

· Das Ausmaß der Landverseuchung und damit ein Verwerfen erzeugter landwirtschaftlicher Produkte ist anfangs für beide Reaktortypen mit bis zu 70.000 Quadratkilometern vergleichbar groß, entsprechend der doppelten Fläche von Nordrhein-Westfalen. Allerdings nimmt diese Kontamination beim Druckwasserreaktor nach 50 Jahren um die Hälfte ab, und liegt nach 150 Jahren unter zehn Prozent, während die Langlebigkeit der Transurane die Landkontamination durch den SNR 300 selbst nach 150 Jahren kaum abnehmen läßt.

· Durch die Langfristigkeit der Verseuchung sind die sozialen Folgen durch den SNR-Unfall bedeutend gravierender als bei einem Druckwasserreaktorunfall. Sie lassen sich nicht quantifizieren.

Nach einer Inbetriebnahme des SNR 300 können Sabotageaktionen auf die Anlage nicht ausgeschlossen werden, dabei könnte die öffentliche Symbolfunktion des Schnellen Brüters von Bedeutung sein. Hier sind Szenarien denkbar, denen das Sicherheitskonzept des Reaktors nicht gewachsen ist. Um so mehr gilt dies für kriegerische Einwirkungen.

Politische Gesamtbewertung der Sicherheit

... Wir gelangen daher zur Feststellung, daß für einen umfassenden Sicherheitsvergleich, der soziale und gesellschaftspolitische Sonderfälle, nicht vorhersehbare Einwirkungen Dritter und böswillige menschliche Absichten einschließt, der SNR 300 ein erheblich größeres Sicherheitsrisiko als ein Druckwasserreaktor ist.

Die Kommission in der 8. Legislaturperiode des Bundestages hat gefordert, daß die Sicherheit des SNR 300 nicht unter der eines modernen Leichtwasserreaktors liegen darf. Wir kommen zum Ergebnis: Das Sicherheitsrisiko des Demonstrationskraftwerks Kalkar ist - unbeschadet bestimmter *sicherheitstechnischer Vorteile* - erheblich größer als das eines entsprechenden Druckwasserreaktors moderner Bauart.

Volkswirtschaftlicher Nutzen

Die komplexe Brütertechnologie kann auf absehbare Zeit nur von ganz wenigen hochentwickelten Industriestaaten genutzt werden. Darauf hat die INFCE-Konferenz bereits 1979 hingewiesen. Die Notwendigkeit einer kommerziellen Brüternutzung hat sich aufgrund der zurückgegangenen Energiebedarfserwartungen und des geringeren Stromverbrauchszuwachses stark relativiert. Die Inbetriebnahme des SNR 300 ist demnach unter dem Gesichtspunkt des Exports nicht notwendig: Für die Bundesrepublik zeichnet sich dafür bis weit ins nächste Jahrhundert kein Markt ab.

Die Auffassung trifft nicht zu, daß eine Nichtfertigstellung des SNR 300 der Bundesrepublik als einem technologisch hochentwickelten Staat schadet. Im Gegenteil: Das Ansehen der Bundesrepublik würde Schaden erleiden, wenn sie neue technologische und politische Herausforderungen durch eine überholte Technologiepolitik blockieren ließe.

An das Projekt SNR 300 war die Erwartung geknüpft, daß sich daraus umfassende Innovationsimpulse für unsere Volkswirtschaft ergäben. Von dieser Erwartung ist aufgrund der tatsächlichen Entwicklung Abschied zunehmen. Innovationschancen eröffnen sich auch unter dem Gesichtspunkt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch den SNR 300 nicht. Es wäre volkswirtschaftlich kaum verantwortlich, auf Jahre hinaus unverhältnismäßig hohe Finanzmittel zur Fertigstellung des SNR 300 einzusetzen und dadurch wichtige andere Innovationsbereiche, die für die Bundesrepublik als Exportland von existenzieller Bedeutung sind, zu vernachlässigen.

Die Kosten für den SNR 300 sind explosionsartig gestiegen. Zu seiner Gesamtfinanzierung fehlen Milliardenbeträge. Unsere Volkswirtschaft leidet unter hoher Arbeitslosigkeit, die sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingt ist. Ohne erhebliche zusätzliche Investitionen kann die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft werden. Die Fertigstellung des SNR 300 würde volkswirtschaftliche Mittel in Milliarden-Höhe binden, die in keinem Verhältnis zur Zahl der damit zu erhaltenden bzw. zu schaffenden Arbeitsplätze steht. Diese Mittel könnten besser für andere Investitionen wie z. B. für die Modernisierung der Kohlekraftwerke und den weiteren Ausbau der Fernwärmenutzung eingesetzt werden. Dadurch würden in jedem Fall mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Bedeutung des SNR für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland

Es kann nicht bestritten werden, daß eine Inbetriebnahme des SNR 300 aus Energieversorgungsgründen nicht erforderlich ist. Alle energiepolitischen Prognosen weisen aus, daß der mögliche Beitrag des SNR 300 zur Elektrizitätserzeugung auf andere Weise und kostengünstiger aufgebracht werden kann.

Die energiewirtschaftliche Notwendigkeit für die Einführung der kommerziellen Brüter-Technologie ist auf absehbare Zeit nicht gegeben. Die tatsächliche und die voraussichtlich zu erwartende Strombedarfsentwicklung in der Bundesrepublik lassen erkennen, daß in den nächsten Jahrzehnten schon aus Kosten- und Wirtschaftlichkeitsgründen der Einsatz von Brutreaktoren nicht vertretbar ist, da der Bedarf auf andere Weise und zudem wirtschaftlicher gedeckt werden kann.

Die Schwelle für eine wirtschaftliche Nutzung von Schnellbrutreaktoren wird heute vom Bundesforschungsministerium für das Jahr 2010 erwartet. Das »Department of Energy« der Vereinigten Staaten läßt ebenso wie eine Untersuchung aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe das Jahr 2020 als frühestmöglichen Zeitpunkt dafür erscheinen.

Es kann keine Rede davon sein, daß die Uranvorräte in den nächsten Jahrzehnten zu Ende gehen werden. Uran wird nach übereinstimmender Auffassung in diesem Jahrhundert voraussichtlich preiswert bleiben. Die Frage über das Jahr 2000 hinaus ist nicht mehr, ob, sondern zu welchem Preis wir langfristig Uran bekommen werden.

Seit den Untersuchungen von INFCE (International Nuclear Fuel Cycle Evaluation), die bereits der Kommission im 8. Deutschen Bundestag vorlagen, haben sich die Erwartungen des weltweiten Kernenergieausbaus erheblich reduziert. Auch von daher ist in den nächsten 30 bis 50 Jahren sowohl aus energie- als auch aus ressourcen-politischen Gründen eine Kommerzialisierung von Brutreaktoren nicht zu erwarten.

Die politische Bewertung ergibt:

Der Sicherheitsvergleich hat den Nachweis nicht erbracht, daß der SNR 300 sicherer oder zumindest ebenso sicher wie ein Druckwasserreaktor ist.

Der SNR 300 ist angesichts der veränderten Rahmenbedingungen weder energiewirtschaftlich noch energiepolitisch notwendig.

Der SNR 300 ist angesichts der langen Vorlaufzeit von seiner Planung bis zur möglichen kommerziellen Nutzung von Brutreaktoren technologiepolitisch entbehrlich.

Der SNR 300 ist angesichts der enormen Kostensteigerungen und des großen Investitionsbedarfs in anderen für die Energiepolitik wichtigen Bereichen unserer Volkswirtschaft volkswirtschaftlich nicht sinnvoll.

Der SNR 300 in Kalkar ist wegen der relativ geringen Innovationsimpulse, die nach einer Inbetriebnahme noch von ihm ausgehen könnten, industriepolitisch nicht notwendig.

Der SNR 300 ist zur Offenhaltung der möglichen kommerziellen Nutzung der Brutreaktortechnologie in der Bundesrepublik nicht notwendig.

Die Qualität politischer Entscheidungen bemißt sich auch daran, daß unter veränderten Rahmenbedingungen neu entschieden wird. Was vor zwei Jahrzehnten für den SNR 300 sprach, ist durch die tatsächliche Entwicklung weitgehend überholt.

Die Inbetriebnahme des SNR 300 ist heute in keinem sinnvollen Zusammenhang zu rechtfertigen. Wir *empfehlen deshalb dem Deutschen Bundestag, die Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar abzulehnen.*

---

*Angenommener schwerster Störfall im Brutreaktor

Konkret 01/83, S. 57

Gabi Jaeger

Konkret-Extra
Gutachter sein dagegen sehr

Wie die Regierenden in Bonn und Hannover unliebsame Experten ausschalteten, um so den radioaktiven Müll aus den Kernkraftwerken doch in den untauglichen Salzstock von Gorleben einlagern zu können

Wir werden den Salzstock nicht gesundbeten«, versprach Professor Klaus Duphorn seinen Zuhörern auf einer öffentlichen Veranstaltung im Mai 1981, bei der es um die Eignung Gorlebens als Endlager-Stätte für Atom-Müll ging. Duphorn gab dieses Versprechen auch im Namen seiner Auftraggeber, des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), die den Kieler Quartärgeologen und Atomkraftbefürworter mit der Begutachtung des Gorlebener Salzstocks beauftragt hatten. Doch als Duphorn sein Wort hielt und nach intensiven Untersuchungen vor Ort zusammen mit seinem Team zu dem Urteil kam, der Salzstock sei nicht geeignet, da drohte der ehrenvolle Auftrag zu einer ernsthaften Gefahr für seine wissenschaftliche Reputation zu werden.

In einem anonymen Pamphlet aus dem « Forschungsministerium wurden Duphorns Arbeitsergebnisse aus dreijähriger Forschung als »Behauptungen« abgetan, seine fachliche Qualifikation angezweifelt und - so Duphorn - »in einer Form kritisiert, die eines deutschen Ministeriums nicht angemessen sind«. Zur Zeit muß er sich gegen Gerüchte wehren, er habe seine Thesen revidiert und spreche sich nun auch für weitere Erkundungen des Salzstocks aus. Klaus Duphorn stellte dies in einem Leserbrief in der »Elbe-Jeetzel-Zeitung« richtig. Weder am »eigentlichen Knackpunkt« seiner quartärgeologischen Beurteilung noch an seiner Empfehlung, andere Lagerstätten zu erkunden, habe sich etwas geändert. Gorleben sei ungeeignet.

Was das Forschungsministerium dem Professor übelnahm und zur anonymen Kritik veranlaßte, waren vor allem zwei Dinge: Der Geologe erlaubte sich, das Fazit seines Forschungsberichts in einer populären, für den Normalbürger verständlichen Sprache zu halten (»Im übrigen läßt sich ein Salzstock auch nicht politisch steuern; er bewegt sich meistens von allein«). Und er verband die wissenschaftliche Analyse mit praktischen Empfehlungen, die in dem »einzigen Ratschlag« mündeten: »Erkundung anderer Lagerstätten!«

Dazu der Geisterschreiber aus dem BMFT: Dieses Fazit gehe »über seinen vertraglich festgelegten Arbeitsrahmen« hinaus. In einer »auf Effekte angelegten Darstellungsweise mit bedenkenerregenden Wortschöpfungen unwissenschaftlichen Charakters«.komme Duphorn zu einer »Beurteilung des Gesamtsystems Endlagerung«, die weit über sein Fachgebiet hinausgehe und eine »offenkundige Selbstüberschätzung« darstelle.

Mit seiner Forderung nach Erkundung anderer Lagerstätten hatte Duphorn den wunden Punkt getroffen. Die gesamte bisherige Erkundungszeit, das jahrelange Bohrprogramm, begleitet von Bürgerprotesten und polizeilichen Großeinsätzen, wären damit schlicht in den Sand gesetzt. In den Sand gesetzt jedenfalls haben Claus Grossner und Ulrich Spreen, Teilhaber der Firma Öko-System, einen großen Teil ihres Kapitals. Das Planungsbüro »Öko-System« wurde eigens für einen Großauftrag aus Lüchow-Dannenberg gegründet: ein Gutachten für die Bereiche Radiologie, Ökologie und Regionalwirtschaft, von dem der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) abhängig gemacht werden sollte. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hatte sich die Zusage zur Finanzierung eines umfangreichen Gutachtens abringen lassen, nachdem er 1977 Gorleben zum Standort für das nukleare »Entsorgungszentrum« (NEZ) benannt hatte.

Geklärt werden sollte, ob irgendeine Person an irgendeinem Ort zu irgendeinem Zeitpunkt durch die geplanten Anlagen jährlich mehr als jene angeblich noch unschädliche Strahlendosis von 30 Millirem abbekommen könnte - ein umstrittener, von den Experten als Kompromiß ausgehandelter Wert, der vom Gesetzgeber als oberste Grenze der Zulässigkeit festgelegt wurde.

Albrechts Anfangsstrategie - Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, um möglichst schnell an die benötigten Grundstücke heranzukommen - verleitete den »kleinen, naiven Keksdirektor« (Grossner) zu großzügigen Versprechen. Auf einer Sitzung mit Kommunalpolitikern aus Lüchow-Dannenberg im Mai 1978 wurde behauptet: »An der Kostenfrage darf die wissenschaftliche Genauigkeit und Unabhängigkeit nicht scheitern« (Physikdirektor zur Horst). Und: »Dieses Verfahren der Landesregierung stelle sicher, daß Befürworter wie Gegner der Kernenergie im Meinungsbildungsprozeß zu Wort kommen« (CDU-Landtagsabgeordneter Grill).

In der Tat hatte die Gruppe um Grossner gefordert, auch Kernenergie-Kritiker in die Arbeit mit einzubeziehen, um die Pro- und Kontra-Argumente im Gutachten austragen zu können: »Wir wollten nicht eines der üblichen Absegnungs-Gutachten machen.« Albrecht akzeptierte, die Öko-System bekam den Zuschlag und dazu sogar noch den Wink, einige für ihre kritische Einstellung bekannte Experten gleich mit einzustellen. Öko-System-Geschäftsführer Spreen: »Die

Landesregierung selbst hat uns ja ertüchtigt - und das finde ich geradezu kapriziös - die anderen Gutachter mit zu übernehmen, um auch von der Bürgerinitiative akzeptiert zu werden.«

Da sich der Abschluß des Vertrags verzögerte, für die ökologische Studie aber mindestens zwei Vegetationsfolgen erfaßt werden müssen, wurde im Frühjahr 1978 bereits mit wasserchemischen und biologischen Untersuchungen vor Ort begonnen. Zu diesem Zeitpunkt gab es die ersten Querelen mit der Landesregierung: Die Gutachter hielten eine Überprüfung der von der Betreiberfirma DWK (Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) in ihrem Sicherheitsbericht angegebenen technischen Basisdaten für unabdingbar. Albrecht dagegen wollte dieses den Bürgern des Landkreises zugesicherte Papier plötzlich nicht mehr herausrücken.

Inzwischen wuchs die Gutachtergruppe auf 150 Mitarbeiter, darunter rund 50 Professoren. Eine Kostenschätzung bezifferte das Projekt auf etwa 25 Millionen Mark. »Das ist bei einer Gesamtsumme von zehn bis zwanzig Milliarden für das Genehmigungsobjekt üblich«, kommentiert Grossner diesen Betrag, den sich die Genehmigungsbehörden letztlich vom Antragsteller DWK zurückholen wollten. Doch der DWK paßte das Konzept der Öko-System nicht - weder die Kosten noch die Zusammensetzung des Gutachtergremiums, noch dessen Zeitplan, der mit dem eigenen Terminkalender so gar nicht übereinstimmte. Die DWK schlug Alarm in Bonn.

Auf dem im September 1978 eilends einberufenen »Gorleben-Gipfel« korrigierte die Bundesregierung den Albrecht-Kurs in Sachen Gutachtenpolitik. Aus dem Protokoll: »Die Notwendigkeit eines ökologischen Gutachtens ist außerhalb jeden Zweifels. Aus der Sicht der Bundesaufsicht kann jedoch das bisherige Vorgehen nicht mitgetragen werden. Hier müssen Gefährdungen für das NEZ aufgezeigt werden: Das vorgesehene Management ist unbekannt. Aus dem Gutachterteam heraus kann das Gutachten mißbraucht werden, um das Vorhaben aus den Angeln zu heben. Zumindest wird der Zeitplan verzögert.«

Und jetzt begann, was Grossner eine »Kriminalgeschichte« nennt, in der mit allen Tricks versucht wurde, das Gutachten gleichzuschalten. Grossner: »Uns wurde gesagt, es kann nicht um irgendwelche kleinen Millirem-Grenzen oder um irgendwelche dreißigtausend Menschen in einem kleinen Landkreis gehen. Es geht um den Flaschenhals der Entsorgung der großen Energieprobleme dieser Welt, die durch die Ölscheichs noch verschärft worden sind, wodurch sozusagen der Untergang unserer Industriegesellschaft unmittelbar bevorsteht, darum, daß ihr euch jetzt zusammenreißt und als Gutachtergruppe möglichst schnell diese Angelegenheit gegenzeichnet.«

Als die Öko-System dennoch an ihren Bedingungen festhielt, gab es Druck. Plötzlich sollte der fast fertig ausgehandelte Gesamtauftrag nicht mehr an die Öko-System, sondern als Einzelaufträge an verschiedene Wissenschaftler vergeben werden. Ins Projekt-Management wollte die Landesregierung die Schweizer Firma »Motor-Columbus« hieven, die Kapitalanteile an Schweizer Atomkraftwerken und weltweit Planungs- und Beratungsaufträge in der Atomindustrie besitzt. Kommentar des SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhard Ueberhorst, Mitglied der Enquête-Kommission »Zukünftige Energie-Politik«: »Der Prüfer des zu Prüfenden ist Mitgesellschafter der Mitgesellschafter des zu Prüfenden.«

Anfang 1979 wurden die auf Hinweis der niedersächsischen Landesregierung eingestellten Heidelberger Radiologen gefeuert. Ihren Platz sollte nach dem Willen des Sozialministers nun die »Gesellschaft für Umweltüberwachung« einnehmen, deren Gesellschafter Bonnenberg und Drescher gleichzeitig für die DWK arbeiteten. Den Hut nehmen mußte auch der Bremer Atomphysiker Dieter von Ehrenstein, der die von der DWK vorgegebenen Emissionsdaten radioaktiver Strahlen kritisiert hatte. Die Gutachter mußten von nun an sämtliche vom Antragsteller angegebenen Zahlen ungeprüft übernehmen.

In dieser Zeit mehrten sich die Anzeichen, daß die Gutachter bespitzelt und überwacht zu wurden. Die Vermutungen wurden bestätigt, als ihnen ein Bürgermeister aus dem Landkreis in weinseliger Stimmung Einzelheiten über ihre Vergangenheit erzählte, die nur aus den Dossiers des Verfassungsschutzes stammen konnten.

Doch der Ministerpräsident mußte auf die Vorwürfe der Öffentlichkeit nicht mehr eingehen, denn mit seinem »Nein« zur Wiederaufarbeitungsanlage am 16. Mai 1979 hatte sich auch das Gutachten erledigt - allerdings nur vorläufig, wie wir heute wissen. Denn mit dem Bau eines Zwischen- und Endlagers in Gorleben und mit Albrechts jüngsten Plänen für eine WAA im 30 Kilometer entfernten Dragahn soll in Lüchow-Dannenberg stückweise doch noch ein Entsorgungszentrum errichtet werden, für dessen Genehmigung das ökologische Gutachten ursprünglich als so notwendig erachtet wurde.

Einen Tag nach Albrechts offizieller Absage wurde das Gutachten fristlos aufgekündigt. Dann sollten noch die Spuren beseitigt werden. »Werft alle Ergebnisse auf den Müll«, wies ein Hannoveraner Ministerialbeamter die Firma Öko-System an. Aber die Gutachter, die ohnehin zum Teil auf ihre Honorare hatten verzichten müssen, weigerten sich. Sie fertigten in eigener Regie einen Bericht an, der heute als »Geheimpapier« in den Schubladen des niedersächsischen Sozialministeriums liegt.

Der Landkreis Gorleben hatte seinerseits ein Gutachten über die regionalen Auswirkungen des »Entsorgungszentrums« auf Menschen, Wirtschaft, Natur und Landschaft angeregt. Später wurde es auf die Auswirkungen eines Zwischen- und Endlagers reduziert und im Juni 1979 an die »Prognos AG« vergeben, eine renommierte europäische Wirtschaftsforschungsgesellschaft, die einer Schweizer Großbank gehört. »Ich weiß noch, wie damals einer von uns aufgeregt mit der Nachricht kam, Prognos sei irgendwie mit der Atomwirtschaft verflochten, über das Gutachten sollten wir uns bloß keine Illusionen machen«, erinnert sich eine Bürgerinitiativlerin.

Doch die Baseler Forscher machten den Kreispolitikern kein Gefälligkeitsgutachten. In einem Zwischenbericht vom Juli 1980 heißt es: »Die Ausgleichszahlungen an den Landkreis stärken seine Finanzkraft, erweitern seinen Handlungsspielraum nur scheinbar... Die Gelder verleiten zu falschen Investitionsprioritäten... Es werden Ausbaustandards angestrebt, die in der örtlichen Situation überzogen erscheinen. Die zeitlich später anfallenden Folgelasten und Personalkosten werden durch die Zuweisungen nicht abgedeckt und belasten den Kommunalhaushalt erheblich.«

Verständlich der Unmut der Kreispolitiker, als ihnen der Bericht vorgestellt wurde. Sie hatten die Verträge mit der DWK, die ihnen bei Einrichtung der Zwischenlager-Baustelle Millionenbeträge zusicherten, schon in der Tasche. Das Gutachten wurde »bereinigt«.

Die entschärfte, im Ergebnis aber immer noch unbequeme Studie (beim Zwischenlager stehen nur 60 neue Arbeitsplätze ökologisch ungünstigen Folgewirkungen und Nachteilen für den Fremdenverkehr gegenüber; das Endlager würde zwar die Arbeitsplatzsituation erheblich verbessern, ist aber mit zahlreichen Gefahren und negativen Neben- und Folgewirkungen verbunden) hatte schließlich keinen Einfluß mehr auf die Willensbildung des Kreistages: Der hatte sich bereits ein Jahr zuvor für ein Zwischenlager entschieden. Kein Wunder, daß dieses Gutachten von seinen Auftraggebern nicht freiwillig präsentiert wurde, sondern erst viele Monate später durch einen »taz«-Redakteur an die Öffentlichkeit kam. Die Kreistagsdebatte über das großartig angekündigte, eine knappe Million teure Prognos-Gutachten läßt noch heute auf sich warten.

Bei einem anderen Lehrstück in der Handhabung von Gutachten spielte der damalige Bundesinnenminister Baum eine Hauptrolle. Der Freidemokrat hatte zu entscheiden, ob das für 1983 geplante Schachtabteufen im Gorlebener Salzstock nach »Bergrecht« zu genehmigen sei oder ein Planfeststellungsverfahren bedinge, wie es das Atomgesetz bei der Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle vorsieht. Bergrecht schließt Bürgerbeteiligung aus. Beim Planfeststellungsverfahren können betroffene Bürger oder Gemeinden aber Einwendungen machen und Rechte einklagen.

Die Geschichte hat einen Vorspann, der sich am 23. Juni 1980 im Speisewagen des Intercity zwischen Dortmund und Hannover zutrug. Fünf Herren unterhielten sich lautstark über das juristische Vorgehen beim Abteufen der Schächte in Gorleben. Wie kann man ein Planfeststellungsverfahren umgehen?, war das Thema. Unfreiwilliger Zeuge des Gesprächs am Nebentisch war der Hamburger Geschichtsprofessor Bley, der hinter seiner Zeitung neugierig wurde und sich schließlich Notizen machte. Einen in der Runde identifizierte er als einen Ministerialbeamten, der sich für die Genehmigung des Schachtes für zuständig erklärte. Ein anderer wurde mit »Professor Heintz« angesprochen - wohlbekannt als Leiter der Abteilung Sicherstellung und Endlagerung in der PhysikalischTechnischen Bundesanstalt.

Bley schickte sein Gedächtnisprotokoll des Intercity-Gesprächs an Marianne Fritzen, die Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Darin heißt es: »Die Diskussion konkretisierte dies an der Frage der Schacht-Breite. Der Beamte argumentierte, daß eine Schachtbreite zwischen 3,50 m und 4,00 m ... sicher als Erkundungsbohrung toleriert werden könnte, da er selbstverständlich beim Genehmigungsverfahren alle für eine Erkundungsbohrung erwünschten Erleichterungen ... genehmigen könne. Indessen, wenn man den Schacht gegriffen 7,50 m auslege, diese Breite nur Sinn mache, wenn der Endzweck nicht die Erkundungsbohrung, sondern das Endlager sei. Die Diskussion drehte sich intensiv darum, diesen 'Engpaß' zu überwinden ... Eine Variante, die ich nicht vollständig verstanden habe, wurde von dem Beamten kommentiert: 'Davor würde ich warnen, weil das zu auffällig wäre'.« Kurz vor Hannover faßte einer der Betreiber das Gespräch folgendermaßen zusammen: »Der Weg, den wir gehen müssen, ist also klar, wir brauchen ein Gutachten, das eine Schachtbreite von 7,50 m für eine Erkundungsbohrung als notwendig oder wünschenswert erklärt.«

So kam ans Tageslicht, was die Mitglieder der Bürgerinitiative immer schon vermutet hatten: Bei den Probebohrungen in Gorleben geht es nicht nur um die Erkundung, sondern schon um den Baubeginn der Atommülldeponie. Was von Journalisten ein »handfester Skandal« genannt wurde, versuchte ein Vertreter der Genehmigungsbehörde als ein »ganz selbstverständliches Gespräch« herunterzuspielen. Die entscheidende Instanz sei letztlich der Bundesinnenminister.

Der mußte ein Jahr später Farbe bekennen, und deshalb beauftragte er den Trierer Professor Breuer mit einem Rechtsgutachten zu dieser politisch kniffligen Frage. Das Gutachten lag pünktlich im Juni 1981 vor. Sein Verfasser kommt in dieser 65-Seiten-Studie zu der Schlußfolgerung, daß »das Abteufen und der Ausbau der Schächte für das geplante Endlagerbergwerk im Salzstock Gorleben neben der bergrechtlichen Betriebszulassung der vorherigen Planfeststellung nach § 9 b AtomG bedürfen«, da »die Verwendung der Schächte als Bestandteil des Endlagers vorgesehen und konstruktionstechnisch berücksichtigt« sei. Und weiter: »Auch das Gebot grundrechtskonformer Verfahrensgestaltung

stützt das Erfordernis der vorherigen, dem Schachtbau vorgeschalteten Planfeststellung. Anderenfalls würde klagebefugten Dritten die grundrechtsrelevante vorgängige Verfahrensbeteiligung abgeschnitten.«

Nun passierte, was im Umgang mit Gutachten in Gorleben inzwischen zur Regel geworden ist: Baum ignorierte die unerwünschten Aussagen seines Sachverständigen und stützte sich überraschend auf ein achtseitiges Manuskript eines Vortrags, den der Kieler Professor Rauschning im Dezember 1980 vor Kommunalpolitikern des Kreises gehalten hatte. Rauschning, dem zu diesem Zeitpunkt »nicht bekannt war, ob der Erkundungsschacht wegen seiner möglichen späteren Verwendung im Rahmen der Endlageranlage in besonderer Weise abgeteuft oder ausgerüstet wird«, hielt damals nur die bergrechtliche Genehmigung für erforderlich - eine paßgerechte Aussage, die Baum aus der Klemme half.

Atomgegner warnen schon lange, das Endlager in Gorleben sei längst beschlossene Sache. Um eine ehrliche Erkundung des Salzstocks gehe es gar nicht mehr. Wer daran bisher noch Zweifel hegte, wurde im Oktober 1982 auf einer BMFT-Veranstaltung in Hitzacker belehrt. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt stellte dort die vorläufigen Ergebnisse ihrer neuesten »Risiko-Studie« vor - mit seltener Publizitätsbereitschaft, wohl weil diesmal alles geklappt hatte. Das Berliner Hahn-Meintner-Institut sollte in dem »Projekt Sicherheitsstudie Entsorgung« die Frage beantworten, was passieren würde, wenn im Endlager die Plutoniumbehälter durchschmelzen sollten und gleichzeitig der Salzstock fluten würde.

Die Berliner Wissenschaftler leisteten für ihre Auftraggeber wirklich gute Arbeit. Sie fanden heraus, daß die hochradioaktiven Nuklide, die über Zehntausende von Jahren hinweg über das Grundwasser aus der Tiefe des Bergwerks an die Erdoberfläche gelangen, darin zum größten Teil harmlos wären. Auf den Salzstock käme es - nach dem Berliner Gutachten - also gar nicht mehr an. Ob sich die Autoren des Gutachtens nicht doch verrechnet haben, wie ihnen skeptische Kollegen in Hitzacker entgegenhielten, werden wir nie erfahren.

Konkret 01/83, S. 60

Klaus Traube

Konkret-Extra
Die Erwartungen sind zerstoben

Notwendige Feststellungen zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kernenergie!

Die Summe der Leistung der in Betrieb und in Bau befindlichen sowie der fest bestellten Kernkraftwerke in der Welt (ohne Ostblock) stieg in den sieben Jahren von Ende 1968 bis Ende 1975 von 60.000 Megawatt auf 370.000 Megawatt. Heute, nach weiteren sieben Jahren, liegt diese Summe beim gleichen Wert wie 1975, weil seitdem etwa so viele der zuvor bereits fest bestellten Kernkraftwerke wieder abbestellt wie zusätzliche bestellt wurden. Frankreich ist weltweit das einzige Land, in dem die nukleare Expansion nach 1975 in einem Umfang tatsächlich verwirklicht wurde, wie ihn die meisten Industriestaaten Anfang der 70er Jahre geplant hatten.

Wie diese Zahlen zeigen, hatte die Kernenergie weltweit eine kurze, etwa sieben Jahre dauernde Konjunktur, die dann fast schlagartig und vollständig zusammenbrach. Dieser Zusammenbruch trat ausgerechnet kurz nach der ersten Ölkrise von 1973 ein. Seitdem ist weltweit die Expansion des Ölverbrauchs nicht nur gestoppt worden, sondern der Ölverbrauch ging stark zurück. Öl ist aber nicht - wie propagiert wurde - von der Kernenergie ersetzt worden, sondern im wesentlichen durch den rationelleren Umgang mit Energie und energiesparende Investitionen - von der »Energiequelle Energiesparen«. Energiesparende Investitionen werden ohne Zweifel auch bis mindestens Ende dieses Jahrhunderts die bei weitem wirtschaftlichste und ergiebigste »Energiequelle« sein.

2. Die Kernenergie ist mit einem im Bereich ziviler Technik einmaligen Aufwand in allen größeren Industriestaaten entwickelt worden. Ihr sind dadurch große staatliche, überstaatliche und privatwirtschaftliche Organisationen erwachsen, die nunmehr eine mächtige Lobby bilden und Politik wie öffentliche Meinung in ihrem Sinne beeinflussen. Deren Propaganda hat dazu geführt, daß - wie die Kernforschungsanlage Jülich in einer im vergangenen Jahr publizierten Umfrage ermittelte - die Mehrheit der Bevölkerung glaubt, die Kernenergie werde sich bis zum Jahr 2000 als die wichtigste Energiequelle durchgesetzt haben. Dieser Volksglaube, das Resultat einer beständigen Beschwörung der »wirtschaftlichen Notwendigkeit« der »unverzichtbaren« Kernenergie, ist schlicht unsinnig.

3. Kernenergie kann bislang nur in Form von Elektrizität genutzt werden. Elektrizität ist - nahezu unabhängig davon, wie sie erzeugt wird - der bei weitem teuerste unter den gegenwärtig genutzten Energieträgern, weil die Elektrizitätserzeugung und -verteilung einen überaus hohen technischen Aufwand erfordern. Aufgrund besonderer Eigenschaften ist Elektrizität dennoch für gewisse Anwendungsbereiche (Maschinenantriebe, Elektronik, Licht und einige wenige industrielle Prozesse) vorteilhaft oder gar unersetzbar. Diese Anwendungsbereiche umfassen etwa zehn Prozent des Energiebedarfs der industrialisierten Länder. Infolge marktstrategisch motivierter, gezielter, drastischer Stromverbilligung wird ein Teil der Elektrizitätserzeugung mit Öl, Gas und Kohle konkurrenzfähig gemacht und zur Erzeugung von Wärme verwendet, so daß in der Bundesrepublik insgesamt 15 Prozent des Energiebedarfs durch Elektrizität gedeckt werden. Damit dürfte die Grenze der wirtschaftlichen Einsatzmöglichkeiten von Elektrizität erreicht sein; denn die Stromverbilligung zur, Wärmeerzeugung muß natürlich von den übrigen Stromverbrauchern subventioniert werden, eine Methode, gegen die in letzter Zeit auch kartellrechtliche Bedenken geltend gemacht wurden. Deshalb, wegen der nahezu erreichten Sättigung des Marktes mit Haushaltsgeräten und weil sich energiesparende Maßnahmen auch im Bereich der Elektrizitätserzeugung durchsetzen, wächst auch der Stromverbrauch - weltweit wie in der Bundesrepublik - seit einigen Jahren nicht mehr.

4. Kernenergie kann also nur einen Platz in einer auf längere Sicht kaum mehr expandierenden Stromerzeugung einnehmen, die insgesamt etwa 15 Prozent des Energiebedarfs deckt. Davon könnte wiederum nur ein Teil vom Atomstrom gedeckt werden, weil sich Kernenergie nur für die Stromerzeugung im sogenannten Grundlastbereich eignet und weil auch der Grundlastbedarf in der Bundesrepublik großenteils durch Wasserkraft und Braunkohle gedeckt wird, die fraglos billigeren Strom liefern als Kernenergie. Ob Kernenergie in dem verbleibenden schmalen Bereich des gesamten Energiespektrums kostengünstig eingesetzt werden kann, ist zumindest umstritten. Die einstigen Erwartungen an den »billigen Atomstrom« sind zerstoben. Die Kosten des Baus von Kernkraftwerken haben sich - wiederum weltweit wie auch in der Bundesrepublik - als sehr viel höher herausgestellt, als in den euphorischen Zeiten der Kernenergiekonjunktur angenommen. Ein Kernkraftwerk kostet heute - unbestritten - mindestens doppelt so viel wie ein Kohlekraftwerk, wesentliche Kostenbestandteile des Atomstroms (Wiederaufarbeitung und Endlagerung des Brennstoffs, Abriß der Kraftwerke) sind kaum noch abschätzbar und bisher nie im Preisvergleich berücksichtigt worden. Selbst die Energiegemeinde muß nunmehr, um den von ihr behaupteten »Kostenvorsprung des Atomstroms vor dem Steinkohlestrom in der Grundlast« zu errechnen, zu der Hypothese Zuflucht nehmen, die Steinkohlepreise würden sich im Verlauf der nächsten dreißig Jahre drastisch - über die Inflationsrate hinaus - erhöhen. (In dreißig Jahren würde ein heute bestelltes, etwa in zehn Jahren in Betrieb gehendes Kernkraftwerk stillgelegt sein).

5. Jedenfalls ist es heute aus volkswirtschaftlicher Sicht unsinnig, weitere Kernkraftwerke zu bauen - und zwar unabhängig von der akademischen (weil wegen großer Ungewißheiten gar nicht verläßlich beantwortbaren) Frage, ob heute gebaute Kernkraftwerke in der Grundlast billiger Strom erzeugen würden als heute gebaute Steinkohlekraftwerke, gerechnet auf ihre Lebensdauer. Denn erstens existiert eine hohe Überkapazität an Kraftwerken, die der Stromverbraucher bezahlen muß, und zweitens wird zuviel Steinkohle gefördert und auf Halde gelegt, was die Verbraucher ebenfalls zu bezahlen haben! Nicht genug damit: Die Bundesrepublik hat sich außerdem mit ausländischem Erdgas im Rahmen langfristiger Verträge »überkauft«, so daß die Gaswirtschaft und die Elektrizitätsversorgungsunternehmen gemeinsam Widerstand leisten gegen den volkswirtschaftlich, energiepolitisch und umweltpolitisch auf lange Sicht einzig sinnvollen Ausbau von Stromerzeugungskapazität: den Ausbau der Fern- (und Nah-)wärmeversorgung.

6. Die hohen, teuren Oberkapazitäten in allen Bereichen der Energiewirtschaft sind das Resultat einer angebotsorientierten Energiepolitik. Sie hat Augen und Ohren gegenüber denjenigen verschlossen, die darauf hingewiesen haben, daß angesichts des seit 1973 erreichten Preisniveaus energiesparende Investitionen die bei weitem wirtschaftlichste und ergiebigste »Energiequelle« sind - zudem die umweltfreundlichste und sozial wie international verträglichste. Wegen der naiven und interessegeleiteten Kernenergieeuphorie ist die Technik der »Energiequelle Energiesparen« bis Mitte der siebziger Jahre fast, nicht beachtet worden, und sie hat auch heute noch keine Lobby. Denn ein verminderter Energieverbrauch ist kein marktfähiges Produkt, kann daher nicht Unternehmensziel eines mächtigen Wirtschaftszweiges sein und schon gar nicht das der - nach verbreiteter Auffassung für das Energieproblem zuständigen - Energieversorgungsunternehmen.

Energiesparen erfordert deshalb Investitionen der vielen privaten und gewerblichen Energienutzer, für die Energie eine Nebensache ist. Wenn sich die - unerwartete - »Energiequelle Energiesparen« dennoch durchsetzt und der mit extremem Aufwand geförderte und propagierte Ausbau der Kernenergie nach einer kurzen Konjunktur (die auf falscher Einschätzung der Kosten und des Bedarfs beruhte) stagniert, so zeigt das den hohen Grad der wirtschaftlichen Überlegenheit des Energiesparens an.

Die anhaltende Fixierung vieler Industriestaaten auf die mit großen Erwartungen und extremem staatlichem wie privatwirtschaftlichem Engagement ausgestattete Kernenergie lenkt von dem wesentlichen energiepolitischen Ziel der nächsten Jahrzehnte - dem Erreichen einer weitaus rationelleren Nutzung von Energie - ab, ja konterkariert dieses Ziel. Der Engpaß bei der zukünftigen Umstrukturierung des Energiesystems ist Investitionskapital sowie die Verbreitung des zugehörigen Know-hows. Auf längere Sicht ist es volkswirtschaftlich kostengünstiger, Kapital in die rationellere Nutzung von Energie zu investieren als die Energieversorgung, insbesondere die Kernenergie, noch länger zu fördern.

Von dem ehemaligen Atommanager Klaus Traube, 54, ist bei Rowohlt aktuell gerade das Buch »Billiger Atomstrom?« erschienen (14,80 Mark). Weitere Publikationen des vom Verfassungsschutz belauschten Kernenergie-Kritikers: »Müssen wir umschalten?« (1978) und »Wachstum oder Askese« (1979); beide bei Rowohlt

Konkret 01/83, S. 61

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

»Wer will für Kohl Reden schreiben?« fragt Graf von Nayhauß um 6.12.1982 in der »Bild«. KONKRET hat den Mann gefunden. Horst Tomayer telefonierte als Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger mit Heinz G. Konsalik

Schreckenberger, Bundeskanzleramt. Herr Konsalik, freue mich, Sie wenigstens einmal telefonisch kennenlernen zu dürfen.

Ja, freut mich auch.

Herr Konsalik, ich hab mein Sekretariat in diesem Fall nicht bemüht, weil ich glaube, daß das eine vertrauliche Angelegenheit ist.

Um was geht es?

Herr Konsalik, Herr Dr. Kohl und ich sind übereingekommen, Ihnen die Mitarbeit anzutragen, auf dem Sektor der Öffentlichkeitsdarstellung der Kanzlerbelange.

Mhhhmm.

Ich könnt auch prosaisch sagen und ohne Umschweife: Hätten Sie Lust, für Herrn Dr. Kohl Reden zu schreiben?

Tja, Lust hätte ich schon, es kommt nur darauf an, wie es mit meiner Zeit bemessen ist.

Man sagt Ihnen ja den Ruf des Vielschreibers nach, Sie sind ein sehr fruchtbarer Schriftsteller.

Ja, ich schreibe gerade an einem großen Roman; also ich müßte jetzt mit Herrn Dr. Kohl selbst mal sprechen, wie er sich das vorstellt oder auch wie Sie sich das vorstellen, Herr Schreckenberger, wie ich da eingespannt werde und wie schnell das alles sein muß undsoweiter.

Der Herr Brandt hat seinen Grass gehabt oder seinen Harpprecht...

Eben, ja, ja.

Und wir haben uns gedacht, warum sollen wir Konservativen nicht auch einen haben.

Jahahahahahaha.

Warum sollen wir nicht den Konsalik haben?

Hahahaha, das ist schön.

Ich meine, man muß das ja nicht gleich an Schillers große Glocke hängen.

Nein nein nein, um Gottes willen.

Ich muß nicht wiederholen, daß das eine vertrauliche Angelegenheit ist.

Das ist vertraulich, selbstverständlich.

Dr. Kohl hat ja momentan mordsviel um die Ohren und hat mich beauftragt, mit Ihnen zu sprechen.

Ja, das ist schön. Was kämen denn für Sachen in Frage, was für Reden?

Wir haben uns gedacht, gewisse Daten sind bißl vernachlässigt worden unterm Regiment der Sozialliberalen, der achte Mai, der siebzehnte Juni, dann: die ganze Generation der Kriegsteilnehmer, die Stalingradgeneration.

Mhhhm.

Die ja ein ungeheures Wählerpotential ist,- und da soll ein ganz gewisser Ton getroffen werden, und da haben wir gedacht, wären Sie genau der richtige Mann dafür.

Hahahaha, ja, vor allen Dingen, was mir auch immer aufgefallen ist, bei allen Reden, nicht, also da müßten wir uns natürlich mal zusammensetzen und mal alles ganz vertraulich durchsprechen, das ist dieses Samthandschuhanfassen des gesamten Ostblocks, der gesamten Ostpolitik.

Da berühren Sie genau den Punkt.

Nicht, also das hab ich nie verstanden. Ich hab es zu meiner Frau schon mal gesagt, also wenn es so was gäbe wie früher ein Propagandaministerium, was natürlich unmöglich ist.

Das können wir uns nicht leisten.

Vollkommen klar...

Wir haben da andere Verhältnisse heutzutage...

Und ich würde den Posten übernehmen, damals, Breschnew, nicht, der ginge jeden Abend weinend ins Bett.

In der Hinsicht wollten wir Ihnen die Mitarbeit antragen.

Sagen wir mal, ich bin jetzt bis Freitag ... ich fliege am Mittwoch nach Bern und nach Zürich - ich bin ab Samstag in Aegidienberg zuhause, und dann sollten wir mal in Bonn zusammenkommen und das in aller Ruhe durchsprechen.

Hätten Sie denn überhaupt, Herr Konsalik, potentiell Lust?

Ja. Grundsätzlich ja. Es ist natürlich so, das müßte ich mit Ihnen und Dr. Kohl genau durchsprechen, wie wir das zeitlich hinbekommen. Ich bin zum Beispiel März/April vier Wochen in China...

Was machen Sie da?

Ja, Studienreise. Ich schreibe einen Roman. Also diese vier Wochen würden schon mal wieder ausfallen.

Denken Sie mal dran, Herr Konsalik, daß wir am 6. März unter Umständen, ich sage mal »unter Umständen«, so sicher ist das noch nicht, Wahlen haben. Bis dahin sollten wir schon zu was kommen.

Ja, zu Wahlreden und für solche Sachen, da kann ich Herrn Dr. Kohl sehr gut beraten. Denn da habe ich den Ton, den das Volk versteht. Denn sehnse meine ungeheuren Auflagen, ich habe jetzt siebenundfünfzig Millionen Auflage.

Das ist enorm. Wer hat denn das von deutschen Schriftstellern ?

Keiner. Kein einziger.

Da können sich die andern doch alle verstecken.

Und wie. Und wie. Sehnse, diese Auflage ist nur dadurch zustande gekommen, daß ich eben den Ton des Volkes treffe. Meine Bücher sprechen so zum Leser, daß der Leser sich identifizieren kann. Und das ist das große Geheimnis des ganzen Erfolges. Und das könnte man in Reden natürlich auch machen. Sollten wir nicht nächste Woche mal zusammenkommen.

Ich werde Sie in Aegidienberg anrufen.

Okay. Und wie gesagt: Grundsätzlich Ja.

Gut.

Schönen Dank.

Wiederhören.

Konkret 01/83, S. 62

Peter Sichrowski

Die Pillenandreher

Mit Millionenaufwand wirbt die Pharmaindustrie für Pillen und Pulver. Allein 1981 wurde den Patienten für 12 Milliarden Mark Arznei verkauft. Über 40 Prozent der Krankenhauskosten für Medikamente könnten gespart worden, wenn die Ärzte weniger und billigere Mittel verschreiben würden

Die deutsche Ärzteschaft zeigt sich in ihrem Widerstandswillen ungebrochen.«

Markige Worte eines Widerstandskämpfers im weißen Kittel auf einer Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Natürlich ging es mal wieder um die Kassen der Ärzte - und um die dafür notwendigen Scheine von der Krankenkasse. Aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung war in den letzten sozialliberalen Wochen der Vorschlag gekommen, daß Medikamente gegen »Trivialerkrankungen« wie Husten, Schnupfen, Heiserkeit, Verstopfung, Kopfschmerz, Übelkeit nur noch in Ausnahmefällen von den Ärzten verschrieben werden sollten. Sie sollten rezeptfrei an der Apotheken-Theke zu erstehen sein. 500. Millionen Mark könnten so einbespart werden. .

Die organisierte Ärzteschaft nahm das sofort übel, denn all diese kleinen Wehwehchen sind für sie eine gesunde Geschäftsgrundlage. So war ihr Widerstand zwar ungebrochen, doch ihre Haltung zu dieser Bonner »Negativliste« von Medikamenten war es im medizinischen Sinne nicht. Sie erklärten diese Liste zum Brechmittel. Nur drückten sie es feiner aus. Es sei bezeichnend, daß Bonn »Mittel gegen Kopfschmerz und Erbrechen ausgerechnet zu . ... e ... Zeitpunkt verbietet, wo die Politik dieses Ministeriums geeignet ist, gerade diese Symptome auszulösen«. So übergab sich der Vize-Vorsitzende des Verbandes deutscher Hausärzte, Dr. Kossow, in der »Medical Tribune«.

Auch der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie prophezeite mit dieser »Negativliste« eine düstere Zukunft: 2.000 bis 4.000 Arbeitsplätze seien in Gefahr, so verkündete der Verband, wenn die Ärzte ihre Patienten nicht mehr genügend zum Pillen-Schlucken animieren. Mindestens 50 Arzneimittelhersteller seien von dem zu erwartenden geringeren Verbrauch betroffen. Außerdem, so hieß es weiter, »dürfte wegen der Absatzunsicherheit die Arzneimittelforschung in diesen Gebieten eingestellt werden ... «

Selten wurde von der Industrie so offen ausgesprochen, was ihre Kritiker seit Jahren behaupten: daß die Forschung in der Pharma-Branche kurzfristig von der jeweiligen Marktlage beeinflußt wird und nicht von den Notwendigkeiten einer Gesundheitsvorsorge, die nur langfristig möglich ist.

Trotz des öffentlichen Gejammers der industriellen Pulvermischer und Pillendreher geht es der Branche so gut wie nie. Der Medikamenten-Umsatz erhöhte sich 1981 im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozent. Gleichzeitig ging aber der Packungsverkauf um zwei Prozent zurück. Der Trick ist klar. Es werden immer größere Packungen produziert, verschrieben und verkauft. 12,5 Milliarden Packungen waren es immerhin im Jahr 1981, und die brachten der Industrie einen Umsatz von fast 10 Milliarden Mark; dazu kommen noch zwei Milliarden Mark aus den Verkäufen in die Krankenhäuser.

Der Bundesbürger wird vollgestopft mit Tabletten, Dragees, Zäpfchen, Tropfen. Bei einer Durchschnittsmenge von 40 Tabletten oder Kapseln pro Packung müßte jeder von uns - statistisch gesehen - im letzten Jahr 650 Tabletten (oder Arzneimittel in anderen Dosis-Formen) geschluckt haben. Etwa zweimal täglich greift der Durchschnittsmensch nach solcher Droge.

Medizinisch nützlich und damit notwendig ist nur ein kleiner Teil dieser Arznei-Lawine. Das gesteht sogar der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie. In der Broschüre »Arzneimittelforschung in Deutschland« ist zu lesen, daß bestenfalls ein Drittel aller Krankheiten medikamentös zu behandeln sei.

Dennoch, wir werden meist nur chemisch verarztet. Aber auch die Patienten sind mißtrauisch geworden. Eine langfristige Studie in einer hessischen Landpraxis zeigte, daß nur 31 Prozent der Patienten die ihnen verordneten Medikamente auch regelmäßig einnahmen. Dieser Prozentsatz ergab sich aus den eigenen Angaben jener Patienten. Nach einer genauen Blutanalyse der Betroffenen waren es sogar noch weniger, obwohl allen dringend angeraten worden war, die Medikamente unbedingt einzunehmen. Nebenbei: Alle in dieser Studie »untersuchten« Kranken wurden auch so gesund.

Ähnliche Untersuchungen gibt es heute für fast alle westlichen Industrieländer. Die Ergebnisse gleichen sich bis auf einige Prozentpunkte. Im Durchschnitt werden weniger als die Hälfte der verschriebenen Arzneimittel auch »verbraucht«.

Es sind nur 23 Prozent der Weltbevölkerung, die sich im letzten Jahr 70 Prozent aller Medikamente leisteten. In den Entwicklungsländern fehlen dagegen, die dringend benötigten Heilmittel. Sie zu bekommen ist oft auch vom Wollen der Arznei-Konzerne abhängig. Als das arme Land Bangladesh vor einigen Wochen beschloß, nur noch lebensnotwendige Medikamente in ihr Land einzuführen, reagierten die betroffenen Pharma-Konzerne sofort: Sie drohten dem Land diese Mittel nur zu liefern, wenn sie auch ihre anderen Pharma-Produkte absetzen können.

Während in einem Jahr der »Verbrauch« pro Kopf in den westlichen Industrieländern zwischen 100 und 200 Mark liegt, kann in Afrika und Asien ger ade vier bis sechs Mark dafür ausgegeben werden.

In der Bundesrepublik bekam im letzten Jahr jeder Patient, der zum Arzt ging, - statistisch - anderthalb Medikamente verschrieben. Dazu kommen noch jene Mittel, die direkt - also ohne den Umweg zum Arzt - in der Apotheke verkauft werden. Dieser unsinnige Massenkonsum könnte gebremst werden. Neben der Diskussion über die »Negativliste« gibt es viele kostensparende Vorschläge.

Zum Beispiel berichtet die kritische Medizin-Zeitschrift »Arznei-Telegramm«, daß mindestens 40 Prozent der Krankenkassenkosten für Medikamente eingespart werden könnten, wenn die Ärzte nicht nur weniger, sondern auch billigere Mittel verschreiben würden.

Allein beim umsatzstärksten Medikament der Bundesrepublik, dem Antidiabetikum »Euglucon« (gegen Zuckerkrankheit) könnten durch Verordnung gleichwertiger, aber billigerer, Produkte riesige Summen gespart werden.

Als Mittel der ersten Wahl gilt unter Berücksichtigung von Wirksamkeit, Verträglichkeit und Kosten das altbewährte 'Tolbutamid'. Neben dem Mehr an Therapiesicherheit könnten mit Präparaten wie 'Tolbutamit Tablinen' oder 'Guabeta N' die Therapiekosten um die Hälfte reduziert werden. Das sind im Jahr mehr als 100 Millionen Mark« - so das »Arznei-Telegramm« im Mai dieses Jahres.

Die Psycho-Droge »Diazepam« wird in der Bundesrepublik von zehn Firmen angeboten. Am bekanntesten ist sie unter der Bezeichnung »Valium« von der Firma Hoffmann-LaRoche. Dies ist auch das am meisten verschriebene Präparat - und das mit Abstand teuerste. Die Preise für ein Milligramm dieses Wirkstoffs schwanken zwischen 1,8 Pfennig und 5,3 Pfennig. Normalerweise würde sich kein Konsument einreden lassen, ein vollkommen identisches Produkt bei der Konkurrenz zu kaufen, wo es dreimal so viel kostet. Bei Medikamenten ist das »normal«. Würden die Ärzte billigere Diazepam-Präparate verschreiben als ausgerechnet »Valium«, würden die Krankenkassen schon dadurch 30 Millionen Mark im Jahr einsparen.

Doch das würde ein grundlegendes neues, kritisches therapeutisches Verhalten der Ärzte erfordern. Zur Zeit schreibt die Industrie vor, was verschrieben wird. Ihre »Ärzteberater«, die professionellen Pillen-Andreher und Drogen-Vertreter, bestimmen den Medikamenten-Markt. In mehreren Untersuchungen ist man zu ähnlichen Ergebnissen gekommen: Die meisten Ärzte geben intern zu, daß der größte Teil ihrer »medizinischen Fortbildung« - bis zu 80 Prozent - aus Gesprächen mit solchen »Ärzteberatern« besteht.

Die Top-Liste der »Marktrenner«, der am häufigsten verordneten Medikamente, dokumentiert diese Art der »Fortbildung«. Im letzten Jahr waren unter den fünfzehn Pharma-Hits fünf Mittel gegen Herz- und Kreislauferkrankungen, die viele Patienten gar nicht nötig hätten, wenn sie ihre Lebensgewohnheiten ändern würden. Hier aber fehlt eine vernünftige Fortbildung der Ärzte und damit auch die sachkundige Beratung der Patienten.

In der Liste sind weiter:

· fünf Grippe- und Schmerzmittel, die als tägliche »Zusatzkost« dem Kranken gefährlich werden können;

· zwei Beruhigungsdrogen, also Tranquilizer - gefährliche Alltagsdrogen wie »Valium«;

· zwei Antirheumatika, die zwar Rheuma nicht heilen, den Schmerz jedoch lindern, dafür aber oft auch für Magengeschwüre sorgen;

· ein Mittel gegen die Zuckerkrankheit, das in vielen Fällen durch eine sinnvolle Diät überflüssig werden würde.

Kurz: Die meisten Medikamente könnten wir uns sparen. Dann würde man auch jene 2,6 Milliarden Mark sparen, die allein die etwa 13.000 »Ärzteberater« in der Bundesrepublik jährlich kosten. Bis zu 40 Prozent der Ausgaben in der Pharma-Industrie gehen in die Werbung. Die Forschung und die Entwicklung neuer Präparate macht nur etwa ein Zehntel der Kosten aus - nach den Angaben der Pharma-Konzerne.

Die praktizierenden Mediziner werden praktisch mit allen Mitteln umworben, damit sie die »richtigen« Mittel verschreiben. Auf einer Diskussionsveranstaltung in Würzburg packte kürzlich ein praktischer Arzt seinen Koffer aus. Er präsentierte, was er in ein paar Monaten von »Ärzteberatern« an Präsenten bekam: Handtücher, Blumenvasen, Reisewecker, ein Regenschirm, ein Aquarell, ein Reiseschach und Büchergutscheine.

Mit Geschenken ging die Pharma-Industrie schon immer großzügig um. Das können sie auch, denn bezahlt werden sie von den Patienten.

Konkret 01/83, S. 65

Erich Wulff

Sonnenbrillen für die Seele

Seit einiger Zeit wirbt die pharmazeutische Industrie mit einer Anzeigenkampagne um Verständnis, daß Pharma-Forschung teuer sein muß. Mehr als teuer - nämlich unbezahlbar - so der schlichte Slogan - sei jedoch ein »Menschenleben«.

Sollen wir glauben, die Pharma-Industrie sei kein bloßer Geschäftsbetrieb, sondern eine moralische Anstalt? Sicherlich bestimmt auch mal die Moral das Geschäft. Häufiger ist es aber umgekehrt. In der Dritten Welt wurden Medikamente wie das Durchfallmittel Mexaform weiterhin verkauft, obwohl sie in Industrieländern bereits vom Markt genommen wurden. Und wo hat sich die Pharma-Industrie für die sozialen und arzneimittelrechtlichen Bedingungen interessiert, die den Konsum ihrer Präparate einmal nützlich und heilsam, ein andermal jedoch gefährlich und schädlich machen können. Die Nestle-Affäre, der ungezielte, resistenzproduzierende Konsum von Antibiotika in Ländern wo diese de facto rezeptfrei abgegeben werden, sind Beispiele für solche Gefahren. Sie verstärken sich, wenn für Arzneimittel öffentlich geworben werden darf.

Gefährlich scheint mir die hier abgebildete Anzeige zu sein, weil sie - indirekt - für den Konsum »angstlösender« Medikamente wirbt: Ein angstzerquältes Gesicht soll nicht den Verstand ansprechen, sondern durch Betroffenheit und Mitleid den Kaufwunsch wecken. Arzneimittel wie Angstlöser würden dazu beitragen, so die Anzeige, daß psychisch Kranke statt durchschnittlich 313 heute nur noch 167 Tage in psychiatrischen Anstalten verbringen müssen. Dieser Text strotzt vor Halbwahrheiten. Die jedoch sind gefährlicher als Lügen, weil sie mühsamer zu widerlegen sind.

Erstens. Richtig ist: Auch die Entdeckung der Psychopharmaka hat zur Verkürzung der Behandlungszeit in geschlossenen psychiatrischen Anstalten beigetragen. Verschwiegen wird dabei, daß der entscheidende Beitrag dazu die Vermenschlichung des therapeutischen Klimas und der Ausbau ambulanter Dienste ist. Die Psychiatrie-Reform in England hat das bereits gezeigt.

Zweitens. Nur selten wurden Kranke mit depressiven Angstzuständen in geschlossenen Anstalten lange behandelt und dort manchmal vergessen, meistens waren es chronisch Schizophrene, Alkoholiker, sogenannte Psychopathen. Depressive Angstzustände bei psychotischen Depressionen gehen oft auch ohne jede Behandlung vorbei. Und Kranke, deren depressive Ängste durch belastende Erlebnisse verursacht wurden, kommen, wenn überhaupt, zum Beispiel nach einem Selbstmordversuch nur kurzfristig in die Klinik.

Drittens: Angstlösende Medikamente sind nicht die wichtigsten Arzneimittel gegen psychotische Depressionen. Diese werden vielmehr durch stimmungsaufhellende und antriebsteigernde Mittel, sogenannte »Thymoleptica«, behandelt. Die haben aber auch unangenehme Nebenwirkungen - allerdings für die Pharma-Industrie: Die Kranken nehmen das Medikament nur solange ein, wie unbedingt nötig.

Viertens: Die angstlösenden Medikamente gehören zur Klasse der Beruhigungsmittel. Valium, Librium (früher als »Sonnenbrille für die Seele« angeboten), Lexotanil 6, Tavor heißen die bekanntesten Präparate. Sie sind, was ihre Verkaufsziffern angeht, Spitzenreiter der Pharma-Industrie. Gegen Depressionen helfen sie meist nicht. Bei lebensgeschichtlich bedingten Angst-, Spannungs- und Verstimmungszuständen verschleiern sie nur oft die dahinter stehenden Probleme. Sie ersparen so Arzt und Patient die Auseinandersetzung mit diesen Problemen. Gleichzeitig versetzen sie die Patienten in einen angenehmen Ruhezustand. Dies kann zu seelischer - manchmal auch körperlicher - Abhängigkeit von solchen Medikamenten führen. Das hat sich mittlerweile auch bei vielen Ärzten herumgesprochen, die deshalb vorsichtiger therapieren.

Soll jetzt die laufende Anzeigen-Kampagne der Pharma-Industrie - gewissermaßen vorsorglich - die Spitzenreiterposition ihrer Angstlöser sichern helfen? Vielleicht durch den Wechsel der Adressaten? Medikamente - besonders Beruhigungsmittel - werden oft auch verordnet, weil die Patienten das fordern und manche Ärzte bei den gegenwärtigen Sprechstundenbedingungen nicht anders können, als sich diesem Druck zu beugen. Nun können die Patienten ihren Druck noch verstärken, wenn sie dem Arzt diese Anzeige auf den Tisch legen.

Öffentliche Werbung für rezeptpflichtige Arzneimittel ist bei uns verboten. Offensichtlich will die Pharma-Industrie das Verbot mit dieser Art Schleichwerbung für ganze Arzneimittelgruppen umgehen.

»Pharma-Forschung ist teuer«, so die Anzeige. Vor allem wegen der Werbung. 133.608 Mark kostet diese Anzeige im »Stern«. Plus Mehrwertsteuer, minus Rabatt.

Prof. Dr. Erich Wulff, 56, ist Vorsteher der Abteilung Sozialpsychiatrie an der medizinischen Hochschule Hannover

Konkret 01/83, S. 66

Walter Boehlich

Eine deutsche Verlagsanstalt

Ein »steinernes Zeughaus der Reaktion« nannte Alfred Andersch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. Daneben gibt es noch ein Zeughaus aus Elfenbein, die Deutsche Verlagsanstalt (DVA). Die Zusammenarbeit zwischen beiden funktioniert wie geschmiert

Es gibt eine Zeitung des Kapitals; sie heißt »Frankfurter Allgemeine«. Und es gibt einen Verlag des Kapitals; er heißt »Deutsche Verlags Anstalt«. Der Zufall will, daß diese Zeitung eine Stiftung namens *Fazit* gegründet hat und daß diese Stiftung dieser Zeitung beteiligt ist an dem Verlag - die tatsächliche gesellschaftsrechtliche Konstruktion ist ein wenig komplizierter, ändert aber nichts an den Zusammenhängen zwischen Zeitung und Verlag. Alles, was man außerdem noch wissen muß, ist, daß auch der Bosch-Konzern mit seinem Kapital an dem Verlag beteiligt ist. Das wäre in einer kapitalistischen Gesellschaft alles andere als schändlich, auch wenn es schädlich wäre. Nichts tut Verlagen besser als eine warme Kapitaldecke, und woher soll das Geld schließlich kommen, das mit Büchern so viel schwerer zu verdienen ist als mit Zündkerzen oder dem Anzeigengeschäft.

Man kann auch mit 'schlechtem' Kapital einen guten Verlag machen, unter der einen, einzigen Voraussetzung, daß das Kapital eher an seiner Vermehrung interessiert ist als an direktem, also dann politischem Einfluß. So selbstlos freilich ist das Kapital selten. Mißlich ist dabei, daß die Kapitalseite in aller Regel keine glückliche Hand bei der Stellenbesetzung hat. Sie neigt zu Subaltern-Typen, zu Verwaltern ohne Phantasie und Eigensinn, die allenfalls wissen, wieviel Verlust sie womit gerade noch machen dürfen und womit sie nicht einmal Gewinn machen dürften. Sie experimentieren nicht, sie probieren allenfalls.

Diese Mißlichkeit hat das Geschick der DVA nach 1945 ein paar Jahrzehnte lang bestimmt. Heute hat der Verlag auf der einen Seite einen Leiter, der von sich reden macht, und auf der anderen Seite nutzt der Verlag seine Verbindung mit der Zeitung.

Sprechen wir zuerst von dem Leiter, der von sich reden macht. Sein Name: Ulrich Frank-Planitz. Das letztemal hat er mitgeteilt, daß er die »Manesse Bibliothek der Weltliteratur« erworben habe, für die es in der reichen Schweiz keine Zukunft mehr gab. Sie verdankt ihren Charakter vor allem einem Manne, der zwar kein Unternehmer, aber ein Liebhaber der Literatur war: Walter Meier, der von Büchern mit einem Sachverstande und einer Neigung sprach wie andere von Aktien. Er war zu Entdeckungen fähig und wußte, daß die ewig alten Perlen nicht genügten, um die Welt in ihrer Literatur sichtbar werden zu lassen. Sein Nachfolger war ihm in vielem ähnlich, aber eines Tages fühlte auch er sich zu alt, und dann war kein Nachfolger mehr in Sicht.

Da griff die DVA zu. Auch sie hatte keinen Nachfolger in Sicht, kein Programm im Schrank, aber sie hatte Geld. Das reichte erst einmal. Es wird es aber auf die Dauer kaum tun. Vielleicht gibt es ihn irgendwo, ohne daß ihn bisher jemand kannte, aber daß gerade die DVA ihn finden sollte, daß er gerade bei der DVA sollte arbeiten wollen, ist mehr oder minder unwahrscheinlich, selbst in den Zeiten, die wir haben. Es dürfte nämlich schwer sein, gleichzeitig die Literatur zu lieben und zu kennen, was zwei Paar Schuhe sind, und die DVA zu mögen. Weil die DVA die Literatur nicht mag.

Sie mag erfolgreiche Autoren; sie mag keine erfolglosen Schriftsteller. Hat sie nicht einmal Celan veröffentlicht? Und was hat sie mit ihm getan? Hat sie nicht einmal Hildesheimer veröffentlicht? Und was hat sie mit ihm getan? Hat sie nicht einmal Gottfried Benn veröffentlicht? Und was hat sie mit ihm getan? Sie veröffentlicht immer noch Andre Gide, der einzig und allein deswegen so tot scheint, weil sie ihn einen langen, elenden Tod sterben läßt. Sie veröffentlicht immer noch Tanja Blixen, von der kaum noch jemand etwas weiß, weil sie niemanden etwas von ihr wissen läßt. Nur, wo sich etwas verkauft wie warme Semmeln, bleibt die DVA am Ball oder am Bamm. Um Friedrich Sieburg natürlich, der spät zu ihr gestoßen ist, kümmert sie sich mit einer gewissen Anteilnahme. Der hätte sich eher einen Finger abgebissen, als dem Kapital wehzutun.

Dem Kapital wehzutun drohte dagegen Gerd-Peter Eigner, auch so ein Probierstück, an dessen Geschichte erinnert werden muß. Die DVA war sehr wohl bereit, Eigners Gedichte zu veröffentlichen, bis sie auf den Text »Ausklang 1977« stieß, in dem Hanns-Martin Schleyer erwähnt wurde. Schleyer tauchte in einem Traume des Autors auf, und in diesem Traume trug er einen Ring, den gleichen Ring, den auch der Träumer trug. Des Träumers Ring stammte von dessen Großonkel, der »als Kripo-Beamter schließlich bei der SS gelandet war«. Der damalige und jetzige Leiter der DVA entschied gegen das Votum seiner Mitarbeiter, daß der Gedichtband auf keinen Fall mit diesem Gedicht erscheinen könne. Er sei ein persönlicher Freund von Schleyer gewesen und halte das Gedicht für diffamierend. Das ist hochinteressant. Es hat ihn also gestört, daß Eigner auf Schleyers SS-Mitgliedschaft angespielt hat - die Mitgliedschaft selbst scheint ihn nicht gestört zu haben. Allerdings gibt es noch eine zweite Version für die Ablehnung, und die lautet, die DVA gehöre zum Bosch-Konzern, der

seinerseits Mercedes-Benz mit Batterien beliefere. Ja, und dann braucht man nur noch zu wissen, welche Rolle Schleyer bei Mercedes-Benz gespielt hat.

Klar ist dann auch die Bemerkung des Verlagsleiters, er könne sich nicht von seinen Autoren vorschreiben lassen, was er drucke und was nicht. Von den Autoren gewiß nicht, wohl aber von den Kapitaleignern, muß das vermutlich heißen.

Eine widerwärtige Geschichte, auch für einen Verlag, der vorgibt, seit 134 Jahren zu bestehen, und der ziemlich groß im Verdrängen ist. Sein erstes Druckwerk hörte auf den Titel »Wehrmanns Lieder« - das war ein Werk der Revolution von 1848. Ganz ohne Politik ist es auch in späteren Jahrzehnten nicht abgegangen, und der eine oder andere wird sich noch an den Skandal erinnern, den 1906 die Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst (ein nicht eben revolutionäres, aber ein gegen Wilhelm II. kritisches Werk) verursachten. Die DVA hatte damals eine gute Zeit; keiner, der sich für das 19. Jahrhundert interessiert, wird nicht die »Deutschen Geschichtsquellen« rühmen; heute erscheint deren Fortsetzung woanders. Gäbe es nicht die Publikationen des Instituts für Zeitgeschichte, stünde die gegenwärtige DVA recht arm da. Aber auch in diesem Falle sorgt sie nicht für Nachdrucke; sie ist nicht einmal imstande, die hochverdienstlichen »Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte« in ihrem Katalog ordentlich aufzuführen. Im Abspecken ist sie groß.

Im Draufsatteln bisweilen auch, und damit wären wir bei dem zweiten Punkte, der Verbindung des Verlages mit der Zeitung, die beiden ganz ungeahnte Möglichkeiten eröffnet hat. Der erste Stein im Brett war wie gesagt Friedrich Sieburg, zugleich DVA-Autor und Literaturblatt-Chef der »FAZ«. Mit ihm hat sich etwas angebahnt, was sich erst voll entwickeln konnte, nachdem die wechselseitigen Besitzverhältnisse günstig geordnet waren. Wozu man wissen muß, daß auf Sieburg Karlheinz Bohrer folgte und auf Bohrer Marcel Reich-Ranicki. Dieser nun, der so lange so gut bei Piper aufgehoben schien, tauchte eines schönen Tages mit seinen alten Titeln als Autor bei der DVA auf. Sie hatte ihn gekauft, mit Haut und Haaren.

Nicht nur ihn übrigens, auch sonst den einen oder anderen Mitarbeiter der »Frankfurter Allgemeinen«, keiner von ihnen so ganz unbekannt und so ganz unverkäuflich. Ganz im Gegenteil. Ein Geschäft ohne Risiko, ein Geschäft, das doppelten Gewinn versprechen mußte. Und zwar so: Wer Bücher macht, möchte auch Bücher verkaufen, sonst kann er bald keine Bücher mehr machen. Am besten macht man gleich verkäufliche Bücher, am zweitbesten macht man Reklame für nicht so gut verkäufliche Bücher, aber am allerbesten stellt man einen geschlossenen Kreislauf. zwischen Literaturpromotion, Literaturverwertung und Literaturkritik her. Nun soll man die Möglichkeiten der Literaturkritik nicht überschätzen. Ein Buch, das den vielen Lesern zu schwer erscheint, kann durch keine Kritik bei den vielen durchgesetzt werden. Also muß man relativ 'leichte' Bücher machen und dafür sorgen, daß sie an der einzigen Stelle, auf die die Bourgeoisie süchtig reagiert, im Literaturblatt der »FAZ«, hymnisch und konsumierbar besprochen werden.

Wie erreicht man das, wo die Kritik doch unbestechlich ist? So viel Geld hat kein Verlag, daß er einen ehrenwerten, unabhängigen Kritiker kaufen könnte. Das weiß sogar der kleine Max. Dann also andersherum. Man macht einfach die Bücher, von denen man vorher weiß, daß der unbestechliche, ehrenwerte Kritiker sie loben wird, und hat noch den Vorteil, daß man sich einen Lektor spart - wenn man zeitig genug informiert ist. Das kann man sein, wenn der Kritiker, auf den man es abgesehen hat, a) als eine Art nationaler Superjuror fungiert und b) dem eigenen Hause freundschaftlich und als Autor verbunden ist. Ich gebe zu, darauf muß erstmal einer kommen; was ich aber nicht zugebe, ist, daß man auf diese Weise einen guten Verlag machen kann. Schon gar nicht, wenn der nationale Superjuror nicht gerade über das absolute literarische Gehör verfügt, sondern bald launisch wie ein Teenager, bald überheblich wie ein Oberlehrer auf das reagiert, was er sich so zusammenliest und -hört.

Die beste aller denkbaren Möglichkeiten wäre die folgende: der Literaturblattchef, Superjuror und Hausautor begeistert sich für eine junge Autorin, er wird nicht müde, denen, die auf ihn hören, ihren Ruhm zu verkünden, er sorgt dafür, daß monatelang immer wieder ein Gedicht von ihr (und damit von ihr ungleich mehr Gedichte als je von einem Konkurrenten oder einer Konkurrentin) im eigenen Feuilleton veröffentlicht wird, er vermittelt diese Autorin an den eigenen mit der eigenen Zeitung eng verbundenen Verlag, der die Autorin, des Erfolges gewiß, mit offenen Armen aufnimmt, wartet das Erscheinen des Buches ab, wartet den Beginn der Buchmesse ab und eröffnet die dann erscheinende Literatur-Beilage mit eine « in seitenlangen eigenen Beitrag über die selbstentdeckte, selbst geförderte, selbstlektorierte, wenn auch nicht selbstverlegte Autorin, der nun auch dem letzten Bourgeois klarmacht, was er da Einzigartiges vor sich habe.

Kann sich ein Verleger Besseres wünschen? Kann es ihm leichter gemacht werden? Kann er mit dem Geld, das von hier nach da und von da nach hier fluktuiert, Verünftigeres anfangen? Vielleicht auch: Kann er sich das Verlegen leichter machen?

Eine Erfindung? Keineswegs, die Autorin Ulla Hahn gibt es so gewiß wie ihren Promoter Marcel Reich-Ranicki. Solche Geschichten kann nur die Wirklichkeit erfinden, niemand sonst. Die Geschichte ist wahr, und sie zeigt den Nutzen der Kapitalverflechtung - und, warum die DVA trotz mancher respektablen Einzelleistung kaum je ein respektabler Verlag wird

werden können.

Konkret 01/83, S. 74

Kulturnotizen

Wie alles aufhört

Wegen Bommi Baumanns Buch »Wie alles anfing« aus dem Trikont-Verlag gab es schon etliche Gerichtsverfahren, aber es ging dabei immer um den Inhalt. Sie begannen 1975, unmittelbar nach dem Erscheinen, mit einem Verbot des Buches durch das Landgericht München - wegen »Aufforderung zu strafbaren Handlungen« - , was eine bundesweite Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion nach sich zog. Daraufhin gaben 370 Organisationen, Verlage und Personen den Lebensbericht des damals im Untergrund lebenden Bommi Baumann neu heraus, wegen oder - wie es im Vorwort hieß - »trotz des Verbotes«. Erst 1979, nach vielen Prozessen, wurde das Verbot aufgehoben.

In der jetzt anstehenden Verhandlung geht es um das Verhältnis des Verlegers Herbert Röttgen zu seinem Autor. Bommi Baumann: »Röttgen weigert sich, das vereinbarte Honorar voll auszuzahlen. Allein von den im Inland verkauften Exemplaren schuldet er uns noch weit mehr als 20.000 Mark. Dazu kommen noch Gelder für den Verkauf des Titels ins Ausland.« Der Sachverhalt ist zwischen Autor und Verleger unstreitig: Zwischen 1975 und 1982 wurde das Buch etwa 82.500 mal verkauft, davon 31.500 als »normale« Trikont-Auflage vor und nach dem Verbot sowie 51.000 als »verbotene Gemeinschaftsausgabe«. Pro Exemplar, so die Vereinbarung, sollte Bommi Baumann eine Mark erhalten. Doch statt der ihm eigentlich zustehenden 82.500 Mark erhielt Baumann im Laufe der Jahre und oftmals erst nach vielen Aufforderungen knapp 65.000 Mark. Die Begründung von Herbert Röttgen: »Ein Teil der Gemeinschaftsausgabe, etwa 20.000 Exemplare, wurde von den Herausgebern überhaupt nicht mit uns abgerechnet, da dieses Geld für Pressearbeit, Broschüren und zusätzliche Arbeiten verwendet wurde.«

Dazu Baumanns Anwalt Hans Glanert: »Sollen wir uns etwa an die 370 Herausgeber der Gemeinschaftsausgabe wenden, die ihren Namen allein aus politischen Gründen zur Verfügung gestellt haben, aber selbst ja auch keinen Pfennig erhalten haben? Soll denn Bommi Baumann dafür bestraft werden, daß sein Buch verboten wurde? Röttgen weiß genau, daß Baumann sich nicht wehren kann, solange er im Knast sitzt.« Röttgen dagegen hat ein gutes Gewissen: »Bommi würde es wahrscheinlich sehr viel schlechter gehen, wenn wir nicht soviel für ihn getan hätten«, sagt er zu KONKRET. Hierzu ein Buchgroßhändler. »Ohne Bommi Baumanns Buch würde Röttgen doch heute gar niemand kennen. Röttgen ist und war nie links, sondern einfach nur link.«

Auf dem Tisch von Herbert Röttgen, dessen Verlag als »Trikont-Dianus« inzwischen an transzendentaler und Schamanen-Literatur verdient, liegt noch eine andere Rechnung: Die Volksrepublik China will 200.000 Mark von ihm - Honorar für einen Posten Mao-Bibeln, mit denen Trikont in den 60er Jahren sein erstes großes Geschäft machte.

Reklame satt

Im ausgewogenen Schnarchprogramm unserer Fernsehanstalten gehören manche Werbespots zu den aufregendsten und bestgemachten Sendungen. Daß sich aber dieses Qualitätsgefälle zwischen Reklame und ihrem Umfeld im Privatfernsehen nicht etwa umkehrt, sondern noch verschärft, ist nicht mehr nur bloße Behauptung linken Geschmacks. Der Beweis kommt - wieder einmal - aus den USA. Dort klagen Kulturkritiker seit jeher über die Unterbrechungen von Fernsehsendungen durch »Commercials«, und die TV-Gesellschaft NBC hat jetzt die Konsequenz daraus gezogen: Sie sendet 200 Werbespots am Stück. Als der Sender im vergangenen Jahr erstmals eine Stunde lang Werbung satt ausstrahlte, erhielt diese »Show« die höchste Einschaltquote der damaligen Woche. Titel der Sendung: »Reklame-Unterbrechungen... Ein Abend nichts als diese«.

Barschels Barde

Am Bußtag mußte der Norddeutsche Rundfunk Buße tun. Die »Hamburger Zeitung«, ein Werbeblättchen der CDU, kündigte es rechtzeitig vorher an: »Eintagsfliege oder Durchbruch? Der rechte Liedermacher Gerd Knesel erhält auf NDR II Gelegenheit, fast 60 Minuten ein eigenes Programm zu gestalten.«

Der Gewalt-Barde aus Geesthacht (»Legt die Jusos übers Knie!«) bekam seinen Auftritt, kurz nachdem sein Gönner Uwe Barschel Ministerpräsident von Schleswig-Holstein geworden war. Der damals 34jährige Knesel hatte schon 1980 beim 35. Geburtstag Barschels vor 300 Gästen singen dürfen. Der kaufte dem Liedermacher damals 300 Platten seiner »Lieder gegen links« ab.

Falsches Lob

Der linke Buchvertrieb Prolit in Lorrar hat seltene Kundschaft bekommen: Alt- und Neonazis bestellen in Mengen das Buch »Israels Heiliger Terror«, in den Schaufenstern rechtsradikaler Buchhandlungen liegt es neben Büchern zur »Auschwitzlüge«, und das Versandantiquariat Uwe Berg aus Toppenstedt bietet es zwischen einem Band mit antisemitischen Karikaturen und einem Bilderbuch über Arno Brekers Nazi-Plastiken an. Da wird - wieder einmal - aus einer antizionistischen eine antisemitische Kritik.

In ihrer Dokumentation weist Livia Rokach, die Tochter eines früheren israelischen Innenministers, nach, wie der zionistische Staat seine Expansionsstrategie seit vielen Jahrzehnten mit systematischem Terror verfolgt, und belegt dies mit Tagebüchern des ehemaligen Außenministers und Premiers Moshe Sharett (siehe auch Kai Hermanns Bericht in KONKRET 8/82). Für die rechtsradikale »Nationalzeitung« ist das dann in einer ganzseitigen Rezension eine Anklage gegen die »verbrecherischen Juden«. Titelbalken auf der ersten Seite: »Israels verbrecherische Politik - Geheimdokument entlarvt Judenstaat«. Der Verlag Minotaurus Projekt, in dem »Israels Heiliger Terror« erschienen ist, weiß nicht, wie er sich gegen diese Reklame wehren soll: »Wir können nicht verhindern, daß richtige Informationen durch Verfälschungen für eine verbrecherische Politik benutzt werden. Wir können auch nicht kontrollieren, wer dieses Buch erhält - und würden es auch nicht wollen.« Aber der Verlag wird die nächste Auflage mit einem Nachwort versehen, in dem der Vorgang mit den Verfälschungen dargestellt wird. Und er wird deutlich machen, daß diese geheuchelte Zustimmung in der ideologischen Tradition des Mordes an sechs Millionen Juden steht.

Zitat

»Wir wollen jetzt auf dem Fernsehschirm die gleiche Rolle spielen wie im Kühlschrank. Dort haben wir jetzt Cola, Wein und Säfte, und wir wollen, daß alles, was aus dem Fernseher kommt, von Columbia ist.«

Coca-Cola-Chef Roberto C. Guizuetta über seine Firmenpläne nach dem Aufkauf der Filmgesellschaft Columbia Pictures.

Konkret 01/83, S. 76

Hermann S□ lberg

Hermann, oh Hermann, mit gra□ t...

Das Hermannsdenkmal im Te□ tob□ rger Wald ist in jdem Jahr das Ziel □ on r□ nd □ □ ei Millionen Bes□ chern. Kommen sie, □ Hermanns stramme Waden □ □ be□ □ ndern, oder s□ chen sie das de□ tsche Wesen?, □ Ich gla□ be an die Kraft der Pers□ n an die Not□ endigkeit des Kampfes □ nd an mein de□ tsches Volk□ (schrieb Adolf Hitler 1926 ins G□ steb□ ch

Zu diesem Kerl hatte ich schon als Kind eine schlechte Beziehung. Sobald mein Vorname fiel, wurde ich wohlgefällig angestrahlt: »Aha, Hermann der Cherusker«. Und die besonders Schlauen klärten mich auf, daß ich eigentlich Arminius heißen müßte, denn in jedem Brockhaus steht: »Hermann, der Cherusker, fälschl. Name des Arminius«. Auf jeden Fall schien der Herr bewundernswert zu sein - sehr männlich und sehr deutsch.

Später, bei ersten Kontakten im Ausland, sagte dann fast jeder: »I see, Herman the German«. Sofort ging eine Diskussion los über Deutschland als solches, man erkundigte sich nach der Zukunft der Neonazis und der Vergangenheit des Mr. Kiesinger, wo mein Vater im Krieg gewesen sei und ob ich auch was gegen Juden habe.

Geschichtslos wäre ich am liebsten gewesen, oder Holländer, oder Franzose, oder sonstwas, nur nicht deutsch. Da war nichts in Sicht, worauf stolz zu sein sich lohnte. Im Gegenteil.

Nun gut, irgendwann muß man sich wohl mit seinem Namen und seiner Nationalität abfinden, und auf Dauer geschichtslos zu sein,. verspricht ungesund zu werden - man könnte nichts dazugelernt haben. Von den Lehrern war nichts zu erwarten gewesen, die verdrängten entweder auch nur oder schienen nicht ausreichend entnazifiziert worden zu sein.

Deswegen bin ich jetzt endlich mal hingefahren zu dem komischen Namensvetter nach Detmold, in den Teutoburger Wald, wo sein Denkmal steht. Zum Zwecke der persönlichen Geschichtsbewältigung sozusagen.

Die ganze Gegend ist deutsch und düster, durch Wälder geht's voll deutscher Eichen, die Tannen stehen in Reih' und Glied, die Dörfer sind geputzt, deutliche Hinweisschilder zu den Kultstätten und Ausflugszielen Porta Westfalica, Externsteine und Adlerwarte. Die Hindenburgstraße führt am »Kaiserhof« vorbei, der uniformierte Parkwächter weist zackig in die Lücke und kassiert eine Mark fünfzig, ohne Haftung. Wenig los heute. Zwei Busse aus Bielefeld, einer aus Münster, ältere Leute auf Ausflugsfahrt, Hut auf dem Kopf, was gegen den Regen säuberlich über den Arm gefaltet. Ihr kräftiges Ausschreiten läßt den mitgeführten Stock unnötig erscheinen, aber am Kiosk gibt es Nagelschilder zu kaufen, mit denen man zeigen kann, daß man schon hier war.

Alle Vorurteile zu Hause zu lassen, habe ich mir vorgenommen, aber hier holen sie mich Schlag auf Schlag wieder ein. Eine deutsche Truppe auf dem Weg zu einem deutschen Denkmal schmettert ein Lied, eine Gruppe auf dem gleichen Weg summt mit, weil keiner den Text richtig kann. Bitteschön, hier ist er:

Als die Römer frech geworden,

sim se rim sim sim sim sim,

Zogen sie nach Deutschlands Norden,

sim se rim sim sim sim sim.

Vorne mit Trompetenschall,

te rätätä täterä,

Ritt der Genralfeldmarschall,

te rätätä täterä,

Herr Quintilius Varus.

Wau wau wau wau wau,

Herr Quintilius Varus.

Schnäderäng täng, schnäderäng täng. schnäderäng täng, deräng täng täng

In dem Teutoburger Walde,

sim se rim sim sim sim sim

Huh! Wie pfiff der Wind so kalte

... sim, serim...,

Raben flogen durch die Luft

terätatä,

Und es war ein Moderduft,

terätatä,

Wie von Blut und Leichen,

... wau wau wau...

Wie von Blut und Leichen.

Schnäderäng täng

In den »Cherusker-Stuben« gibt es den Eisbecher »Hermann«, an den drei Andenken-Buden ist alles zu kaufen, was keiner braucht. Kein deutscher Trinkspruch ist zu blöde, um nicht auf Biergläser und Aschenbecher gedruckt, in Kupfer getrieben oder in Schlüsselanhänger eingeschweißt zu werden, Spieldosen schnarren das Lied »Üb' immer Treu und Redlichkeit«.

Vom Parkplatz bis zum Denkmal sind es zehn bis zwanzig Minuten, je nachdem wie gut man zu Fuß ist. Alte Menschen tasten sich an zwei Gehstöcken über das grobe Kopfsteinpflaster hoch, Männergesangsvereine marschieren im Gleichschritt, den Kegelclubs flattert ihre Fahne voran, Jugendliche schleppen einen Kasten Bier mit, Sonntagsausflügler tragen ihre Sprößlinge auf den Schultern, korporierte Studenten schwellen ihre Brust, Wanderer schreiten zügig die kleine Anhöhe hin« auf, die Hüte grün, die Strümpfe rot, die Schuhe braun. Zwei Millionen Menschen, hauptsächlich deutschen Geschlechts, kommen jedes Jahr zu dieser nationalen Wallfahrtsstätte, angeblich hat nur der Eiffelturm noch mehr Besucher. Was wollen sie hier?

Vorbei geht es an einem Gedenkstein »Dem Fürsten Otto von Bismarck zum 80. Geburtstag gewidmet von Deinen Verehrern am Teutoburger Walde« und an einer Tafel, daß hier Kaiser Wilhelm und der Kronprinz standen.

Da, endlich sieht man ihn, und ein paar ältere Damen stimmen berlinernd singend an: »Hermann heeßt er«. Andere schreien überwältigt »Heeermann«, und ich zucke zusammen.

Auf hohem wulstigem Steinsockel thront die Figur, grün wie alles Kupfer, was länger im Regen stand. Mit hochgerecktem Schwert, beflügeltem Helm auf dem Quadratschädel, der Gesichtsausdruck grimmig, sofern man das von unten richtig einschätzen kann. Der linke Arm stützt sich auf ein großes Schild, kräftige Waden, das Spielbein ruht lässig auf einem Adler. Das stiftet in einer Gruppe älterer Damen Verwirrung, aber einer der amtlichen Hermanns-Denkmals-Führer kann schnell mit der Information beruhigen: Damit ist natürlich nicht des Deutschen edles Wappentier gemeint, sondern die alten Römer schleppten diesen Vogel auch immer voran, und der wurde dann, bei Gelegenheit, von den Germanen mit Füßen getreten.

Auch sonst verblüfft manches an diesem Hermann. Sein sieben Meter langes Schwert trägt die Aufschrift: »Deutschlands Einigkeit - meine Stärke, meine Stärke- Deutschlands Macht«. Das kann sein Wahlspruch nicht gewesen sein, denn zu seiner Zeit, vor zweitausend Jahren, gab es nicht einmal das Wort deutsch, von Einigkeit und Macht gar nicht zu reden.

Am Sockel des Denkmals stehen noch ein paar Sprüche, über die Hermann den Kopf geschüttelt hätte: »Nur weil das deutsche Volk verwelscht und durch Uneinigkeit machtlos geworden, konnte Napoleon Bonaparte, Kaiser der Franzosen, mit Hilfe Deutscher Deutsche unterjochen.« Hin?

Oder: »Am 17. Juli 1870 erklärte Frankreichs Kaiser Louis Napoleon Preuszen Krieg, da erstunden alle mit Preuszen verbündeten deutschen Volksstämnie und züchtigten immer siegreich französischen Übermuth unter Führung des Königs Wilhelm von Preuszen, der am 8. Januar 1871 deutsches Volk zu seinem Kaiser erhob«. Aha!

Die endgültige Geschichts-Zusammen-Kleisterung findet dann in einer Inschrift statt, die eben jenem Kaiser gewidmet ist: »Der längst verlorene Söhne heimführte zum Deutschen Reich, Armin, dem Retter ist er gleich.« Also: Der deutsche Kaiser von 1871 hat es nötig, sich mit den Federn des fast zwei Jahrtausende älteren Germanen Hermann zu schmücken.

Die ums Rund des Sockels Herumstehenden verdrehen die Köpfe ratlos nach oben, sollen sie nun für eine Mark hochkleftern, ist man da der Figur näher, begreift man da eher, was Arminius mit Wilhelm zu tun hat? Oben ist zwar die Aussicht über den Teutoburger Wald ganz schön, und dem Hermann kann man auch unter den Waffenrock schauen, aber zu sehen gibt es da nichts weiter. Zu begreifen auch nicht.

Jene, die ich um mich herum belausche, beschäftigen sich lieber mit technischen Details. Wie hoch der Hermann wohl ist (26 Meter, 57 Zentimeter), wie lang das Schwert (7 Meter), wie schwer das Ganze (1.530 Zentner), wie zusammengemacht (genietet), was gekostet (90.000 Taler), wie lange wohl gedauert (37 Jahre, mit 16 Jahren Unterbrechung, weil das Geld ausging). Ein Denkmal motiviert selten zum Denk-mal, sondern taugt meist nur zum Rat-mal. Andächtig geht es hier nicht zu, eher forsch, das Pathos ist etwas flöten gegangen.

Ein Herr in Knickerbockern ist über die »höchste Gußplastik in großdeutschen Grenzen« außergewöhnlich gut informiert. Er berichtet seiner Frau, daß der Arminius nach Westen zeigt, »weil die Franzosen kurz vor seiner Aufstellung was auf die Nuß gekriegt hatten und er deshalb außerplanmäßig in ihre Richtung gedreht wurde«. Aber die Alliierten haben sich nach 1945 »revanchiert« und das Denkmal als Zielscheibe mißbraucht. Fünfhundert Löcher habe er abgekriegt, allein 30 im Schwert - »mit uns Deutschen können sie es ja machen«. Dabei war der Hermann ja errichtet worden, um dem Rest der Welt zu zeigen, daß man's mit uns nicht machen kann.

Jetzt will ich es genauer wissen und kaufe mir das dickste Buch, das ich am Kiosk kriegen kann: »Der Befreier Arminius im Lichte der geschichtlichen Quellen« (für sechs Mark). Schon das Vorwort ist erleuchtend. Der Verfasser Dr. Hermann Kesting wünscht im Jahre 1981 seiner 13. und 14. Auflage: »Mögen auch sie Interesse für die Frühzeit unserer Geschichte, Teilnahme für den Freiheitskampf und das tragische Geschick des Arminius, Liebe zu unserem Volk wecken und dadurch zu seiner Wiedervereinigung beitragen! «

Man sieht, Arminius muß auch heute noch für anderleut's Träume seinen Kopf hinhalten, für etwas, was es nie richtig gab und wohl auch nie geben wird: eine deutsche Nation. Zu seiner Ehrenrettung möge ihm gereichen: Hermann, das hast du nicht gewollt. Zumindest konnte er es nicht ahnen.

Als Sohn des 3. Cheruskerfürsten Sigimer ungefähr 18 bis 16 v. Chr. geboren, erliegt er, wie alle Oberschichtkinder damaliger Tage, dem römischen Kulturimperialismus, lernt Latein, nimmt an den Feldzügen des Römers Tiberius gegen eigene Germanenbrüder teil, wird dafür mit der Ritterwürde und dem römischen Bürgerrecht ausgezeichnet. Das ist dann auch schon fast alles, worüber sich Geschichtsschreiber und -interpreten einig sind. Über den Rest gibt es unterschiedliche Ansichten. Die einen nennen ihn einen Verräter, die anderen einen Revoluzzer und Freiheitshelden. Auf jeden Fall ist er taktisch begabt, schmeichelt sich besonders bei dem römischen Feldherrn Publius Quinctilius Varus so heftig ein, daß der einlullt und erst wieder wach wird, als die Hälfte seiner drei Legionen schon niedergemetzelt ist. Zu spät: Dank des Heimvorteils in den matschigen Wäldern (ob's der Teutoburger Wald ist, bleibt ungewiß), sind nach drei Tagen etwa 20.000 Römer erschlagen, und Varus stürzt sich ins eigene Schwert. Was seinen Kaiser Augustus zu dem Stoßseufzer veranlaßte: »Varus, Varus, gib mir meine Legionen wieder!«

Der Rest ist vordeutsches Boulevardtheater. Der Bruder verpfeift ihn, der Oheim pfuscht bei den Schlachten immer dazwischen, der ehemalige Kampfgefährte Marbod will selber der Boß sein. Hermann muß seine große Liebe Thusnelda in einer leidenschaftlichen Aktion aus den Klauen ihrer Eltern entführen. Dafür wird sie ihm bald darauf, inzwischen geschwängert, von den Römern nach Rom verschleppt. Sie verliert natürlich tapfer keine Träne, und seine Kampfeswut ist gestärkt. Nach mehreren Schlachten, die unentschieden enden, haben die Römer genug und überlassen die Germanen ihrem größten Feind, der inneren Zwietracht. Die dann dazu führt, daß Arminius von den eigenen Verwandten im Jahre 19 oder 21 n. Chr. umgebracht wird.

Arminius bleibt vergessen, bis im Jahre 1505 die Bücher des römischen Geschichtsschreibers Tacitus im Kloster Corvey an der Weser entdeckt werden. Noch im gleichen Jahrhundert wird er von einem unbekannten Dolmetscher-Dilettanten in Hermann, gleich »Mann des Heeres«, umbenannt. Im 18. Jahrhundert werden ganze 29 Arminius-Opern komponiert, eine von Georg Friedrich Händel. 1808 schreibt Heinrich von Kleist die »Hermannsschlacht«, kein historisches Stück gegen die 'Römer, sondern ein zeitgemäßes gegen die Franzosen, jahrelang von den Nazis als »vaterländische Dichtung« gerühmt, und unlängst vom Bochumer Schauspielhaus als Guerilla-Stück interpretiert - Hermann, der Terrorist vom Teutoburger Walde.

1833 hat der Münchner Künstler Ernst von Bandel die Idee, dem blondgelockten, blauäugigen Haudegen ein Denkmal zu setzen. Aber, so eine Festschrift von 1926: »Die künstlerische Idee Bandels bezweckte nicht eine Ähnlichkeit mit der geschichtlichen Persönlichkeit Armins, sondern die Schwerterhebung, an die sich die Idee der deutschen Einigkeit und Kraftentfaltung knüpft, mit der er dem römischen Weltreich erfolgreich widerstand.«

Das kommt gerade zur rechten Zeit. Ein Deutschland gibt es nicht, nur eine unter sich zerstrittene Ansammlung von Königreichen und Fürstentümern. Nach Einigkeit und einer deutschen Nation sehnen sich viele, da fehlt ein solches Sinnbild. Überall im Lande entstehen Arminius-Vereine, sie sammeln Geld und streiten sich. Die einen wollen das Schwert zu Boden gesenkt haben, die anderen, die es drohend hochgereckt wünschen, setzen sich durch. 1841 wird je eine Flasche Rheinwasser und Rheinwein in den Grundstein eingemauert und zur Feier des Lied abgesungen: »Was ist des deutschen Vaterland.«

Dies ist erst 1871 klar. Der »gallische Hahn« ist gerupft, und der König Wilhelm von Preußen wird in Versailles zum Deutschen Kaiser gekürt. Ein Traum scheint in Erfüllung gegangen, eine deutsche Nation entstanden zu sein. Grund genug für den neuen deutschen Reichstag, sofort 10.000 Taler für das Monstrum vom Teutoburger Wald locker zu machen. Mit großem Brimborium wird das »Einigungsmal für die deutsche Nation«, diese »vaterländische Großtat«, im August 1875

eingeweiht, eine deutsch-germanische Hermanns-Seligkeit macht sich breit.

So pilgern jetzt seit über hundert Jahren jeden Tag die unterschiedlichsten Leute in den Teutonen-Wald. Manche wußten genau, was sie dort wollten. In das Gästebuch der Kneipe »Zum Hermannsdenkmal« verewigt sich 1926 Adolf Hitler mit dem Spruch: »Ich glaube an die Kraft der Persönlichkeit, an die Notwendigkeit des Kampfes ' und an mein deutsches Volk.« Zur Sonnwendfeier ist das Denkmal noch heute ein Nazi-Treff, aus Tarnungsgründen werden die Lagerfeuer in der näheren Umgebung abgebrannt.

Aber all die anderen Besucher, was suchen die da? Ein Denkmalsbesuch zum Nachdenken, ein Betriebsausflug, ein Sonntagsspaziergang, ein bißchen Waldluft schnuppern und anschließend Pflaumenkuchen mit Sahne, Hermanns Waden bewundern oder Suche nach dem deutschen Wesen?- Oder greifen sie einfach auf Vordeutsches zurück, weil die jüngere deutsche Geschichte so übel ist, nichts hergibt für die Identität und das Selbstbewußtsein der Nation, des Vaterlandes? Totenbeschwörung als Geschichtsbild? Wahrscheinlich stimmt alles, je nach Standort.

Was ich dort wollte, habe ich wenigstens zum Teil gefunden: meinen Frieden mit Hermann, dem Cherusker. Erstens ist er gar nicht deutsch, zweitens wurde er übel mißbraucht, drittens heißt er gar nicht Hermann.

Konkret 01/83, S. 88

Rainald Goetz

»Ängst, immer habe ich Ängst«

Es sollte eine Reportage über die Krimi-Autorin Patricia Highsmith werden. Aber dann wurde es eine Geschichte über die Schwierigkeiten, solche Reportagen zu veröffentlichen, eine Geschichte über den Kulturbetrieb

1. Die Anmache

Da es Winter wurde, schrieb er am liebsten im Imperfekt und in der Er-Form. So wollte er auch von dieser Reise nach Zürich erzählen.

Aber ich muß eine Reportage schreiben , dachte er, die einen Biß hat, damit sie dem KONKRET-Redakteur gefällt, damit sie gedruckt wird, damit sie die Leser lesen und nicht überblättern. Hat der Zeitschriftenleser Geduld für einen elegisch gedehnten Imperfektton? Über den Zeitschriftenleser und seine Erwartungen glauben alle Zeitschriftenmacher geradezu phantastisch genau Bescheid zu wissen, und die Zeitschriftenschreiber sollen sich dann danach richten. Deshalb, nur deshalb sind fast alle Zeitschriften so einheitsbreimäßig schlecht; der Einheitsbrei riecht faulig nach totem Fisch. Undsoweiter, da könnte er Ihnen mit Hochgenuß noch fünf oder beliebig viele Seiten mehr vorschimpfen.

Sind Sie überhaupt noch da? Im Reportagenpräsens ist er ja schon angelangt. - Wer? – Na ich. Sehen Sie: Und da bin ich auch schon beim Ich.

2. Wo?

Ich bin in Zürich. Autolichter, Stadtlichter gleiten vorbei. Es ist Abend. Eine Wolkendecke liegt sehr düster und tief über der Stadt. Wildrosa leuchtet ein dünner Horizontstreifen hinter sich gegeneinander verschiebenden Hochhäusern und Fabrikgebäuden hervor. Der Taxifahrer deutet nach rechts und sagt: »Merkwürdige Stimmung, da hinten.« Der Fahrer ist sehr gesprächig. Freundlich glüht eine rote Ampel.

In Zürich gibt es eine starke Zurück-zur-Steinzeit-Fraktion. Hier wurden Dummsätze geboren wie. »Schade, daß Beton nicht brennt!«. Hier entstand der infantile Hippiefilm »Züri brännt«, in dem Zürich angeblich brennt, obwohl Zürich nie gebrannt hat. Hier geben Ethnologiestudenten ihre Parolen aus: »Nur Stämme können überleben«. Woher diese unausrottbare Sehnsucht nach Nestwärme und Lagerfeuer? Ich sage: Für eine Romantik von Kühle, Anonymität und Lichtertaumel! (Nein, ist auch nicht neu. Aber wer hat denn was von neu gesagt?). Je nacht es wird, denke ich, desto schön die Stadt. Der Taxi-Fahrer sagt: »Wir nähern uns von Norden«, und erklärt den Weg. Plötzlich erzählt er seine private Geschichte. Die Frau, mit der er seit einem halben Jahr lebt, ist Trinkerin. Er sagt: »Wissen Sie, ich liebe diese Frau.«

So viel zur Liebe. Sex & Crime, die beiden anderen wichtigsten Dinge des Lebens, werde ich Ihnen, verehrter Leser, im folgenden präsentieren.

Ein Wort noch zu Zürich: In Zürich gibt es den Diogenes Verlag, und zwar seit dreißig Jahren. Deshalb ist dort ein Fest, mit vorlesenden Autoren. In der Einladung steht gedruckt: »Nach der Lesung können Sie sich bei einem Glas Wein mit den Autoren unterhalten.« Von wegen: ein Glas, sage ich Ihnen, von wegen: *unterhalten.* Aber das ist ein Vorgriff, das kommt erst später.

3. Skrupel

»Wollen Sie Patricia Highsmith treffen?«, hat KONKRET-Redakteur Hartmut Schulze mit sanfter Stimme aus meinem Telefonhörer gefragt. Beim Aussprechen des englischen Namens hat er sich ein wenig verhaspelt. Ansonsten ist seine Stimme, wie die aller Vieltelefonierer, ferngesprächgeübt, profimäßig leise. Ich habe mir eine Nacht Bedenkzeit auserbeten.

Der Kosmos des geschriebenen Wortes, der Olymp der Autoren: Hat man ihn betreten, indem man vom Lese-Besessenen zum Schreib-Besessenen geworden ist, passiert ja was verrücktes. Plötzlich begegnet man denen live, die vorher Buchstaben waren, Ideen, Argumente, angehimmelte Namen.

Dem Hans Magnus Enzensberger, dem Gedichtgott meiner Jugend, saß ich da zum Beispiel plötzlich gegenüber, und der sagte immer wieder: »Trans-Atlantik kommt in Trans-Atlantik nicht vor«. Da ging es um eine Feuilletonreportage für seine neue Zeitschrift, die er in hunderttausendfacher Auflage neben dem »Spiegel« an dem Kiosk knallen wollte (Verleger Nouhuys vor zwei Jahren: »Oben ist immer noch Platz«). Die »Trans-Atlantik«-Crew war in meiner Reportage über das Feuilleton selbst vorgekommen, in einer wahrheitsgemäß leicht zwielichtigen Weise. Dies durfte nicht sein. Locker tänzelnd, lächelnd führte Enzensberger das Florett, hochelegant, seine Argumentation, kreisend um das simple Formaldogma »Trans-Atlantik kommt in Trans-Atlantik nicht vor«. Welche Brillanz!, 'zugleich: welche Kleinlichkeit!,

welche Feigheit! So ein ängstlicher Wicht soll der von mir bewunderte Essayist und Dichter Hans Magnus Enzensberger sein? Unfaßbar.

So richtig habe ich immer noch nicht verstanden, daß das ganz unvermittelbar ist: was einer schreibt und wie er ausschaut und agiert. Nicht lange her, da traf ich den definitiv kommenden Star der deutschen Kulturkritik, den 24jährigen »Sounds«-Redakteur Diedrich Diederichsen. Erwartungsgemäß kamen wasserfallartig viele gescheite Worte aus seinem Mund. Später, nach mehreren Weißweingläsern, zersprang meine Wahrnehmung zu Sekundenbildern. Da sah ich in einer weiten, leergefegten Diskothek mein Idol dicklich und linkisch, mit ausgebreiteten, schräg in der Luft hängenden Armen, hüpfend sich bewegen - und war von diesem unsouveränen Auftreten der Intelligenz erheitert und gerührt.

Patricia Highsmith, so kann man in vielen Interviews und Porträts nachlesen, ist eine äußerst scheue Person. Sie haßt es, Journalisten zum x-ten Mal auf immer gleiche Fragen Auskunft geben zu müssen. Sie möchte möglichst ungestört ihrer Arbeit nachgehen. Sie ist allergisch gegen die gängige Distanzlosigkeit. Ist all dies nicht sehr verständlich und respektgebietend?

Am nächsten Morgen habe ich dem Redakteur meine Skrupel erklärt. Alles, was man als Highsmith-Leser über Highsmith wissen wolle, könne man in dem Buch »Über Patricia Highsmith« (Diogenes 1980) nachlesen. Aber Herr Schulze hat diese freundlich suggestive Stimme, und die hat mir telefonisch gut zugeredet. Da habe ich gedacht: Vielleicht kann ich sie wirklich ein paar neue Dinge fragen.

4. Entertainment

»Ich halte mich am liebsten für eine Entertainerin«, hat Patricia Highsmith in einem Interview gesagt - und das findet jeder, gerade der intellektuell verquälte Mensch, natürlich wunderbar; also auch ich. Und sicher trifft es auch für ihre Bücher zu, die bedürfnisbefriedigehde Literatur sind (wie einer meiner Bekannten sagt, ein marxistisch vergrübelter Germanistikstudent), Kunst (sagt er), wo der Kunstfetisch nicht mehr vorkommt.

Da steht die Bücher-Entertainerin also live vor mir. (Hat es Ihnen zu lange gedauert, Herr Bissinger, bis zu ihrem ersten Auftreten? (auch den Chefredakteur muß man ansprechen mit seiner Reportage, oder nicht?» Frau Highsmith liest vor, auf Englisch, so leise, daß ich, obwohl ich ganz vorne in der zweiten Reihe eines riesigen, brechend vollen Saales sitze, kaum ein Wort verstehe. Sie steht viel zu weit weg von den Mikrofonen. Sie nuschelt in sich hinein. Sie will überhaupt nicht gehört werden, denke ich. Ein Gehilfe drückt die Mikrofone nach unten. Frau Highsmith ist sehr klein. Einen Augenblick lang hört man sie besser. Dann geht sie noch weiter weg von den Mikrofonen. Sie liest aus ihrem neuesten Buch, »The Black House« (Deutscher Titel: »Keiner von uns«), eine Episode aus der Geschichte »The Kite«. Ich kann überhaupt nicht folgen. Muß ich Zuhause nachlesen, denke ich. Ich bin vollkommen abgelenkt von diesem Auftritt, der eine einzige Auftrittsverweigerung ist. Man Sieht nur die Hälfte ihres Gesichts. Die andere Hälfte ist zugehängt von einem schwarzen Haarvorhang. Die links am Boden kauernde Literatenfotografin Isolde Ohlbaum könnte nur Haare fotografieren. Die will das so, die Highsmith, ganz klar. Die haßt das hier, dieses Vorlesen. Ich versuche, auf die Geschichte zu achten. Ich verstehe Sätze. Den Zusammenhang habe ich längst verloren. Dann ist die Tortur vorbei. Applaus. Jetzt lächelt sie kurz. Sie sitzt wieder auf ihrem Stuhl, zusammengesunken, den Kopf zwischen die Schultern eingezogen. Herr Lassahn, junger Autor, der als erster vorgelesen hat, sitzt neben ihr und redet auf sie ein. Sie scheint sich nicht dafür zu interessieren, scheint sich eher belästigt zu fühlen. Herr Lassahn scheint das nicht zu merken. Oder täusche ich mich? Ich geniere mich für die Distanzlosigkeit von Herrn Lassahn. Und ich soll sie ansprechen, nachher? Nein nein nein!

Inzwischen ist Herr Loriot ins Vortragspult gegangen. Geübt biegt er die Mikrofone zurecht, setzte seine metallgerahmte Halbbrille auf, fixiert über deren Rand den unmittelbar vor mir sitzenden Diogenes-Verleger Daniel Keel und bringt seine ironisch humoristische Gratulationsrede zu Gehör. Jedes Wort, jeder Zungenschlag, wie man das von Loriot kennt: live-entertainment at its best. Der Saal tobt. Einzelheiten übergehen wir. Was macht Frau Highsmith?

5. Professionalität

Patricia Highsmith steht umringt. Geduldig signiert sie die Bücher, die man ihr entgegenstreckt. Ich hole mir das in der Einladung versprochene Glas Wein, kehre zu der Gruppe zurück und warte. Das Signieren scheint sie nicht zu stören. Aber wenn jemand was sagt - »Schreiben Sie: 'Für Edith', bitte« - dann schaut sie diese Frau mit einer Mischung aus Erstaunen, Verachtung und Unsicherheit an, zugleich mit einem durchdringenden Lauern, daß mir aller Mut vergeht. Aber ich muß sie doch ansprechen! Ihr Gesicht wirkt größer als der ganze restliche Mensch. Halslos sitzt der Kopf auf dem Thorax. Sie sieht aus wie ein Tier. Wie welches Tier? Sieht sie aus wie ein Lurch? Ich weiß gar nicht, wie Lurche genau aussehen. Im Gesicht hängen schwere Fleischsäcke; über den großen Augen, unter den Augen, Säcke auf den Wangen zwischen Nase und Mund; mächtige, pralle Unterlippe. Ein zerstörtes Gesicht, Whisky, denke ich, und dennoch, mehr als nur markant, ein immer noch schönes Gesicht. Frau Highsmith ist 61. Dünn, fast dürr und zerbrechlich ragen die Beine aus dem schwarzen Rock, den sie trägt. Die Haltung der Füße zueinander jedoch, wie sie auf dem Boden steht, ist männlich.

Buch um Buch signieren. Einer hat gleich eine ganze Tüte dabei, entschuldigt sich und packt dann die englischen Originalausgaben aus. Das macht ihr nun sichtlich Spaß. »This one is a bore«, sagt sie, während sie das Buch »A Game for the Living« signiert. Der Highsmith-Fan zieht auch das Buch »Plotting and Writing Suspense Fiction« aus seiner Plastiktüte. Eine Passage daraus (in dem Band »Über Patricia Highsmith«) hat mich sehr fasziniert. Da beschreibt sie schriftstellerisches Know-how, Kalkül, Handwerklichkeit. Wie zieht man den Leser in seinen Bann, wie treibt man ihn weiter? Was kann man mit Stimmungen machen? Wie stellt man sie her? Wie hält man die Proportionen eines Romans in der Balance? Eingestimmt sein in die Schreibarbeit, Konsequenz, Täglichkeit, ein bestimmtes angestrebtes Pensum. Genau: Diese sehr amerikanische, quantitativ-handwerkliche, nicht aufs Genialische gerichtete Betrachtungsweise der Schriftstellerarbeit gefällt mir überaus gut.

»One hundred words«, sagt sie wenig begeistert von unten herauf, »not more than one hundred words«, und die Dame gegenüber, die sie um einen Einleitungstext zu einem Band des Zeichners Roland Topor gebeten hatte, nickt erfreut.

Dann spreche ich Patricia Highsmith an. Sekunden später bin ich abgeblitzt. Der Gipfel der Peinlichkeit ist schon erreicht. Also bleibe ich einfach neben ihr stehen. Noch einmal ein Anlauf, ich frage sie, warum sie so selten journalistisch arbeite. Das könne sie halt nicht so gut, meint Frau Highsmith knapp. Ich nicke nur. Ich verstehe sie sehr gut. Trotzdem bin ich ein zertretener Wurm.

Fort. Ich lasse mich durch den Saal treiben. Ich esse Käsetörtchen. Immer wenn ein Tablett vorbeigetragen wird, nehme ich eines runter. Ich habe richtig Hunger. Frauen mit weißen Schürzen füllen immer wieder mein Weinglas auf. Das eine Käsetortenmädchen kennt mich schon. Und diese Weißweinflaschenfrauen - will man mich betrunken machen?

6. Männerfrauen, Frauenmänner

Sicher ist sie lesbisch, denke ich, wie ich sie da sitzen sehe, erstmals entspannt an diesem Abend, im Gespräch mit einer jungen Frau. Die Frau kauert am Boden vor ihr, beide lachen. Patricia Highsmith trinkt Bier, das gibt es sonst gar nicht, das hat eine Weißbeschürzte eben eigens für sie gebracht. Die Frauen stehen auf. Isolde Ohlbaum tritt mit einem großen schwarzen Rohr heran. Sie redet auf Frau Highsmith ein. Ich beobachte dies aus sicherer Distanz. Ich höre nichts. In dem Rohr muß eine Whiskyflasche sein. Frau Highsmith hält den Whisky, in der anderen Hand das Bierglas, es wirkt sehr scheu und derb zugleich. Ich glaube, Frau Highsmith ist ein Mann. Deshalb ist die Frage, warum sie immer über Männer schreibt, die ihr in jedem Interview gestellt wird, eine aus ihren Büchern heraus verständliche, aber wenn man sie sieht, eine sogleich blamabel dumme, wie mit zugebundenen Augen gestellte Frage.

Auftritt: Ein blendend aussehender Mann (Mitte, Ende Dreißig, jede Bewegung, jedes Lächeln: eine Gewinner-Geste), hat angefangen, eine Geschichte zu erzählen. Patricia Highsmith scheint interessiert, ja richtiggehend amüsiert. Das möchte ich jetzt bitte hören. Aus der Deckung schiebe ich mich heran. Jetzt verstehe ich, was der Dandy erzählt.

Sie habe ihm vor einigen Jahren ein ursprünglich zugesagtes Interview dann doch verweigert; er habe das Interview deshalb getürkt, habe aus vorhandenen Interviews Antworten zusammenmontiert, so wie er geglaubt habe, es sei in ihrem Sinn. Frau Highsmith meint gelassen, sie habe dieses Interview nicht gelesen, sie scheint die Geschichte viel alltäglicher zu finden als der elegante Mister selbst.

Von der Seite tritt jemand mit einer Frage heran, und Patricia Highsmith zuckt erschreckt zusammen. Etwas unbeholfen sagt der Mann, noch dazu auf Deutsch, sie brauche keine Angst zu haben. Sie schaut ihn an, ein Mensch vom Mars, der da mit ihr redet. Dann ebenfalls Deutsch: »Ängst, immer habe ich Ängst, Ängst, Ängst.« Das ist so bedroht und zugleich grimmig, so endgültig gesagt, daß der Mann versteht, daß er irgendwas falsch gemacht hat, und Frau Highsmith mit ihm kein weiteres Wort reden wird.

Da schaltet sich wieder der elegante Mister ein. Ihm hört sie zu. Wie macht der das nur? Sein Englisch hat Wohlklang und ist gespickt mit ausgesuchten Formulierungen. Er sei in eben diesem Saal im Zunfthaus zur Meisen konfirmiert worden. Ah, ob er protestantisch sei? Nein, Zwingli. Sie selbst, erzählt daraufhin Frau Highsmith, stamme von strenggläubigen Lutheranern ab, dritte Generation deutscher Einwanderer, die in ihrem texanischen Dorf stets nur innerhalb ihrer Gemeinde geheiratet hätten. Der Mister erwähnt die Inzucht abgelegener Schweizer Gebirgstäler. »Dorfdepp« sagt Frau Highsmith auf Deutsch und lacht. Sie lacht mit verrutschtem Gesicht und dem Charm gestörter Menschen.

Alles lockert sich auf. Patricia Highsmith zitiert Goethe. In welchem Zusammenhang? Sie redet wieder mit der jungen Frau von vorhin, Modeschöpferin. Der fremde Mister mit der Siegermimik redet jetzt zu mir. Was spricht der Herr? Ich sehe die große kräftige Schrift von Frau Highsmith. Sie signiert wieder Bücher, schreibt witzige Bemerkungen dazu und erheitert sich daran. Jetzt ließe sich Beobachtungsbeute machen. Aber mein Kopf, wo ist mein Kopf? In dem Kopf ist der Wein. Ich halte das Glas. Kaum ist es leer, füllt es sich neu. Der Mister lacht mich an.

7. Crime

Dann sitzt man in der »Rebe«, der Mister, die Modeschöpferin und ich. Ultra-Eleganz; der Mister wird von den Kellnern freundlich und stammgastmäßig begrüßt. Er war ja mal selbst ein Bigshot im Kunsthandel, sagt der Mister und strahlt. 'Dann ist vom Kunsthändler Laslo die Rede, von Kokain, Verhaftung und Gefängnis. Auch »Pat« kennt den Kunsthändler. Sie will ins Tessin ziehen. Die Verbindungen laufen über die Modeschöpferin, scheint es. Der Mister erwähnt italienische und französische Namen. Sie klingen nach Reichtum. Die Welt der Mode, -des Films, des Kunsthandels. Alle, scheint es, kennen alle. War nicht auch von Juwelieren die Rede?

Champagner wird gereicht. Ich trinke wie ein Durstiger. Da kommt der nächste Champagner! Grüß Gott und rein damit! Erst gibt es Käse, später gibt es exquisite Früchte.

Laslo hat einen dummen Fehler gemacht. Kokain, zweikiloweise in der Galerie, obwohl er sonst ein Profi ist, sagt der Mister. Der Mister ist ein Dandy in den besten Jahren, ist ein anderer Tom Ripley. Geld, Verbrechen, Eleganz hängen faszinierend eng zusammen. Ist die »Rebe« eine Highsmith-Szene? Der Mister schaut plötzlich nachdenklich. Die Modeschöpferin hat »Pat« gesagt. Sie macht Andeutungen. In welche Richtung? Sind da noch Gedanken in meinem Kopf? Ich höre so ein Brausen.

Kottan ermittelt. Wie Kottan drehe ich mich jetzt um und schau in die Kamera. Aber ich zwinkere nicht mit den Augen. Ich sage: Liebe Leserin (feministischer Zwischenruf: movieren ist frauenfeindlich, du Frauenfeind! Soviel zur Frauenfrage), also: Liebe Leserin, lieber Leser, Entschuldigung, falls Sie noch da sind, es tut mir leid, aber ich kriege die Kurve nicht mehr, ich glaube, vor lauter Wein und Champagner. In dem »Crime«-Kapitel wollte ich nämlich das Thema Amoralität unterbringen, das bekanntlich in dem Werk der Patricia Highsmith eine so große Rolle spielt. Und jetzt sitze ich sturzbetrunken in der »Rebe«. Nach »Rebe« ein Augenzwinkerer, und schon bin ich beim Thema: Die Highsmith-Helden sind nicht unmoralisch, sondern stehen jenseits jeglicher Moral. Egal, was sie tun, sie werden nicht schuldig, denn Schuld gibt es nicht, denn schuldig sind wir alle. Undsoweiter, da gibt es richtig theologisch ambitionierte Interpretationsanstrengungen. Solche Helden laden natürlich zur Identifikation ein. Und es ist nicht erstaunlich, daß gerade im hochmoralischen Weltverbesserungsklima der siebziger Jahre die intellektuellen Krampfis, so auch ich, sage ich in die Kamera, sich scharenweise und kultmäßig zu dieser verrucht-schönen Highsmith-Welt hingezogen gefühlt haben. Heute sind wir ja alle ein bißchen lockerer geworden. Deshalb brauche ich nicht von der Amoral zu schwärmen. Verstehen Sie?, sage ich. Mit diesen Worten drehe ich mich wieder um, zum schönen Mister und zur Modeschöpferin.

Und was sehe ich da? Zwei Menschen treten an den Tisch. Der Mann hat eine Stirnglatze. Er freut sich. »Wir haben euch überall gesucht!«. Die Frau hat hennarotes Kruselhaar, in das ich aufderstelle hineinlangen möchte wie in ein Schamhaar, daß sie kreischt.

8. Oh du geliebter Literaturbetrieb

Die Frau ist die bereits aufgetretene Literatenfotografin Isolde Ohlbaum. Meinen Champagneraugen ist ihr Gesicht eine Einladung. Da fällt mir Klagenfurt ein. Vor ein paar Jahren habe ich sie da gesehen und habe gedacht: Wenn man ein Autor ist, dann hat mans gut, dann wird man von ihr fotografiert, und dann -? Damals in Klagenfurt hat der Schriftsteller Josef Winkler, während in der Wirtschaft das Vorlesewettbewerbs-Abschiedsessen wogte, draußen auf der Straße einen weinenden schönen Knaben im Arm gehalten und getröstet. Das habe ich gesehen. Meist zeigt sich der Literaturbetrieb zu vorgerückter Stunde und unter Alkoholeinfluß ja von einer gröberen ' oft obszönen oder menschenverachtenden Seite. Daran muß man sich erst gewöhnen. Inzwischen bin ich durchaus amüsierter, oft staunender Zuhörer, wenn etwa das Spielchen aufkommt: Und der ist übrigens auch schwul und der und der. Und wenn dann Namen genannt werden, vom Schriftsteller Hans-Dietrich Genscher bis zu - ach was, ich werde doch da keine Gerüchte verbreiten.

Inzwischen ist ein Gespräch in Gang gekommen. Was reden die? Was reden die nur? Oh, wäre ich nüchtern? Das könnte ich doch alles in der Reportage verwenden. Du Alkohol!, du weg aus Kopf!, du Deppensau!

Die Stirnglatze ist der Herr Niklas Frank. Ich weiß: Das ist der Literaturseppl im »Stern«-Kultur-Ressort. Das ist doch hochinteressant, das ist doch wunderbar! Der wird doch sofort todesmäßig angemacht. Das ist doch der, der immer diese Einschlafreportagen macht, die weder einen Reportagenspaß und Leselust verbreiten, noch einen einzigen ernstzunehmenden Gedanken über die Bücher enthalten, deren Autoren er besucht. So gedacht, so gesagt: »Sie sind also der, der immer diese ... « und dann: »Warum müssen die denn überhaupt immer besucht werden, die Autoren? Und beschrieben werden, vor allem? Wieso?« - »Tun Sie doch selber«, sagt Herr Frank, »beschreiben für KONKRET die Tränensäcke der Frau Highsmith.« - »Ja eben«, sage ich, »das ist schlimm genug; aber wenn man es schon macht, dann muß man wenigstens -, muß irgendwie -, muß das anders -, verstehen Sie, anders als -«. Und da fällt mir gottseidank die superpeinliche Frank-Reportage über den Züricher Schriftsteller, Klagenfurt-Preisträger und Chefhippie Jürg Amann ein. Den habe ich einmal im Fernsehen gesehen, als Vorleser, dann als Selbstinterpret seiner Prosa: » ... ein Thema, das schon bei Ödipus ... « (Wirklich! Hat er gesagt. Habe ich auf Tonband. Werde ich nochmal gegen den verwenden, wenn sichs so beiläufig wie hier ergibt.) Hat nichts als Schrott geredet, und dann noch dieses Jesus-Dichter-Image - SCHÜTTEL BRÜLL

SCHREI! Und genau auf dieser Ebene war Herr Niklas Frank im »Stern« von den Augen (»groß und schwarz, und Jesus wäre neidisch auf die Feuer, ...«), dem Durchfall, dem Schreibtisch und der Literatur des Herrn Amann begeistert.

Herr Frank pariert meine Attacke gelassen. Zum eleganten Mister sagt er: »Mein Gott, ist der naiv!«. Dann schaut er mich an und sagt: »Wir sind ein Magazin. Wir präsentieren keine Geschichten, sondern die Autoren - als Geschichten.« Er sagt das so, als wenn die Beschreibung der Idiotie schon ihre Rechtfertigung wäre. Niklas Frank weiß, was seine Leser wünschen, meint er, und gehört so zu den eingangs erwähnten Zeitschriftenredakteuren, die den ebenfalls erwähnten stinkenden Zeitschrifteneinheitsbrei Woche um Woche oder Monat um - Aufhören! Bitte aufhören, kurze Pause, bitte!

Ich lehne mich zurück, nippe am Glas, da ich vor Aufregung fast schon wieder nüchtern bin, stelle das Glas zurück und drehe mich dann kottanmäßig um.

Meine Augen feuern in die Kamera, und ich sage: »Herr Redakteur, Entschuldigung, Herr Schulze, können Sie bitte mal etwas näher kommen, damit ich. nicht so laut reden muß! Geht das, ja? Besten Dank. Also: Sagen Sie!, meinen Sie, daß der Herr Chefredakteur, dieser Bissinger, den kenne ich ja praktisch nur vom Vorwortfoto her (Sagen Sie, warum hat der sich denn diesen unsäglichen Künstlervollbart wachsen lassen? Da war der Polizistenschnauzer vorher doch wirklich etwas besser? Finden Sie nicht? Na, egal.), dieser Bissinger also, meinen Sie, daß der so eine Zeitschriften- und Zeitschriftenredakteursbeschimpfung in seiner Zeitschrift druckt? Auf mich wirkt der immer mehr so ernsthaft-wacker. Oder wie?« - Die Stimme von Hartmut Schulze kommt megafonblechern, , dennoch verständlich aus dem Off: »Ja Herr Goetz, gut, daß Sie sich melden. Sie haben schon recht: Er ist der Chef und er entscheidet letztlich. Das ist schon ein Unterschied, wissen Sie, damals, als ich noch 'Twen' machte, da war ich ja der Chef, aber - naja - einerlei. Was ich sagen will: Ich habe mich auch gefragt, ob denn der KONKRET-Leser so etwas lesen will. Aber wissen Sie, vieles kann man ja mit den Bildern auffangen. Wir wollen ja, wir sind dabei, ein Bilder-Blatt zu werden. Der Leser liest bekanntlich immer weniger. Wir wollen doch verstärkt auf das Visuelle setzen. Und da ist es nicht so wichtig, was genau Sie schreiben. Die Länge muß halt stimmen. Also dann, jetzt schauen Sie mal, daß Sie zuende kommen, mit diesem Literaturbetriebskapitel, und überhaupt, mit der ganzen Reportage! «

Ich nicke, beste Vorsätze im Kopf, vertrauenerweckend in die Kamera und drehe mich dann wieder nach vorn. Man spricht über den »Trans-Atlantik«-Redakteur Gundolf S. Freyermuth, der Anfang '83 Kultur-Ressort-Chef beim »Stern« werden wird. Herr Niklas Frank schimpft. Herr Frank ist, meine Schätzung, so an die Vierzig. Herr Freyermuth ist derzeit 27 Jahre alt. Dieser Spund soll der Chef von Herrn Frank werden. Die Gemeinheit hat Herr Frank seinem Chefredakteur Felix Schmidt zu verdanken. Herr Frank macht abschätzig-dunkle, kryptische Andeutungen. Herr Chefredakteur Schmidt möchte zwar am liebsten (dies weiß ich nun aus einer weiteren Quelle, den Namen halte ich zurück), möchte lieber heute als morgen *aussteigen,* möchte diese ganze Zeitschriftenmacherei am liebsten an den Nagel hängen; aber solange er den »Stern« macht, will er ihn gut machen, will ihn sogar immer besser machen. »Ich konnte doch nur nach oben fallen«, soll Herr Freyermuth gesagt haben. Das stimmt. Herr Freyermuth hat eine germanistische Musterschülerlaufbahn in Berlin abgebrochen, um als Redakteur zu Enzensberger zu kommen. Dann hat er tatsächlich brillante Reportagen geschrieben. Man mußte sich fragen: Hat Enzensberger bei sich selbst einen stilistischen Aufbaukursus genommen und sich ein weiteres wohlklingendes Pseudonym zugelegt? Nein, Herr Freyermuth gibt es in echt, und jeder der will, kann sich davon überzeugen, daß er mit seinen graumelierten Haaren mehr als gut: blendend aussieht und ein geschliffenes, wendig gewinnendes Auftreten hat. Er ist der geborene Gewinner. Wie der elegante Mister. Geborene Gewinner habe ich immer schon bewundert. Trotzdem befällt mich manchmal der Zweifel: Kennt sich der geborene Gewinner selbst? Weiß Herr Freyermuth, wer er ist? Will Herr Freyermuth etwas? Was? Oder wird er nicht auch beim »Stern« musterschülermäßig sterner als stern, den Zeitschriftenbrei Woche für Woche -? Einerlei. Gegenüber einem geborenen Gewinner wie Herrn Freyermuth ist Herr Frank die geborene Lusche. Nach wie vor schimpft er. Eigentlich nörgelt er mehr. Plötzlich tut er mir leid. Er geht in den Roman, sagt er, wenn Freyermuth kommt, geht er in den Austrag beim Stern, das heißt, er übernimmt das Roman-Ressort. Das wird - auch das trifft sich gut - zufällig gerade frei. Den Blick fest in die Zukunft richten: An Niklas Frank werde ich den Roman schicken, an dem ich schreibe, mit der Bitte um Vorabdruck, diese Reportage beigelegt. Genau.

Austrag!, das stelle man sich einmal vor, mit vielleicht noch nicht mal vierzig. in den Austrag gehen! Sind *die* verrückt? Oder bin ich verrückt? Oder ist das alles nur erfunden?

Champagner!, noch ein Schluck!, der Mister funkelt. Die Kellner tanzen ein Ballett. Ein Taxi bringt den Trunkenen in sein Hotel.

9. Sex

Anderntag hackt jemand immer wieder mit einem Beil in meinem Kopf. Der elegante Mister ist am Apparat. Ob man sich nicht treffen könne? Ich möcht eigentlich nur heim heim heim. Oder weinen, oder kotzen. Wir sitzen in der »Kronenhalle«, noch mal ein Lokal aus der großen weiten Dandywelt der Highsmith-Helden. Der Mister erzählt Anekdoten aus seinem

scharfen Leben; die wilden Jahre in New York, in Vietnam, in London eine Ehe mit einer Millionärin, Hochadel, neulich übrigens in Cannes -. Zur Zeit ist der Mister ein Journalistenprofi. Er macht als Freier, wenn er will, 15.000 Franken im Monat, sagt er. Er schreibt für »Annabelle«. Kenn ich nicht. »Sie müssen Ihr Leben in die Hand nehmen«, sagt er. Schon wieder gibt es eine Flasche schweren roten Wein. Mir scheint, ich habe einen Fehler gemacht. Der Herr mir gegenüber dreht das Weinglas. Sein Blick ruht auf seiner Hand. Unvermittelt sagt er: »Werden Sie mit mir schlafen?«. Erfolgsgewisser Augenaufschlag. Ich sage. »Nein«.

Konkret 01/83, S. 94

Hartmut Schulze

Welke Blätter

Auf mehr als 86 Millionen Exemplare ist die Gesamtauflage aller bundesdeutschen Publikumszeitschriften gestiegen. Aber die linken und alternativen Blätter kämpfen ums Überleben,- je notwendiger sie werden, desto weniger Käufer finden sie. »Pardon«, das »Kölner Volksblatt« und die »Neue« mußten bereits 1982 ihr Erscheinen einstellen

Eine Kabarettistin sang: »Im Garten der Lüge blüht der Mohn«. Die Bertelsmann AG (Aufsichtsratsvorsitzender: Reinhard Mohn) hatte sie eingeladen, den gemütlichen Abend seines »7. Medienseminars« zu gestalten. Niemand grinste. Die Harmonie der Veranstaltung war nicht zu stören. Im »Rhön Hotel Sinai« bei Poppenhausen hinter Fulda, zwischen Wasserkuppe und Guckaisee, fragte der Welt zweitgrößter Medienkonzern: »Medienkultur der jungen Generation in der Krise?« Und alle bemühten sich um gutgemeinte Antworten - der Wolfgang von der »taz« und der Manfred von Bertelsmann (Familienname Fischer, bis März '83 noch Vorstandsvorsitzender), der Christoph von der Frankfurter Network-Cooperative und der Peter von der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU, der Horst vom ZDF (Schättle) und der Hartmut von KONKRET. Rund vierzig Medienleute, die eine Hälfte in Jeans, die andere mit Bügelfalte.

Vor fünf Jahren eröffneten linke und alternative Verlage ihre erste Frankfurter Gegenbuchmesse mit dem Kampfruf »Bertelsmann, wir kommen!« - heute bittet »der freundliche Riese« (Fischer über sein Unternehmen) an den grünen Tisch und erntet freundliches Lächeln von freundlichen Zwergen. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit reden wir später.

Einer der Referenten, Professor Doktor Rolf Schwendter, der ehemalige Underground-Guru, der zum veritablen »Ordinarius für Devianzforschung an der Universität Kassel« aufgestiegen ist, warnte die Alternativen sehr eindringlich, nicht abzurutschen bei ihrer »Gratwanderung zwischen Isolation und Integration«. Es war, um im Bild zu bleiben, ein Ruf aus der Tiefe der Schlucht. Und sein Echo: »Bertelsmann versteht sich als ein Verlagshaus der Alternativen« - so zitierte, augenzwinkernd, Manfred Fischer die »Verfassung« seines Hauses. In dem Gütersloher Konzern weiß man eben noch, wie man den Dialog mit Aufmüpfigen zu führen hat - und vielleicht sogar dabei was lernt.

Marktforschung und Demoskopie helfen schließlich nicht immer weiter. Da wollte zum Beispiel die Bertelsmann-Tochter Gruner + Jahr (»stern«, »Brigitte(etc.) 1981 vom Offenbacher Marplan-Institut »Potentiale und Trends alternativen Verhaltens« ausloten. Ergebnis: Über 80 Prozent der Befragten - und zwar quer durch die Altersgruppen - halten die gesamtwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik für sehr gut bis zufriedenstellend. Und wenn es ein »alternatives Potential« gibt, dann ist es bei den Vätern doppelt so groß wie bei den Söhnen. Daß die Gesellschaft »grundlegend geändert werden« müsse, fanden fünf Prozent der 14- bis 34jährigen und zehn Prozent der 45- bis 54jährigen. Nach Parteien gefragt, bevorzugt ein Prozent der Gesamtbevölkerung die Grünen und nur bei den 18- bis 24jährigen haben sie fünf Prozent Anhänger. Auch nach den letzten Wahlen wird diese Studie von Gruner + Jahr (272 Seiten) noch zum Stückpreis von 500 Mark abgegeben.

Und wie antwortet - zurück zum Medien-Thema - die »Scene«? Auch erst einmal mit Zahlen. Alleweil klopft man sich gegenseitig auf die Schultern und ist mächtig stolz: Wir haben 1,6 Millionen Auflage. Immer wieder taucht diese Zahl als Gesamtauflage aller in der Bundesrepublik erscheinenden alternativen Presseerzeugnisse auf. Und eine Bonner Arbeitsgruppe Alternativpresse stellt, nun schon zum dritten Mal, ein »riesengroßes Verzeichnis« der einschlägigen Titel zusammen. Angeblich sind es derzeit 529. Allerdings kann nur bei knapp der Hälfte der Blätter gesagt werden, ob sie überhaupt (noch) erscheinen.

Nehmen wir als Beispiel die Pressestadt Hamburg. Hier nennt das »riesengroße Verzeichnis aller Alternativzeitungen« vierzehn Titel. Zwei davon sind Vereinsblätter: das Info des »Kinderhaus e.V.« und die » Greenpeace-Nachrichten« (wollte man nach denselben Kriterien die Gewerkschaftspresse mitzählen, könnte man allein durch die Mitgliederzeitung der IG Metall die Millionenauflage der Alternativpresse verdreifachen). Dann gibt es noch verschiedene Freundeskreis-Infos, die»Graswurzelrevolution« und das Stadtteilmagazin »Neustädter Käsblatt«. Die ebenfalls aufgelistete »Fabrik« ist ein kostenlos verteiltes Anzeigenblatt mit den Terminen des kommerziellen Veranstaltungszentrums »Fabrik« (Auflage: 50.000), das vorgebliche Stadtmagazin »Oxmox« ist eine Kleinanzeigensammlung mit Terminteil und wenigen redaktionellen Beiträgen (Auflage: 39.000), die »Szene Hamburg« ist ein professionell gemachtes Monatsblatt, das über neue Boutiquen und dreckiges Elbwasser informiert (Auflage: 18.000). Schließlich wird noch die wöchentlich erscheinende »Hamburger Rundschau« aufgeführt, die zusammen mit dem täglichen Lokalteil der »taz« das einzige aktuelle publizistische Gegengewicht zum Springer-beherrschten Hamburger Zeitungsmarkt bildet.

Gegengewicht? 1,6 Millionen Auflage? Riesengroßes Verzeichnis? Ein Vergleich: Im bundesweiten Kioskvertrieb erscheinen vier linke Magazine, »Emma«, »Courage«, »Titanic« und KONKRET. Sie verkaufen zusammen pro Monat höchstens 200.000 Exemplare. Im gleichen Zeitraum verkaufen die vier größten Wochenblätter, die sich vornehmlich mit Dianas Magersucht beschäftigen, 125 mal mehr. Allein »Tina« (schon mal gesehen?) hat eine wöchentliche Auflage von

1,7 Millionen; die »Neue Post« verkauft zwei Millionen Exemplare pro Ausgabe, mehr als doppelt so viel wie der »Spiegel«.

So sehr das »alternative Potential« von den Demoskopen unterschätzt wird, so sehr überschätzt die Scene zumindest ihr publizistisches Potential. Dabei kann man kaum noch ein linkes oder alternatives Blatt aufschlagen, in dem nicht im Editorial über eine schlimme Finanzlage und sinkende Auflage geklagt wird: »Was die Finanzen anbetrifft, so hat sich unsere Lage weiter verschärft« (»Courage«); » ... Ergebnis eines Abwärtstrends, wie wir ihn in derartiger Länge und Stärke noch nicht erleben durften« (»taz«); » ... hat sich vor uns ein ständiger Schuldenberg getürmt« (Stadtblatt »Luurens« aus Hennef); » ... der Gruppenverkauf ist auf ein Bruchteil zurückgegangen« (Sozialistische Monatszeitschrift »Moderne Zeiten«); » ... ohne größere Finanzmittel könnte das Boot umkippen« (Kulturmagazin »Linkskurve«).

Und immer häufiger kippt das Boot inzwischen tatsächlich um. »Marktbereinigung bei alternativen und linken Presseprodukten« nennt das dann im Vokabular des »Sozialpartners« die Wochenzeitung des DGB, die selbst oft genug von der Marktbereinigung bedrohte »Welt der Arbeit«. Die spektakulärsten Fälle: Im Oktober stellte das »Kölner VolksBlatt«, eine der ersten lokalen Alternativzeitungen und Vorbild für viele Stadtblätter, nach acht Jahren sein Erscheinen ein. Und auch »Die Neue« erschien ein Jahr nach ihrer Umwandlung von der Tages- zur Wochenzeitung Ende Oktober mit der Schlagzeile »Es ist aus«.

Rund dreitausend Abonnenten und Käufer hatte das »VolksBlatt« zuletzt noch. Zu seinen Hochzeiten waren es zwar viermal so viel, dennoch haben nicht finanzielle Gründe, sondern Interesselosigkeit zur Einstellung geführt, meint »VolksBlatt«-Gesellschafter Martin Stankowski: »Wir wurden einfach nicht mehr gelesen.« Und Käufer ohne Leser sind für ein Blatt, dessen politisches Ziel über aller Wirtschaftlichkeit steht, fast noch schlimmer als Leser ohne Käufer.

»Die Neue« hatte zum Schluß beides verloren. Gegründet wurde sie 1978 als Tageszeitung, fast gleichzeitig mit der »taz«. Ihr Vorläufer war der »Berliner Extradienst«, ein zweimal wöchentlich erscheinender Informationsdienst, der nun wirklich viele Leser und kaum Käufer hatte - seit '68 der wichtigste Lieferant für unterdrückte Nachrichten, die dann erst durch Nachdrucke unters Volk kamen.

Mit den Jahren jedoch wurde es immer schwerer, einen Exklusivitätsanspruch auf unterdrückte Informationen aufrecht zu erhalten. Seit es die lokalen Alternativblätter gibt, kann die Gesamtheit der herrschenden Presse unbequeme Nachrichten zwar verfälschen oder in der »Frankfurter Rundschau« auf Seite 4 verstecken - aber eben nicht mehr vollends streichen. Wozu auch? Der Deutsche Bundestag kann eine ganze Sitzung lang über die Umweltstudie »Global 2000« debattieren und läßt die Nordsee weiter vergiften - ist das ein Problem von Informationsunterdrückung?

Es ist ein Problem der Aufbereitung von Informationen. In ihrem Beritt ist da die »Bild-Zeitung« Spitze. Und die linke Szene wird von der »taz« ungleich kurzweiliger bedient als von der »Neuen«, die vor ihrem Ende nur noch 7.500 Abonnenten hatte. Liebste Frühstückslektüre eines bundesdeutschen Linksintellektuellen: »taz« und »Bild« (hilfsweise die »Welt«), und später vielleicht die »FR« oder die »Süddeutsche« - aber das ist dann schon Arbeit.

Nun hat ja auch die »taz« Sorgen. Ihr Abo-Stamm ist seit März '82 um rund 3.000 auf 23.000 gesunken, die Zahl der frei verkauften Exemplare ist um ein Viertel auf 12.000 Stück zurückgegangen. Wer gerade seinen Job verloren hat, wem gerade das BAföG gekürzt wurde, der überlegt sich schwer, ob er sich sein »taz«-Abo für 288 Mark im Jahr noch leisten kann. Vor allem im Verkauf bekam der »taz«Vertrieb die zwanzigprozentige Preiserhöhung auf 1,20 Mark pro Ausgabe deutlich zu spüren. Auf ein klammes Publikum lassen sich höhere Herstellungskosten eben nicht ohne Auflagenverluste abwälzen. Geringere Auflage bedeutet aber proportional höhere Herstellungskosten (denn bis aufs Papier bleiben die anderen Posten fast unverändert). Und wenn dann noch das Anzeigengeschäft zurückgeht (auch eine zwangsläufige Folge der niedrigeren Auflage), bedeutet das meist das Aus. Wie bei »Pardon« im letzten Sommer.

In einer Wirtschaftskrise trifft es natürlich zunächst die Blätter, die ihren redaktionellen Teil nicht nur als den Raum zwischen den Anzeigen begreifen. So öffnet sich die Schere zwischen sinkenden Verkaufs- und Anzeigenerlösen immer weiter auch bei »Titanic«, bei »Emma« und »Courage«; bei »Sounds« und »Transatlantik« (bisherige Verluste: rund 3,5 Millionen Mark) ist die Einstellung zum Jahresanfang '83 so gut wie beschlossen.

Unter sinkenden Anzeigenerlösen hat allerdings - Folge der allgemeinen Wirtschaftslage - die gesamte Branche zu leiden. Im »stern« zum Beispiel wurden letztes Jahr 700 Anzeigenseiten weniger geschaltet als in den zwölf Monaten zuvor. Das bedeutet einen Einnahmeverlust von schätzungsweise 30 Millionen Mark, der kaum durch Verringerung des Heftumfangs und damit der redaktionellen Beiträge (also auch Einsparung von Redakteursstellen) wettgemacht werden kann. Wer sich wie der »stern« in eine derart große wirtschaftliche Abhängigkeit begibt, daß ein anzeigenfreies Heft mehr als zehn statt drei Mark kosten würde, der muß in harten Zeiten seinen Kunden schon mehr bieten als einen sauberen Abdruck seiner Reklamevorlagen.

Und das Gegenstück dazu: »Anders als übliche Zeitungen, die sich zu etwa 65 Prozent aus dem Anzeigenerlös finanzieren, gewinnt das Blatt, infolge traditioneller Keuschheit in kapitalistischen Dingen, bloß vier Prozent seiner Einnahmen aus

dem Annoncengeschäft.« Das schreibt die »Zeit«, in kapitalistischen Dingen zwar traditionell, aber alles andere als keusch, über die »taz«. Die Unterstellung, man wolle nicht verkaufen, nur weil die Kundschaft ausbleibt, ist zynisch. Und im Falle der »taz« auch falsch. Schließlich durfte dort kürzlich sogar Helmut Schmidt aus bezahltem Anzeigenraum lächeln. Und Alice Schwarzer wäre heute sicher froh, wenn sie noch einmal den Marlboro-Chauvi auf die »Emma«-Rückseite drucken dürfte - eine Anzeigenserie, die sie vor Jahren nach Leserinnenprotesten zurückgewiesen hatte. Leider richtet sich der lauteste Ruf nach einer Trennung von Anzeigen- und redaktionellem Teil meistens an die Verlage, die am wenigsten korrupt sind, und ist in der Regel gegenstandslos. Mangels Masse.

Ein von der werbenden Wirtschaft unabhängiges, kritisches Magazin, das eine sechsstellige Auflage erreichen will, braucht dazu entweder eine Partei (nicht gerade die SPD), eine Gewerkschaft oder einen Autoclub. Oder sehr viel Geld. Horst Sterns »Natur« hat nach anderthalb Jahren eine Verkaufsauflage von etwa 160.000 Exemplaren. Davon sind fast 90 Prozent Abonnenten. Die werden vor allem mit aufwendigen Reklamesendungen gewonnen. Für einen einzigen »Natur«-Besteller gibt der Ringier-Verlag zwischen 80 und 120 Mark aus. Insgesamt wurden in die Umwelt-Zeitschrift bisher rund zehn Millionen Mark investiert.

Unter den Kürzungen der Werbeetats bei Plattenfirmen, Buchverlagen und Tabakfirmen haben auch die Stadtmagazine zu leiden, die in zwei alternativen Anzeigen-Ringen zusammengeschlossen sind. Da bemühen sich zum Beispiel in dem Verbund »Scene Programm Press« (SPP) so unterschiedliche Magazine wie das anarchofreundliche Münchner »Blatt« und der schicke »Überblick«, bei dem Düsseldorf mehr als den Verlagsort bezeichnet, gemeinsam um Anzeigen. Aber die Agenturen haben mittlerweile angefangen zu selektieren, belegen nicht mehr die ganze Palette der SPP-Titel, die politischen Blätter gehen leer aus. Wenn sich etwa Jürgen Walter vom Nürnberger »Plärrer« bei der »kalkulierten Schizophrenie eines alternativen Werbeträgers« um die »Gefahr der Kommerzialisierung« sorgt, kann ihm die Rezession einen Großteil seiner Angst nehmen.

Der »Plärrer«, eins der interessantesten Stadtmagazine, muß zur Zeit auch einen Auflagenverlust verkraften. Vor einem Jahr, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Massenverhaftung im Nürnberger »Komm«, verkaufte der »Plärrer« rund 8.000 Exemplare, die letzte Meldung an die IVW, die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (!) lautet: 6.727 Stück. Wie bei fast allen Alternativ-Titeln wirken sich die Aktivitäten der Szene, der sich die Redaktion verpflichtet fühlt, direkt auf die Auflage aus. Das »Kölner VolksBlatt« verkaufte am meisten, als um das Stollwerck-Gelände gekämpft wurde; der Absatz der »taz« sinkt so dramatisch, seit die Hausbesetzerbewegung klein gemacht wurde. Und weil »von den Initiativen immer weniger kommt« will nun auch das Verdener »Blatt«, eine Zeitung aus der Lüneburger Heide mit 750 verkauften Exemplaren, sein Erscheinen einstellen.

Daß also Helmut Kohl wenigstens für die linke Presse eine Wende zum Besseren bringt, hat nicht nur die »Titanic« mit ihren Birne-Witzen bisher vergeblich gehofft.

Ach übrigens, von KONKRET war hier kaum die Rede. Warum auch. Sie lesen es ja gerade - und widerlegen damit die Vermutung, daß niemand mehr erklärt haben will, wie schlimm das alles ist.

Konkret 01/83, S. 98

Hans Platschek

Bücher: Erzählende Bilder

Erst nach seinem Tode erschien ein Bildband, der den Schriftstelle Peter Weiss auch als Maler vorstellt

Am besten, man tut erst einmal so, als sei der Maler Peter Weiss mit dem Schreiber nicht identisch. Denn was er als Maler hervorbrachte, hat - nicht nur im biographischen Sinn - seine Eigenständigkeit. Über Jahre hinweg war die Malerei für Weiss »von der handwerklichen und der beruflichen Seite her gesehen das Primäre«. Gerade in den ersten Exilzeiten, deren Isolation anders geartet war als die damals noch übliche Isolation moderner Künstler, konnten Bilder, handgreifliche, faßbare Bilder, eher noch als das Zeugnis einer Selbstbehauptung gelten: Sie sind durch keine Sprachbarriere vom Exilland getrennt wie die Gedichte und die Prosa, die Weiss schon damals schrieb; sie mögen fremd wirken, übersetzt werden aber müssen sie nicht.

Als Maler war Peter Weiss eine Randfigur, was in keiner Weise abfällig gemeint ist. Kein Bild, das nicht ein Thema preisgibt; man kann vorgreifend sogar von einer story sprechen; mehr noch: Das Inhaltliche führt über die handwerklichen, formalen oder bildnerischen Elemente hinaus. Man muß sich dazu ins Gedächtnis rufen, was in den späten dreißiger oder den frühen vierziger Jahren als Kunst an der Tagesordnung war. Um es auf eine dürre Formel zu bringen: Malerei galt als Sache der »bildnerischen Werte«, wie es damals hieß; es ging darum, die aufgespannte Leinwand als Fläche zu behandeln, die mit Flächenstücken möbliert wird. Daß sich daraus sitzende Frauen, Mandolinen oder die eine und andere Landschaft ergeben könnten, stand auf einem anderen Blatt. Es war noch gar nicht solange her, daß der Kritiker Maurice Raynal, in seiner Weise das Sprachrohr der Kubisten, postuliert hatte: »Ein Bild ist ein Bild, wie eine Gitarre oder ein Würfel eine Gitarre oder ein Würfel ist, ein bestimmter Gegenstand also, der nichts kopiert und nichts imitiert.« Einige Schimpfworte machten nicht nur in Paris die Runde: »Literatur«, »Anekdote«, oder, am schlimmsten: »Das ist keine Malerei«. Malerei hingegen, das war die Art und Weise, in der ein Georges Braque, unnachahmlich, das ist wahr, ein Taubengrau neben ein Zitronengelb setzte.

Es geht hier nicht um Insider-Hinweise für Kunsthistoriker. Es fällt vielmehr auf, daß der Maler Peter Weiss von diesen Programmen und Losungen unberührt blieb. Natürlich hat er sie gekannt; er muß sich auch, wie es die Stelle in der »Ästhetik des Widerstands« zeigt, mit dem Übergriff jener »reinen« Malerei auf »unreine« Themen befaßt haben, die ein Bild wie Picassos »Guernica« exemplarisch vorführt. Nur: diese Sprache ist nicht die Sprache des Malers Weiss, und dies bereits von Anfang an. Seine Bilder sind in einem Maß anachronistisch, daß man fast schon von einem Programm sprechen kann. Nicht Braque steht hier als Vorbild, sondern Breughel oder Altdorfer. »An der Akademie«, so erzählt Weiss im Gespräch, das dem Buch über seine Bilder voransteht, »war ich von vornherein ein Außenseiter. Es wurde ganz anders gemalt. Meine Bilder waren zu dunkel, zu schwer, von irgendeiner deutschen Tradition beeinflußt. ich weiß gar nicht, wie ich diese Tradition nennen soll... jedenfalls wurde in Prag kubistisch gemalt, expressionistisch und impressionistisch. Der Surrealismus kam mit herein.« Ein Bild des damals Neunzehnjährigen, »Die Maschinen greifen die Menschheit an«, macht es deutlich. Die Menschheit wird von scharfgezeichneten - Figuren verkörert, die, gereiht, eine Masse ergeben, für sich gesehen aber jeweils einen Typus definieren: den Blinden, die Mutter, den Arbeiter, den Herrn im Smoking, das Paar, den Verzweifelten. Die Maschinen im Hintergrund sind zusammengewürfelt; was sie angerichtet haben, zeigt, prophetisch fast, der Rest eines Hauses, durch dessen Trümmer man eine rote Wand sieht, die das Bild signalhaft beherrscht. Überhaupt besteht das Bild aus Signalen, sorgfältig, mitunter auch naiv gemalten, deren Vielfalt, ja deren Widersprüchlichkeit dem Bild zugutekommt.

Dieser Außenseiter, dem alles Gefällige fremd ist und der die Mühe, die ihm das Malen macht, auch nicht verbirgt, existiert bis in die Mitte der vierziger Jahre. Hinter dem, was die Bilder zu erzählen scheinen, kommen die Isolation, das Exil, die Selbstzweifel an den Tag. Auf der anderen Seite machen die Sprödigkeit, das Verbissene, die Trotzhaltung das Authentische dieser Malerei aus.

Und dann geschieht etwas Merkwürdiges. Um 1945 fängt Weiss an, sich mit Filmen zu beschäftigen; es erscheint sein erstes Buch in schwedischer Sprache; er reist nach Paris. Eine Modernität dringt in seine Bildersprache, die weltläufiger wirkt, dem Außenseitertum aber, nicht nur als ästhetische Haltung, den Boden entzieht.

Weiss muß Bilder von de Chirico, von Surrealisten und, vor allem, die Collage-Romane von Max Ernst gesehen haben. Er übernimmt diese Techniken, gleichzeitig löst er mit ihnen seine Bilderwelt auf. Der nächste Schritt ist nur logisch: Der Schreiber Weiss nimmt überhand, nicht ohne die Erfahrungen und die Sehweise des Malers Weiss ins andere Medium zu übertragen.

»Der Maler Peter Weiss«, 300 Seiten, Verlag Frölich & Kaufmann, 58 Mark

Konkret 01/83, S. 98

Holger Wriggers

Phantatik Kulsie Politur

Michael Ende, Erhard Eppler und Hanne Tächl reden zwei Tage miteinander und geben das Gespräch als Buch heraus - auch ein Beitrag zum Marx- und Lutherjahr 1983

Der Titel wiegt so viel wie ein Zentner Flaumfedern und lautet: »Phantasie/Kultur/Politik«, nicht zu verwechseln mit einem Buch ähnlichen Titels: Phantatik/Kulsie/Politur - Über das Leben in der Zugluft, erhältlich an jeder windigen Ecke unseres Gemeinwesens. Die drei Gesprächspartner, der Sozialdemokrat und evangelische Kirchentagspräsident Erhard Eppler, der Schriftsteller Michael Ende und - »da es kein reines Männergespräch werden sollte« (Verlag) - die Schauspielerin und Sozialarbeiterin Hanne Tächl sind »außergewöhnliche Menschen«, die »sich viel zu sagen« haben, klappert es im Klappentext.

Eppler ist von Endes Büchern (»Momo«, »Die unendliche Geschichte«) begeistert, und Ende ist »ein alter SPD-Wähler«. Beide bestreiten die Unterhaltung über weite Strecken allein. Ende beschreibt die verheerenden Auswirkungen des Kapitalismus, hat auch einige richtige Einsichten (»Die Parteien werden in die von der Wirtschaft gewünschte Richtung gedrängt. «), ist aber letztlich von einer solchen Naivität, daß es nicht verwundert, wenn er seine Zuflucht zu begriffslosen »positiven Utopien« nimmt, die es zu entwickeln gelte. Ein Beispiel: »Wenn es Kolonien, Arbeitermassen, Erde, die man ausbeuten kann, nicht mehr gibt, wird man zwangsläufig einsehen müssen, daß man die Wirtschaft auf andere Grundlagen stellen muß.«

Von analytischer Durchdringung der Welt wollen sie alle drei nichts wissen. Das war einmal, »aber zunehmend ist uns bei der Analyse die Wirklichkeit unter den Fingern zerronnen«, sagt der Goldwäscher Eppler, und er findet, daß ein Wunschbild für das Jahr 2030 mit der »Verbindlichkeit eines Karl Marx« heute nicht mehr gehe. »Was vielleicht noch ginge, wäre eine *poetische* Utopie, ein wirkliches Phantasien.« - Ein Realpolitiker fand seinen Wortgeber.

Dieser nun, der Marx in seinem Momo-Roman (Deutscher Jugendbuchpreis), als den »überaus grausamen Tyrannen Marxentius Communus, genannt der Rote« apostrophiert, fühlt sich imstande zu erklären, warum ihm der Marxismus fragwürdig ist. (Ganz von ihm lassen will der Universaldenker Ende nicht, aber seine Behauptung, der Marxismus habe teilweise »Bewußtseinsschärfung« hervorgebracht, erweist sich als eitle Attitüde.)

Es ist nämlich der »Materialismus«, der Ende bei Marx gegen den Strich geht, und der Autor kriegt sich gar nicht mehr ein, so wettert er gegen »ein so wesenloses Menschenbild« und die Abwesenheit von »Menschenwürde, Freiheit, Kreativität und so weiter«. Da kann ihn selbst ein Lutheraner wie Eppler beschwichtigen, der nun nicht für den dialektischen, aber doch für den historischen Materialismus Ehre einlegt.

Bei soviel Verwirrung (die übrigens nicht von ungefähr kommt) sei hier nur angemerkt, daß Marx den Reichtum des Menschen als höchsten Wert bestimmt; daß er es als notwendig ansieht, daß der Mensch zu sich selbst komme, sich vervollkommne, indem er sich als Persönlichkeit wie als Gattungswesen alle materiellen, psychischen und geistigen Fähigkeiten aneigne. Außerdem ist bei Marx, der Wissenschaftler war, die Zukunft keine Wunschbildschablone, sondern sie ist offen. Die Menschen, die Völker, entscheiden selbst, aber sie können auch an den Notwendigkeiten vorbeientscheiden, wie es 1848 das deutsche Bürgertum tat.

Auf Endes Darlegung der »Dreigliederung des sozialen Organismus« (nach Rudolf Steiner) erwidert Eppler mit deutlicher Ungehaltenheit: »Die Vorstellung, man könnte den Staat wieder völlig aus dem Kulturleben hinauswerfen, halte ich für eine reaktionäre Utopie.« Er räumt ein, daß dieser Staat »Freiheitsräume« öffnen könne, etwa im Schulwesen, wo Eltern und Lehrer doch selbst die Lehrpläne aufstellen könnten.

Nun kann dieser Staat »Freiheitsräume« so gut öffnen wie schließen, und letzteres betreibt er ja seit einigen Jahren besonders gekonnt. Eppler weiß es: »Der Staat kann Freiheit unterdrücken, aber auch ermöglichen.« Worauf Ende, der sich einbildet, frei zu sein (»Ich bin Schriftsteller, und ich habe einen Verleger. Niemand subventioniert uns. Wir sind eine Institution des freien Geisteslebens.«), wie ein geölter Blitz zur Stelle ist: »Selbstverständlich. I h hab' auch mit all' dem, was ich sagte, nicht den Staat als Gegner schildern wollen.« - Ein Traumproduzent fand seinen politischen Vertreter. Beide sind genuin lutherisch: Bloß nicht zu weit gehen! - Im Lutherjahr 1983 wird man den Deutschen diese Haltung noch in großem Stil nahelegen.

So statisch wie Endes Auffassung der Gesellschaft und des Staates ist auch seine Auffassung der Geschichte: »Die Erfahrung der Menschheit, die Geschichte kann uns zeigen, daß alles notwendig war ... Es wäre Unsinn zu sagen, Hitler hätte es besser nicht gegeben, es hat ihn eben gegeben, ob wir wollen oder nicht.« Dieses starre, unbekümmerte Verhältnis zur Geschichte hat zur Folge, daß auch die Gegenwart nebensächlich wird. Eppler befindet sich noch in der Verlegenheit, sich auf die Gegenwart zu beziehen. Er tut es mit aller ihm überkommenen Vorsicht: »Es ist nicht ratsam, denen im Wege zu stehen, die Macht haben.« Also sieht er »uns in einer Situation, in der wir Phantasie nötiger hätten denn je«.

Aber der ganze Praß von »Phantasie«, »Utopie«, »Zukunft« ist Wunschdenken, das auf öffentlicher Ebene in Demagogie umschlägt. Phantasie kann immer nur Mittel sein, beim spielenden Kind wie beim Erwachsenen, der mit komplizierten Entwürfen befaßt ist. Ohne Klarheit über die anstehende, notwendige Handlung wird die Rede von der Phantasie zum Geschwätz. Und wenn Eppler meint, die kreative Phantasie sei bereits in der ganzen Gesellschaft abgestorben, so beweist er, der Massenredner, seine Menschenferne.

Erhard Eppler, Michael Ende, Hanne Tächl: »Phantasie/Kultur/Politik«, 160 Seiten, Edition Weitbrecht, 20 Mark

Konkret 01/83, S. 100

Stefan Berkholz

Bücher: Tucholsky jetzt anders lesen?

Nachlaßverwalter Fritz J. Raddatz hat Kurt Tucholsky privateste Texte veröffentlicht: Brief an Mary

Es ist doch bedauerlich. Da wird ein schöner Briefband herausgegeben, da wird der Vollständigkeit Genüge getan - und dennoch gelogen. Vorwort und Reklame lassen einen bittersauren Geschmack zurück, so nach Klimpergeld, weißen Lackschuhen und Sektlaune.

Versucht wird wieder einmal, dem Leser ein neues Tucholskybild aufzuschwatzen. Anstatt zu arbeiten und die diversen Lücken in Tucholskys ...g. ~ phie mit kompakten Fundstücken zu füllen, tönt der Klappentext von »den ungewöhnlichsten Funden der Literatur des 20. Jahrhunderts«. Wer vorliegende Biographien über Tucholsky kennt, soll die also nun vergessen: »Ein ganz anderer, neuer Kurt Tucholsky« steht uns nämlich ins Haus -. der Briefband hat's möglich gemacht.

Abgesehen davon, daß wichtige Teile dieser Briefe bereits vor zwanzig Jahren »ausgewählt« vorlagen, sind diese umfangreichen Lebenszeugnisse zumindest seit langem bekannt. Herausgegeben hat das Buch Fritz J. Raddatz, seit bald dreißig Jahren (damals noch in der DDR) Mitherausgeber von Tucholskys Texten und, wenn die Zeit ihren Lauf nimmt, bald alleiniger Großverdiener und Inhaber an Tucholskys Arbeiten. Stirbt Mary Gerold-Tucholsky, verdient Raddatz so, als ob er die Artikel Tucholskys geschrieben hätte.

Schauen wir uns die Einleitung zum »Schock dieser Lebensbeichte« an. »Kurt Tucholsky hat in seinem Leben ein Buch geschrieben.« So beginnt Raddatz gleich mit schrillen, falschen Tönen. Tucholsky schrieb »Rheinsberg«, »Ein Pyrenäenbuch«, »Schloß Gripsholm« und stellte diverse Sammelbände zusammen. Der folgende Satzfetzen lautet: »Dieses.« Falsch. Es sind Briefe, die der Herausgeber bald fünfzig Jahre nach Tucholskys Tod zu einem Buch zusammengefaßt hat.

So holpern die Gedankensprünge über Worte wie »entbergen« und »Arkadien«, »Indezenz« und »Coda« dahin, von »Aufs und Abs« ist die Rede, »zumeist (jedoch) Abs«, von der Gegenwart als »Zeitalter der Kommunen und Turnschuhaufsteiger«.

»Als endlich, 1926, das große Haus bei Fontainebleau gemietet ist ... « Aber das Haus steht ja gar nicht *bei* Fontainebleau. Gemeint ist die Adresse Rue Beranger 11, und die liegt mitten im Zentrum der französischen Stadt südöstlich von Paris.

Aus einer Spielerei Tucholskys - die Anrede »Er« für seine Frau - macht Raddatz ein Problem. Er schreibt davon, »daß ein Schriftsteller sich eine - reale - Frau 'anzueignen' versucht, indem er sie zum Mann macht.« Und faßt abschließend zusammen: » ... und blieb seinerseits fast immer beim 'Er'.« Daß die Briefe ebenso das »Du« enthalten, entgeht nur einem Blinden.

An anderer Stelle nuschelt Raddatz beruhigend: »ES soll hier kein Schulaufsatz geschrieben werden: 'Franz Kafka - Kurt Tucholsky; Trennendes und Gemeinsames.'« Denn das wäre zu niedrig. »Es sollen auch nicht, welche Banalität, zwei Autoren in ihrem Werk verglichen werden.« Und tut's dann doch über beinahe vier Seiten (und der Aufsatz hat ja nur zwölf).

»Tucholsky hat zeitlebens nie die Nähe, auch nur Bekanntschaft anderer Autoren gesucht ... « Falsch. Tucholsky war sehr eng befreundet mit Siegfried Jacobsohn, dem Herausgeber der »Weltbühne«, eng vertraut mit Walter Hasenclever, der sich 1940 im Exil das Leben nahm, zumindest gut bekannt mit Walter Mehring und vielen anderen.

Und dann wird's peinlich, nun endgültig. »Ich habe von Kurt Tucholsky geerbt, gern zu zitieren. Wenn man wissen will, wie sich das bei den Klassikern ausnimmt, so lese man diesen Brief von Kafka an Felice nach.« So stehts da, ohne Anführungsstriche. Und auf Seite 546, im letzten Brief Tucholskys an Mary, dem Abschiedsbrief am Tage des Selbstmords, heißt es: »Ich bin einmal Schriftsteller gewesen und habe von S.J. geerbt, gern zu zitieren. Wenn Er wissen will, wie sich das bei den Klassikern ausnimmt, so lies den Abschiedsbrief nach, den Heinrich von Kleist an seine Schwester geschrieben ... «

»Man wird das Werk Kurt Tucholsky von jetzt ab anders lesen müssen.« Aber gar nicht. Wir müssen nur aufpassen, daß uns die Laune an Tucholsky nicht verdorben wird. Doch leider ist der Briefband nur mit Vorwort erhältlich.

Kurt Tucholsky: »Unser ungelebtes Leben«, 512 Seiten, Rowohlt, 48 Mark

Konkret 01/83, S. 100

Jürgen Saupe

Bücher: Enttarnung

»Spitzel, Terror und Computer« ist der reißerische Untertitel einer Arbeit über Geschichte und Arbeitsweise von Geheimdiensten

Bücher über Geheimdienste und deren Aktionen in aller Welt sind Legion. Werden sie von Insidern geschrieben, die ihrem jeweiligen Dienst noch verbunden sind, so gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder sind es Selbstbeweihräucherungen von meist großer Langweiligkeit oder es handelt sich um Desinformationsschriften, um irgendjemand - und wenn es die eigene Regierung ist - hinter das Licht zu führen. Sind die Autoren keine Geheimdienst-Insider, so gibt es auch zwei Möglichkeiten. Entweder ist ihr Werk zwar phantasievoll, aber wenig instruktiv, oder es ist faktenreich, aber schwer zu lesen.

Zur letzten Gruppe gehört »Die geheime Internationale« von Hans-Jürgen Schulz. Seine Arbeitsmethode ist geheimdienstlich professionell: ' Er hat akribisch Material gesammelt und überaus fleißig zusammengestellt. Das Ergebnis ist, daß fast ein Viertel des Buches aus Anmerkungen wie Quellenangaben und zusätzlichen Informationen besteht. Das kompliziert die Lektüre, aber wer an Informationen interessiert ist, hier sind sie zu haben. Und diese Fülle, zusammen mit einer wertenden Einordnung der Rolle der Geheimdienste in der »bürgerlichen Gesellschaft« (so heißt auch der Untertitel) macht das Buch doch lesenswert. Die Rolle der Geheimdienste und Geheimpolizei als Staat im Staate, die Rolle der Dienste im Waffenhandel, ihre Funktion in der verdeckten Fortsetzung der amtlichen Außenpolitik - was oft deren Umkehrung heißt - und als Vehikel der Repression in der Innenpolitik werden gerade wegen der Faktenfülle in seltener Klarheit dargestellt. Nach der Lektüre hat wohl niemand mehr Illusionen etwa über den Grad der Rechtsstaatlichkeit in dieser unserer Republik.

Gerade wegen der nüchternen Analyse wirkt es rührend deplaziert, wenn am Schluß des Buches für politisch Aktive und Organisationen Anleitungen zum Schutz gegen Geheimdienst-Aktionen gegeben werden. Das bißchen Schulmeisterei ändert aber nichts daran: Es ist ein sehr lesenswertes Buch.

Hans-Jürgen Schutz: »Die geheime Internationale«, 370 Seiten, ISP-Verlag, 28 Mark

Konkret 01/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die sozialdemokratische Parteikonferenz trat in Kiel zusammen. Die »Frankfurter Allgemeine« weiß, warum:

Von Kiel ging die Revolution aus, die das Kaiserreich erschütterte und zur Republik führte. Diesmal kommt aus Kiel kein Arbeiter- und Matrosenaufstand zugunsten der SPD, auch wenn sich Günter Grass für sie in die Bresche wirft und von der Nähe des Orwellschen Jahres 1984 spricht. Der Kieler Oberbürgermeister Suckhardt sang am »Parteiabend« zur Gitarre das italienische Kampflied »A vanti popolo - bandiera rossa«.

So sind sie, die Sozialdemokraten: Kaum hat man ihnen den Stuhl vor die Tür gesetzt, gleich benehmen sie sich wie die Proleten.

Nicht einmal Marx soll genau gewußt haben, was Marxismus ist, und so können wir von Glück sagen, daß sich am Vorabend seines hundertsten Todestags endlich ein verläßlicher Interpret gefunden hat:

Kanzler Kohl: »Steuern über 50 Prozent sind marxistisch«

Steuern bis 50 Prozent sind sozialdemokratisch, ab 60 herrscht Leninismus, von 70 aufwärts Stalinismus und Schlimmeres. Denn Progression heißt auf deutsch: Fortschritt.

Nachrufe können einem den ganzen Spaß am Tod verderben. Da marschiert etwa der Adolf Heusinger in das große OKW dort droben ab, und wir dürfen statt eines würdigen »Wurde auch Zeit« noch einmal lesen, woran so viele Bessere sterben mußten:

Nach dem Abitur im Jahr 1915 kam er als Freiwilliger im Alter von 18 Jahren zum Infanterieregiment 96 des königlichen Heeres, avancierte 1916 zum Leutnant... Er setzte seine Karriere 1920 in der Reichswehr fort. Generalstäbler seit 1930, fand er in der Wehrmacht seit 1937 in der Operationsabteilung des OKH eine Verwendung, die seinen Talent entsprach. Er stieg 1941 zum Chef dieser Abteilung auf, wurde Generalmajor und 1943 Generalleutnant ... Im Dezember 1960 zum Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses gewählt, ging er 1964 nach 49 Dienstjahren in den Ruhestand.

Auch dieser entsprach seinem Talent, warm und trocken zu sitzen. Immerzu mußte er Karriere machen, Mitglied des Stabes, Chef der Abteilung und Vorsitzender des Ausschusses werden. Der Schreibstubenhengst von der »Welt« fühlt mit:

Heusinger war ein General der leisen Töne.

Seine Arbeit am Plan für den Überfall auf die Sowjetunion: pianissimo! Auch später hörte man sein »Pssst«, wenn die Ziele künftiger Atombombenwürfe ausgewählt wurden. Finger auf den Mund: er hat nun, nach 85 viel zu langen Jahren, endlich eine Verwendung gefunden, die unseren Talenten entspricht.

Zivilisten, die keinen Nachruf lohnen, werden mit einer Todesanzeige in der »Frankfurter Allgemeinen« abgefunden:

In Trauer geben wir Kenntnis vom Tod unseres geschäftsführenden Gesellschafters

HEINZ-GUNTHER KERPEN

In unseren Herzen lebt er weiter.

STOLBERGER

MASCHINENFABRIK

GMBH & CO KG

Die Hinterbliebenen machen aus ihrer GmbH wirklich keine Mördergrube, denn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, welche Liebe fühlen, fehlt auch ein gutes Herze nicht, ob es nun lieber sich oder Dividende ausschüttet.

Der von mir ausdrücklich verwarnte Ulrich Greiner hört nicht auf, die »Zeit« mit liberalen Radikalitäten und anderen Kokolores zu würzen:

Die Liste der Schriftsteller, die den Freitod wählten, ist lang. Ihre Entscheidung wird von der Nachwelt geachtet. Der gewöhnliche Selbstmord jedoch

wird geächtet. Vielleicht sollten wir, unbeschadet des immer richtigen Appells zur Nächstenliebe, nicht nur vor dem Tod Ehrfurcht haben, sondern auch vor jenen, die ihn suchen.

Vielleicht sollten wir. Vielleicht auch nicht. Vielleicht paßt Selbstmord in die konjunkturelle Landschaft, die im Wirtschaftsteil der »Zeit« beschrieben wird. Wir ziehen schließlich alle am selben Strang: die Redakteure der Marktwirtschaft mit flinken Händchen am einen Ende, ihre ärmsten Opfer mit langen Hälsen am anderen.

Wieder andere sind einfach nicht umzubringen - wie dieser Hans Apel:

Ich bin in Hamburg-Barmbek aufgewachsen. Das war ein gefährliches Viertel. Damals wurde die Miete mit vorgehaltenem Revolver kassiert. Seitdem weiß ich: Wenn du nicht bereit bist, Ohrfeigen auszuteilen, fängst du sie ein. Deshalb: Wir müssen den Sowjets Raketen entgegensetzen können.

Wie sonst sollen die Hausherren aus Chicago in Wladiwostok kassieren, wenn nicht mit vorgehaltener Pershing? Die Welt ist schließlich ein gefährliches Viertel, und voller Gesichter, die von Backpfeifen zeugen.

Fast noch rauher als im wilden Barmbek soll es einst im Wilden Westen zugegangen sein, wenn Wyatt Earp und Wild Bill Hickok ihre Waffen sprechen ließen. Es handelte sich dabei um Revolver der Firma Colt vom Typ »Peacemaker«. Wo sie Frieden machten, war Frieden, und obendrauf wurden ein paar Steine gelegt. Ronald Reagan, der es im Film nie bis zur Rolle des Wyatt Earp gebracht hat, will nun in Hans Apels rauher Wirklichkeit gleichziehen. Er gab der zehnköpfigen Atomrakete vom Typ MX den Namen »Peacemaker«, Friedenswahrer. Er will, wie gesagt, gleich ziehen.

Klaus Theweleit hat es in seinen »Männerphantasien« geschrieben, und KONKRET hat es ihm nachgedruckt:

Anders als Stalin erhob Hitler gegen niemanden aus den eigenen Reihen den Vorwurf, er sei zu den Kommunisten übergelaufen...

Mir vorzustellen, was in den Köpfen eines deutschen Schriftstellers, eines Lektors, eines Verlegers, einer Autorin, eines Redakteurs und mindestens zweier Korrektoren geklemmt haben muß, als sie diesen Satz durchgehen ließen - das ist eine Männerphantasie, die mir jeden Henry Miller ersetzt.

Wenn wir lesen, daß

Strauß sich dauernd an den Freidemokraten schubbert,- so kommen sie vielleicht am ehesten über die Hürde,

so mögen wir uns fragen, ob man, bescheuert, höher springt, doch kein Zweifel nagt an unserer Gewißheit, daß hier Theo am Werk ist, unser Tantalus im Rubikon, den Würfel mit der Seele suchend. Diesmal hat er

Die Quälerei mit der Wählerei

und aus langer leidvoller Erfahrung weiß er, daß es immer wieder nicht so kommt, wie man es gern hätte:

Die Erinnerung an die Jahre 1966-69 liefert Warnungen zuhauf., die außerparlamentarische Opposition schoß ins Kraut. Dennoch müßten wir die Kröte große Koalition schlucken.

Leben wie Gott in Frankreich: Grenouilles à la poulette nennen sie's, Froschschenkel mit Champignons. Wenn Theo kocht, wie er schreibt, wird daraus Kröte auf Kraut. Aber Tantalus muß ja nicht mitessen.

Die Redakteure hängen einem schon zum Hals raus, neugierig ist man allenfalls noch auf die Leute, die den Scheiß freiwillig lesen. Aber dann wird man auch nicht enttäuscht. Hier ist eine, Elfriede Rittmeister heißt sie, aus Osnabrück und vom Besten: *Der Aufsatz von W. Görlitz zum 75. Geburtstag des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen enthält einen Fehler. Der am 11. Juli 1977 tödlich bei einer Panzerübung verunglückte Sohn des Prinzen, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, ist nicht der vierte, sondern der dritte Sohn. Noch vor seinem Tode ist der Preußenprinz zum Leutnant der Reserve der Deutschen Bundeswehr ernannt worden. Er hat einen Sohn und Erben, Prinz Georg Friedrich von Preußen, hinterlassen, der bei seiner Mutter, Prinzessin Donata von Preußen, in Fischerhude lebt. Gott schütze unsere deutschen Prinzen!*

Recht so, Elfriede! Und weil wir uns grad so nah sind und keiner zuhört, geb ich noch einen drauf: Gott prinze unsere deutschen Schützen!